



Kommunismus und Klassenkampf

Die Politik der Aktionseinheit richtig anwenden

Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung und den Magistrat in Frankfurt

Die Aufgaben des KBW im Wahlkampf in Hessen

Die politische Entwicklung unter den Studenten

Die Wehrpflicht für die Revolution nutzen

Die Stellung der Kommunisten in der Bauernfrage

Ökonomische Maßnahmen zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der BRD Ende der sechziger Jahre

3/74

Preis: 4.— DM

~~Franz Mehring-
Gesellschaft e. V.
5000 Köln 1~~

Kommunismus und Klassenkampf 3/74

INHALT

Die Politik der Aktionseinheit richtig anwenden	Seite 175
Bericht über den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen und den Magistrat in Frankfurt	Seite 178
Die Aufgaben des KBW im Wahlkampf in Hessen	Seite 192
Bericht über die Entwicklung der Arbeit unter den Studenten	Seite 197
Die Wehrpflicht für die Revolution nutzen	Seite 203
Die Stellung der Kommunisten zur Bauernfrage	Seite 210
Ökonomische Maßnahmen zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik Ende der sechziger Jahre	Seite 227

KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF

herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Redaktion: Ständiger Ausschuß
des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Verantwortlicher Redakteur: Joscha Schmierer, 68 Mannheim 1, Sandhoferstr. 29

Erscheint viermal jährlich im Verlag Kühl KG,
Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim 1, Sandhoferstr. 29
Telefon 0621/36 015

Postscheckkonto: Kühl KG, Postscheckamt Karlsruhe, Konto Nr. 171453-759
Bankkonto: Kühl KG, Volksbank Mannheim, Konto Nr. 57 34 18

Preis der Einzelnummer: 4 DM
Das Jahresabonnement (4 Nummern incl. Porto) kostet 16 DM

Auflage: 12 000

Satz und Druck: J. Elfert (Caro-Druck), 69 Heidelberg, Lutherstr. 44 a

Kommunismus und Klassenkampf

Preis: 4,- DM

Bestellungen an: Kühl KG, Verlagsgesellschaft
Kommunismus und Klassenkampf
68 Mannheim 1, Sandhoferstr. 29

2/74

Das Programm der Kommunisten muß die Praxis leiten
— Weder Verallgemeinerung unserer Praxis noch System ausgeklügelter Forderungen
Joscha Schmieder
Zur Frage der Abschaffung aller indirekten Steuern im KBW-Programm
Zur Steuerforderung
"Bürgerinitiativen" und Klassenkampf
— Zum Kampf des Volkes in Nordhorn und zum Artikel in der KVZ Nr. 1
Westberlin ist kein Teil Westdeutschlands
Zur Kritik an der Gewerkschaftsline der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML)
— Offener Brief an das ZK der KPD/ML (Roter Morgen)
Es lebe der Sieg im Volkskrieg
— Der Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes
Techniken der Konterrevolution
— Die Counterinsurgency-Pläne des US-Imperialismus
Die Revolution in Eritrea ist ein wichtiger Bestandteil der Weltrevolution

1/74

Kampf um Demokratie und Sozialismus
— Zum Erfurter Programm
Politisches Minimalprogramm oder imperialistischer Ökonomismus
— Noch einmal zu den demokratischen Forderungen unseres Programms
Willfried Maier
Der KB Nord: Eine Gruppe ohne politischen Halt
Der Charakter der chilenischen Revolution
— Chile: Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus
— In Chile wird um Unabhängigkeit und Freiheit gekämpft
Über die internationale Bedeutung der Lehre Mao Tse-tungs
Der Kolonialcharakter des israelischen Staates
Der neue Lohnrahmentarifvertrag Nordwürttemberg/Nordbaden gibt den Weg für wirksamere Ausbeutermethoden frei
— Materialien zu einigen Bestimmungen des Lohnrahmentarifvertrages II
Stellungnahme zum Gesundheitspolitischen Programm des DGB
Die politische Massenzeitung
— Vorbemerkung: Zum Fälschungsvorwurf des "Arbeiterkampf"
— Kritik zu dem Artikel von H.K. "Die politische Massenzeitung" in Kommunismus und Klassenkampf Nr. 1
Beschluß des ZK des KBW auf seiner Sitzung vom 15. Dezember 1973 zu den Demonstrationen am 30. November und 8. Dezember 1973
Beschluß des ZK des KBW vom 15. Dezember 1973 zur Frage der kommunistischen Massenorganisationen unter den Studenten
Kampf zweier Linien in der Bestimmung von Agitation und Propaganda
Kampf—Kritik—Umgestaltung
— Resolution der 2. Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Osnabrück des KBW
Betrugsvorwurf des "Arbeiterkampf"

1/73

Vorbemerkung der Redaktion
Die gegenwärtige Klassenkampfsituation und die Aufgaben der Kommunisten
— Eine Polemik gegen falsche Auffassungen im KBW
"Solange einer Mönch ist, läutet er die Glocke"
— Kampf dem Zirkelwesen
Kritik am Bericht des Ständigen Ausschusses über die Gründungskonferenz des KBW
Die Arbeiterklasse und der Kampf um demokratische Forderungen
— Erläuterungen zum Programm des KBW
Vorbemerkung der Redaktion zu den Artikeln über die Westberlin-Frage
Westberlin — eine Politik der freien Stadt?
Können wir die Westberliner Kommunisten im KBW organisieren?
Schwarz-rot-goldene Kommunisten?
Programm und Politik des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD
Notizen zum Papier der "KPD/ML, Ortsgruppe Bremen, Mai 1973, Stellungnahme zum Programm der Kommunique-Gruppen"
Die politische Massenzeitung

Änderung der Erscheinungsweise

Die Zeitschrift "Kommunismus und Klassenkampf" erscheint in Zukunft, und schon in diesem Jahr, nur noch mit vier Exemplaren jährlich, nicht mit sechs, wie bisher angekündigt. Dieser Beschluß erscheint notwendig und gerechtfertigt auf Grund der wachsenden Anzahl kleiner Broschüren, die vom Zentralen Komitee des KBW herausgegeben werden und z.T. Texte enthalten, die sonst in "Kommunismus und Klassenkampf" veröffentlicht worden wären. Zum anderen erlaubt die viermalige Erscheinungsweise im Jahr bei dem relativ großen Textumfang, den ein normales Heft der Zeitschrift enthält, daß wir — neben der 'Kommunistischen Volkszeitung' und den Broschüren, die zu aktuellen Themen Stellung nehmen, — eine Zeitschrift machen, die von höherer Warte und mit längerfristiger Geltung den Stand und die Entwicklung der Klassenkämpfe untersucht.

Red.

Berichtigung

In der Nummer 2/74 ist in dem Artikel von Joscha Schmieder "Das Programm der Kommunisten muß die Praxis leiten!" eine fehlerhafte Quellenangabe zu einem Zitat von Engels enthalten. Auf der Seite 104, rechte Spalte, muß die Angabe in der 14. Zeile heißen: MEW, Band 7, S. 252 f. (und nicht S. 185).

Die Politik der Aktionseinheit richtig anwenden

Die Kommunisten streben die Einheit der Arbeiterklasse an. Dabei stützen sie sich auf die Einheitlichkeit der Interessen der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die Kapitalistenklasse. In jeder einzelnen Frage des Klassenkampfes untersuchen die Kommunisten genau, auf Grundlage welcher Forderung die größtmögliche Einheit der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse angestrebt werden kann und welche Mittel angewandt werden müssen, um diese größtmögliche Einheit zu erreichen. Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur sein die soziale Revolution des Proletariats und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, ohne die die soziale Revolution des Proletariats nicht verwirklicht werden kann. Wenn die Kommunisten die Einheit der Arbeiterklasse anstreben, dann selbstverständlich nicht irgendeine Einheit, sondern den Zusammenschluß der Arbeiterklasse in Richtung auf dieses Ziel. Nur so kann auch eine wirkliche Einheit der Arbeiterklasse erreicht werden, denn nur dieses Ziel entspricht dem Klasseninteresse des Proletariats.

Dieses Ziel ergibt sich aus der Entfaltung des unversöhnlichen Klassenkampfes, es ist kein Ideal der Kommunisten, sondern unvermeidliches und von den Kommunisten lediglich vorausgesetztes Ergebnis der Entfaltung des Klassenkampfes. Auch wenn sich die Arbeiterklasse nur zusammenschließt, um ein eng begrenztes Ziel zu erreichen im Kampf gegen die Kapitalistenklasse, dann bringt dieser Zusammenschluß die Arbeiterklasse ihrem Endziel näher, weil er die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse gegenüberstellt als selbständige Klasse. Die Kommunisten zeigen in diesen Kämpfen für begrenzte Ziele das Endziel der Arbeiterklasse auf, das sich aus dem unversöhnlichen Klassengegensatz ergibt und das in jedem Kampf neue Anhänger findet, weil sich die Arbeiter, die an diesen Kämpfen teilnehmen, auf Grund eigener Erfahrungen von der Richtigkeit der Anschauungen der Kommunisten überzeugen.

Auf dem Weg zur sozialen Revolution des Proletariats und der Errichtung der Diktatur des Proletariats als Mittel, um diese soziale Revolution zu verwirklichen, streben die Kommunisten

— im Kampf gegen die einzelnen Kapitalisten und gegen ihre Verbände die Gewerkschaftseinheit an, indem sie jeweils die Forderung aufgreifen und entwickeln, die am besten geeignet ist, eine ganze Belegschaft oder die Arbeiter eines ganzen Industriezweiges gegen die jeweiligen Kapitalisten und ihre Verbände zusammenzuschließen.

— im Kampf gegen die gesamte Kapitalistenklasse und ihre politischen Parteien die Einheit der Arbeiterklasse an, indem sie jeweils die Forderung aufgreifen und entwickeln, die am besten geeignet ist, die ganze Arbeiterklasse, nicht nur die Arbeiter einzelner Betriebe und einzelner Industriezweige gegen die Kapitalistenklasse und ihre politischen Parteien zusammenzuschließen. Solche Forderungen können nur bestehen in Forderungen nach Rechten für alle Arbeiter wie sie im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland entwickelt sind: gesetzliche Begrenzung des Normalarbeitstages, Verbot der Akkordarbeit usw., deren Verwirklichung nichts anderes bedeutet wie das Recht der Arbeiter, keine Minute über die Dauer des Normalarbeitstages hinaus zu arbeiten, auf Zeitlohn zu bestehen usw. Diese Einheit bedeutet schon eine Einheit höheren Typs als die Gewerkschaftseinheit, weil sie nicht nur die Arbeiter einzelner Betriebe und einzelner Industriezweige den jeweiligen Kapitalisten gegenüberstellt, sondern die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse in einem politischen Kampf. Selbstverständlich sind die Gewerkschaften Instrumente der Arbeiterklasse in diesem politischen Kampf gegen die Kapitalistenklasse, jedoch reichen sie schon nicht mehr aus, um diesen politischen Kampf zu führen, der von einer politischen Partei geführt werden muß, die diese Forderungen in allen Gewerkschaften vertritt, alle Arbeiter in und außerhalb der Gewerkschaften auf diesen Forderungen zusammenschließt und diese Forderungen der Bourgeoisie auf allen Ebenen entgegenstellt, um die Arbeiterklasse für sie umfassend zu mobilisieren und zu organisieren.

Die Gewerkschaftseinheit im Kampf gegen die Kapitalisten und die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Kapitalistenklasse ist die Grundlage für das selbständige Auftreten der Arbeiterklasse, indem sie ihre eigenen Interessen und Rechte gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft geltend macht, wenn auch zunächst noch innerhalb dieser Gesellschaft. Die Einheit und Selbständigkeit, die die Arbeiterklasse in diesen Kämpfen erringt, ist die Voraussetzung dafür, daß sie den bürgerlichen Staat, der scheinbar über den Klassen steht und dessen Klassencharakter sie in diesen Kämpfen immer besser erkennt, an der Spitze der Volksmassen in einer Volksrevolution stürzen kann. Nur in diesen Kämpfen, die aus der sozialen Lage der Arbeiterklasse entspringen und in denen sich die Arbeiterklasse als besondere Klasse begreifen lernt, kann sich die Arbeiterklasse darauf vorbereiten, die führende Klasse im Kampf des Volkes gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat zu werden und auch in diesen Volkskämpfen als

einheitliche und selbständige Klasse aufzutreten, in ihnen nicht unterzugehen, sondern die Führung zu erringen und zu erhalten. Damit sie aber zur führenden Klasse in diesen Kämpfen werden kann, müssen die Kommunisten alle Erscheinungen der politischen Unterdrückung des Volkes durch den bürgerlichen Staat in die Arbeiterklasse hineinragen und in der Arbeiterklasse erklären, müssen die Arbeiterklasse befähigen, alle Kämpfe von Teilen des Volkes zu verstehen und führend in sie einzugreifen. Zusammengefaßt werden können die Kämpfe von Teilen des Volkes und die einzelnen Kämpfe des Volkes gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat nur unter demokratischen Forderungen, die die Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat zusammenschließen, statt nur einzelne Teile des Volkes gegen bestimmte Seiten dieses Staatsapparates und gegen einzelne Maßnahmen einzelner Zweige dieses Staatsapparates. Das Volk gegen den bürgerlichen Staat zusammenschließen kann nur die Arbeiterklasse, denn nur die Arbeiterklasse ist in der Lage, diesen Staatsapparat als politisches Instrument der ökonomisch herrschenden Klasse zu begreifen und nur die Arbeiterklasse steht in absolutem Gegensatz zu dieser ökonomisch herrschenden Klasse. Deshalb ist auch nur sie in der Lage, den Kampf gegen diesen Staatsapparat konsequent und bis zu seiner Zerschlagung zu führen. Nur die Arbeiterklasse verbindet mit Zerschlagung des Staatsapparates einen positiven Zweck, die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen als Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt und die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft.

Welche Bedeutung hat nun die Politik der Aktionseinheit für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit gegen die Kapitalisten, für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und für die Herstellung der Einheit des Volkes gegen den bürgerlichen Staat?

Die Politik der Aktionseinheit besteht darin, daß wir Kommunisten, um die Massen in einem bestimmten Kampf für ein bestimmtes Ziel zusammenzuschließen, uns an nicht-kommunistische Organisationen wenden mit Vorschlägen für Aktionen, die geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen.

Die Politik der Aktionseinheit ist notwendig, weil die Massen nicht nur noch keine Einheit bilden, sondern weil sie durch reformistische und revisionistische Organisationen gespalten werden, die, obwohl sie nicht den Interessen der Arbeiterklasse dienen, sondern den Interessen der Bourgeoisie, einen relativ großen Einfluß in der Arbeiterklasse haben und diesen Einfluß organisiert ausüben.

Unter diesen Umständen können die Kommunisten, deren eigener Einfluß noch gering ist, in die Kämpfe, die notwendig sind, große Massen nur einbeziehen, wenn es ihnen gelingt, diese Massen entweder von den reformistischen und revisionistischen Organisationen zu lösen, deren Einfluß sie noch verhaßt sind, oder wenn es ihnen gelingt, diese reformistischen und revisionistischen Organisationen zu zwingen, den Kampf mehr oder weniger zu unterstützen. Um eins von beiden zu erreichen, wobei es uns jeweils um die Einbeziehung der Massen in den anstehenden Kampf geht, weil sie in diesem Kampf selbst am besten erfahren, auf wen man sich verlassen kann und auf wen nicht, wenden wir die Politik der Aktionseinheit an.

Wie wenden wir die Politik der Aktionseinheit richtig an?

Die Voraussetzung dafür, daß wir die Politik der Aktionseinheit richtig anwenden können, ist, daß wir den Wider-

spruch, an dem sich ein bestimmter Kampf entzündet, genau untersuchen und daß wir auf dieser Grundlage genau festlegen, welches Ziel wir in diesem Kampf anstreben müssen, welche Forderung diesem Ziel entspricht und auf welcher Ebene wir dieses Ziel anstreben müssen. Sodann müssen wir genau untersuchen, wer und aus welchen Gründen in diesem Kampf von vornherein der Feind ist, wer und aus welchen Gründen in diesem Kampf eine schwankende Haltung einnehmen wird, wen man eventuell gewinnen kann und wer aus welchen Gründen sicher auf unserer Seite stehen wird.

Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Untersuchung legen wir unser konkretes taktisches Vorgehen fest. Stets halten wir uns dabei vor Augen, daß die Massen die Geschichte machen und nicht irgendwelche "Genies", aber auch nicht irgendwelche Organisationen und ihre Führer, sofern diese eben nicht Instrument der Massen sind. Folglich legen wir zunächst den Massen dar, um was es in einem bestimmten Kampf nach unserer Auffassung geht und versuchen, die Massen von der Richtigkeit unserer Auffassung zu überzeugen, sodann zeigen wir auf, wer diesen Kampf unterstützen müßte, wenn er die Sache, die er bisher vertreten hat ernst meint und legen vor den Massen dar, in welcher Weise wir uns an ihn wenden werden.

Ziel dieses Vorgehens ist es, die Massen selbst für unseren Vorschlag zu mobilisieren und damit von vornherein gute Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich die Organisationen, denen wir unseren Aktionsvorschlag vorlegen wollen, sich diesem Vorschlag schlecht entziehen können. Schließen sie sich dem Vorschlag an, dann ist das gut für den aktuellen Kampf; schließen sie sich dem Vorschlag nicht an, dann ist es schlecht für sie und es wird uns gelingen, einen Teil der von ihnen beeinflussten Massen dennoch in den betreffenden Kampf einzubeziehen.

In den Gewerkschaften unterliegt die Politik der Aktionseinheit besonderen Bedingungen, denn hier sind die Massen, die unter dem politischen Einfluß reformistischer oder revisionistischer Organisationen stehen, gemeinsam mit den Kommunisten in einer formell einheitlichen Organisation zusammengeschlossen, die zum Zweck hat, die elementarsten Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen. Ziel unserer Politik in den Gewerkschaften muß zunächst sein, alle Arbeiter trotz ihrer unterschiedlichen politischen Auffassungen auf Grundlage dieser elementaren Interessen zusammenzuschließen. Die Einheit der gewerkschaftlichen Aktion streben wir nicht durch ein Aktionseinheitsangebot an reformistische und revisionistische Organisationen an, sondern durch unsere Vorschläge an die Gewerkschaftsmitglieder in Mitgliederversammlungen, Vertrauensleutesitzungen usw. Dennoch müssen wir auch in den Gewerkschaften beachten, daß die Gewerkschaftsmitglieder durch reformistische und revisionistische Organisationen gespalten sind und daß wir in unserer Politik in den Gewerkschaften unmöglich um diese Tatsache herumkommen. Dieser Tatsache tragen wir dadurch Rechnung, daß wir auf die Mitglieder und Angehörigen dieser Organisationen einwirken, indem wir an sie als politische Partei appellieren, mit uns gemeinsam vorzugehen, um ein einheitliches Handeln in den Gewerkschaften zu ermöglichen. In diesem Sinne haben wir uns zum Beispiel immer wieder an die Mitglieder der DKP gewandt, um sie von den späteren Prozentforderungen abzubringen und für Forderungen in Mark und Pfennig zu gewinnen. In diesem Sinne wenden wir uns an die Mitglieder von DKP und SPD, um gemeinsam gegen

die Unvereinbarkeitsbeschlüsse vorzugehen, die die reformistischen und revisionistischen Führer in den Gewerkschaften durchgesetzt haben, um die Kommunisten aus den Gewerkschaften auszuschließen. Wir machen also auch in den Gewerkschaften eine Politik der Aktionseinheit, ohne allerdings formelle Aktionsbündnisse mit anderen Organisationen anzustreben, weil die Einheit in den Gewerkschaften durch Beschlüsse in den Gewerkschaften und nicht durch Beschlüsse außerhalb der Gewerkschaften hergestellt werden muß.

Im Kampf für die Arbeiterrechte entwickeln wir eine Politik der Aktionseinheit in den Gewerkschaften und gegenüber politischen Organisationen und Parteien mit dem Ziel, die Arbeiterklasse im Kampf für diese Rechte zusammenzuschließen. Hierbei wenden wir uns, wann immer dies möglich, auch ausdrücklich an die Führungen der reformistischen und revisionistischen Organisationen mit dem Vorschlag für bestimmte Aktionen zur Durchsetzung dieser Rechte.

Im Kampf für die Rechte des Volkes wenden wir uns an alle Organisationen, die behaupten, für diese Rechte einzutreten. Im Kampf gegen bestimmte Maßnahmen des bürgerlichen Staates bestehen gegenwärtig die größten Möglichkeiten, eine Politik der Aktionseinheit zu entfalten, der sich die reformistischen und revisionistischen Organisationen am wenigsten entziehen können. Hier haben wir die auch heute bestehenden Möglichkeiten, eine Politik der Aktionseinheit zu entfalten, noch kaum erkannt und wahrgenommen. Teilweise werden sie ohne viel Überlegung in den Wind geschlagen. Oft gibt es zum Beispiel Beschlüsse von verschiedenen SPD-Gliederungen gegen geplante oder beschlossene Maßnahmen eines Stadt- oder Landesparlaments. Statt diese SPD-Gliederungen nun beim Wort zu nehmen und an sie heranzutreten mit dem Vorschlag für gemeinsame Aktionen, um diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen, werden ihre Beschlüsse entweder gleich gar nicht zu Kenntnis genommen oder als unehrig vom Tisch gewischt. Dies ist aber niemals die Frage: ob es die Reformisten oder Revisionisten mit einem bestimmten Beschluß ernst meinen oder nicht. Die Frage ist, welche Möglichkeiten bietet uns ein solcher Beschluß, um eine Politik gegenüber den sozialdemokratischen Massen zu entfalten und uns zu diesem Zweck auch ausdrücklich an bestimmte Gliederungen der SPD zu wenden. Solche Möglichkeiten werden meist gar nicht geprüft, geschweige denn ausgenutzt. Das ist alles andere als eine kühne Anwendung der Politik der Aktionseinheit.

Welche Grundsätze sind bei der Anwendung der Politik der Aktionseinheit zugrunde zu legen?

Der wichtigste Grundsatz ist: die bestehenden Widersprüche genau zu untersuchen, die entsprechenden Forderungen aufzustellen und die Kräfte herauszufinden, die auf Grundlage dieser Widersprüche in Bewegung kommen und die man für die entsprechenden Forderungen gewinnen kann.

Wenn wir die Widersprüche genau untersucht haben und die entsprechenden Forderungen aufgestellt haben, wenden wir uns an die Massen mit einem Vorschlag, wie der Kampf zur Durchsetzung dieser Forderung geführt werden muß.

Mit diesem Vorschlag wenden wir uns an alle Organisationen, die beanspruchen, in dem bestimmten Widerspruch

auf der Seite der Arbeiterklasse und des Volkes zu stehen und schlagen ihnen vor, in diesem bestimmten Kampf mit uns zusammen vorzugehen, um ihn erfolgreich durchführen zu können.

Dabei gehen wir jeweils so vor, daß wir als Grundlage für die Einheit nicht mehr vorschlagen als die Forderungen, ohne die ein bestimmter Kampf nicht erfolgreich durchgeführt werden kann und die Aktionen, die geeignet sind, um diese Forderungen durchzusetzen.

Wir benutzen die Politik der Aktionseinheit nicht als billigen Vorwand, um die Reformisten und Revisionisten zu 'entlarven', sondern wir machen eine solche Politik der Aktionseinheit, daß die Reformisten und Revisionisten entweder mitziehen müssen oder als offensichtliche Spalter dastehen. Ziel ist die Einheit der Massen für die Zwecke der Arbeiterklasse. Diesem Ziel ordnen wir unsere Politik der Aktionseinheit unter und nicht dem einseitigen Zweck der Entlarvung der Reformisten und Revisionisten, der sobald er zum selbständigen Zweck erhoben wird, niemals erfüllt werden kann.

Niemals lassen wir uns durch eine Aktionseinheit die Hände binden, unsere weitergehenden Ziele und unsere grundsätzlich verschiedenen Auffassungen auch weiterhin zu vertreten und sie den Massen zu erläutern.

Wir sind uns darüber im Klaren, daß die Möglichkeiten, die Politik der Aktionseinheit voll zu entfalten, gegenwärtig noch gering sind, weil die Kommunisten selber noch gespalten sind und sich erst in geringem Umfang in der Arbeiterklasse verankert haben. Jedoch steht eine richtige Politik der Aktionseinheit nicht in Widerspruch zu den Erfordernissen des Aufbaus der Kommunistischen Partei als entscheidendem Hebel auch in der Politik der Aktionseinheit. Vielmehr ist sie auch eine Bedingung für den zielstrebigsten und erfolgreichsten Aufbau der Partei. Die Partei kann nur auf der richtigen Linie aufgebaut werden und dadurch, daß man diese richtige Linie anwendet, um die Partei aufzubauen. Wenn wir eine richtige Politik der Aktionseinheit entfalten, werden wir die Marxisten-Leninisten zusammenschließen können als Träger dieser Politik und werden uns in den Massen verankern können, an die wir uns wenden.

Beschluß des Zentralen Komitees des
Kommunistischen Bundes Westdeutschland
einstimmig angenommen am 6. Juli 1974

Bericht über den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen und gegen den Magistrat in Frankfurt

I. Wie war die Ausgangslage des Kampfes und wie haben sich die Kräfte der Reaktion, der Magistrat und die Kräfte des Volkes gerüstet?

Die Ausgangslage des Kampfes gegen die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt war so: Der Protest gegen die Fahrpreiserhöhungen war groß. Das drücken die in jeweils begrenzten Zeiträumen gesammelten Unterschriften (60 000 insgesamt; davon 40 000 DGB, Fahrpreiskomitees 20 000) noch keineswegs in vollem Umfang aus. Auf der 1. Mai-Demonstration sammelten sich mehrere hundert Menschen unter Losungen gegen die Fahrpreiserhöhung. Am 11. Mai fand eine Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen mit 3 000 Teilnehmern statt; der DGB ist zu einer Kundgebung am 21. Mai gezwungen gewesen, an der 5 000 Menschen teilnahmen, davon etwa 3 000 unter den Forderungen der Komitees, des KBW und anderer Organisationen. Die SPD war noch eine Woche vor dem Inkrafttreten der Erhöhung zur Behandlung dieses Themas auf einem Sonderparteitag gezwungen.

Relativ früh — Ende März/Anfang April — hat unsere Ortsgruppe die Menschen, die gegen diese Erhöhung der Tarife sich einsetzen wollen, in Komitees auf Stadtteilebene organisiert. Bis Anfang Mai haben etwa 300 in ihnen aktiv mitgearbeitet, es waren viele Werktätige darunter. Diese Komitees sind in 9 Stadtteilen, und zwar den wichtigsten und größten Frankfurts, gegründet worden (insgesamt hat Frankfurt etwa 30 Stadtteile).

Die bevorstehende Zuspitzung des Kampfes hatte ihre Grundlage in einer Bündelung grellster sozialer Widersprüche, einer Häufung des sozialen Elends in Frankfurt, die an verschiedenen Punkten aufgebrochen waren und große Erbitterung unter der Masse der Bevölkerung hervorgerufen (vgl. KVZ Nr. 11). Diese Erhöhung der Tarife mußte der Tropfen sein, der das Faß zum Überlaufen bringt.

Beide Seiten, der Magistrat und die Bewegung der Massen, haben sich gerüstet. Der Magistrat hat seine Verteidigungslinien aufgebaut, eine Politik der vollendeten Tatsachen betrieben: Die Fahrkartenautomaten wurden frühzeitig aufgestellt, eine intensive Werbekampagne für die Vorzüge des FVV (Frankfurter Verkehrsverband) betrieben, die Zeitkartenanträge wurden angekurbelt, Arndt (SPD-OB) hat alle Nas' lang verkündet, daß an den Erhöhungen nichts mehr zu ändern sei. **Der Magistrat hat sein volles politisches Gewicht in die Durchsetzung der Fahrpreiserhöhung gelegt und seine politische Existenz damit verknüpft.** Er wollte den erwachenden Willen des Volkes brechen und seinen Auftraggebern und Hintermännern zeigen, daß er diese Stadt noch regieren kann.

Die Menschen mußten sich für ihr nächstes Ziel, den Fall der Fahrpreiserhöhung, zum offenen Widerstand erheben. Sie konnten sich nicht begnügen mit einer bloßen Ablehnung, sondern mußten die Initiative ergreifen zu kämpferischen Schritten, die den Magistrat unmittelbar treffen. So oder so mußten sie auf den Magistrat selber stoßen und ihren Kampf gegen diesen selbst ausweiten. Dem Magistrat und allen bürgerlichen Kräften war dies von Anfang an klar, die Bewegung selber mußte diese Erfahrung machen und hat sie rasch gemacht.

II. Wie sieht die Lage zwischen diesen beiden Kräften nach einer Woche heftiger Kämpfe und dem erfolgreichen Durchbrechen des Demonstrationsverbotes aus?

Der Magistrat steht schlechter da als vor zehn Tagen und die Menschen haben ein klareres Bild von ihrem Gegner, sie haben ihn fest ins Auge gefaßt. Die politische Position des Magistrats mit Arndt und Müller an der Spitze ist erschüttert. Für uns ist die Lage nach dieser Woche besser als vorher, die Bewegung und ihr Wille ist nicht gebrochen, sondern gestählt worden, ihre politische Klarheit ist gestiegt und die nächsten volksfeindlichen Maßnahmen des

Magistrats werden auf wachsenden Widerstand stoßen. Durch diese Kämpfe, die nahezu alle zur Stellungnahme zwangen, ist erheblich mehr Menschen als zuvor ihre elende soziale Lage und ihre politische Rechtlosigkeit zu Bewußtsein gekommen. Die Massenbewegung unter Führung der Kommunisten ist nach vorn gekommen und der Magistrat mußte zurück. In der öffentlichen Meinung steht der Magistrat schlechter da als zuvor. Die politische Macht, die er zum Zweck der Verteidigung der Kapitalisten und gegen das Volk ausübt, ist **unverhüllt** durch Polizeiaufmarsch und Polizeieinsatz aufgetreten. Diese **Form** der Ausübung der öffentlichen Gewalt hat er nicht voll einsetzen können, zu stark waren die Widersprüche aufgebrochen, insofern hat er die vorhandenen und aufgebrochenen Widersprüche nicht gebändigt. Der Magistrat ist angeschlagen, er ist aber nicht gefallen.

Nach dem erfolgreichen Durchbrechen des Demonstrationsverbotes am Samstag sieht die Situation in bezug auf die Hauptkräfte des Kampfes so aus: Dem Magistrat ist es nicht gelungen, den Willen des Volkes zu brechen und es zurückzuschlagen, die Bewegung einzudämmen, die Sympathie für ihre Ziele einzuschränken und die Demonstrationsverbote durchzusetzen. Die Massen haben sich die Straße am Donnerstag und vor allem am Samstag erkämpft. Nicht erreicht wurde, die Fahrpreiserhöhung zu Fall zu bringen und den Magistrat zu stürzen.

Beide Seiten haben ihre Ziele nicht erreicht und können nicht fortfahren, wie in den letzten Wochen. Daraus folgt auch, daß der Kampf nicht auf demselben Feld, der Zeil*, und mit den gleichen Kräften fortgeführt werden kann. Insofern hat der Magistrat einen **Pyrrhussieg** errungen, über den er sich nicht freuen kann. Diese Situation kann zu unseren Gunsten weiterentwickelt werden und zuungunsten des Magistrats, wenn wir diese nächste politische Aufgabe, den Sturz dieses Magistrats zu organisieren, auf eine breitere Grundlage stellen, die Massen in Betrieb und Stadtteil dafür gewinnen.

*Hauptstraße in Frankfurt

III. Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung und gegen den Magistrat in der Woche vom 27. Mai bis zum 1. Juni.

Am Montag waren mindestens 8 000 auf der Zeil, um ihren Protest gegen die Fahrpreiserhöhungen auszudrücken. 700 Schüler waren am Vormittag aus 7 Schulen in die Innenstadt gezogen. Ein Demonstrationsszug von der Hochschule wurde von der Polizei aufgelöst, die Demonstranten sickerten auf die Zeil ein. Auf der Zeil und im Innenstadtbereich wurden Kundgebungen und Demonstrationsszüge durchgeführt, an denen bis zu 5 000 Menschen teilnahmen. Der Straßenbahnverkehr lag still.

Am Dienstag sind die Auseinandersetzungen auf einem gleichbleibenden Niveau geblieben. Das birgt in einer solchen Situation des zugespitzten Kampfes eine große Gefahr in sich, die auch am Nachmittags bereits in der Auseinandersetzung auf der Zeil erkennbar war: Die Mittel des Kampfes (Blockaden und daraus resultierend die Auseinandersetzung mit der Polizei) verselbständigen sich und werden zum Selbstzweck, die Aktionen wurden relativ ziellos und bekamen den Charakter von Scharmützeln; der Meinungskampf, der in breitem Umfang auf der ganzen Zeil in großen Diskussionsgruppen geführt wurde und bereits bestimmt war durch einen breitgespannten Unmut und Zorn der Menschen auf die bürgerliche Politik und die gesellschaftlichen Verhältnisse, wurde von unseren Genossen

ziellos geführt, denn die Ablehnung der Fahrpreiserhöhung war unüberhörbar und die Menschen wollten nach vorwärts, wußten aber nicht, unter welcher Losung und wie.

Erkennbar war also: Der Magistrat hat an diesen beiden Tagen gezeigt, daß er diese Fahrpreiserhöhungen mit Zähnen und Klauen verteidigen wird. Der Magistrat hat noch mehr auf dem Kerbholz als diese Fahrpreiserhöhungen. Die heftigen Polizeieinsätze und die bisherige Hartnäckigkeit des Magistrats machten klar, daß es nicht nur darum geht, gegen diese Fahrpreiserhöhungen zu kämpfen, sondern daß es darum geht, gegen einen Magistrat zu kämpfen, der immer neue volksfeindliche Maßnahmen beschließt und diese mit Polizeigewalt durchzusetzen versucht.

In dieser Situation war es auf der Zeil unmittelbar notwendig, die Kämpfe zusammenzufassen, um sie aus ihrer Zerrahrenheit herauszuholen und dem Protest eine klare Stoßrichtung zu geben. Die Ortsgruppe führte eine Kundgebung durch und erfaßte etwa 2 000 Menschen, auf ihr wurde der Magistrat an den Pranger gestellt und die Rechenschaftspflicht der Volksvertreter gefordert. Die Losung, daß dieser Magistrat weg muß, wurde noch nicht gestellt. Um das Aufstellen dieser Losung gab es eine Auseinandersetzung sowohl mit und in der Ortsleitung wie auch auf dem Zellenleiter-Treffen der Ortsgruppe und ihrer Massenorganisationen.

Gegen die Losung "Weg mit dem Magistrat!" wurde eingewandt, daß wir uns darauf beschränken sollten, den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen weiterzuführen und keine weitergehende politische Losung aufstellen dürften. Dies sei der Entwicklung des Kampfes nicht angemessen. Diese Einwände beruhten auf einer falschen Einschätzung der konkreten Situation und entsprechend der falschen Einschätzung der konkreten Situation — es sei unmöglich, die Massen für den nächsten politischen Schritt auf den Sturz dieses Magistrats hin zu gewinnen, ihr Unwille und Zorn sei eingeschränkt auf die Fahrpreiserhöhung — wurden falsche politische Schlussfolgerungen gezogen. Eine Beschränkung der Stoßrichtung der Aktion auf den Fall der Fahrpreiserhöhung in einer Situation, wo der bürgerliche Magistrat klar seinen politischen Willen mit Polizeigewalt durchsetzen will, die Massen die Fahrpreiserhöhung ablehnen und darüberhinaus bereits umfassend ihren Unmut und Zorn über die Verhältnisse und die Herren, die sie aufrechterhalten, äußern, hätte unweigerlich zur Konsequenz gehabt, daß der Kampf nicht weitergetrieben worden wäre, sondern relativ rasch abgeebbt wäre. Auf der anderen Seite wurde gesagt, daß diese Losung, die die nächste politische Aufgabe angibt, gegenwärtig illusionär sei. Illusionär war diese Losung keineswegs, sondern gerade das Aufstellen dieser Losung bezieht sich auf die Erfahrungen der Massen, beschleunigt das Einbeziehen neuer Kräfte in den Kampf, richtet die bereits vorhandene Bewegung aus und konzentriert die Aktivitäten, weil der Feind genau ins Auge gefaßt wird und jeder erkennt, gegen wen er antreten muß. Nur durch diese Losung konnten wir vorwärtskommen, denn klar war, daß die Herren im Magistrat die Fahrpreiserhöhung nicht freiwillig zurücknehmen und ihre volksfeindliche Politik nicht freiwillig beenden werden. Dann müssen die Kommunisten aber auch klar sagen, wie man mit ihnen zu verfahren hat, daß der Kampf organisiert werden muß mit dem Ziel ihres Sturzes. Der Magistrat versucht, die elenden sozialen Verhältnisse in dieser Stadt zu regieren

und das Aufbrechen der Widersprüche zu unterdrücken, sie zu klammern — unvermeidlich ist es deshalb, sich Raum für die Entfaltung dieser Widersprüche zu erkämpfen, die Fronten offen zu gestalten und den nächsten selbständigen politischen Schritt der Massen einzuleiten, der nur gegen den Magistrat, das politische Organ der bürgerlichen Klasse am Ort, getan werden konnte und mußte.

Die Losung "Dieser Magistrat ist reif — Dieser Magistrat muß weg!" aufzustellen, war in dieser Situation der richtige Schritt. Dadurch haben wir uns instand versetzt, die Kämpfe der Massen gegen die Fahrpreiserhöhung weiterzuführen, den Protest auszudehnen und zuzuspitzen auf die entscheidende nächste politische Frage.

Alle anderen Gruppen waren zu diesem Zeitpunkt bereits ins Schleudern gekommen. Ihnen blieb nichts mehr in der ganzen Woche, als eine Negativkoalition gegen den KBW einzugehen (Spontaneisten, GIM, GRF). Die Gruppe Rote Fahne (KPD) hat sich bereits zu diesem Zeitpunkt die tiefe Verachtung zugezogen, erklärte doch die Hochschulleitung: "Wir haben seit Montag (!!) die Einschätzung getroffen, daß diese Fahrpreiserhöhung nicht mehr zu verhindern sein wird." Begründet wird dies mit der politischen Situation in Frankfurt: "Dieser SPD-Magistrat versucht nicht erst seit Montag mit allen Mitteln seine volksfeindliche Politik durchzusetzen auch gegen jeden Widerstand, der sich bisher gezeigt hat. In diesen Auseinandersetzungen ist er keinen Schritt zurückgewichen. . . . Wir haben darum auch immer den Kampf gegen die falsche Linie des KBW geführt, der meinte, wir seien stark genug, um die Fahrpreiserhöhung und jetzt sogar den Magistrat zu Fall zu bringen. Das ist eine völlige Fehleinschätzung des Kräfteverhältnisses." Dann wurde — am Dienstag! — "Bilanz" gezogen. Der Hochschulleitung des KSV zufolge darf man eine Losung, die die Massen revolutionär-demokratisch gegen den Magistrat stellt, solange nicht aufstellen, solange der Gegner sich noch behauptet und darf sie bestenfalls erst dann aufstellen, wenn er zurückweicht. Zurückweichen wird er aber niemals freiwillig, sondern sich erbittert verteidigen. Man sieht: Diese feuerrot getarnten Bürger fürchten nichts mehr als die selbständigen Schritte der Massen nach vorn und werden in Situationen der Zuspitzung der Kämpfe direkt zu Saboteuren. Wie es aber oft bei diesen Sekten geschieht, zehren sie von den Schwächen der Aktion und wenden sie gegen die Aktion insgesamt: weil die Arbeiterklasse den Kampf noch nicht selber umfassend führe, dürfe er überhaupt nicht geführt werden.

Am Dienstagabend wurde sowohl die Organisation ausgerichtet wie auch auf dem Campus eine öffentliche Veranstaltung der Ortsgruppe durchgeführt, auf der die Stoßrichtung "Weg mit den Fahrpreiserhöhungen! Dieser Magistrat ist reif — Dieser Magistrat muß weg!" erläutert wurde und die richtige Konsequenz in bezug auf die Formen des Kampfes gezogen wurde: Die Kämpfe auf der Zeil am Mittwoch fortzuführen und sie in einer Demonstration gegen den Römer zusammenzufassen.

Am Mittwoch trug die Ortsgruppe diese Losungen in die verschiedenen Aktionen hinein und mobilisierte den ganzen Tag während der ganzen Aktionen für die Demonstration zum Römer (dem Rathaus der Stadt Frankfurt). Zu der Demonstration zum Römer von der Zeil aus sammelten sich ungefähr 5 000 bis 6 000 Menschen. Als die Spitze der Demonstration auf dem Römer angekommen war, wurde

die Demonstration an verschiedenen Stellen von der Polizei angegriffen, mit dem Ziel, sie zu zerschlagen. Bei diesem Angriff hat ein Wasserwerfer einen Teilnehmer an der Demonstration überfahren. Nach Aussagen eines Notarztes, die sich rasch verbreiteten, sei er an seinen Verletzungen gestorben. Diese Meldung ging auch durch einige Nachrichten, wurde dann jedoch demontiert. Polizeipräsident Müller sprach von leichten Verletzungen. Die Polizeiführung versuchte, die Wahrheit zu vertuschen, daß dieser Demonstrant schwer verletzt ist und entweder seinen Verletzungen erliegen ist oder in Lebensgefahr ist. Außer diesem Verletzten gab es nach offiziellen Angaben 106 Verhaftungen und ca. 90 Verletzte. Arndt ließ verlauten, er wolle die Festgenommenen wenigstens 48 Stunden im Gefängnis halten, um, wie er sich ausdrückte, "die Rädelsführer herauszufinden".

Nach der Zerschlagung der Demonstration zum Römer sammelten sich die Menschen erneut auf der Zeil. Die Nachricht von der schweren Verletzung bzw. vom Tod des Demonstranten, den der Wasserwerfer überfahren hatte, ging um und rief große Empörung hervor. Die Hauptparole, die auch von den Massen ergriffen wurde, war jetzt: "Für den Profit der Reichen — Gehn Arndt und Müller über Leichen! Dieser Magistrat muß weg!" Die Polizei versuchte mit massivem Tränengaseinsatz über die Wasserwerfer, die Menschen von der Zeil zu vertreiben, was ihr nicht gelang. An beiden Enden der Zeil sammelten sich große Menschenmassen. Es gab zahlreiche Widerstandskaktionen gegen die Polizeiangriffe. Insgesamt wurden von der Auseinandersetzung auf und um die Zeil herum ungefähr 12 000 bis 15 000 Menschen erfaßt. An der Hauptwache gelang es der Ortsgruppe noch einmal, rund 1 500 Menschen zu einer Kundgebung zu sammeln, die durch große Empörung gegen den Magistrat und die Polizei gekennzeichnet war. Nach sieben Minuten löste die Polizei die Kundgebung auf.

Aktivster und rebellischster Teil wie auch wesentlichster Träger des Kampfes ist zunehmend die Arbeiterjugend geworden. Bis in den späten Abend (etwa 22.30 Uhr) zogen sich die Auseinandersetzungen auf der Zeil hin; es gab kleinere Kundgebungen und zahlreiche Diskussionsgruppen bildeten sich, wobei unsere Genossen die Losungen gegen den Magistrat vertraten und für Donnerstag erneut zu einer Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen und gegen den Magistrat aufrufen.

Das Zellenleiter-Treffen an diesem Abend hat Übereinstimmung in der Stoßrichtung der Politik ergeben, denn diese Stoßrichtung hatte sich an diesem Tag als richtig erwiesen in der Praxis des Kampfes und war von den Massen ergriffen worden. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Kommunisten die Führung dieses Kampfes erkämpft und ihn organisiert. Die Organisation der Kämpfe auf der Zeil, die zunehmend in dieser Woche von uns getragen wurde, konnte erfolgen, weil sich der Verband hier als elastisch und flexibel gezeigt hat in bezug auf die Aufgabe, Straßenkämpfe zu organisieren. Insbesondere das mehrmals stattfindende Zellenleiter-Treffen, an dem die Zellenleiter der Ortsgruppe wie auch die der Massenorganisationen teilnahmen, hat uns das Instrument geschaffen, einen festen ausgerichteten Kaderstamm an verschiedenen Stellen einzusetzen, um den sich dann die Genossen und Kämpfer auf unserer Linie sammelten. Nur dies hat uns ermöglicht, die Ausrichtung des Verbandes zu vollziehen und die Einheit der Aktion der Massen herzustellen. Auf der anderen Seite

sind uns zunehmend die objektiven Strukturen, wo die Massen zusammengefaßt sind, Betriebe und Stadtteile, zunehmend aus der Hand geglitten und dies war die entscheidende Schwäche des Kampfes. Möglicherweise ist das natürlich teilweise dadurch, daß die Zellen bzw. Aufbauzellen der Ortsgruppe noch mehr am Betrieb als im Betrieb arbeiten, teilweise erst am Anfang ihrer Tätigkeit im Stadtteil stehen. Das ermöglicht die Entfernung von diesen Strukturen. Dahinter steckt aber noch mehr: unsere organisatorischen Beziehungen funktionieren in der Zeit der Ruhe und geraten ins Wanken in Situationen der Kämpfe, obwohl sie gerade entscheidendes Instrument sind, um die Einheit der Aktion herzustellen. Denn in solchen Situationen kommen die Dinge rasch in Bewegung, verändern sich die politischen Kräfteverhältnisse rasch, müssen wir täglich den Meinungskampf im Betrieb richtig voranbringen und zuspitzen auf Tätigkeiten. Das erfordert ein hohes Maß an Ausrichtung der Zellen durch die Leitung, sonst werden sie zerrieben, was teilweise eingetreten ist. Falsch ist es aber, einen Gegensatz zu machen: Konzentration auf die Zeil — Konzentration auf die Betriebe und Stadtteile. Dieses Gegenüberstellen ist falsch, weil der politische Kampf gegen den Staat auf der Straße, in diesen Tagen auf der Zeil, geführt werden mußte. Richtig ist aber in dieser Situation, daß er nur ständig neuen Zustrom erhält und auf breitere Grundlage gestellt wird, wenn unsere Zellen in Betrieb und Stadtteil die Empörung verbreiten, den Lügen der bürgerlichen Presse entgegenzutreten, die noch nicht vom Kampf erfaßten Massen für unsere Stoßrichtung gewinnen.

Am Donnerstag erfolgte ein Rückgang der Aktivitäten auf der Zeil selber, der befürchtete Tod des Schülers wie auch die ungeheuerliche Brutalität der Polizei, der verstärkte Einsatz der Polizei hatten Wirkung. Die Diskussion auf der Zeil war äußerst intensiv und erfaßte etwa 10 000 Menschen. In dieser Situation sind wir hervorgetreten und haben trotz Demonstrationsverbots (unsere Demonstration gegen den Römer war angemeldet worden und verboten worden mit der Begründung, daß sie vom KBW angemeldet sei, der wesentlich an diesen Unruhen beteiligt sei) zwei Demonstrationen durchgeführt. Den zweiten größeren haben wir aber nicht auf den Römer geführt, weil die Polizei dort eine Falle gebaut hatte, und wir nicht ins Verderben laufen durften. Sie auf der Zeil durchzuführen, war auch politisch möglich und richtig, denn so sammelten wir die Kräfte und richteten sie auf Samstag aus, wo die umfassende Sammlung der Massen erfolgen sollte gegen die Fahrpreiserhöhung und die Politik des Magistrats. Am Samstag mußte die Entscheidung fallen. Am Samstag mußte entschieden werden, ob die Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen fortgesetzt werden und ob die Losung "Dieser Magistrat ist reif — Dieser Magistrat muß weg" als Aktionslosung aufrechterhalten werden kann, oder ob sie in eine Propagandalosung zurückverwandelt werden muß, um den Kampf an den verschiedenen Punkten der Auseinandersetzung in Frankfurt fortzusetzen.

Ein Rückgang der Auseinandersetzung, eine Situation der Spannung und breiten Debatte, teilweise eine Stimmung der Furcht, das war die Lage. Wie waren zu diesem Zeitpunkt die Kräfteverhältnisse zwischen uns und dem Magistrat, wie stand der Feind da? Haben wir die Lage richtig eingeschätzt und welche Fehler haben wir gemacht? Der Magistrat war durch die Heftigkeit und die Standhaftigkeit der Bewegungen gegen die Fahrpreiserhöhung überrascht. An die Fahrpreiserhöhungen hat er seine politische

Existenz geknüpft. Dementsprechend brutal ließ er die Schlägertrupps marschieren und scheute vor Todesopfer nicht zurück. Sein Ziel in diesen vier Tagen war: Aufrechterhaltung der Fahrpreiserhöhung, Brechung des Widerstandswillens, Eindämmung der Sympathie, Zerschlagung des Kampfes. Diesem Ziel war er nicht nähergekommen, er war weiter davon entfernt als zu Anfang. Er stand schlecht da, war angeschlagen und wankte, wehrte sich (militärisch) aber heftig. Die Kräfte der Reaktion wichen zurück. Ausdrück davon war die Berichterstattung in Presse und Fernsehen, die Tatsachen ließen sich nicht mehr unterdrücken: — Zum erstenmal wurde zugegeben, daß Tausende kämpften, die lebensgefährliche Verletzung des Schülers mußte eingestanden und Müller (Polizeipräsident) der offenen Lüge überführt werden. Teile der bürgerlichen Presse schossen sich auf Müller ein. Die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag war völlig zerfahren, kopflos und zerstritten. Arndts Ziel, eine Allparteierklärung gegen die Kämpfe, ihre Ziele und ihre Führer zustandezubekommen, scheiterte kläglich im Hader der durcheinandergewirbelten bürgerlichen Parteien. Arndt mußte der "Frankfurter Rundschau" gegenüber zugeben, daß diese Stadtverordnetenversammlung ein "Teilerfolg der Chaoten" gewesen sei. Durch seinen Parteifreund Vogel holte er sich die Rückendeckung der Bundesregierung, Kulmann, (SPD-Landtagsmitglied Nordrhein-Westfalen, Chef der Gewerkschaft der Polizei) mußte ihn ebenfalls unterstützen. Bielefeld (FDP-Innenminister) versprach, den Tränengaseinsatz zu überprüfen. Auf der anderen Seite erklärten sie verbissen, daß der Kampf fortgeführt würde, kündigten Polizeiverstärkung für ihre Verteidigung und den verstärkten Einsatz von Zivilpolizei an. Kein Zweifel, der Magistrat wankte und war deshalb zu allem bereit.

Das Trommelfeuer an Lügen, die spaltenlangen Erklärungen der bürgerlichen Politiker zeigten an, daß der Meinungskampf weit hinaus über die Zeil tobte und sich die Fronten herausbildeten, in den Betrieben, in den Stadtteilen, überall, wo Menschen zusammengefaßt sind. Die bürgerlichen Politiker, angeschlagen, waren zum erstenmal in dieser Woche gezwungen, sich direkt und massiv ans Volk zu wenden und an es zu appellieren. Sie haben den Kampf verbreitet, indem sie sich mittels ihrer Hebel (Zeitungen) an alle wandten.

Die politischen Kräfte in der Bewegung hatten sich differenziert, waren zerrieben worden bzw. hatten sich gestählt. Zerrieben worden waren die Spontaneisten und die Gruppe Rote Fahne, nur noch zusammengehalten in der Ablehnung der Politik des KBW und der Ablehnung des Kampfes gegen den Magistrat. Die Ortsgruppe war die einzige ordnende, führende und organisierende Kraft. Das drückt sich auch darin aus, daß die FAZ von einer "Steigerung der kommunistischen Agitation und Propaganda" sprechen mußte, die Frankfurter Tagespresse sich zunehmend auf den KBW einschloß und das Polizeipräsidium die Breite der Auseinandersetzung nur noch mit dem Umstand, daß täglich "2 000 Kommunisten und ihre Anhänger" auf die Zeil strömen, erklären konnte.

Wesentliche Schwäche dieser Auseinandersetzung war, daß die Betriebe und die Stadtteile weitgehend aus der Auseinandersetzung herausgehalten werden konnten. Ebenso die Gewerkschaften. Diese Schwäche haben die Kräfte der Reaktion am Mittwoch/Donnerstag erkannt und gut genutzt, zu einem Zeitpunkt also, wo sie angeschlagen waren und unbedingt Unterstützung brauchten.

Die Betriebsräte der Kaufhäuser der Innenstadt forderten in einem Offenen Brief an Oswald, Arndt, den Magistrat und die hessischen Landtagsfraktionen Sicherheit für die Arbeitsplätze und den Arbeitsweg. Die ÖTV-Gewerkschaftsspitze gab eine entsprechende Erklärung heraus. Führer von Gewerkschaften und Vertreter von Belegschaften haben sich gegen den Kampf und die Ziele des Kampfes gestellt, die bürgerliche Presse griff die Erklärungen dieser bürgerlichen Politiker begierig auf und verbreitete sie. Wir haben diese Schwäche zwar erkannt (und verschiedene Stadtteilversammlungen der Komitees eingeleitet, die Genossen in der GUV und die Betriebszellenleiter zu entsprechenden Aktivitäten aufgefordert), aber nicht ihre Bedeutung in dieser bestimmten Situation und deshalb auch nicht dementsprechend taktisch klug gehandelt. Allgemein wurde die Weisung gegeben, daß in den Betrieben und den Stadtteilen, in den Gewerkschaften Aktivitäten eingeleitet werden müssen. Diese Weisung konnte so nicht greifen. Weil die Bedeutung nicht klar war, wurden auch keine Schritte eingeleitet, um trotz dieser Nachteile nach vorn zu kommen. Die Bedeutung dieser Schwäche lag darin, daß auf der Zeil zwar mehr als 10 000 Menschen erfaßt werden konnten, aber gerade im Betrieb und in den Stadtteilen die Massen nicht selbst überprüfen konnten, was sich abspielte und der organisierte Gegenpol gegen die bürgerliche Hetze weitgehend fehlte. In dieser Situation taktisch klug handeln, hätte bedeutet, zwei oder vier Resolutionen, die sich tatsächlich auf feste Meinungen und die Unterstützung von Kollegen und Gewerkschaften beziehen, zu erkämpfen, sie zu veröffentlichen und so diesen bürgerlichen Machthabern in den Gewerkschaften das Feld zu beschneiden und die Basis des Kampfes zu verbreiten.

Das haben wir nicht getan, und der Feind hat diese Schwäche gut genutzt in seinem Interesse. Das hat ihm geholfen und uns geschadet.

Am Freitag sind wir kaum zum Zug auf der Zeil gekommen. Entgegen den Auffassungen, an diesem Tag nichts zu machen und eine "Atempause" bis Samstag einzulegen, entgegen den Auffassungen, die ausschließlich für das Führen der öffentlichen Debatte eintreten und sich gegen die Weiterführung der Aktionen am Freitag aussprachen und beides gegeneinander ausspielten, haben wir richtig gesagt, daß wir keine Atempause einlegen dürfen, weil sonst der Gegner sich erholen könne. Das war aber in dieser Lage zu wenig, der oben genannte Fehler zeigte seine Wirkung in einer erheblich schwächeren Beteiligung auf der Zeil und dem zögernden Einsatz von Genossen, die teilweise Rückzugstendenzen zeigten. Wir haben aber in dieser schlechten Lage nicht zurückgesteckt, die Initiative vorübergehend ergreifen können und einen kurzen Demonstrationzug und eine kurze Kundgebung organisiert. Wir haben demonstrativ gezeigt, daß wir da sind und uns nicht vertreiben lassen. Das war wichtig und war mit Bedingung dafür, daß wir uns am Samstag nicht nur halten, sondern auch siegen konnten und das Demonstrationsverbot durchbrechen konnten.

Die Erfahrungen aus der Stadtteilarbeit, die insgesamt ungenügend durchgeführt wurde, und die drei Veranstaltungen, die in Stadtteilen durchgeführt wurden, zeigten, daß der Meinungskampf erhebliche Teile der Bevölkerung erfaßt hatte, scharf geführt wurde und keineswegs entschieden war.

Die für Samstag angemeldete Demonstration zum Römer hatte der Magistrat verboten. Arndt hatte angekündigt, daß am Samstag dem Spuk auf der Zeil ein Ende bereitet werden müsse. Der Magistrat wollte sich mit jeder Gewalt durchsetzen. Für uns stand die Entscheidung, ob wir im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung und für den Fall des Magistrats den Höhepunkt erreichen und die Kämpfe fortsetzen können oder diese Ziele nicht erreichen und in anderen Formen den Kampf weiterführen müssen.

Um eine breite Masse von Menschen zusammenzuschließen für Samstag, hatten wir bereits am Donnerstag die Politik der Aktionseinheit auf der Grundlage der Losungen "Weg mit der Fahrpreiserhöhung! Dieser Magistrat muß wegl! Schluß mit Polizeieinsätzen und Demonstrationsverboten!" eingeleitet. Die Auseinandersetzung über die Bildung dieser Aktionseinheit sollte öffentlich, vor Augen aller, erfolgen. Alle Organisationen wurden zur Veranstaltung der Komitees gegen die Fahrpreiserhöhung am Donnerstag eingeladen. Die Spontaneisten, GIM und Gruppe Rote Fahne etc. lehnten sowohl die Form der Aktionseinheitsverhandlungen, die öffentliche Debatte, ab wie sie auch die Losungen ablehnten.

Auf der Veranstaltung der "Komitees gegen die Fahrpreiserhöhung" (500 Versammlungsteilnehmer, darunter viele frisch gewonnene Kräfte) wurden diese für die vorgeschlagenen Losungen gewonnen. Daß zunächst außer dem KBW und den Komitees niemand die Aktionseinheit unterstützte, lag nicht daran, daß die Politik der Aktionseinheit fehl am Platze gewesen wäre, sondern an den zugespitzten politischen Verhältnissen, die von den revolutionären Organisationen eine klare politische Entscheidung erforderten. Daß die Jungsozialistischen nicht gewonnen werden konnten, zeigt einerseits, daß diese in einer solchen politischen Lage deutlich Farbe zeigen gegen den Kampf der Massen; daß dieser Vorschlag in ihren Reihen keine erhebliche Verwirrung auslöste, zeigt andererseits, daß der Druck noch nicht genügend stark war.

Am Freitag sind dann die spontaneistischen Gruppen doch bereit gewesen, eine Aktionseinheit zu schließen. Dieser Schwenk ist erklärbar durch die Drohung Arndts, am Samstag dem Spuk ein Ende zu bereiten, einerseits, durch die Tatsache andererseits, daß sie auf Grundlage der durch den Kampf geschaffenen Fakten nicht mehr umhin konnten, gegen den Magistrat selber als Gegner anzutreten. Als Losungen der Aktionseinheit wurden vereinbart: "Weg mit Arndt und Müller! Weg mit der Fahrpreiserhöhung! Schluß mit den Polizeieinsätzen und Demonstrationsverboten!" Allerdings wollten die spontaneistischen Gruppen die Demonstration nicht auf der Zeil durchführen, sondern fern von der Zeil. Das war politisch falsch und zeigt ihre Halbherzigkeit und Inkonsistenz, denn natürlich mußte die politische Entscheidung im Kampf auf der Zeil fallen und vom Kampf selber her taktisch falsch, denn außerhalb der Zeil konnte jede Demonstration leicht von der Polizei zer schlagen werden. (Dementsprechend kann man feststellen, daß am Samstag die Spontaneisten nahezu planmäßig verschliefen!)

Die Demonstration war also verboten, dem "Spuk" sollte ein Ende bereitet werden. Diese Absicht war kein Zeichen politischer Stärke, sondern ein Zeichen der politischen Schwäche des Magistrats. Die Polizeieinsätze haben Furcht und Schrecken verbreitet, ihren Zweck aber, Brechung des

Willens des Volkes, nicht erreicht. Diese Demonstration durchzuführen, war unbedingt notwendig. Samstag war die entscheidende Zuspitzung des Kampfes: Kann der Magistrat sein Demonstrationsverbot durchsetzen, die Bewegung zurückschlagen und seine Haut retten, oder können wir uns die Straße erkämpfen, hervortreten und die Massen zusammenschließen und einig gegen den Magistrat führen.

Das Polizeiaufgebot war groß und an beiden Enden der Zeil konzentriert. Scharen von Zivilpolizisten lungerten herum und warteten auf günstige Gelegenheiten. Die Situation war durch Spannung und Angst vor Polizeieinsätzen gekennzeichnet. Da sind wir um halb zwölf hervorgetreten, haben den ersten Demonstrationzug formiert bis hin zur Mitte der Zeil und unsere erste Kundgebung abgehalten, auf der ein Vertreter der Komitees sprach. Wir erkannten, daß der Gegner offensichtlich sich zurückhalten mußte, der Magistrat zurückgewichen war und wir Bewegungsraum haben. Wir haben ihn gut genutzt. Von halb zwölf bis halb zwei haben wir die Zeil beherrscht, und unsere Losungen haben die Massen ergriffen. Durch dieses kühne Nutzen der Bewegungsfreiheit haben wir uns die Straße erkämpft, die Massen einbezogen, denn beim Zeichen der Schwäche hätte die Polizei die Gegenattacke geführt. Durch das Rufen der Losungen, durch immer wiederkehrende Kundgebungen (fünf an der Zahl, davon 4 vom KBW, die jedes Mal als solche angekündigt waren) haben wir die Überzeugungs- und Ausrichtungsarbeit sowohl in der Demonstration organisiert wie auch ständig neue Menschen in den Kampf einbezogen. Demonstranten waren es ca. 5 000 bis 6 000, die Zeil selber war voll von Menschen und viele darunter mit Sympathie für die Ziele der Demonstration; die soziale Zusammensetzung läßt sich schwer abschätzen, jedenfalls wieder erhebliche Teile der Arbeiterjugend, zahlreiche ausländische Kollegen, wenig Studenten und einzelne ältere Arbeiter.

Wir haben die Initiative in die Hand genommen und sie nicht wieder losgelassen. Auf dem Höhepunkt formierten wir einen Demonstrationzug von der Hauptwache bis zur Konstablerwache von 5 000 Teilnehmern. Diese Demonstration über zwei Stunden hinweg — sie war politisch selbständig, stellte sie sich doch klar gegen den Magistrat und forderte, daß er fällt, daß die Fahrpreiserhöhungen fallen müssen und daß die Straße dem Volk gehört. Sie zeigte dem Magistrat und seinen Auftraggebern, daß das Volk erwacht und für seine Interessen und Rechte kämpft. Sie war selbstbewußt und zum erstenmal in dieser ganzen Woche sind die Demonstranten unter Führung der Kommunisten organisiert gegen die Polizei vorgegangen und haben Attacken zurückgeschlagen, den Wasserwerfern wurde mutig entgegengetreten. Bis in den Frühschicht dauerte der Zug und wurde durch eine KBW-Kundgebung zusammengefaßt.

Klar war jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt, daß diese Bewegung nicht ausgereicht hat, um den Magistrat zu stürzen, die Aktionen in der nächsten Woche unmittelbar bis zum Fall fortzuführen, sondern daß er in neuen Formen und auf breiterer Grundlage weitergeführt werden mußte. Dem trug auch das Flugblatt der Ortsgruppe an diesem Samstag Rechnung, das die Bewegung der Kräfteverhältnisse aufzeigte, die Lage und Ziele des Magistrats sowie die Ziele und Aufgaben der Volksmassen entwickelte. Zum erstenmal wurde ausdrücklich auf die Politik der Gewerkschaftsführer eingegangen wie auch die Furcht der

Menschen vor den Polizeieinsätzen ausdrücklich angesprochen wurde. Beides hatte bisher in der Agitation gefehlt und war ein Fehler gewesen. Es hat die Situation getroffen, insofern es erläuternden Charakter hatte und bereits über den Samstag hinauswies: Daß der Kampf gegen diesen volksfeindlichen Magistrat weitergehen wird, auch wenn er seine unmittelbaren Ziele und Formen ändert.

Diesen Sieg haben wir am Nachmittag nicht gefestigt und genutzt. Den geschlagenen Feind darf man aber nicht zur Ruhe kommen lassen und ihm keine Gelegenheit geben, sich zu erholen. Man muß ihn weiter verfolgen, sonst wird er sich sammeln und sich zu rächen versuchen, zum Gegenangriff übergehen. Haben wir den Sieg errungen, müssen wir ihn nutzen, ihn ausbauen, unsere Stellung festigen und verbessern. Am Nachmittag kamen — da verkaufsoffener Samstag war — neue Menschen auf die Zeil, die mußten in den Kampf einbezogen werden. Viele Demonstranten blieben da und bildeten Kerne der Diskussionsgruppen, erneut erfaßte die politische Debatte die ganze Zeil. Auf der anderen Seite war die Polizei angeschlagen, waren doch diese Schlägertrupps der Bourgeoisie gewöhnt, auf flüchtende Menschen einzuschlagen, einzelne herauszugreifen und übel zuzurichten, fliehende Rücken vor sich zu haben. Sie hatten stattdessen Demonstrationen von großer Geschlossenheit gegen sich gehabt, die feste Ketten bildeten, ihre Attacken und Einzelvorstöße nicht zur Wirkung kommen ließen, und selbstbewußte Menschen gegen sich gehabt, die ihnen das Gesicht zuwandten. Ihre Befehlshaber, die Herren im Magistrat, gezwungen zurückzustecken durch diese Entwicklung der Auseinandersetzung und der Kräfteverhältnisse, weiter isoliert durch die Unterstützung des Kampfes in der BRD, die der KBW eingeleitet hatte, lauerten genauso auf ihre Chance, den politischen Sieg, den die Bewegung sich erkämpft hatte, zuschanden zu machen. Die Bourgeoisie ist voller Tücke und wehrt sich verbissen.

Das mußte man erkennen und dementsprechende Weisungen ausgeben. Sie wurden — trotz erfolgter Absprachen in der Demonstrationseileitung — nicht ausgegeben. Statt die abgesprochene Weisung auszugeben: Debatte auf der Zeil, Vertiefung unseres Einflusses durch die Verankerung der kommunistischen Propaganda, später erneut Einleitung der Zusammenfassung und Ausrichtung der Massen durch Kundgebung und/oder Demonstration wurde die Weisung ausgegeben, Diskussionsgruppen zu bilden. Das war zu wenig und in dieser Situation direkt falsch. Diese Differenzen beruhen auf unterschiedlichen Einschätzungen der konkreten Lage. Auch hier zeigte sich, daß die Grundlage jeder richtigen Politik die richtige Einschätzung der Lage ist. Wir mußten die Initiative in der Hand behalten, neue Menschenmassen gegen den Magistrat stellen, unsere politische Stoßrichtung, und den Zweck des Klassenkampfes, den Sieg des Sozialismus, weiter verankern. Nur so auch hätte die Polizei keinen Spielraum gehabt für Konterattacken und Racheaktionen. Stattdessen wurde die Weisung ausgegeben: Diskussionsgruppen bilden, Ende der Aktion. Dahinter steckte die Einschätzung: Der Feind ist geschlagen, wir haben gesiegt, der Kampf ist gelaufen. Diese falsche Einschätzung der Lage und die falsche politische Konsequenz hat dazu geführt, daß reihenweise die Genossen des KBW abwanderten, erfreut über den Sieg und erleichtert, daß nicht die befürchtete Schlacht eingetreten war. Das ist verständlich, aber so wurde die Situation nicht genutzt, das gesteigerte Interesse der Massen an unserem Programm zu nutzen und sie dafür zu gewinnen, es wurde

kaum die KVZ verkauft (wo verkauft wurde, wurden z. B. binnen einer Viertelstunde 12 Stück verkauft). Wir haben die Initiative aus der Hand gegeben und nur weil der Magistrat und die Polizeiführung ihrerseits die Lage falsch einschätzten, haben sie nicht den Gegenangriff eingeleitet und den Sieg in eine Niederlage verwandelt.

Die bürgerliche Presse und das Fernsehen bzw. der Rundfunk reagierten verwirrt und uneinheitlich! Die Tagesschau hat am Samstagabend die Demonstration gleich ganz verschwiegen, im Rundfunk war zunächst die Rede von 400 Demonstranten, dann wurde auf 700 gesteigert. Das ZDF verzeichnete bereits 1 000, die "Bild am Sonntag" 2 000 und die "Welt am Sonntag" "mehrere Tausend". Rudi Arndt, Oberbürgermeister Frankfurts, gab am Abend ein Interview, in dem er hart in der politischen Frage, der "Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" auftrat, weich hingegen in der sozialen Frage, der Fahrpreiserhöhung: Man müsse sie überprüfen.

Die politischen Fehler, die an diesem Samstag aufgetreten sind, können durchaus auf die Politik der Ortsgruppe verallgemeinert werden. Sie wird aber nach dieser Woche die richtigen Konsequenzen ziehen.

Die Kommunisten in Frankfurt sind in dieser Woche, in den Kämpfen aus ihrem "Schattendasein" hervorgetreten und haben direkt den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen und die Zusammenfassung der Menschen gegen den Magistrat eingeleitet, organisiert und geführt. Sie haben ihre Avantgarde-Aufgabe zunehmend besser erfüllt und erhebliches Vertrauen bei den Massen gewonnen. Aber keineswegs hat das Bewußtsein von dieser Aufgabe bereits den ganzen Verband erfaßt und alle Fehler sind offen zutage getreten. Solche Phasen der erbitterten Auseinandersetzung decken zwangsläufig und schonungslos die Kinderkrankheiten einer jungen Organisation auf, die beginnen muß, die politischen Kämpfe zu organisieren und zu führen. Alle Fehler, die genannt worden sind, resultieren daher, daß noch nicht das Bewußtsein sich durchgesetzt hat, daß im Aufschwung der Kämpfe der Massen die Kommunisten an der Spitze stehen müssen, indem sie sie politisch führen gegen die bürgerlichen Staatsorgane, unter Losungen der revolutionären Demokratie, sie organisieren und sich nicht verlieren in den vielfältigen Aktivitäten der Massen, und im Kampf Agitatoren und Propagandisten des Kommunismus sein müssen, anstatt sich der spontanen Empörung zu überlassen. Daß sie zu diesem Zweck eine festgefügte Organisation brauchen, die sowohl einheitlich die politische Stoßrichtung unter den Massen verankert und sie zusammenschließt wie sie auch taktisch flexibel ist, anstatt bei größeren Belastungsproben sich teilweise aufzulösen.

Die Kommunisten haben in dieser Woche der harten Kraftprobe zwischen Volk und Magistrat ihren Einfluß erheblich erweitern können und sind zweifellos zur führenden Kraft in diesen Massenkämpfen geworden. Es gibt gar keinen Zweifel, daß die weitere Entwicklung der Kämpfe der Massen gegen den volksfeindlichen Magistrat wesentlich davon abhängen, daß die Ortsgruppe die politische Verantwortung übernimmt und ihrer Aufgabe als Avantgarde, die sie sich erkämpft hat, gerecht wird. Die Bedingungen dafür sind gut, denn wir haben uns Vertrauen erworben und die Kräfte unserer Organisation sind gestählt worden.

IV.

Diese Woche des Kampfes der Massen gegen die Fahrpreiserhöhung und seine Zuspitzung gegen den Magistrat hat auch die Farben der verschiedenen Organisationen deutlich erkennbar und für jedermann überprüfbar werden lassen. Die sogenannte "revolutionäre Linke" Frankfurts, d. h. "Revolutionärer Kampf, Häuserrat" etc. haben ihren Einfluß nicht erweitert und bei vielen an Ansehen verloren, waren sie doch schon ab Dienstag völlig hilflos. Die ideologischen Führer dieser Bewegung haben diese in die Passivität geführt und ihre Tätigkeitslosigkeit als "Spontaneismus" ausgegeben. Hilflos in einer Situation der politischen Zuspitzung der Auseinandersetzung, haben sie ihre Nulltarifparolen aufrechterhalten und die Rote-Punkte-Aktion propagiert, die je nach Gruppe entweder als caritative Hilfeleistung für Leute, die durch die Straßenbahnblockaden nicht die Bahn benutzen konnten, verstanden wurde oder als Boykottaktion der Straßenbahnbenutzer gegen die städtischen Monopolisten. Freitag und Samstag haben sie sich feige aus dem Kampf zurückgezogen. Ihr Nimbus als spontane Rebellen, von dem sie leben, ist erheblich angeschlagen und es wird schwerfallen, ihn wieder aufzupolieren.

Vor allem aber hat die Gruppe Rote Fahne (KPD) ihren Charakter offenlegen müssen. Ab Montag hat sie "Bilanz" gezogen und die Kämpfe für beendet erklärt. Am Mittwoch, beim Zug gegen den Römer, stand die Ortsleitung als Beobachter am Straßenrand. Am Freitag, als die Demonstration für Samstag verboten war, hat die "Ortsleitung Frankfurt" dieses Verbot in einer Erklärung festgestellt und kritisiert und folgende markige Erklärung abgegeben: "Um unseren gerechten Forderungen Ausdruck zu verleihen, dürfen wir Demonstrationsverbote und Polizeiterror nicht widerstandslos hinnehmen." Wer jetzt noch gedacht hat, daß sie aufrufen würde zum Kampf, sah sich getäuscht: nicht die Organisation des Volkes gegen den Magistrat auf der Zeil, sondern — eine Komiteegründung: "Wir schlagen deshalb die Gründung eines Komitees gegen Polizeiterror und Demonstrationsverbote vor." Wo alle aufgerufen waren, am Samstag auf der Zeil unüberhörbar und selbstbewußt gegen diesen Magistrat zu kämpfen, eine breite Front zu errichten, forderte die GRF auf: "Um eine breite Front gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des SPD-Magistrats herzustellen, fordern wir alle auf, sich im Komitee zu organisieren." Zusammentritt des Komitees: "Samstagabend!" Ihre Forderungen sind noch kühner als ihr Aktionsprogramm, genauso wie die DKP fordert sie die Pazifizierung und Liberalisierung der bürgerlichen Polizei: Für die Bestrafung und Entfernung faschistischer Elemente aus dem Polizeidienst! Schluss mit der Verhetzung der Polizisten! Kein Schußwaffengebrauch bei Demonstrationseinsätzen! Nach dieser Woche ist ihr feuerroter Lack gesplittert, sie sind erkennbar geworden als das, was sie sind: eine kleinbürgerliche Gruppe, die die Massen für ihre Spektakel mißbrauchen will. Die Massen sind aber in Bewegung gekommen und haben gekämpft, die Gruppe Rote Fahne hatte angesichts dieser bedrohlichen Lage das einzig Richtige für sie getan: sich aus dem Staub zu machen.

V. Wie ist die Lage und welche nächsten Aufgaben stellen sich uns?

Die Lage am Samstag war also die: Die Massenbewegung hat einen politischen Sieg errungen, insofern sie sich die

Straße hat erkämpfen können und sich einheitlich gegen den Magistrat gestellt hat. Ihre Ziele, Fall der Fahrpreiserhöhung, Sturz des Magistrats, hat sie aber nicht erreicht. Der Magistrat hat die Bewegung nicht zerschlagen können, hat sich aber halten können. Beide Seiten konnten nicht in derselben Weise fortfahren wie bisher. Für uns kommt es in dieser Lage darauf an, die Basis des Kampfes zu verbreitern und an verschiedenen Punkten die Auseinandersetzung aufzunehmen bzw. fortzusetzen.

Die nächste politische Aufgabe der Massen in Frankfurt ist, den Sturz dieses Magistrats zu organisieren. Unter dieser Losung können die Kommunisten die verschiedenen Konflikte schüren und sie unter eine einheitliche politische Stoßrichtung bringen. Unter dieser Losung muß jetzt daran gegangen werden, die Basis für dieses Ziel zu verbreitern. Denn wir müssen Folgendes erkennen: 60 000 Menschen haben allein durch ihre Unterschrift ihren Protest ausgedrückt, 10 000 bis 12 000 waren unmittelbar in die Auseinandersetzungen einbezogen. Das ist kein gutes Verhältnis und beweist, daß wir es noch nicht vermocht haben, die Ablehnung mit daran, daß wir uns in der letzten Woche auf das Hauptkampffeld Zeil beschränkt haben und uns nicht auf die Betriebe und Stadtteile bezogen haben, dort, wo die Menschen zusammengefaßt sind. Die Betriebe konnten aus dem Kampf, natürlich nicht aus der politischen Auseinandersetzung, rausgehalten werden und waren kein Faktor in dem Kampf.

In dieser Woche muß die Ortsgruppe daran gehen, entscheiden die Arbeiter für die Ziele des Kampfes zu gewinnen, Stellungnahmen herbeizuführen in Abteilungen und Gewerkschaften, die für den Kampf und seine Ziele eintreten und den Stellungnahmen der bürgerlichen Politikern in Betrieb und Gewerkschaften klarmachen, daß das nicht ihre Meinung ist. Die Betriebszellen der Ortsgruppe müssen diese Aufgabe so anpacken, daß sie die Arbeiter gewinnen für unseren Plan und sie sich aktiv einreihen gegen den Magistrat.

Wie sieht dieser Plan aus? Wir führen den Kampf fort unter seiner nächsten Aufgabe, dem Sturz dieses Magistrats. Wir müssen seine Basis verbreitern, die die elende soziale Lage der Massen in dieser Stadt ist und die immer mehr Empörung hervorruft. Diese Empörung schüren wir und wenden sie gegen diesen Magistrat. Wir fassen sie zusammen.

NACHBEMERKUNG

Der hier veröffentlichte "Bericht über den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen und gegen den Magistrat in Frankfurt" schließt ab mit der Demonstration am 1. Juni und der Darlegung der nächsten Aufgaben. Deshalb ist es notwendig, über den Fortgang der Auseinandersetzungen in Frankfurt zu berichten. Weiterhin ist es notwendig, die Fehler der Kommunisten zu untersuchen und Lehren daraus zu ziehen sowie sich mit der Kritik an der politischen Linie, mit der die Ortsgruppe des KBW diesen Kampf geführt hatte, auseinanderzusetzen.

Nach einer Woche heftiger Auseinandersetzungen in Frankfurt, die zusammengefaßt wurden am Samstag, den 1.6., in einer Demonstration von 5 000 bis 6 000 Menschen unter den Losungen "Weg mit der Fahrpreiserhöhung — Dieser Magistrat muß weg!", war eine schwierige Lage entstanden.

men und organisieren sie in Demonstrationen in den Stadtteilen am Samstag, die einheitlich unter der Losung gegen den Magistrat und zum gleichen Zeitpunkt durchgeführt werden. Zu diesem Zweck werden unsere Stadtteilen in sechs Stadtteilen am nächsten Freitag Versammlungen durchführen, in denen das soziale Elend, das hier herrscht, angeprangert wird, in denen die politischen Figuren, die diese Verhältnisse verteidigen, markiert werden und ein umfassendes Sündenregister dieses Magistrats vorgelegt wird. Die Fahrpreiserhöhung wird ein besonders auffälliger Schandfleck im Sündenregister des Magistrats sein.

Dieses Vorgehen kann die Situation zu unseren Gunsten verändern, denn die Unruhe wird verbreitet werden, die Selbständigkeit der Massen gefördert und diese Herren noch verhaßter machen. Dieses demonstrative Herantreten wird sie empfindlich treffen und großes Aufsehen hervorrufen. Dort, wo sie sich sicher wähnten und relativ unbehelligt, werden sie nun auch angegriffen.

Zugleich ist diese Aufgabe erheblich schwieriger in gewisser Weise als die Führung und Organisation der Kämpfe auf der Zeil. Sie ist insofern schwieriger, als die Gewinnung der Menschen im Stadtteil für den selbständigen und öffentlichen Schritt gegen diesen Magistrat viel persönlichen Einsatz und Überzeugungstätigkeit verlangt, eine sorgfältige Propaganda ohne jede Phrase und das Nutzen jeder Möglichkeit, unsere Ziele zu verankern.

Der Magistrat setzt darauf, daß nach dem Höhepunkt der Kämpfe am Samstag die Ebbe eintritt und er in nächster Zeit unbehelligt bleibt, um sich zu erholen. Wir müssen die Verbreiterung der Unruhe und die politische Selbständigkeit der Menschen auf der Grundlage ihrer Erfahrungen mit der Zuspitzung gegen den Magistrat anpacken, wofür dieser Aktionsplan ausgezeichnet geeignet ist. Gelingt er, wird dies ein weiterer Schritt auf den Sturz dieses Magistrats hin sein.

Hans-Jörg Hager

Dieser Bericht wurde am 2./3. Juni verfaßt und vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland auf seiner Sitzung am 7.6. entgegengenommen. Er ist hier in einer überarbeiteten Fassung vorgelegt.

Auf der einen Seite war diese Demonstration ein begrenzter Erfolg, insofern es gelungen war, trotz Demonstrationsverbot, Einschüchterungen und Trommelfeuer der bürgerlichen Presse diese Menschen zu sammeln und auf der Zeil zu demonstrieren. Auf der anderen Seite war klar, daß es nicht gelungen war, erheblich neue Kräfte zu mobilisieren und tatsächlich eine Entscheidung herbeizuführen.

Das schloß die unmittelbare Fortführung der Aktionen auf der Zeil gegen die Fahrpreiserhöhung und für den Fall des Magistrats aus. Dies machte es notwendig, diese Losung nicht mehr als Aktionslosung aufrechtzuerhalten, sondern sie anhand der verschiedenen Punkte der Auseinandersetzung in der Stadt breiten Massen zu erklären. Denn es bestand folgende Lage: die Aufforderung, diesen Magistrat zu stürzen, mußte erhoben werden, weil dieser Magistrat sich hinwegsetzte über den Protest, der sich zunächst in Unterschriftensammlungen und Resolutionen ausgedrückt

hatte und der dann die Aktionen auf der Zeil gegen die Fahrpreiserhöhung mit Polizeigewalt brechen wollte. Deshalb mußte der Kampf für die Zurücknahme der Entscheidung über die Fahrpreiserhöhung gegen einen Magistrat geführt werden, der diese mit allen Mitteln durchsetzen wollte: "Wir mußten zeigen, daß wir uns durchsetzen können" (Rudi Arndt, Deutsche Zeitung). Sie konnte aufgestellt werden, weil in dieser Situation des Aufruhrs die arbeitenden Massen die Verhältnisse in der Stadt Frankfurt von vielen Seiten beleuchteten und die Regierenden als Verantwortliche für diese Verhältnisse anprangerten. Diese Regierenden, die sich nur halten können durch einen aufgeblähten Beamtenapparat, der durch den Frankfurter Verkehrsverbund ein weiteres Geschwulst erhielt. Sie konnte also aufgestellt werden, weil die Losung "Dieser Magistrat ist reif — Dieser Magistrat muß weg" es erlaubte, die sozialen Zwecke und Interessen aufzugreifen und zuzuspitzen auf den Magistrat, gegen den diese durchzusetzen sind. Sie wurde nicht durchgesetzt, weil durch diese Tatsachen zwar die öffentliche Debatte bestimmt war, sie aber die Propagandatätigkeit der Kommunisten zuwenig bestimmt haben. Sie bestand zu oft aus richtigen Sätzen, die zuwenig belegt wurden durch die Enthüllung der wirklichen Verhältnisse in dieser Stadt. Weil der Fehler gemacht wurde, die Arbeit in den Betrieben und Stadtteilen zu vernachlässigen, so daß der Zustrom frischer Kräfte, der die Sache zur Entscheidung hätte bringen können, nicht stattfand. Die Arbeiter bzw. Belegschaften der Fabriken waren durch uns nicht organisiert einbezogen worden, sondern nur einzeln und auf der Straße, so daß gerade im Betrieb gegenüber den Belegschaften die bürgerlichen Kräfte keinen organisierten politischen Widerpart fanden. Wird aber die Fabrik, der Dreh- und Angelpunkt der Gesellschaft, in der es gäre und die politische Debatte geführt wurde, den bürgerlichen Sprechern in Gewerkschaft und Betriebsrat überlassen, dann sind die Bedingungen zum Siegen schlecht.

In dieser Situation wurde der Plan entwickelt, die ganze darauffolgende Woche (3. bis 8. Juni) in den Betrieben, Schulen und Stadtteilen die politische Aufklärung zu organisieren, Stellungnahmen und Resolutionen herbeizuführen gegen die Politik des Magistrats und die Mittel zu deren Durchsetzung in den Gewerkschaften gegen die Stellungnahmen der Gewerkschaftsführer, in den Abteilungen zusammen mit Kollegen, das Mittel des Leserbriefs an die Tagespresse zu nutzen. Diese Tätigkeiten sollten zusammengefaßt werden am Freitag in Stadtteilveranstaltungen, die unsere politische Hauptparole gegen den Magistrat erläutern und weiter begründen sollten durch die Enthüllung der vielfältigen sozialen und politischen Konflikte in Frankfurt. Für Samstag sollten dann auf dieser Grundlage der Vorbereitung Demonstrationen in verschiedenen Stadtteilen stattfinden, die einheitlich zum gleichen Zeitpunkt durchgeführt werden sollten. Diese Demonstrationen verfolgten die Absicht, in den Stadtteilen demonstrativ hervortreten, die Unruhe unter den Massen zu orientieren und auf die Konflikte in der Stadt hinzuweisen, zugleich damit den Protest gegen die Verhältnisse auf eine breitere Basis zu stellen. Dieser Plan war auch günstig für die weitere politische Isolierung des Magistrats, denn dort, woher die Partei der Ruhe und Ordnung bislang keinen Widerstand erwartet hatte, würde ebenfalls die Unruhe und Unordnung organisiert. Dieser Plan basierte also auf einer Untersuchung der Fehler des bisherigen Kampfes und enthielt zugleich die Korrektur dieser Fehler.

Dieser Plan ist gescheitert. Der Magistrat konnte es sich leisten, auch diese Demonstrationen zu verbieten, und es gelang ihm weiterhin, diese Demonstrationen am 8. Juni schon im Ansatz zu verhindern und aufzulösen, ohne daß dies nennenswertes Aufsehen erregte. Daß der Magistrat sich dieses Vorgehen leisten und erfolgreich durchführen konnte, hat seine Hauptursache darin, daß die Korrektur der Fehler unter der Woche nicht durchgeführt wurde. Daß es versäumt wurde, sich bei der Vorbereitung dieser Demonstrationen wirklich auf die Massen zu stützen, daß die Arbeit in den Betrieben und Stadtteilen, in den verschiedenen Institutionen vernachlässigt bzw. gar nicht wieder aufgenommen wurde. Zwar wurde die Auseinandersetzung der Vorwoche durch zahlreiche Enthüllungen und Berichte breit dokumentiert, aber bei der Agitation in den Stadtteilen z. B. zeigte sich, daß die Ortsgruppe noch wenig Kenntnis besaß über die Verhältnisse und deshalb auch die Begründung der politischen Losung durch die Enthüllung der sozialen Verhältnisse ungenügend vornehmen konnte.

Nach dem 1. Juni und dem erfolgreichen Durchbrechen des Demonstrationsverbotes hat die Ortsgruppe die Fehler nicht korrigiert, sondern im Gegenteil weitergeschleppt, zumal sie mit dem Ergebnis der ganzen Woche relativ zufrieden war.

Dadurch ist dem Magistrat und der bürgerlichen Presse nicht entgegengetreten worden, sondern ist ihnen das Feld der öffentlichen Meinung weitgehend überlassen worden. Dadurch ist der Meinungskampf unter den Massen nicht durch das Hineintragen der Berichte, Erfahrungen und Konsequenzen des Kampfes zu unseren Gunsten weiterentwickelt worden, sondern die Verdrehungen und die Hetze der bürgerlichen Presse konnten die Meinung zu unseren Ungunsten entwickeln.

Daß dieser Plan gescheitert ist, liegt also im wesentlichen daran, daß die politischen Fehler nicht korrigiert wurden, sondern fortgeschleppt wurden, daß die Tendenz, sich ideologisch wie auch politisch und organisatorisch von der sozialen Basis des Kampfes zu entfernen, nicht korrigiert wurde. Worin drückt sich diese Tendenz aus?

a) Die Festlegung des nächsten Zieles des Kampfes — "Weg mit der Fahrpreiserhöhung" — war richtig und die richtige Lösung, um breitestmöglich Massen in den Kampf einzubeziehen. Denn unbestreitbare Tatsache ist, daß die Fahrpreiserhöhung nicht nur die Arbeiter trifft, sondern auch andere Schichten der Gesellschaft, ob Werktätige, Studenten oder Schüler. Die Betroffenheit und Entrüstung vieler Menschen ermöglichte es, eine breite Front aufzubauen. Zugleich aber ist es so, daß diese Entrüstung sich aus unterschiedlichen Quellen speist und die Zusammensetzung der Fahrpreisgegner eine äußerst unterschiedliche ist. Denn natürlich sind auch die Bourgeois von ihr betroffen. Die Erhöhung der Fahrpreise, eine Maßnahme, die scheinbar alle gleich trifft, hat jedoch in Wirklichkeit ungleiche Auswirkungen. Sie belastet den Haushalt einer Werktätigenfamilie in erheblich stärkerem Ausmaß als den Haushalt eines Reichen.

Diese Tatsache führt aber nicht automatisch zur Führung der Arbeiterklasse und macht solche Aktionen nicht unmittelbar zu Aktionen der Arbeiterklasse, denn für die Erhöhung der Fahrpreise gilt dasselbe, was Friedrich Engels zur Wohnungsfrage gesagt hat: "Die Prolletäre mag ihn, wie überhaupt, die ärmeren Klassen härter treffen als die reicheren Gesellschaftsklassen, aber sie ist nicht ein Übel, das

ihn ausschließlich trifft, das seiner Klasse eigentümlich ist." (Zur Wohnungsfrage, MEW, Bd. 18, S. 215)

Entsprechend treten in diesen Bewegungen auch die verschiedenartigsten kleinbürgerlichen Lösungsvorschläge auf, denen als Grundlage gemeinsam ist, daß sie nicht von der Lage und den Interessen der Arbeiterklasse ausgehen, sondern ausgehen von den Betroffenen, daß sie nicht gegen eine bestimmte Form der Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat die Gegenwehr organisieren und diese zugleich nutzen, um den bewußten Zusammenschluß der ausgebeuteten Klasse zu fördern. In dieser Auseinandersetzung hat die Ortsgruppe Fehler und Konzessionen gemacht, wie sie sich am sinnfälligsten ausdrücken in der Überschrift des Flugblattes vom 22.5.: "Steuern, Miete, Straßenbahn — immer zahlt der kleine Mann." Vom Standpunkt des kleinen Mannes aus ist zwar wilde Entrüstung möglich und ein rasch aufflackernder und wieder erlöschender Kampf, unmöglich ist aber, im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung die politische Führung der Arbeiterklasse herzustellen und die Erkenntnis über die Überlebens- und Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu schärfen.

Fehler wurden auch gemacht, die aus der Abwehr falscher Auffassungen der Gruppe Rote Fahne resultierten. Während diese sich darauf beschränkte, das Prinzip der Führung der Arbeiterklasse hochzuhalten, dieses Prinzip der bestehenden Empörung und Bewegung entgegenzustellen und es dadurch zur Phrase verkommen ließ, trat die Ortsgruppe richtig dafür ein, alle, die bereit sind, gegen die Fahrpreiserhöhung zu kämpfen, zusammenzuschließen. Dies gelang ihr insbesondere in und durch die Stadtteilkomitees. In der Abwehr falscher Auffassungen der Gruppe Rote Fahne wurde in der Arbeit dann jedoch teilweise vernachlässigt, daß die Zusammensetzung des Volkes klassenmäßig bestimmt ist und in jedem Zusammenschluß um die Führung der Arbeiterklasse gekämpft werden muß. Das Volk ist ja nicht einfach ein Zusammenschluß von "Menschen", sondern das Volk ist je nach Etappe der Revolution aus verschiedenen Klassen und Schichten zusammengesetzt und in diesem Zusammenschluß ist die Arbeiterklasse die führende Klasse: "Wir wissen aber, daß er (Marx) die kleinbürgerlichen Illusionen von der Einheit des 'Volkes' und vom Nichtvorhandensein des Klassenkampfes innerhalb des Volkes stets schonungslos bekämpft hat. Das Wort 'Volk' gebrauchte Marx, nicht um die Klassenunterschiede zu vertuschen, sondern um bestimmte Elemente zusammenzufassen, die fähig sind, die Revolution zu Ende zu führen." (Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, Werke Bd. 9, S. 124)

Diese Konzessionen sind jedoch gefährlich und irreführend in einer Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhung, in der alle Lösungsvorschläge vom Standpunkt des "kleinen Mannes" aus entschieden bekämpft werden müssen, sei es der Nulltarif, der Rote-Punkt oder "öffentlicher Verkehr hat Vorrang vor dem Privatverkehr". Alle diese Vorschläge zielen darauf ab, den Blick auf die Ursachen des Verkehrschaos, der langen Anfahrtswege zum Arbeitsplatz und der Ausplünderung durch die staatliche Bürokratie zu verstellen. Der Standpunkt der revolutionären Klasse besteht darin, daß sie in all diesen Erscheinungen und miserablen Lebensverhältnissen die kapitalistische Wirtschaftsweise als Ursache erkennt, die nur mit deren Umwälzung selber beseitigt werden können. Deshalb tritt sie jenen Politikastern entgegen, die ihr weismachen wollen, daß diese Fragen auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft lösbar und kurier-

bar seien, und tritt den Beweis an, daß der Kapitalismus krank, unheilbar und unfähig ist und deshalb beseitigt werden muß.

b) "Der Grundzug der Fehler im politischen Kampf besteht darin, daß der Kampf um Demokratie nicht als Bestandteil des Klassenkampfes begriffen wird, in den die Arbeiterklasse führend eingreift, um das Volk für den Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu gewinnen, sondern daß der Kampf um Demokratie vom Klassenkampf losgelöst wird und die Interessen des Proletariats in ihm verschwinden." (Über einige Fehler im Kampf um Demokratie, Zusammenfassung der Diskussion, Zentrales Komitee, KVZ Nr. 18, S. 8)

Das fehlerhafte Umgehen mit den demokratischen Forderungen hat sich in zweierlei Weise ausgedrückt. Einmal darin, daß schematisch die Forderung nach jederzeitiger Abwählbarkeit und Rechenschaftspflicht der Volksvertreter in dieser allgemeinen Form dem bürgerlichen Stadtparlament und dem bürgerlichen Magistrat entgegengestellt worden ist, anstatt sie "als konkreten Kämpfen zugrundeliegenden Stoßrichtung" zu entwickeln und sie anzuwenden auf den unmittelbaren politischen Gegner, den Magistrat. Und auf Grundlage dieser Anwendung den konkreten Kampf auf die Frage zu beziehen: "Wer hat die Macht im Staat? Das Volk oder eine Handvoll Blutsauger mit Hilfe ihrer Beamtenmasse, ihrer Polizei, ihrer Armee und ihrer sachlichen Anhängel (Gefängnisse usw.)." (Rechenschaftsbericht des ZK, S. 27)

Zweitens in der Tendenz, die Parole "Weg mit der Fahrpreiserhöhung" auszutauschen gegen die Parole "Dieser Magistrat muß weg". Darum ging es aber nicht, sondern darum, daß die Massen, um die Fahrpreiserhöhung zu Fall zu bringen, gegen einen zunehmend verhaßten, politisch isolierten und mit willkürlichen Mitteln gegen die Massen vorgehenden Magistrat sich erheben mußten. Richtig wurde deshalb darauf geachtet, daß die Agitation und die Losung gegen die Fahrpreiserhöhung nicht fallengelassen werden darf, sondern die Grundlage der politischen Parole ist. Wäre dieser Austausch tatsächlich als Linie erfolgt, so wären die bewußten Elemente in diesem Kampf völlig hilflos der bürgerlichen Demagogie ausgeliefert gewesen, die behauptete, daß das soziale Elend der Massen sie nicht kümmern, sondern ausschließlich das "System" und die "Demokratie" gestürzt werden sollten. Das wäre nichts anderes gewesen als die Entleerung der Politik von ihrem sozialen Inhalt, d. h. in diesem Fall konkret, daß der Sturz des Magistrats zum Selbstzweck geworden wäre und nicht Mittel, um einem sozialen Interesse Geltung zu verschaffen.

c) Führen diese Fehler unweigerlich dazu, daß die Kommunisten nicht mehr großes Gewicht darauf legen, durch ihre Betriebszellen und Fraktionen in den Gewerkschaften die Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder für den Kampf zu gewinnen, sondern davon ablassen zugunsten der ausschließlichen Mobilisierung auf der Straße. Der Boden für diese Arbeit war zweifellos vorhanden, das drückte sich in Stellungnahmen und Leserbriefen von Gewerkschaften aus, die gegen die Politik ihrer Vostände protestierten (FR, KVZ 15), sowie in entsprechenden Resolutionen einer ÖTV-Fachgruppe und der AJLE-Mitgliederversammlung Frankfurt.

Dieser Fehler führt aber dazu, daß die politisch ausschlaggebende Kraft der Arbeiter und ihrer elementaren Organisationen nicht organisiert wird, sie aber nur kann den Volksbewegungen Festigkeit und Richtung verleihen.

d) Ein weiterer Fehler liegt darin, daß versäumt wurde, Positionen zu markieren und zu festigen durch Beschlüsse und Resolutionen. In einer Situation der Spannung wie auch des Kampfes ist es entscheidend, daß die Kommunisten darauf achten, überall in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Stadtteilen, in der Behörde, in der Schule und Hochschule, wo die Massen zusammengefaßt sind und wo die Kommunisten durch ihre ständige und beharrliche Arbeit bekannt sind und sich Vertrauen erworben haben, die Massen zusammenzuschließen und ihre politische Stellungnahme und Parteilinie zu fördern. Wenn die Menschen ihre Stimme erheben gegen die Ausplünderung und Unterdrückung, dann ist es gut, wenn dies seinen nachprüfbar Niederschlag findet in Resolutionen, die gegenüber der Bourgeoisie Positionen markieren. In der Woche vom 2. bis 7. Juni ist dies versäumt worden und es ist von der Ortsgruppe nicht darum gekämpft worden. Deshalb ist die Unsicherheit und die Gespaltenheit der Meinung nicht überwunden, sondern konserviert worden.

e) Der Wille zum Widerstand ist da, nicht der Wille zum Sieg. Das hat sich am Samstag, den 1. Juni, gezeigt, als das Demonstrationsverbot durchbrochen, aber die politische Entscheidung über das Schicksal der Fahrpreiserhöhung und des Magistrats nicht gefallen war. Man hatte den Platz behauptet, was genügt, daß sich ein Teil der Genossen über Pfingsten auszuruhen begann. Was für den politischen Gegner, der sich kein Ausruhen leistete, Raum schuf, er Atem holen und sich weiteres Vorgehen zurechtlegen konnte. Diese Haltung begünstigte ihn, weil dem Magistrat — in der Position des Verteidigers — jedes Nachlassen in den Anstrengungen der Massen zupass kommt und seine Position wieder festigt. Jedes Nachlassen der Kommunisten in der politischen Ausweitung der Auseinandersetzung führt aber dazu, daß sie den gewonnenen Boden nicht nur nicht halten können, sondern ihn verlieren müssen. Dies mußte insofern gefährlich werden, als jetzt die Kräfte der Bourgeoisie an einzelnen Punkten die Rache und die Verfolgung organisierten. Beispiele dafür: Kündigungsversuche gegen Angestellte im öffentlichen Dienst, die sich an den Widerstandaktionen beteiligten. "Dies aber könne der Stadt Frankfurt in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber nicht zugemutet werden" (Frankfurter Neue Presse, 6. Juni); Androhung von Verfolgungen von Lehrern und Einleitung von Überprüfungen etc., Vorbereitung einer Prozeßwelle gegen Fahrpreisgegner.

Daß man "vorwiegend darauf eingestellt ist, zu kämpfen, aber weniger erst darauf, zu siegen" (Rechenschaftsbericht, S. 45), zeigt einen Mangel an politischer Perspektive, eine Haltung, die darauf hinausläuft, im Kampf zwischen den Klassen nicht auf Entscheidungen hinzuwirken und immer wieder eine initiativlose und abwartende Haltung einzunehmen.

Alle diese Fehler sind an anderen Beispielen bereits im Rechenschaftsbericht des Zentralen Komitees an die 1. Ordentliche Delegiertenkonferenz aufgezeigt und die Mittel zu ihrer Korrektur angegeben worden. Daß sie dennoch auftreten, zeigt, daß der Rechenschaftsbericht des ZK nach seiner Verabschiedung nicht wie ein Schmuckstück behandelt werden darf, das in die Schatulle gelegt und nur ab und zu hervor geholt und benutzt werden darf, sondern zeigt, daß der Rechenschaftsbericht des ZK eine gute Waffe ist, um die Organisation auf ihre Aufgaben im Klassenkampf auf der richtigen Linie auszurichten, wir an ihm festhalten und ihn benutzen müssen, um uns im Klassenkampf zurechtzufinden.

Die hier aufgezeigten Fehler sind nach dem 8. Juni in der Frankfurter Ortsgruppe auf einer Zellenleiterkonferenz erörtert worden und auf dieser Konferenz ist eine Einheit über die Einschätzung der Fehler erzielt worden und die Bereitschaft, diese Fehler zu korrigieren. Dieser Kampf, der eine gewaltige Kraftanstrengung für die Ortsgruppe und ihre Massenorganisationen war sowie die Erschütterungen, die die Schläge des Magistrats auslösten, haben natürlich ihre Wirkung gezeigt. Das war möglich, weil unsere Erfahrung im Klassenkampf noch gering ist, aber solche Kämpfe und solche Erfahrungen stählen die Organisation und bringen die Kader hervor, die fähig sind, die Massen zu führen. Nachdem die Ortsgruppe durch diese Erschütterungen außer Tritt gekommen war, hat sie wieder Fuß gefaßt. Das drückt sich darin aus, daß der erhebliche Rückgang des KVZ-Verkaufs (der während der Aktionen in Frankfurt aus den massiven Verhaftungen einerseits resultiert, andererseits aus der Unterschätzung der KVZ als Mittel der Agitation und Propaganda) wieder aufgeholt wurde; weiter in einer Belebung und Ausweitung der Enthüllungsarbeit, was sich insbesondere in der KVZ-Ortsbeilage niederschlägt. Der Arbeit der Betriebszellen wird mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Die Erfahrungen des Kampfes haben dazu geführt, daß sie den Blick schärfen für die politische Entwicklung in der gesamten Stadt. Ausdruck davon ist auch, daß die Ortsgruppe in allen Wahlkreisen Frankfurts zu den Landtagswahlen kandidiert, um auch auf dieser Ebene den bürgerlichen Kräften entgegenzutreten.

ANTWORT AUF VERSCHIEDENE KRITIKEN

Die Kämpfe in Frankfurt haben eine Auseinandersetzung unter Revolutionären und in der marxistisch-leninistischen Bewegung hervorgerufen, die sich vor allem auf die Aufforderung bezieht, den Frankfurter Magistrat zu stürzen. Von verschiedenen Seiten und mit verschiedenen Argumenten wird diese Losung als falsch bezeichnet. Die eine geht davon aus, daß das Aufstellen einer politischen Losung den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung, der als wirtschaftlicher Kampf begriffen wird, gespalten oder ihm zumindest geschadet habe; die andere geht davon aus, daß diese Losung Illusionen über den bürgerlichen Staatsapparat schaffe. Ganz anderer Art ist einzig die Position der Gruppe Rote Fahne, die sich prinzipiell gegen diese Massenaktionen wendet und der Auffassung ist: man hätte nicht kämpfen dürfen.

Sie begründet das damit, daß es sich hier um eine "radikale kleinbürgerliche Bewegung" handle, "die sich selbst genug ist" (RF 25/74). "Eine revolutionäre Führung werden wir in einer solchen Bewegung nur erringen können, wenn die Arbeiterklasse in Bewegung ist und durch uns diese kleinbürgerliche Bewegung mit ihren Forderungen konfrontiert" (Rote Fahne 25/74). Ein richtiges und entscheidendes Prinzip des Marxismus-Leninismus — die Arbeiterklasse muß in allem die Führung haben — wird hier zur hohlen Phrase und in über Weise gegen eine tatsächlich vorhandene Bewegung eingesetzt. Marxisten-Leninisten untersuchen bei ihrem Eingreifen die Ziele der Bewegung, und in Frankfurt handelt es sich um eine Bewegung, deren Ziel — Zurücknahme der Fahrpreiserhöhung — richtig und gerecht war. Weiter ist unbestritten, daß in solchen Bewegungen kleinbürgerliche Auffassungen vorhanden sind und kleinbürgerliche Organisationen auf sie Einfluß zu nehmen suchen. Dann stellt sich für Marxisten-Leninisten aber nicht die Frage: darf man kämpfen, sondern die Frage ist, wie sie in diese Bewegungen eingreifen und die ideologische und politische Führung der Arbeiterklasse herstellen.

Und erst recht ist die Auffassung der Marxisten-Leninisten nicht, daß sie der Arbeiterklasse vom Eingreifen in Bewegungen abraten und ihr empfehlen, Bewegungen sich selbst zu überlassen; im Gegenteil fördern sie es, daß die Arbeiter am gesamten gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen und es erlernen, die Führung zu übernehmen. Es ist schon schlecht genug, wenn Kommunisten Nachtrabpositionen einnehmen, aber die Arbeiter selber zum Nachtrab aufzufordern, ist ein Verbrechen.

Im Grund kann sich die Gruppe Rote Fahne diesen Kampf gar nicht anders vorstellen als eine geschickte Inszenierung des KBW, der ihr diesmal den Rang abgelaufen hat, der "kostete es was es wolle, jetzt auch einmal als kämpferische Organisation dastehen wollte" (Rote Fahne Nr. 25/74). Daß diese Kämpfe inszeniert waren, auf mehr kann sie nicht kommen, weil sie den Unterschied zwischen einer Massenaktion und der Inszenierung einer Bonner Rathausbesetzung auch nicht kennen kann. Jedenfalls ist diese Auffassung eine bemerkenswerte Verachtung und Unterschätzung der Massen und eine seltsame Überschätzung der Fähigkeiten des KBW.

Die erstgenannte Kritik geht so vor, daß behauptet wird, daß von den bestehenden Kräfteverhältnissen her die Lage schon schwierig war, das Aufstellen einer politischen Losung sie noch schwieriger gemacht habe: "Als dann die Kämpfe auf der Zeil entbrannten, zeigte sich, daß nur eine Minderheit der Frankfurter Bürger aktiv mitmachte ... In dieser schon nicht sehr aussichtsreichen Lage trat dann der KBW mit seiner Forderung hervor, 'dieser Magistrat ist reif, dieser Magistrat muß weg' ... Ich mußte also feststellen, daß die KBW-Losung verhinderte, den Fahrpreiskampf weiter in die Bevölkerung zu tragen." (Brief von N.)

Zunächst zur Frage der Kräfteverhältnisse: Daß nur eine Minderheit aktiv diesen Kampf trägt, ist von der Zahl der Bevölkerung der Stadt Frankfurt her gesehen richtig. Was den aktiven Kampf auf der Zeil betrifft und die unmittelbare Einbeziehung in die Debatte, so wird man sagen können, daß dies auf dem Höhepunkt etwa 12 000 bis 15 000 waren. Frankfurt hat ca. 67 000 Einwohner. Aber allein von solchen Zahlen aus kann man nicht argumentieren. Sondern man muß folgendes in Betracht ziehen: 60 000 haben schon lange vor dem Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen unterschrieben, der "Volkszorn kochte über", wie selbst die Frankfurter Rundschau feststellte. Daß die Debatte über die Fahrpreiserhöhungen, die Maßnahmen des Magistrats und die Kämpfe selber wiederum erhebliche Teile der Frankfurter Bevölkerung erfaßten, kann man daran sehen und ermaßen, daß die gesamte bürgerliche Presse diesen Auseinandersetzungen breiten Raum widmete. Sie reagierte in der Weise, daß sie gegen die Form und die Härte des Kampfes sowie gegen die beteiligten Organisationen ganze Breitseiten abfeuerte und ihr keine Lüge und Fälschung zu schlecht war (z. B. wurden Photos in den Zeitungen abgedruckt, die über die "Chaoten" empörte Bauarbeiter zeigten sollten, was aber in Wirklichkeit verkleidete Polizisten waren). Daß die Ablehnung der Fahrpreiserhöhung aber äußerst breit war, drückt sich darin aus, daß mit Ausnahme des Magistrats niemand hartnäckig und öffentlich die Fahrpreiserhöhung selber verteidigte und rechtfertigte. Entweder wurden deren Nachteile zugestanden, oder man ging gar nicht auf sie ein, sondern konzentrierte sich ausschließlich auf die Form des Kampfes auf der Zeil und die "kriminellen Extremisten". Insofern ist auch die Devise der Spontaneisten und des KSV: "Auf der Zeil waren wir nicht isoliert, aber die Zeil

war isoliert" (Dem Volke Dienen Nr. 12/74) nur die halbe Wahrheit. Die Frage geht nicht dahin, war der Kampf aussichtslos und hätte er nicht geführt werden dürfen, sondern es verhält sich so: die Ziele dieses Kampfes hatten breite Unterstützung und Sympathie; nicht gelungen ist jedoch in ausreichendem Maß, diese breite Unterstützung und Sympathie in aktive Tätigkeiten umzuwandeln.

Ist deshalb die Forderung richtig, "daß in Zukunft die Dinge realistischer gesehen werden" müssen? Ergebnis dieses Kampfes war: der Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhung und seine Ausdehnung auf die ganze Politik dieses Magistrats mit Arndt und Polizeipräsident Müller an der Spitze hat die politische Position dieses Magistrats erschüttert. Heute wissen erheblich mehr Frankfurter als zuvor, mit wem sie es zu tun haben. Diese Erschütterung ist keine Erfindung: sie wird durch die Tatsache bestätigt, daß noch Wochen nach den Auseinandersetzungen auf der Zeil der Hader zwischen den bürgerlichen Parteien offen aufbrach, weil sie in die Enge getrieben worden waren; wo es eng ist, wenig Raum ist, müssen sich Kräfte, die eng, begrenzte und Minderheitenzwecke verfolgen, in die Haare bekommen. Die "Frankfurter Neue Presse" vom 22. Juni berichtet über die Stadtparlamentssitzung, auf der nochmals über die Fahrpreiserhöhung debattiert wurde: "Doch die FDP (Ein Liberaler: 'Jetzt werden wir die Genossen richtig ärgern') hatte nicht lange Freude an ihrem Coup, denn SPD und CDU ließen die 7-Mann-Fraktion links liegen und widmeten sich mit Hingabe einem grundsätzlichen Schlagabtausch, wie ihn das Hohe Haus lange nicht mehr erlebt hatte. Es entstand ein Streit voller Tiefschläge und Gehässigkeiten, der in seinen Höhepunkten hart am Rande von Handgreiflichkeiten entlangschlidderte ... Und Oberbürgermeister Arndt, der nur kurz in die Debatte eingriff, meinte: 'Die Kriminellen auf der Zeil haben in allen Punkten versagt, sie haben aber eines geschafft: die Parteien im Stadtparlament auseinanderzudividieren.' " Daß die bürgerlichen Parteien derart zerstritten sind, zeigt nichts anderes, als daß sie sich nicht mehr als Herr der Lage fühlten. Daß dies eingetreten ist, ist Ergebnis dieser Massenbewegung und zeigt, welche Wirkung sie ausübte.

Es war wichtig, diese politische Losung zu erheben, weil nur durch sie der Kampf eine politische Perspektive erhielt. Alle Organisationen, die es unter der Woche abgelehnt hatten, den Kampf zuzuspitzen auf den Magistrat, waren nach dem 1. Juni vor die Alternative gestellt: Fortführung der Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen auf der Zeil oder Abbruch der Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhung auf der Zeil. Sie hatten keine weiterreichenden Ziele und Vorschläge. Kurzzeitig, wie sie waren, entschlossen sie sich alle für die Fortführung der Aktionen auf der Zeil — bloß konnten sie sie nicht fortführen, weil ihren Aufrufen niemand mehr folgte. Dadurch, daß die Kommunisten sich für die Verankerung der politischen Losung gegen den Magistrat eingesetzt hatten, konnten die Auseinandersetzungen in dieser Form beendet werden, zugleich aber war die politische Perspektive festgelegt, und so waren sie in der Lage, die Auseinandersetzung in der Stadt fortzuführen, weil sie die Spitze gegen den Magistrat gerichtet haben. Deshalb muß das Redaktionskollektiv von "Wir wollen alles!" feststellen: "... stellt sich den Massen in diesem Kampf die Frage der Perspektive, der organisierten Handlungsmöglichkeiten, der politischen Strategie. Der KBW hat auf diese Frage seine Antworten, wir keine" (Nr. 17/74, Hervorhebungen im Original).

Es war wichtig, diese Forderung zu erheben, weil die Massen jetzt wissen, mit wem sie es zu tun haben. Sie haben

ein gutes Gedächtnis und sie lernen aus ihren Kämpfen. Deshalb wird diese Losung rascher wieder auf der Tagesordnung stehen. Denn es wird sich zeigen: damals war es schon richtig, zu rebellieren gegen diesen Magistrat, dieses Hindernis in der offenen Austragung des Klassenkampfes, und jetzt muß erst recht gegen ihn angegangen werden.

Die Kritik wird zugespitzt auf die These, daß man den wirtschaftlichen Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung nicht aus dem Handgelenk zu einem politischen machen dürfe. Diese Kritik geht von falschen Voraussetzungen aus und kommt deshalb zu falschen Schlußfolgerungen. Es ist falsch, den Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen als wirtschaftlichen Kampf zu fassen und die Kritik dann so zu führen, daß die Kommunisten ihn künstlich zu einem politischen Kampf machen wollten.

Von Anfang an war diese Aktion eine politische Aktion, die einen bestimmten sozialen Inhalt — die Erhöhung der Fahrpreise — hatte. Träger des Kampfes waren nicht die Arbeiter allein. Ziel des Kampfes war nicht eine Lohnerhöhung und Gegner war nicht dieser oder jener Kapitalist. Träger des Kampfes waren die Arbeiter- und Volksmassen, Ziel des Kampfes war die Zurücknahme der Entscheidung des Stadtparlaments über die Fahrpreiserhöhung, Gegner des Kampfes war der bürgerliche Staat. Man sieht also, daß es ganz falsch ist, diese Aktion als wirtschaftlichen Kampf zu begreifen. Worum es ging, war ein Kampf, der auf die Rücknahme einer Entscheidung des Stadtparlaments und Maßnahmen des Magistrats sich bezog, politische Organe der Bourgeoisie also. Der Kampf auf der Zeit selber zielte darauf ab, auf die Entscheidungen dieser politischen Organe des Stadtparlaments und des Magistrats einzuwirken und gegenteilige zu erzwingen. Wie sollte man gegen diese politischen Entscheidungen durch ein politisches Organ der Bourgeoisie demonstrieren, ohne nicht die Absicht zu haben, diese politischen Entscheidungen zu Fall zu bringen? Unbegreiflich ist ausschließlich, wie diese Demonstrationen möglich sein sollten, ohne auf den Magistrat einzuwirken, sich in die öffentlichen Angelegenheiten einzumischen und Politik zu betreiben.

Wie konnte man ernsthaft meinen, man könne gegen die Fahrpreiserhöhungen demonstrieren, ohne nicht dahin zu wirken, daß der Magistrat Federn lassen muß? Den Magistrat aus der ganzen Sache draußen halten zu wollen, ist von der Sache her unmöglich gewesen. Und der Kampf konnte überhaupt nur vorankommen, wenn zunehmend bewußt diese angelegte politische Stoßrichtung den Massen selber wurde. Alle Organisationen, die entweder den "Roten Punkt" propagiert haben oder ähnliches, beweisen damit bloß, daß ihnen der erwachende politische Willen der Massen unheimlich ist, der sich gerade im Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat herausbildet, daß sie ihn nicht fördern wollen, sondern ablenken und abstumpfen wollen.

Charakteristisch ist gerade, daß die politische Entscheidung einer politischen Instanz des bürgerlichen Staatsapparates nicht mehr als das letzte und entscheidende Wort hingenommen wurde, das hingenommen werden muß in der bürgerlichen Demokratie, sondern daß entgegen diesem Wort die Menschen aufgestanden sind. Natürlich hat sich der Protest zunächst begrenzt auf diesen bestimmten Beschluß, die Fahrpreise zu erhöhen, aber genauso richtig ist, daß in diesem Protest bereits angelegt ist, daß die Massen die Entscheidung über ihre Geschicke nicht in der Hand einer vom Volk getrennten Bürokratie und unkontrollierbaren Parlamentariern lassen, sondern selber in die Hand nehmen wollen. Der Widerspruch zu den politischen Orga-

nen der Bourgeoisie war also vorhanden und aufgebrochen, und die Frage muß sein, wie dieser Widerspruch behandelt, aufgegriffen und verschärft wird. Das Aufstellen dieser politischen Losung durch die Kommunisten war also diesem Kampf nichts "Künstliches" oder "Fremdes", sondern von Anfang an in ihm angelegt.

Zur Kritik der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML): Es ist falsch, die Losung nach dem Sturz eines bürgerlichen Magistrats aufzustellen: "Die Fahrpreise müssen fallen, und wenn der Magistrat gestürzt wird, schreit der KBW, als ob ein Stadtrat im Kapitalismus jemals eine andere als eine kapitalistische Politik durchführen könnte! Als ob die Polizei jemals auf der Seite der Bevölkerung stehen würde! Diese revisionistische Politik, die Massen mit faulen Illusionen auf Übermorgen zu vertrösten und sie vom Kampf gegen den wirklichen Feind abzuhalten, bleibt nicht ohne Folgen." (Roter Morgen Nr. 23/74, Seite 7)

Da erhebt sich eine Massenbewegung gegen das ganze bürgerliche Lumpenpack von Politikern und ihre Büttel und sagt: Ihr müßt weg. Ihr tut das nicht freiwillig, deshalb müssen wir schon dafür sorgen — Der politische Gegner wehrt sich erbittert und die Fronten klaffen und brechen auf — die verschiedenen Kräfte können genau unterschieden werden — und das soll Illusionen schüren? Aber weiter: der nächste Magistrat ist ein bürgerlicher Magistrat, sagt der Rote Morgen. Richtig! Das haben wir nie bestritten.

Aber der Sturz dieses Magistrats ist ein Erfolg der Massen, sie haben ihre eigene Kraft zusammengefaßt und durchgesetzt. Und der nächste Magistrat ist keineswegs derselbe in Bezug auf seine Politik. Es wird einer sein, der mehr Furcht hat vor der Kraft der Massen, einer, der sich genauer überlegt, war er anstellt und wie er es anstellt. Der aber zweifellos auch gerissener und in bestimmten Fragen härter vorgehen wird. So ist das eben bei der Herausbildung der politischen Fronten: der politische Einfluß und die Macht des bürgerlichen Magistrats kann geschwächt werden und sein politischer Einfluß kann geschwächt werden. Die Kräfte der Massen stählen sich und mehren sich. Der Magistrat wird schartig geschlagen auf der einen Seite, auf der anderen Seite bekommen die Massen Mut und Zuversicht, sammeln und erweitern ihre Kräfte, studieren ihren Gegner genau und lernen ihn immer besser kennen.

Wer es in diesen Auseinandersetzungen vermeiden will, politische Losungen gegen die staatlichen Organe aufzustellen, wird immer mehr ins Abseits gelangen. Denn die lokalen Organe der bürgerlichen Staatsgewalt sind es, die direkt in das Leben der Massen hineinragen, und wenn sie sich bewegen, stoßen sie direkt auf diese. In Phasen, in denen sich der Klassenkampf entwickelt, bilden sich notwendig an diesen Zusammenstößen die politischen Fronten heraus. Das beweisen die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik.

Das alles ist der Gruppe Roter Morgen gleichgültig. Das kann ihr auch gleichgültig sein, denn mit den wirklich vor sich gehenden Bewegungen hat sie nichts im Sinn. Laut ihrem Zentralorgan hat sie in Frankfurt erklärt: "Um die Ausbeutung, um die Ausplünderung loszuwerden, um mit solchem faschistischem Terror wie hier Schluß zu machen, gibt es keinen anderen Weg, als diese Gewaltorgane des Kapitals bewaffnet zu zerschlagen. Kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution!"

Die Gruppe Roter Morgen setzt ihre Rufe nach dem bewaffneten Kampf und nach dem Griff zum Gewehr den

illusionären, pazifistischen demokratischen Forderungen gegenüber. Was bedeutet aber die revolutionär-demokratische Forderung "Jederzeitige Rechenschaftspflicht und Abwählbarkeit aller Volksvertreter"? Bedeutet sie die Auffassung von einem gemüthlichen Gang des Klassenkampfes, der schließlich beendet wird mit dem Gang zur Urne und der Abwahl der bürgerlichen Sippe?

Die Forderung, daß dieser Magistrat fallen muß, ist nichts anderes als die praktische Anwendung dieser Forderung auf eine konkrete Situation des politischen Kampfes. Die Forderung nach und das Eintreten für den Sturz dieses Magistrats ist nichts anderes als die radikale Form der Abwahl. Diese Forderungen sind Forderungen des Angriffes

auf den bürgerlichen Staat und das bürgerliche Parlament, die in den Klassenausschreitungen aufgestellt werden, durchgekämpft und äußerst unfriedlich durchgesetzt werden.

Diese Forderungen werden dem spontanen Drang nach Rebellion gerecht, der den Massen innewohnt und werden der Tatsache gerecht, daß Unterdrückung unvermeidlich Widerstand hervorruft. Rebellion ist gerechtfertigt, sagt Mao Tse-tung, und gerechtfertigt ist sie, weil diejenigen, die unten sind, sagen, daß die oben weg müssen und auch danach handeln. Nur die Losungen der revolutionären Demokratie kann diese Rebellion politisch bewußt organisiert werden und auf die Machtfrage im Staat ausgerichtet werden.

Hans-Jörg Hager
5.9.1974

VERLAGSANZEIGE

Verlag Jürgen Sandler
6900 Heidelberg
Uferstraße 56
Tel.: (06221/ 47 23 68)

Faschismusanalyse und antifaschistischer Kampf der Kommunistischen Internationale und der KPD 1923-1945

370 Seiten, 10,- DM 2. Auflage ISBN 3-88048-001-X

Das Buch enthält Dokumente der Kommunistischen Internationale und der KPD, die direkt zum antifaschistischen Kampf und zum Faschismus Stellung nehmen und einen guten allgemeinen Überblick über die Analysen und Stellungnahmen der KI und der KPD geben.

"Diese Broschüre ist umso notwendiger geworden, als der Kampf zweier Linien, der Kampf zwischen dialektischem Materialismus und bürgerlichem Idealismus sich gegenwärtig in der "Faschismusfrage" und der Frage des antifaschistischen Kampfes zuspitzt. Dahinter steht die Frage der richtigen Einschätzung der gegenwärtigen Klassenkampfsituation. Sie ist entscheidend. Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, daß der Kampf zweier Linien immer mit der unterschiedlichen Einschätzung der revolutionären Lage beginnt." (Peking Rundschau 8/72, S. 12). Bei der Einschätzung der gegenwärtigen Klassenkampfsituation kann uns die Geschichte der Arbeiterbewegung nur mittelbar von Nutzen sein. Es ist also reiner bürgerlicher Idealismus, die Lehren der Geschichte der Arbeiterbewegung einer bestimmten historischen Situation auf eine andere Situation einfach zu übertragen und dabei die Grundannahme, daß die Situationen sich gleichen, in keiner Weise zu beweisen: Die Dokumente der Komintern und der KPD, denen manchmal selbst schon eine falsche Einschätzung der Klassenkampfsituation zugrunde liegt, auf die heutige Situation schlicht übertragen zu wollen, ist ein durch und durch bürgerliches Unterfangen, ein Zeichen von Faulheit. Unsere Dokumentensammlung ist also nicht ein weiterer Versuch solch fehlerhaften Herangehens an die Geschichte der Arbeiterbewegung, sondern im Gegenteil der Versuch, solchen Fehlern durch die Bereitstellung eines breiteren Dokumentenmaterials für eine große Anzahl von Genossen die Grundlage zu entziehen." (aus der Einleitung)

Bestellungen an:
Buchvertrieb Offenbach
605 Offenbach
Biebererstraße 82

Politisches Handbuch der PAIGC

(Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und Kapverde)

Herausgegeben vom Komitee Südliches Afrika Heidelberg im Einvernehmen mit der PAIGC
72 Seiten

Preis: 2,80 DM

ISBN 3-88048-401-5

Dieses Handbuch ist die vollständige Übersetzung des "MANUAL POLITICO", das die PAIGC 1972 herausgegeben hat. Es enthält eine Reihe von Fragen zu den wichtigsten Problemen des nationalen Befreiungskampfes in Guinea-Bissau und Kapverde, in den portugiesischen Kolonien und in ganz Afrika, die mit Zitaten aus Reden und Interviews von Amílcar Cabral beantwortet werden. Amílcar Cabral war der Generalsekretär der PAIGC; er wurde am 20. Januar 1973 von einem portugiesischen Agenten feige ermordet.

Das "Politische Handbuch" dient der PAIGC zur Schulung und Ausbildung ihrer Mitglieder, Kämpfer und Anhänger. Es dient dazu, das revolutionäre Bewußtsein der Mitglieder und Kämpfer der PAIGC zu vertiefen und zu festigen, damit gewährleistet ist, daß sowohl während des Befreiungskampfes als auch nach der erkannten Unabhängigkeit der Kampf für den Aufbau einer neuen Gesellschaft, die frei von Unterdrückung und Ausbeutung ist, bis zum völligen Sieg über Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus geführt wird. Es ist damit ein authentisches Dokument des Befreiungskampfes in Guinea-Bissau und Kapverde. Es dokumentiert die Breite und Tiefe der ideologischen und politischen Arbeit der PAIGC und ihre Masselinie, die die Grundlage der militärischen Erfolge im jetzt 13 Jahre andauernden Volkskrieg sind.

Die Aufgaben des KBW im Wahlkampf in Hessen

Vorbemerkung

Bekanntlich beteiligt sich der Kommunistische Bund Westdeutschland an den Landtagswahlen in Hessen. Zu deren Vorbereitung fand im Mai ein Treffen den Sekretäre aller hessischen Ortsgruppen und Ortsaufbaugruppen des KBW sowie von Vertretern befreundeter Organisationen statt, auf dem das nachstehend abgedruckte Referat gehalten wurde. Es begründet unsere Beteiligung und dient der Festlegung unserer Aufgaben und Taktik im Wahlkampf.

Hans-Jörg Hager

Genossen, der Zweck der heutigen Beratung der Sekretäre der Ortsgruppen und Ortsaufbaugruppen sowie von Vertretern befreundeter Organisationen besteht darin, unser Eingreifen in den hessischen Landtagswahlkampf zu besprechen. Wie Ihr wißt, strebt das Zentrale Komitee eine Wahlbeteiligung an, wir müssen heute besprechen, wie wir diese Beteiligung anpacken.

Dazu ist es notwendig, sich Klarheit über die politische Ausgangslage zu verschaffen. Dies in zweierlei Hinsicht: einmal im Hinblick darauf, wie die politische Entwicklung der Klassen sich vollzieht, welche Politik die bürgerlichen Parteien einschlagen und zweitens im Hinblick darauf, was daraus für unser Eingreifen in die Wahlen folgt und welche Aufgaben sich stellen.

I.

Die Entwicklung des Klassenkampfes ist im Rechenschaftsbericht des Zentralen Komitees klar und richtig charakterisiert: die Polarisierung der Klassen nimmt zu, die gesellschaftlichen Kräfte entwickeln sich in entgegengesetzter Richtung. Der Linksentwicklung der Arbeiterklasse und in den breiten Volksmassen entspricht eine Rechtsentwicklung der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie. Auf die Kri-

se der Ausbeuterordnung reagieren die Massen, suchen einen Ausweg, denn viel Empörung über die herrschenden Zustände hat sich unter den Massen angesammelt. Bloß vollzieht sich diese Linksentwicklung nicht im Selbstlauf und automatisch, geht die Rebellion nicht immer spontan in die richtige Richtung. Dies gelingt nur in dem Maße, in dem es den Kommunisten gelingt, die Ursachen dieser empörenden Verhältnisse aufzuzeigen und dem spontanen Protest eine bewußte politische Stoßrichtung zu geben.

Diese Einschätzung im Rechenschaftsbericht des Zentralen Komitees ist durch den Rücktritt der Brandt-Scheel-Regierung und durch den Auftritt der Schmidt-Genscher-Regierung vollauf bestätigt worden. In diesem Regierungswechsel drückt sich der rasche Verschleiß einer Politik der Klassenversöhnung aus, für die die Person Willy Brandts einstand. Daß die Regierung Schmidt-Genscher die Rechtsentwicklung der Bourgeoisie offener und direkter zum Ausdruck bringen wird, wissen wir und müssen uns darauf einstellen.

Die CDU/CSU andererseits hat recht zwiespältige Gefühle. Nach außen hin, der Bevölkerung gegenüber, triumphiert sie und sagt, daß das, was jetzt eingetreten sei, sie schon immer vorausgesagt habe und das Scheitern dieser Politik notwendig gewesen sei. Damit hat sie recht. Intern ist ihr ziemlich bekommen zumute, weil — und das schreiben auch alle ihr nahestehenden Kommentatoren — ihr das Geschäft als Opposition unter der Schmidt-Genscher-Regierung erheblich schwerer fallen wird. Die Tatsache, daß schon wieder von der Großen Koalition die Rede ist, drückt aus, daß man zugibt, daß die Politik der bürgerlichen Parteien in Zukunft kaum mehr auseinanderliegt und auseinanderzuhalten sein wird. Für uns wird diese Tatsache, die Schwierigkeiten für die SPD und CDU, sich voneinander abzugrenzen, die Aufgabe erleichtern, den Charakter dieser Allparteienregierung zur Verteidigung des

bürgerlichen Staates aufzuzeigen und die notwendige eigenständige parteiliche Organisation der Arbeiterklasse voranzubringen.

Diese Einschätzung der gegenwärtigen Entwicklung ist wichtig für den Wahlkampf in Hessen. Das liegt auf der Hand. Die SPD ist tief erschüttert und angeschlagen durch das Scheitern der Politik W. Brandts. Schmidt hat bereits angekündigt, daß sich die SPD unter seiner Kanzlerschaft vollständig häuten müsse, seine entsprechende Rede vor der SPD-Bundestagsfraktion ist erst gar nicht veröffentlicht worden. Die SPD wird gerade in der unteren Parteigliederung erschüttert sein, weil sich gerade für diese mit der Politik und Person W. Brandts viele Hoffnungen und Illusionen verknüpfen, die jetzt zerfallen. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen werden sich verschärfen — und das gerade in Hessen. Schmidt hat ein Sparsamkeitsregime des kapitalistischen Staates angekündigt und man weiß, daß sich dies nur gegen die Arbeiter und das Volk richten kann. Zugleich aber hat er eine Zwischenbilanz der sozial-liberalen Regierung in vier Punkten zusammengefaßt, mit denen keiner der SPD-Politiker und Kandidaten im Wahlkampf glaubhaft wird bestehen können und es auch nicht vor den Menschen ernsthaft vertreten kann: "a) unsere wirtschaftliche Lage ist gut; b) unser Volk lebt in sozialer Sicherheit und Freiheit; c) der innere und der äußere Friede hat sich gefestigt; d) unser Land hat Ansehen und Freunde in der Welt" (FR, 18.5.)

Selbst wenn sich die CDU als Alternative anpreist und es ihr bei den letzten Wahlen gelungen war, von größeren Teilen der Bevölkerung die Stimme zu bekommen, dann ist es insgesamt doch so, daß die Menschen zur CDU nicht zurückgewollt und zugleich wissen, daß es mit der SPD nicht nach vorwärts geht. Mehr als je zuvor gehen sie zur Wahl mit dem sicheren Gefühl, daß diese an den Verhältnissen nicht sehr viel ändern kann, daß man zwar wählt, aber keinen Einfluß auf die Ereignisse hat.

Dies alles ist in Bezug auf die Wahlen ein ziemliches Skelett, das Fleisch müßt Ihr beibringen, insbesondere in Bezug auf die Erfahrungen und Entwicklungen in Hessen selbst:

Wenn hier die bürgerlichen Parteien in Bezug auf die gegenwärtige politische Entwicklung und ihre Bedingungen im Wahlkampf untersucht werden, so müssen wir sie im Wahlkampf selber in Bezug auf ihre Tätigkeit im Staat fassen und stellen, was alles spürbare Tätigkeiten gegen das Volk sind.

II.

Wenn wir gesehen haben, wie sich der Gang des Klassenkampfes in der Politik der bürgerlichen Parteien ausdrückt, so muß noch kurz festgehalten werden, auf welche Entwicklung des Klassenkampfes diese Politik reflektiert. Auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise entwickelt sich gesetzmäßig ein Nest von Widersprüchen, verschlechtert sich ständig die Lage der Arbeiterklasse und des Volkes. Über diese Entwicklung gibt es in der Arbeiterklasse und im Volk eine große Unzufriedenheit und es hat sich eine Vielzahl von Kämpfen entwickelt. Die wirtschaftlichen Kämpfe haben eine starke Ausbreitung erfahren; der Wille zum Widerstand beschränkt sich aber nicht auf die Fabrik, sondern die Verhältnisse selber bringen eine Vielzahl von Initiativen von Menschen auf die Beine. Entsch-

dend für uns dabei ist: das geschieht zum großen Teil außerhalb der verstümmelten Formen, die der bürgerliche Staatsapparat für Masseninitiativen hat.

Freiwillige Zusammenschlüsse von Menschen sind das, lose in ihren Formen und oft noch unklar in ihrer Bestimmung. Sie akzeptieren die Entscheidungen der Regierungen und Parlamente nicht mehr als das letzte Wort, sondern stehen gegen diese auf. Wenn sie auch oft rasch wieder zerlaufen, werden sie aber immer aufs Neue hervorgetrieben durch die Widersprüche dieser Gesellschaft.

Daraus ergeben sich auch die Bestrebungen der bürgerlichen Parteien: das Interesse der Massen an der Politik, ihre demokratischen Bestrebungen an die Formen des Parlamentarismus zu binden, den Wahlakt zur einzigen politischen Handlung zu machen. Sie sollen rasonnieren, sich aber nicht aktiv in die Politik einmischen. Sie sollen die Bestimmung über ihre Geschicke nicht rechenschaftspflichtigen und nicht kontrollierbaren Abgeordneten überlassen und selber ohne Mittel und Hebel zur Verfolgung ihrer Zwecke bleiben. Die bürgerlichen Parteien müssen versuchen, den Lösungsprozeß aufzuhalten, die Massen unselbständig und gespalten zu halten, sie an der Organisation ihrer Initiative zu hindern und an das Parlament zu binden.

Für uns folgt das genaue Gegenteil **Hauptzweck** unserer Taktik beim Eingreifen in den Wahlkampf ist, die **politische Selbständigkeit und Einheit der Massen** zu fördern. Die Selbständigkeit und die Einheit der Massen stellen wir her gegen die bürgerliche Politik und gegen die Taten des bürgerlichen Staates. Die Selbständigkeit und die Einheit der Massen werden hergestellt über die Verfolgung ihrer Interessen. Die Unselbständigkeit und die Spaltung der Massen, ihre Bindung an bürgerliche Politik aufrechtzuerhalten ist die Aufgabe der bürgerlichen Parteien, damit die Interessen der Kapitalistenklasse nicht angefochten werden und nicht gegen sie angegangen wird. Insofern also unterscheidet sich unsere Aufgabe im Wahlkampf nicht von unserer ständigen Aufgabe, die politische Willensbildung und den Zusammenschluß des Volkes gegen den bürgerlichen Staat zu fördern, den Zusammenschluß herzustellen unter Führung der Arbeiterklasse für die Eroberung der politischen Macht und den Sieg des Sozialismus.

Deshalb ist auch die Befürchtung unberechtigt, die ab und zu geäußert wurde, die Organisation werde im Wahlkampf "aufgehen" und ihre sonstigen Aufgaben und Tätigkeiten schluren und schleifen lassen. Richtig ist vielmehr, daß wir für diese unsere Aufgabe gerade in der Wahlkampfausensatzung außerordentlich günstige Bedingungen vorfinden, die die bürgerlichen Parteien und Politiker selber mit für uns schaffen müssen.

Schluren und schleifen lassen wir unsere Tätigkeit nur, wenn wir auf eine selbständige kommunistische Politik verzichten und damit zum Anhängsel des Wahlkampfes der bürgerlichen Parteien werden, zu einem der berühmten bunten Tupfer auf der Wahlliste.

III.

Also: In Zeiten der Wahlen zu den Parlamenten ist das Interesse der Massen an der Politik gesteigert, das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten steigt. Die bürgerlichen Politiker, die zwischen den Wahlakten die Massen aus

der Politik heraus und ruhig halten wollen, sind im Wahlkampf selber gezwungen, diese Interessen zu fördern und zu versuchen, es auf ihre Mühlen zu lenken. Wie auch die Massen debattieren, wen man wählen soll, für wen man sich entscheiden soll.

In Zeiten des Wahlkampfes müssen die bürgerlichen Politiker unters Volk gehen. In den vier Jahren zwischen den Wahlen verkriechen sie sich ins Parlament, halten Reden aus dem Fenster und wollen ihre Geschäfte ungestört verrichten.

Sie müssen unters Volk gehen, und das eröffnet uns eine gute Möglichkeit, sie zu stellen. Das eröffnet uns die Möglichkeit, direkt die Konfrontation zwischen den Menschen und der bürgerlichen Politik und ihren Repräsentanten herbeizuführen, und direkte Konfrontation ist immer der beste Lehrmeister. Dies erfolgt auf der Linie der demokratischen Forderung unseres Programms: Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter (d. h. auf der Linie und diese Linie muß richtig angewandt werden. Zur Rechenschaft ziehen heißt sie zu befragen, sie zu stellen im Hinblick auf ihre Taten.)

Das Interesse der Massen an der Politik ist in diesem Wahlkampf also gesteigert, die bürgerlichen Politiker müssen unters Volk und die Massen, die nach einem Ausweg suchen, müssen sich entscheiden. In dieser Lage ist eine Kandidatur der Kommunisten eine ausgezeichnete Sache. Zur Debatte und zur Entscheidung steht das kommunistische Kampfprogramm. Das wird die Polarisierung fördern, die Gegenüberstellung von bürgerlicher Politik und Politik der Arbeiterklasse beschleunigen, kurz die Fronten werden dadurch klar. Man kann sich eindeutig entscheiden.

Auf der anderen Seite ist durch die Kandidatur der Kommunisten zugleich die Möglichkeit geschaffen, daß die Massen uns zur Rechenschaft ziehen können. Nicht nur die bürgerlichen Politiker werden sie stellen, sondern auch uns. Sie werden uns fragen: was wollt ihr, wo kommt ihr her, wo wollt ihr hin. Welche Vorschläge habt ihr? Auch wir werden ihnen Rede und Antwort stehen müssen und das ist gut so.

Deshalb werden wir diese Landtagswahlen in Hessen zur Kandidatur nutzen. Die Kräfte der Kommunisten, des KBW, seiner Massenorganisationen und der befreundeten Organisationen sind genügend stark. Wir haben eine Ortsgruppe und vier Ortsaufbaugruppen, zehn bis zwölf befreundete Organisationen, und etliche stoßen gerade zu uns oder werden sicher im Verlauf der nächsten Zeit zu uns stoßen. Es gibt auch sicher Gruppen, von denen wir nichts wissen und die von uns nicht viel wissen, aber gerade während des Wahlkampfes an uns herangezogen werden können. Wir können grob und überschlägig 600-700 kommunistische Aktivisten zählen.

Deshalb können wir sowohl auf der Ebene der Landesliste wie auch auf der Ebene von Direktkandidaten kandidieren und sollten dies auch.

IV.

Nachdem jetzt geklärt ist, wie die politische Lage im Land ist, welche besonderen Möglichkeiten uns der Wahlkampf und die Beteiligung an den Wahlen eröffnet und was wir mit unserer Taktik ausrichten wollen, zu einigen Fragen ihrer Durchführung.

Die bürgerlichen Politiker werden von Anfang an im Wahlkampf das Interesse der Massen auf bestimmte Fragen lenken wollen. Vor allem auf solche Fragen, wo die Menschen sich schlecht einmischen können, brennende Fragen werden sie so behandeln, daß jeder gleich erkennt, daß er offensichtlich zu dumm ist, sie richtig zu behandeln und deshalb das Regieren anderen überlassen muß. Das alles heißt dann Sachverstand.

Eine solche Bestimmung der Themen durch bürgerliche Politiker stellt uns vor ein doppeltes Problem. Zum einen müssen wir weg von solchen Themen und dürfen uns nicht auf sie beschränken lassen, zum anderen können wir das nur, wenn wir die zugrundeliegenden Sachverhalte so deutlich darstellen, daß sich jedermann ein Bild machen und daraufhin sich nach richtig und falsch entscheiden kann. Dazu sind Untersuchungen, Ausarbeitungen und Kenntnisse erforderlich.

Diese Aufgabe ist wichtig, denn wenn wir die Sorte von Problemen, die die bürgerlichen Politiker gern ins Spiel bringen, um ihren Sachverstand, ihre Unentbehrlichkeit nachzuweisen einerseits und die Dummheit der Massen andererseits, klar und sachlich darstellen, dann können die Massen die bürgerlichen Politiker bereits entlang der Fragen stellen, die sie selber aufwerfen.

Die zweite Aufgabe, die wir lösen müssen, ist, die Fragen herauszufinden und zusammenzufassen, die zur schärfsten Konfrontation zwischen den Zielen dieser Politiker und den Wünschen und Bedürfnissen der Massen führen. Das wird nicht leicht sein. Man kann hundertprozentig sicher sein, daß die bürgerlichen Politiker alles tun werden, um solche Fragen zu umschiffen, und genauso sicher ist, daß die Massen diese Fragen nicht spontan stellen. Die Untersuchungsaufgabe ist also, genau herauszufinden, an welchen aktuellen Fronten sich in Hessen der Klassenwiderspruch am deutlichsten äußert. Es geht um die zentralen Fragen, gleichgültig, in welcher Gestalt sie in der aktuellen Bewegung präsent sind. Zusammenfassen müssen wir sie so, daß deutlich wird, daß vielzählige Reibungspunkte existieren, daß sie allesamt aber eine einzige Wurzel haben, die kapitalistische Ausbeuterordnung.

Die dritte Aufgabe ist anderer Art. Sie umfaßt unser selbständiges Eingreifen. Sie bedeutet, daß es darauf ankommen muß, die Aufmerksamkeit der Massen auf jene Fragen zu richten, denen sie noch nicht frontal gegenüberstehen, ihnen die politische Grenze der bürgerlichen Herrschaft aufzuzeigen, an die sie stoßen, wenn sie entschieden und konsequent für ihre Interessen eintreten. Dies sprengt den Rahmen des Wahlkampfes, das stellt weniger die Frage, wen man jetzt wählt, sondern wie man sich organisiert im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung. Wie gesagt, das tun wir immer, aber gerade im Wahlkampf ist der Reichtum und die Fülle des politischen Lebens größer als in gewöhnlichen Zeiten.

Es muß klar sein: die selbständige Agitation und Propaganda hat den Vorrang. Nur auf der Grundlage selbständiger kommunistischer Politik ist es möglich, den Angriff auf die bürgerlichen Politiker in aller Öffentlichkeit und unter aktiver Einbeziehung der Menschen zielklar und taktisch klug zu führen.

Die Linie dieses Angriffs ist durch die Forderung unseres

demokratischen Programms: Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter gegeben. Vorhin habe ich gesagt, daß dies die Linie ist und diese angewandt werden muß. Anwenden heißt: der Angriff auf die bürgerlichen Politiker und ihre Taten wie auch unsere Agitation und Propaganda muß entlang der aktuellen Linien des Klassenkampfes geführt werden, die Fragestellung der bürgerlichen Politiker muß aufgebrochen werden. Wir nehmen die Abgeordneten und Kandidaten als das, was sie formell sind, als gewählte Vertreter des Volkes und halten ihnen ihr Sündenregister vor. Wir werden so zeigen können, daß es sich bei ihnen keineswegs um Vertreter der Arbeiterklasse und des Volkes handelt, sondern daß sie von diesen nur gewählt worden sind, während sie im Interesse der Kapitalistenklasse handeln und dabei auch persönlich ihren Schnitt machen. Indem wir so auf der Linie unserer Forderungen vorgehen, richten wir unseren Angriff nicht nur gegen die jeweilige Partei, sondern auch direkt gegen die Person des Kandidaten. Wir brandmarken dessen gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes gerichtete Handlungen. Jeder Fall von Korruption, von offensichtlicher Mißachtung der Interessen und des Willens der Bevölkerung werden wir ans Licht der Öffentlichkeit zerren (und dazu dann die Photos ihrer Villen und Prachthäuser hängen) und durch Befragen der Kandidaten zu ihrer Stellung gegenüber bestimmten volksfeindlichen Gesetzesvorhaben und Plänen zusätzliches Material gewinnen. All dies werden wir öffentlich bekanntmachen und ausführliche Sündenregister anfertigen. Wir werden zusammengefaßt also so vorgehen, daß wir die bürgerlichen Politiker stellen, sie öffentlich befragen und an den Pranger stellen.

Also nicht so, wie es im niedersächsischen Landtagswahlkampf geschah, als bei einer Veranstaltung zum niedersächsischen Schulgesetz unsere Genossen eine weitere Forderung unseres Programms, die nach dem demokratischen Volksbildungswesen, einfach propagierten und nachher in ihrem Bericht stand: "es begann im Saal unruhig zu werden."

Sowohl für unsere eigenständige Agitation und Propaganda wie auch für diese Angriffe gilt: wir brauchen genaue, genaueste Kenntnisse über die Vorkommnisse am Ort, über die Taten der bürgerlichen Politiker. Wer keine Kenntnisse hat, der kann sie nicht verbreiten. Wer sie nicht hat, wird bloß "grundsätzlich" argumentieren und dann große Unruhe und Unmut erzeugen.

Für die Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes und dessen Führung gilt, was bereits im Bericht des Sekretärs des ZK festgestellt wurde: "Die ideologische Offensive muß gerade darin bestehen, daß wir die objektiven Widersprüche umfassend und geduldig darlegen und unter keinen Umständen in Phrasendrescherei verfallen. Je mehr die Massen ihre von der Bourgeoisie aufgepfropften Vorurteile ablegen und ihre falschen Meinungen in Frage stellen, desto mehr wollen sie von uns ernsthafte Antworten" (KVZ 5/73, S. 13)

Worauf laufen alle drei Aufgaben hinaus? Sie laufen alle darauf hinaus, daß der Kampf um die Meinung der Massen durch Klassen geführt wird. Daß bekämpft wird, daß sich anstatt dessen verschiedene Strömungen und Richtungen und Parteien bürgerlichen Schlages um die Meinung des Volkes streiten können. An der Linie des Eingriffs wie auch an diesen Aufgaben wird deutlich, daß der Kampf um

die öffentliche Meinung nicht so verstanden werden darf, daß wir auch unsere Meinungen zu bestimmten Fragen sagen und damit die Meinungsvielfalt bereichern, sondern daß der Kampf um die öffentliche Meinung immer so von uns geführt wird, daß die Meinungen der Massen konzentriert werden, daß eine Stoßrichtung entsteht gegen die bürgerliche Politik und Handlungen eingeleitet werden.

Wo kann dieser Kampf erfolgreich geführt werden, wo liegt unser Hauptkampfplatz? In Bezug auf unser Eingreifen in den Wahlkampf habe ich gesagt, daß sich in ihm keine "neuen" Aufgaben stellen, sondern daß wir die politische Willensbildung nur unter außerordentlich günstigen Bedingungen betreiben werden. Gleiches gilt für die 'Frage des Kampfplatzes'. Er liegt dort, wo er immer liegt, in den objektiven und subjektiven Strukturen, wo die Massen leben und arbeiten und wo wir eng mit den Massen verbunden sind. Er liegt im Betrieb, in der Gewerkschaft, in der Schule oder Hochschule.

Die bürgerlichen Politiker halten sich gerne von diesem Kampfplatz fern. Sie ziehen es vor, Versammlungen abzuhalten, wo sie das Zepter in der Hand haben und die Themen diktieren. Das macht aber nichts. Denn einmal brauchen wir sie nicht immer als direkte Gegner, sondern können in den Meinungskampf und in spontane Bewegungen unsere Auffassungen hineinbringen und vertreten. Auf der anderen Seite müssen und können wir die Konfrontation und den Zusammenprall gut herbeiführen. Dabei gibt es zwei Möglichkeiten: entweder sie kommen oder wir gehen hin. Wir können z. B. folgendes machen: man kann ohne weiteres Kandidaten für den Landtag auf eine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung einladen. Wir werden mit anderen Kollegen zusammen Fragen festlegen, die wir ihnen stellen und auf die sie Auskunft geben müssen. Kommen sie, wird das eine ausgezeichnete Debatte, kommen sie nicht, haben sie ihr Gesicht verloren. Dasselbe können die Schüler machen: Sie führen in der SMV einen Beschluß herbei, daß es richtig ist, daß sich die Kandidaten für den Landtag zu Fragen des Volksbildungswesens stellen müssen und daß die Schüler diese und jene Forderungen haben. Sie werden aufgefordert, sich in einer Schülervollversammlung den Fragen der Schüler zu stellen.

Wir können auch hingehen und z.B. in einem der losen Zusammenschlüsse von Menschen, die sie sich für einen bestimmten Zweck geschaffen haben, den Vorschlag machen, daß alle zusammen auf eine Wahlveranstaltung gehen, wir werden konkrete Redebeiträge und Fragestellungen vorlegen und beschließen und zusammen hingehen. Den bürgerlichen Politikern, die sich dann wegen ihrer Entscheidung für eine Fahrpreiserhöhung verteidigen müssen, wird das nicht gefallen, und die Menschen werden ihre Klarheit, auf wen sie sich stützen müssen, erheblich steigern können. Anschließend werden wir das Ergebnis der Versammlung im Komitee beraten. Das Komitee wird zu dem Schluß kommen: die und die Fragen gestellt, keine oder falsche Antwort bekommen. Dieser Kandidat ist untragbar und auch nicht wählbar. Dieses Ergebnis muß allen zugänglich gemacht und öffentlich verbreitet werden.

Auch in Bezug auf unsere eigenen Veranstaltungen werden wir uns an diese objektiven Strukturen halten. Wichtig wird sein, in den Stadtteilen Veranstaltungen durchzuführen, man kann dort auch hervorragend an den konkreten Mißständen anknüpfen, sei es die Sanierungs- und Mietpoli-

tik, sei es der unerträgliche Dreck durch eine naheliegende Fabrik etc. Das läßt sich gut verbinden mit den Hausbesuchen und der Straßenagitation, die insbesondere die Kandidaten durchführen müssen. Andererseits werden wir auch Veranstaltungen durchführen, die einen zentralisierenden und zusammenfassenden Charakter haben, auf denen die Mitglieder des Zentralen Komitees sprechen sollen und diese v. a. auf den öffentlichen Plätzen abhalten.

In allen Auseinandersetzungen, in denen wir stehen müssen wir auf zweierlei achten: a) daß niemals das Gefecht verläuft zwischen Sozialdemokraten beispielsweise und Kommunisten und die Massen Zuschauer sind, sondern daß wir uns zu Sprechern der Empörung der Massen gegen diese Politik machen, ihr eine Stoßrichtung geben und uns stets auf die Erfahrungen der Massen stützen; b) daß stets deutlich wird, daß diese Auseinandersetzung von einer organisierten Kraft geführt wird und nicht die Auseinandersetzung verläuft zwischen Einzelkämpfern und bürgerlichen Politikern (Dazu wird es nützlich sein, für jede Form der öffentlichen Auseinandersetzung sorgfältige Vorbereitungen zu treffen und teilweise Fraktionen einzusetzen). Dies sind zwei positive Schlußfolgerungen aus negativen Erfahrungen beim Eingreifen in den niedersächsischen Wahlkampf.

Wir ziehen diesen Wahlkampf also in die objektiven Strukturen hinein und erreichen damit folgendes:

— es wird uns gut möglich sein, gerade in diesen Strukturen die Erfahrungen der Menschen unmittelbar anzusprechen, die Empörung zu schüren und sie gegen den Feind zu stellen;

— wird dies verhindern, daß unser Wahlkampf einen routinemäßigen und kampagnenhaften Charakter bekommt, der selber abgehoben ist von den wirklichen Auseinandersetzungen und getrennt ist von den Nöten und Bedürfnissen der Menschen;

— wird dies verhindern, daß Genossen auf den falschen Gedanken kommen, als Allheilmittel bei jedem Konflikt und Protest die Stimmabgabe für die Liste der Kommunisten zu empfehlen und wird uns zwingen, in jedem Konflikt die Notwendigkeit der Umwälzung dieser Ordnung als Richtschnur zu haben.

V.

Schließlich wird die Kandidatur zu den Landtagswahlen aus mehreren Gründen für unsere Organisation ausgezeichnet sein:

(a) Richten alle unsere Einheiten, alle unsere Genossen ihren Blick auf die öffentlichen Angelegenheiten und richten ihr Auge auf die Stadt- und Landespolitik. Das richtige Herangehen an und in den Wahlkampf wird ein Schlag gegen den Ökonomismus und das Propagandistentum werden.

(b) Muß die Auseinandersetzung im Wahlkampf mit den bürgerlichen Parteien, mit den Tätigkeiten des bürgerlichen Staates, muß die Notwendigkeit, diesen gegenüber die Selbständigkeit und die Einheit der Massen auf der Linie unseres demokratischen Programms herzustellen, zweifellos dazu beitragen und uns schlicht dazu zwingen, Politiker zu werden. 'Marxistisch-leninistische Politiker mit gutem taktischem Niveau und der Fähigkeit, Menschen in Bewegung zu setzen.'

(c) Wird sich unsere Organisation in einer wichtigen öffentlichen Angelegenheit, den Wahlen zu einem bürgerlichen Parlament, der Auseinandersetzung stellen, muß im Kampf um die Meinung der Massen sich in den Straßen, Stadttei-

len und Plätzen bewegen und wird so noch vorhandene und immer wieder auftretende geheimbündlerische Tendenzen sowie Verschwörerauffassungen gewaltig schlagen. (d) Werden wir gerade im Wahlkampf den Hebel des Zentralorgans nutzen können und zu seiner weiteren und tieferen Verbreitung und Verankerung beitragen können.

VI.

Genossen, zum Schluß zur Frage: Wie packen wir diese Aufgaben an und was müssen wir für die Durchführung des Plans alles herbeischaffen? Die Devise gilt: die Kräfte richtig einsetzen, zum richtigen Zeitpunkt konzentrieren und damit optimal schlagkräftig werden!

(a) Das vorbereitende Stadium dient der Ausrüstung und Ausrichtung unserer Organisation, ihren Massenorganisationen sowie den befreundeten Organisationen. Ausrichtung im Hinblick auf unsere Linie und Taktik, Ausrüstung im Hinblick auf Kenntnisse, die wir unter die Massen tragen. Ein hervorragendes Mittel dazu werden Agitationsbroschüren sein, die sich auseinandersetzen mit der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes in Hessen. Diese werden sich jeweils konzentrieren auf die Untersuchung und das Anprangern bestimmter empörender Verhältnisse und werden die Erfahrungen der Massen mit den Taten der Landesregierung oder eines Magistrates aufgreifen. Beispiele: die Auseinandersetzung um die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt, die Lage im Volkswirtschaftswesen, im Gesundheitswesen, Enthüllungen aus der Fabrik. Die Vorbereitungen dazu müssen unverzüglich angegangen werden.

Ab sofort müssen alle Einheiten unserer Organisation wie auch unsere befreundeten Organisationen für die KVZ Enthüllungen aus Hessen, aus den Städten schreiben und sie auf den Wahlkampf zuspielen.

Insbesondere muß bereits jetzt die Finanzfrage angepackt werden, da uns dieser Wahlkampf erheblich belasten wird. Dazu ist die Durchführung einer Spendenkampagne notwendig.

(b) Im Juni Aufstellen der Landesliste und der Direktkandidaten. Durchführung der Unterschriftensammlung für die Liste und die Direktkandidaten, die wir einheitlich und konzentriert in einer Woche durchführen werden.

(c) Führung des Wahlkampfes im September und Oktober; Einleitung durch eine Großveranstaltung in Wiesbaden, dem Sitz der Landesregierung.

Genossen, die Bedingungen für die Kandidatur des kommunistischen Kampfprogramms bei den Landtagswahlen in Hessen sind ausgezeichnet. Schaffen wir in unserer Organisation wie auch in den befreundeten Organisationen die Klarheit über unsere Stoßrichtung im Wahlkampf und unsere Taktik, bereiten wir uns gründlich vor, so daß wir in diese Wahlaus-einandersetzung eingreifen als bewußte Vorhut der Arbeiterklasse und des Volkes und nicht als ihr Nachtrab. Gelingt dies, so wird diese Wahl beweisen, daß es uns gelungen ist, erheblich mehr Menschen für das kommunistische Kampfprogramm zu gewinnen; sie wird beweisen, daß zunehmend mehr Menschen sich die Erkenntnis zu eigen gemacht haben von der Notwendigkeit der Umwälzung dieser Ordnung und der proletarischen Revolution.

—HJH—

Bericht über die Entwicklung der Arbeit unter den Studenten

Seit dem Beschluß des ZK zur Kommunistischen Massenorganisation unter den Studenten vom 15.12.1973 ist ein entscheidender Fortschritt in der Arbeit der Kommunisten unter den Studenten nicht festzustellen. Am sichtbarsten zeigen dies die Ergebnisse zu den Wahlen zu den Studentenparlamenten an den Hochschulen. Seit über einem Jahr schwanken die absoluten Stimmzahlen der Kommunisten um die gleiche Höhe, Zuwachs an Stimmen und Rückschläge halten sich die Waage. In den studentischen Vertretungskörperschaften ist der Einfluß der kommunistischen Studenten erheblich gesunken. So hatten etwa die mit den damaligen Kommune-Organisationen sympathisierenden Studentenorganisationen auf der Mitgliederversammlung des VDS 1972 noch etwa 150 Stimmen, während heute gerade noch ein Zehntel davon übrig geblieben ist. Nur selten besitzen kommunistische Studenten auch über die Reihen der Revolutionäre hinaus die Anerkennung und Autorität innerhalb der Studentenschaft, wie sie etwa Mitglieder des SDS an den Hochschulen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre sich erworben hatten.

Zugleich sind auch die Kämpfe der Studenten in diesem Zeitraum nicht erheblich vorangekommen. Hatte die Studentenbewegung der 60er Jahre in ihrem Ansturm gegen den bürgerliche Staat an den Hochschulen großen politischen Bewegungsraum geschaffen und überkommene politische Strukturen zerschlagen, so standen die Massenkämpfe und -demonstrationen der Studenten in den Jahren 1972 und 1973 im Zeichen des Widerstands und des Protests gegen den Versuch der Bourgeoisie, die erkämpften Positionen der Studentenbewegung an den Hochschulen wieder zurückzunehmen. Verhindern konnten diese Kämpfe nicht, daß die Bourgeoisie ihren Druck auf die Studentenschaft verschärfte und sich mit reaktionären Gesetzen die politischen Hebel beschaffte, um ihn auszuüben. So hat die spontane Bewegung der Studenten Niederlagen erlitten, ihre reformerischen Vorstellungen sind gescheitert und es ist an den Hochschulen eine veränderte politische Situation entstanden.

In den Reihen der kommunistischen Studentenorganisationen hat dies zu Unsicherheit geführt. So besteht keine Klarheit über die Triebkräfte, die Bedeutung und den Charakter der Entwicklung. Wo aber eine solche Klarheit fehlt, da kann subjektivistischen Tendenzen des Rückzugs aus der Politik und des Kapitalantentums nicht ausreichend entgegengetreten werden. Genausowenig können dann Fehler, die festgestellt werden, auf einer richtigen Linie korrigiert werden. So entstehen Vorstellungen und Strömungen, die in Richtung auf "Basisarbeit" und Semimarksmarxismus gehen und politische Rückzugstendenzen widerspiegeln. Um diesen Tendenzen begegnen zu können und die aufgetretenen Fehler zu erkennen und auf der richtigen Linie zu berichtigen, muß man sich im klaren sein über die Bedeutung der eingetretenen politischen Situation

an den Hochschulen, ihren Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung und den Weg, wie die kommunistischen Studentenorganisationen die Führung der rebellierenden und revolutionären Studentenschaft gewinnen können.

Der Klassenkampf und die Spaltung der Gesellschaft in zwei politische Lager führen zur politischen Differenzierung in der Studentenschaft

Das wichtigste Kennzeichen der veränderten Situation an den Hochschulen besteht im Einsetzen eines Prozesses der politischen Differenzierung, der die gesamte Studentenschaft umfaßt. Dieser Prozeß hat bereits gegenwärtig zur Bildung dreier politischer Blöcke geführt, ihre Übergänge sind zwar fließend und nicht immer eindeutig, sie zeichnen sich jedoch an allen Hochschulen ab. Gegenüber dem zahlenmäßig kleinen und noch schwachen revolutionären Teil der Studentenschaft sammeln sich auf der anderen Seite die aktiven Parteigänger der Bourgeoisie und gegenrevolutionären Studenten und reaktivieren ihre traditionellen Vereinigungen und Verbindungen. Zwischen diesen beiden Lagern befindet sich die breite Mitte des nichtrevolutionären oder reformerischen Teils der Studentenschaft. Dieser gegenwärtig größte Teil der Studentenschaft sucht die Unausweichlichkeit der Aufspaltung der Gesellschaft in einander gegenüberstehende und bekämpfende Klassen zu leugnen und dieser Entwicklung zu begegnen durch die Unterstützung einer Politik der Reformen. Auf der einen Seite spüren diese Teile der Studentenschaft, daß der Kapitalismus ihnen nicht das beschert wird, was er ihnen versprochen hat, auf der anderen Seite fürchten sie um den Verlust ihrer Sonderstellung durch den Sieg des Sozialismus.

Im Politischen Bericht an die 1. Ordentliche Delegiertenkonferenz heißt es: "Weder die Studenten, noch die kommunistischen Studenten sind eine treibende Kraft im demokratischen Kampf, auch wenn dies manchmal so erscheint. Sowie die Forderungen ihren unmittelbaren Horizont überschreiten, ist es gerade besonders schwierig, die Studenten für die entsprechenden Kämpfe zu mobilisieren. Unsere Studenten spiegeln in dieser Hinsicht das Bewußtsein der Studenten im allgemeinen nur wider."

Die Erfahrung, daß selbst der fortgeschrittenste Teil der Frankfurter Studentenschaft nur zögernd in den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung und den Magistrat eintritt, ist das jüngste und aktuellste Beispiel für die Richtigkeit dieser Feststellung. Die Masse der Studentenschaft verhält sich gegenüber den in der Gesellschaft aufbrechenden politischen Fronten schwankend und sucht einer Entscheidung zwischen diesen Fronten auszuweichen. Diese Tendenz kennzeichnet nicht nur die politische Entwicklung innerhalb der Studentenschaft, sondern der Intelligenz insgesamt. Dies ist Auswirkung und Folge des Scheiterns der

Reformbewegung Ende der 60er Jahre, deren Träger im Wesentlichen Intellektuelle waren. Diese Reformbewegung ist an der Unversöhnlichkeit des Klassegegensatzes zerbrochen und sein Hervortreten in den letzten Jahren hat sie in ihrer Substanz getroffen. Die Erfahrungen dieser Jahre haben den in Bewegung geratenen und reformbegeisterten Intellektuellen klar gemacht, daß die spürbare Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche sich nicht in Reformen auflösen wird oder läßt, sondern daß umgekehrt gilt: Nähert sich der Sturm vom Berg, pfeift der Wind durch die Burg. Diesem pfeifenden Wind hat die spontane Bewegung in der Intelligenz nicht standgehalten, sondern ihr ist der Atem ausgegangen.

Die Masse der Intelligenz reagierte auf die Anzeichen des sich nähernden Sturms, indem sie dem Winde weicht und das, was sie durch den Sturm bedroht sieht, die Beamtenlaufbahn oder die Aussicht darauf, zu schützen und ins Trockene zu bringen versucht.

Diese Hoffnung, sich aus den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen herauszuhalten zu können, ist jedoch letztlich zum Scheitern verurteilt. So wie der Klassenfrieden innerhalb der Gesellschaft relativ und ihre politische Spaltung absolut ist, so ist auch die politische Frontenbildung quer durch die Studentenschaft letztlich unausweichlich und ein Ergebnis des Klassenkampfes. Die Frage ist, auf welche Seite die heute schwankenden Studenten in diesem Kampf gehen werden.

Um die Studenten als Mobilgarden auf Seiten der Revolution zu gewinnen, müssen die Kommunisten der Arbeit unter ihnen mehr Beachtung schenken und ihre Anstrengungen verstärken

Bereits gegenwärtig ist zwischen den beiden Klassen ein scharfer Kampf um die Gewinnung der Studentenschaft entbrannt. Auf welche Seite sich die Mehrheit der Studentenschaft in der Entwicklung des Klassenkampfes stellt, ist für beide Klassen von großer Bedeutung. Das Interesse der Bourgeoisie besteht darin, sich die Studentenschaft als soziale Stütze und zukünftigen Kader ihrer sozialen, ökonomischen und politischen Machtausübung zu erhalten, sie gegen die Kräfte der Revolution in Bewegung setzen zu können. In ihrer Abgehobenheit gegenüber dem Volk und aufgrund ihrer Stellung leichter Beweglichkeit bildet die Studentenschaft für die Bourgeoisie einen Kern und aktiven Träger der Konterrevolution.

Daß die Studenten Mobilgarden auf Seiten der Revolution und nicht auf Seiten der Konterrevolution werden, darum kämpft die Arbeiterklasse. Je größer der Teil der Studentenschaft, den die Arbeiterklasse für das Lager der Revolution gewinnt, desto breiter schreitet die Zersetzung der Einrichtungen der kapitalistischen Gesellschaft voran, desto leichter wird die Verbreitung des revolutionären Gedankens in der ganzen Gesellschaft, desto geringer wird der Widerstand, den die Bourgeoisie der Revolution entgegenzusetzen kann und desto besser werden die Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus, denn ohne die Kenntnisse der alten Gesellschaft in dessen Dienst zu stellen, kann die Arbeiterklasse dabei nicht erfolgreich voranschreiten.

Die Frage, wer wen besiegt im Kampf um den Einfluß innerhalb der Studentenschaft ist nicht entschieden. Im Gegenteil, durch das Scheitern der Reformbewegung und die dadurch hervorgerufene Krise in der Intelligenz, wird diese Frage überhaupt erst in aller Schärfe gestellt. Die

kommunistischen Studenten, die Jahre hindurch Mehrheiten in den studentischen Versammlungen oder 'linke' ASten als etwas Selbstverständliches betrachteten, wird dies heute durch Niederlagen in Vollversammlungen und durch Siege rechter Studentengruppen bei den Studentenparlamentswahlen ins Bewußtsein gerückt. Mit dem Scheitern der Reformbewegung und dem Auftreten der Tendenz innerhalb der Intelligenz, sich aus der Verschärfung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zurückzuziehen und ihr auszuweichen, können heute in der Arbeit der Kommunisten unter den Studenten rasche Fortschritte oder ein spontanes Anwachsen ihres Einflusses nicht mehr die Regel bilden. Vielmehr müssen sich die Kommunisten auf einen langen und beharrlichen Kampf einstellen, um ihren Einfluß in der Studentenschaft wie in der Intelligenz insgesamt zu erweitern. Auf das Scheitern der Reformbewegung, an deren Erfahrungen und Ziele die kommunistischen Studenten in ihrer Arbeit unter den Studenten anknüpfen konnten, und auf die unter ihren Trägern eingetretene Desillusionierung müssen die kommunistischen Studenten antworten, indem sie in der Studentenschaft Kenntnisse über den Charakter dieser Gesellschaft und ihren unvermeidlichen Untergang verbreiten. So können sie den über das Ausbleiben der versprochenen Reformen und über die wachsende Reaktion auf Seiten der Bourgeoisie enttäuschten Studenten die Ursachen der Mißstände, die ihre Unzufriedenheit hervorgerufen haben, erklären und sie gewinnen für die radikale Beseitigung der ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Indem die kommunistischen Studenten dieses Bewußtsein über den Charakter dieser gesellschaftlichen Verhältnisse in die Studentenschaft tragen, können sie der schwankenden Haltung der Masse der Studenten positiv entgegenzutreten und ihren Versuch, die Spaltung der Gesellschaft in Klassen zu leugnen, erfolgreich bekämpfen.

Der ZK-Beschluß zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten gibt den kommunistischen Studenten die Waffen in die Hand, um dem Einfluß der Bourgeoisie zu begegnen und die nichtrevolutionären Studenten zu gewinnen

Die kommunistischen Studenten haben sich in der veränderten Situation an den Hochschulen bisher nicht zurecht gefunden und auf die Aufgaben, die ihnen diese stellt, noch wenig eingestellt. Insgesamt wird dem wachsenden Druck der Bourgeoisie und ihrem Versuch, in der Studentenschaft eine Gegenbewegung hervorzurufen, nicht begegnet, indem das Kampfprogramm der Arbeiterklasse unter die Studenten und in die Hochschulen getragen und indem den Auffassungen der Bourgeoisie die revolutionären Auffassungen der Arbeiterklasse entgegengesetzt werden. Statt dessen wird nach wie vor versucht, der veränderten politischen Situation an der Hochschule gerecht zu werden mit einer Politik, die sich im Eingreifen in die spontane Protestbewegung innerhalb der Studentenschaft bewährt hatte und als erfolgreich erweisen konnte. Unter Bedingungen verstärkter Einflußnahme der Bourgeoisie und der politischen Differenzierung innerhalb der Studentenschaft entsprechend und in Reaktion auf die politische Spaltung der Gesellschaft ist eine solche Politik bestenfalls in der Lage, Erbhöhe eine gewisse Zeit zu verwalten, nicht aber in den Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie Siege zu erringen und Einfluß auf die nichtrevolutionären Studenten zu gewinnen. So konnten die kommunistischen Studenten zum Beispiel gegenüber den Aktionen und Demonstrationen

nen, die der Vorstand des VDS und die Revisionisten den Studenten zum 30. Mai bürokratisch verordnet hatten, sich nicht auf die Entfaltung einer Politik beziehen, die in der Lage ist, dem Druck der Bourgeoisie wirksam zu begegnen, sondern mußten sich im wesentlichen auf die Kritik der Form der Aktion und den Streit über den Wert der Pläne zur Reform der Hochschule beschränken. Auch im einzelnen zeigt sich diese Schwäche der Arbeit der Kommunisten unter den Studenten. So mußte die Heidelberger Kommunistische Hochschulgruppe die Relegationen von vier Mitgliedern hinnehmen, ohne daß in der Studentenschaft sich ein Aufruhr gegen diese Maßnahme erhoben hätte. Desgleichen kapituliert der von der KHG gestellte Freiburger PH-AStA unter Mißachtung eines Vollversammlungsbeschlusses gegen den Rektor, der die Amtsenthebung des AStA verfügt hatte, als dieser dazu überging, die AStA-Mitglieder mit Geldstrafen in Höhe von mehreren tausend DM zu belegen.

Während so die Bourgeoisie zielstrebig in ihrem Versuch der "Konsolidierung der Hochschulen" voranschreitet, sind in verschiedenen Studentenorganisationen Tendenzen aufgetreten, die diese Entwicklung und Gefahr zwar erkennen, sie jedoch mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit unter den Studenten beantworten und so der theoretischen Rechtfertigung des Rückzugs vor dem Druck der Bourgeoisie gleichkommen: so hat ein Teil der kommunistischen Studenten in der Auseinandersetzung um den Beschluß des ZK die Auffassung vertreten, die kommunistischen Studenten müßten ins Volk gehen und ihre wesentliche Aufgabe bestünde in der Unterstützung der Stadtteilarbeit der Ortsgruppe der KBW, für die die Arbeit an der Hochschule ein Rekrutierungsfeld sei. Diese Auffassung bedeutet den Verzicht auf die revolutionäre Arbeit unter den Studenten und kommt der offenen Kapitulation vor den Kräften der Bourgeoisie gleich. Eine versteckte Kapitulation ist auf der anderen Seite die aufgetretene Tendenz, den Kräften der Bourgeoisie und ihrem Druck ein Demokratisierungsmodell der Hochschule entgegen zu stellen, daß den Vorstellungen der Autonomie der Hochschule und der Selbstbestimmung der Hochschulangehörigen wie sie sich die nichtrevolutionären und reformistischen Studenten machen, im Prinzip entspricht, jedoch an die Stelle der Mitbestimmung die Wahl und Abwählbarkeit durch jeden Hochschulangehörigen mit gleicher Stimme setzt. Das was als Aktionslosing richtig ist, die Absetzung eines bestimmten Professors oder die Forderung nach Rücktritt eines Rektors usw., wird hier als positives Modell falsch. Die Arbeiterklasse kämpft nicht für die Freiheit der Hochschule vom Staat, sondern für die Eroberung der politischen Macht, vermittelt derer sie ihr Interesse gegenüber den Hochschulen nur geltend machen kann.

So ist auch gegenüber dem proletarischen Staat die Selbstständigkeit der Hochschule — solange sie als Sonderbereich existiert — nicht absolut, sondern relativ. Der Unterschied besteht darin, welche Klasse in welcher Weise zu welchem Zweck Einfluß auf die Hochschulen nimmt und ihr Interesse gegenüber den Hochschulen geltend macht.

Beide aufgetretenen Vorstellungen laufen auf die Aufgabe der revolutionären Arbeit unter den Studenten hinaus. Mit der Vorstellung, die Hochschule als Rekrutierungsfeld der Stadtteilarbeit der Ortsgruppe zu behandeln, wird den Kräften der Bourgeoisie an der Hochschule das Feld überlassen. Die Propaganda des Kampfes für "Selbstbestimmung und Demokratie der Hochschulangehörigen" läuft auf die Entwaffnung der revolutionären Studenten gegen-

über den Kräften der Bourgeoisie hinaus und macht sie zu einem Anhängsel der nichtrevolutionären oder reformistischen Studenten, deren vornehmste und erste Beschäftigung die Plänemacherei und die Entwicklung von Vorstellungen, wie die Hochschule dem Einfluß des Klassenkampfes entzogen werden kann, darstellt. Damit wird in dem Versuch, auf die wachsenden Anforderungen der revolutionären Arbeit unter den Studenten eine Antwort zu geben, die Aufgabe selber liquidiert.

Die Antwort auf die wachsenden Anforderungen und die veränderte politische Situation an den Hochschulen muß darin bestehen, die Waffen, die der Beschluß des ZK zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten enthält, in die Hand zu nehmen und damit den Kampf gegen die Kräfte der Bourgeoisie und zur Gewinnung der nichtrevolutionären Studenten zu führen. Der ZK-Beschluß stellt der Arbeit der Kommunisten unter den Studenten die Aufgabe, den Kampf der Studenten über den Kampf um akademische Rechte an der Hochschule hinauszutreiben und sie als Mobilgarden auf Seiten der Revolution zu gewinnen.

Der Weg, dieses Ziel zu erreichen, geht über die Verbreitung von Kenntnissen in der Studentenschaft und an der Hochschule über die Unvermeidbarkeit des Klassenkampfes und der Aufspaltung der Gesellschaft in diesem Kampf und das aktive Eintreten für die Partei der Arbeiterklasse. Ohne Kenntnisse zu verbreiten über den Charakter dieser Gesellschaft und ihren unvermeidlichen Untergang und für die Arbeiterklasse Partei zu ergreifen, können die kommunistischen Studenten dem Einfluß der Bourgeoisie unter den Studenten nicht begegnen und die politische Parteilichkeit der Gesellschaft in die Hochschule hineinragen und unter den Studenten voranzutreiben. Indem die kommunistischen Studenten dadurch den Kampf um die Gewinnung der Studenten für die Seite der Revolution vorantreiben, treten sie dem Einfluß der Bourgeoisie gegenüber als Vertreter einer Klasse und Partei, die in ihrem Kampf die Interessen der ungeheuren Mehrheit der Gesellschaft vertritt.

In den Punkten 5 und 6 begründet der Beschluß des ZK die Aufgaben, die sich den Kommunisten unter den Studenten in der Verbreitung der Kenntnisse über den Charakter der Gesellschaft und im aktiven Eintreten für die Partei der Arbeiterklasse stellen:

- die Studenten zu gewinnen für den Zusammenschluß mit dem revolutionären Volk auf der Linie des Kampfes für die revolutionäre Demokratie
- die sich aus der besonderen Lebenssituation der Studenten an wissenschaftlichen Einrichtungen der Bourgeoisie ergebenden zusätzlichen Anknüpfungspunkte für die kommunistische Agitations- und Propagandatätigkeit zu nutzen.

Welche Fehler und Mängel sind in der Ausrichtung der Studentenorganisationen auf diese Aufgaben aufgetreten und wie müssen sie berichtigt werden?

Die kommunistischen Studenten müssen organisiert in die Auseinandersetzungen in der Stadt einbezogen werden und diese in die Hochschulen und unter die Studenten tragen

Im Beschluß des ZK heißt es im Punkt 10: "Revolutionäre Studenten, die der Masse der Studenten den Weg an die Seite der Arbeiterklasse in der Volksrevolution weisen wollen, dürfen sich selbst nicht an der Hochschule einmauern lassen und die Trennung des Volkes in korporativrechtlich abgesicherte Sonderbereiche hinnehmen." Die Tendenz zum Rückzug aus der Politik, deren ideologi-

sche Ausprägung bereits zuvor genannt wurde, wirkt sich in der Praxis dahingehend aus, daß nur die eine Seite dieser Aufgabe gesehen wird: das "ins Volk gehen". Der anderen Seite der Überwindung der Trennung des Volkes in Sonderbereiche, "der Masse der Studenten den Weg an die Seite der Arbeiterklasse in der Volksrevolution weisen", wird nur geringe Beachtung geschenkt. Das eine ohne das andere ist jedoch nicht möglich. Beide Seiten dieser Aufgabe bilden eine Einheit und dienen der Gewinnung der Studenten für die Revolution und ihrem Zusammenschluß mit dem Volk. Wo dieses Ziel aus den Augen verloren wird, da verkommt die revolutionäre Lösung "sich mit den Massen verbinden" zum Ausschweifen in die Stadt und zur Volkstümelei. Für eine solche Politik steht exemplarisch das Verhalten einiger KHG-Mitglieder in Freiburg. Sie wohnten in einem Studentenwohnheim mit traditionell linker Führung und weitgehend erkämpfter Selbstständigkeit. Als die Studentenwerksbürokratie den Angriff auf diese Positionen organisierte und die Heimbewohner den Widerstand dagegen organisierten, nutzten sie die Semesterferien, um klammheimlich aus dem Heim auszuziehen in ein Arbeiterviertel. Als Begründung gaben die Genossen an: man müsse "ins Volk gehen". Dies ist eine Karikatur auf den Beschluß des ZK und es ist kein Wunder, daß sich bei einem solchen Verständnis der Aufgaben in den Hochschulzeitungen z. B. immer noch eher Ausführungen darüber finden, daß es nötig ist, an den Kämpfen des Volkes teilzunehmen, als daß auf dieser Linie schon gehandelt und die Studenten durch Hereintragen der Auseinandersetzungen in die Hochschulen für die Teilnahme daran durch die Arbeit der kommunistischen Studenten gewonnen würden.

Wie müssen diese Fehler berichtigt werden? Erstens müssen die Ortsgruppen darauf achten, daß die kommunistischen Studenten organisiert in die Auseinandersetzungen in der Stadt einbezogen werden. In den Stadtteilen werden die Stadtteilzellen oder -beauftragten der Ortsgruppe die dort wohnenden Studenten zur Unterstützung ihrer Arbeit heranziehen: im KVZ-Verkauf, im Rahmen der Fraktionsarbeit in Komitees, die die Bevölkerung innerhalb des Stadtteils organisieren, zur Mobilisierung für zentrale Aktionen usw. Zweitens müssen die Ortsgruppen darauf hinwirken, daß die kommunistischen Studenten diese Auseinandersetzungen auf der Ebene des Orts wieder in die Hochschule hineinbringen und die Studenten für die Teilnahme daran gewinnen. Der wichtigste Hebel dafür ist die KVZ. Sie muß dafür bewußt als bisher von Seiten der kommunistischen Studenten genutzt werden, denn ein Zustand, wo in der Regel die Zahl der an den Hochschulen verkauften Exemplare der KVZ in der Regel noch nicht einmal die Zahl der Studenten erreicht, die den Kommunisten bei den Wahlen zu den Studentenparlamenten ihre Stimme geben, kann nicht bestehen. Aber auch darüber hinaus gibt es zahlreiche Möglichkeiten und Mittel, um die Auseinandersetzung über allgemeine Fragen in die Hochschulen zu tragen und die Studenten dafür zu gewinnen. Ein gutes Beispiel für diese Möglichkeiten sind die Aktivitäten, die während der Solidaritätsbewegung mit dem vietnamesischen Volk vom Oktober 1972 – Januar 1973 entwickelt wurden und die an fast allen größeren Hochschulen dazu führten, daß hunderte von Studenten neu und aktiv in diese Bewegung einbezogen werden konnten. Wenn die kommunistischen Studentenorganisationen dazu angehalten werden, die Möglichkeiten für ein solches Vorgehen in jedem Falle konkret zu prüfen und auszuschöpfen, dann ist ein Fortschritt der Arbeit der Kommunisten unter den Stu-

denten zu erreichen. Jeder Fortschritt, der so erreicht wird, bedeutet eine Stärkung der Position der Kommunisten in der Stadt. Nicht gedient ist den Ortsgruppen, wenn die studentischen Massenorganisationen sich lediglich als ihre Hilfstruppen in der Stadt bewegen.

Nur Studenten, die gegen die Auffassungen und das Wissen, das die Kapitalisten an den Hochschulen verbreiten lassen, rebellieren, werden sich auf die Seite des Volkes stellen

Die zweite Aufgabe, die sich den kommunistischen Studenten auf der Linie "Kenntnisse über den Charakter der Gesellschaft verbreiten und Partei ergreifen für die Seite der Arbeiterklasse" stellt: die Entfaltung der Rebellion gegen die Auffassungen der Kapitalisten und den Druck der Bourgeoisie an den Hochschulen. Denn: "Der ideologische Kampf um die Köpfe der Studenten erschöpft sich nicht in der allgemeinen politischen Massenagitation. Aus der besonderen Lebenssituation von Studenten an wissenschaftlichen Einrichtungen der Bourgeoisie ergeben sich zusätzliche Anknüpfungspunkte für kommunistische Agitations- und Propagandatätigkeit. Die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft ... ist ein wesentlicher Bestandteil der propagandistischen Arbeit von Kommunisten an der Hochschule und unter den Studenten." (ZK-Beschluß, Punkt 6) Die Notwendigkeit dieser Aufgabe wird nirgends bestritten. In der Praxis jedoch sieht sich die Mehrzahl der kommunistischen Studenten nicht in der Lage, den bürgerlichen Professoren ernsthaft entgegen zu treten. Als Revolutionäre können die kommunistischen Studenten an der Hochschule überhaupt nur bestehen, wenn sie auch auf dem Gebiete der Wissenschaft der Bourgeoisie entgegentreten können. Studenten, die in der Lage sind, zu beweisen, daß man den bürgerlichen Professoren über die reine Tatsachenerhebung hinaus kein Wort glauben darf und daß es sich in der Regel empfiehlt, selbst diese sorgfältig nachzuprüfen, und die als Marxisten in der Lage sind, die wirklichen Verhältnisse und Zusammenhänge darzulegen, solche Studenten werden in der Studentenschaft als Revolutionäre Anerkennung und Aufmerksamkeit für ihre Ziele finden.

In den Studentenorganisationen treten in der Auseinandersetzung über diese Aufgabe der kommunistischen Studenten in der Regel zwei Fraktionen auf: die einen Genossen behandeln den Kampf gegen die bürgerliche Wissenschaft als eine Frage der Qualifikation, für deren Erwerb die Politik ein Hindernis darstellt, während die andere Fraktion darin Seminar marxismus wittert und das Kind gleich mit dem Bade ausschüttet. Während so beide z. T. recht haben, die einen darin, daß es notwendig ist, in den Lehrveranstaltungen den Kampf gegen die bürgerlichen Auffassungen zu führen, und den wissenschaftlichen Sozialismus zu propagieren, die anderen darin, daß dies nicht zu einem Rückzug aus der Politik führen darf, haben in dem entscheidenden Punkt beide Unrecht, insofern sie die Frage der Qualifikation und des Erwerbs von Kenntnissen der Teilnahme am Klassenkampf entgegenstellen.

Denn qualifizieren kann man sich innerhalb dieser Gesellschaft überhaupt nur durch den Kampf gegen ihre herrschenden Auffassungen. Und nur durch die Entfaltung der Rebellion gegen die bürgerliche Wissenschaft und diejenigen, die an der Hochschule für ihre Verbreitung bezahlt werden, kann man die Studenten von der Richtigkeit und Bedeutung des wissenschaftlichen Sozialismus als Theorie der Arbeiterklasse und Anleitung zu revolutionärem Han-

deln überzeugen. Die kommunistischen Studenten müssen sich über die Bedeutung des theoretischen Kampfes im klaren sein, den Engels als eine der drei Seiten, nach denen die Arbeiterklasse ihren Kampf hin entwickeln muß, bezeichnet: der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten). Darin, daß sie den Angriff nach diesen drei Seiten hin konzentrisch entwickelte, sah Engels "gerade die Stärke und Unbesiegbarkeit der deutschen Bewegung". In welchem Zusammenhang steht diese Aufgabe mit der Gewinnung der Studenten? Die Hochschule ist sozusagen das Treib- und Zuchthaus der bürgerlichen Wissenschaft, der Ort, wo sich die Bourgeoisie die Waffen schmiedet, um den wissenschaftlichen Sozialismus zu bekämpfen, um der Arbeiterklasse im theoretischen Kampf Niederlagen zuzufügen. Die Studenten werden ausgebildet, um diese Waffen gegen die Arbeiterklasse zu führen. Wenn die kommunistischen Studenten den Angriff im theoretischen Kampf nicht mitten in dieser Brutstätte bürgerlicher Theorie, der Hochschule, entfalten und im Kampf gegen ihre Vertreter vortragen, dann überlassen sie ein wichtiges Feld des Klassenkampfes und des Kampfes um den Einfluß innerhalb der Studentenschaft an der Hochschule von vornherein der Bourgeoisie, denn diese hält sich einen in ihrem Sinne ausgebildeten wissenschaftlichen Stab an den Hochschulen zu diesem Zwecke. Sind die kommunistischen Studenten jedoch in der Lage, den theoretischen Kampf an der Hochschule zu führen, den Vertretern der bürgerlichen Klasse in diesem Kampf Niederlagen zuzufügen und die Unvermeidlichkeit der Auflösung dieser Gesellschaft und der Errichtung der klassenlosen Gesellschaft nachzuweisen, dann können sie überhaupt erst einen wirksamen Einfluß auf die schwankenden Teile der Studentenschaft gewinnen und ihrem Versuch der Leugnung des Klassenkampfes und der Unauwechlichkeit der Aufspaltung der Gesellschaft in diesem Kampfe entgegentreten.

Welche Bedeutung diese Rebellion gegen die herrschenden Gedanken und ihre Vertreter an der Hochschule für die Gewinnung der nichtrevolutionären Teile der Studentenschaft und die Verbreitung der revolutionären Auffassungen unter den Studenten hat, zeigt die Auseinandersetzung mit dem Frankfurter Wirtschaftsprofessor Engels. Daß dieses eines der wenigen positiven Beispiele in dieser Beziehung in der letzten Zeit ist, zeigt, wie wenig diesen Möglichkeiten und Notwendigkeiten der revolutionären Arbeit unter den Studenten in der Praxis Rechnung getragen wird.

Die Kommunisten unterstützen den Kampf für die Rechte der Studenten. Ohne aber diese Rechte in Anspruch zu nehmen, können diese weder erkämpft noch die Studenten für die Revolution gewonnen werden

Die Verschlechterung der Lebens- und Studienbedingungen und der enge Rahmen, auf den die bürgerliche Klasse den politischen Betätigungs- und Bewegungsraum der Studenten an der Hochschule einzuschränken sucht, zwingen die Studenten, den Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu führen für Rechte, die ihre Existenz als Studenten sichern und ihren politischen Bewegungsraum an der Hochschule erweitern.

Die unverzichtbaren Rechte, für die die Studenten in diesem Kampf gegen den bürgerlichen Staat eintreten, sind:

- Kostendeckende Stipendien für alle Studenten, die keine reichen Eltern haben.
- Vollständige Selbstverwaltung aller studentischen Sozial-einrichtungen und ihre Finanzierung durch den Staat.

- Recht auf Bildung von Vertretungskörperschaften der Studenten. Aufhebung aller gesetzlichen Einschränkungen der Rechte der gewählten Vertreter und Allgemeinen Ausschüssen der Studentenschaft.
- Aufhebung aller Gesetzes- und Hochschulrechtsbestimmungen, welche die Meinungs- und Redefreiheit, die Presse-, Versammlungs-, Streik- und Organisationsfreiheit an der Hochschule einschränken oder unterdrücken.
- Öffentlichkeit aller Prüfungsangelegenheiten. Auswählbarkeit der Prüfer und Prüfungsthemen durch die Examenkandidaten. Freier Zugang zu allen Studienveranstaltungen.

In der Unterstützung des Kampfes der Studenten muß Klarheit darüber bestehen, daß wie für jedermann auch für die Studenten Rechte ein Mittel zum Zweck sind. Die Rechte der Studenten sind deshalb nicht unmittelbar die Alternative, die die kommunistischen Studenten den Reformplänen für die Hochschule, die die Reformisten und Revisionisten schmieden, gegenüberstellen. Soweit sie dies versuchen, können sie weder Einfluß gewinnen unter den nichtrevolutionären Studenten, noch können sie einen wirksamen Kampf für diese Rechte gegen den bürgerlichen Staat organisieren. Nur indem die kommunistischen Studenten die Auseinandersetzung über allgemeine Fragen in die Hochschule hineinbringen und die Rebellion unter den Studenten gegen die bürgerliche Wissenschaft entfalten, können sie eine politische Bewegung in der Studentenschaft und an der Hochschule hervorrufen, die die Rechte gegenüber dem bürgerlichen Staat beansprucht und dafür kämpft.

Mit der politischen Ausrichtung muß der Kampf gegen Mißstände und Mängel in den Studentenorganisationen verbunden werden

Wo eine politische Ausrichtung der Studentenorganisationen nicht gewährleistet ist und keine Klarheit über die notwendigen Schritte zur Gewinnung der Studenten besteht, da bilden sich rasch Zustände in den Studentenorganisationen heraus, die ihre Arbeit zusätzlich behindern. Der Behebung dieser Mißstände muß in Verbindung mit der politischen Ausrichtung der Studentenorganisationen Beachtung geschenkt werden.

Die häufigsten auftretenden Mängel sind:

- So finden sich in den Studentenzeitungen zu empörenden und schikanierenden Zuständen, denen sich die Studenten ausgesetzt sehen, immer noch eher beinahe wissenschaftliche Abhandlungen, die niemanden vom Stuhle reißen, während auf der anderen Seite die Studentenzeitungen als Tribüne der Entlarvung des Lumpenpacks, das sich die Bourgeoisie an der Hochschule hält, kaum ausgenutzt werden.
- Verschiedentlich tritt die Mentalität von Politikern und Bürokraten auf und es ist nicht selten, daß Zellen für die Regelung und Besprechung ihrer wöchentlichen Arbeit mehr Zeit in Anspruch nehmen, als z. B. der Delegiertenkonferenz des KBW für die Diskussion der Gewerkschaftsarbeit zur Verfügung stand.
- Die Reihen der Studentenorganisationen sind vielfach überaltert, während der Gewinnung und Einbeziehung junger Genossen wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird.
- Zum Teil wird auch der organisatorische Aufbau nicht zielstrebig vorangetrieben. Zellen, die Mitglieder und Kandidaten verschiedener Fachbereiche umfassen, müssen zum frühest möglichen Zeitpunkt entlang dieser Fachbereiche aufgediegt werden. An Fachbereichen und Hochschulen,

wo Sympathisanten aber noch keine Einheit der Organisation vorhanden ist, müssen diese rasch organisiert und durch Aufbauzellen in die Tätigkeit der Organisation einbezogen werden.

— Der Schulung und dem Studium der Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus muß mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. So ist eine Reihe von Genossen in erster Linie aufgrund und anhand der Debatte und Auseinandersetzung über das Programm gewonnen worden und eine gründliche Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus ist kaum organisiert.

Örtliche Studentenverbände und Zentralisation

Die Ortsleitungen betrachten die ihnen durch den Beschluß des ZK zugefallenen Aufgaben der Anleitung der örtlichen Studentenverbände noch eher als eine zusätzliche Belastung und nicht als einen wichtigen Bestandteil der Arbeit der Kommunisten am Ort. Die Ortsgruppen, die sich mit Fragen und aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Anleitung der Studentenorganisationen an das ZK gewandt haben, lassen sich gegenwärtig noch an einer Hand abzählen. Häufig jedoch wenden sich die örtlichen Studentengruppen mit Fragen direkt an das ZK und die Ortsgruppen erfahren erst über ihre Beantwortung davon. Wenn eine Zentralisation innerhalb des KBW jedoch nicht stattfindet, so hat dies zwangsläufig Rückwirkung auf die Anleitung der Studentenverbände durch die Ortsgruppen und eine richtige Behandlung der besonderen Fragen der Arbeit unter den Studenten ist nicht gewährleistet.

Auf der einen Seite muß dies behoben werden durch eine Verbesserung der Zentralisierung und der Anleitung der Ortsgruppen innerhalb des KBW. Auf der anderen Seite müssen die vorhandenen Möglichkeiten der Verbreitung von Erfahrungen, Kenntnissen und Informationen genutzt werden. So ist die Mitarbeit der kommunistischen Studentenorganisationen an der KVZ durch Korrespondenzen nach wie vor nicht ausreichend und muß verbessert werden. Zugleich muß die KVZ mehr als dies bisher geschehen ist, die Pläne der bürgerlichen Klasse und ihres Staates in bezug auf die Hochschulen beleuchten und enthüllen. Durch die Verbreitung von Kenntnissen darüber unterstützt die KVZ zugleich die Anleitung und Ausrichtung der örtlichen Arbeit.

Die Fraktionstätigkeit in den zentralen Vertretungskörperschaften der Studenten ist organisiert und entwickelt. Sie muß in Zukunft besser mit örtlichen Initiativen und der Arbeit in den Landesverbänden koordiniert werden. Hierfür ist eine engere Anleitung der Fraktion Voraussetzung. Zugleich hat die Fraktionsarbeit Bedeutung für die Arbeit aller örtlichen Verbände. Der erforderliche Informationsfluß und die entsprechende Anleitung müssen besser als bisher durch den Ständigen Ausschuß und den dafür Beauftragten gewährleistet werden.

14-tägig, jeweils Mittwoch erscheint die:

kommunistische volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW)

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW)

zu beziehen über:

Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus
und Klassenkampf, 68 Mannheim 1
Sandhoferstr. 29

Jahresabonnement:

24 Nummern incl. Porto DM 18.—

Förderabonnement

24 Nummern incl. Porto DM 20,—
Abonnementeinzellbestellungen auf Konto:
Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim
Kto. Nr. 57 34 18

Die Wehrpflicht für die Revolution nutzen!

18 JAHRE WEHRPFLICHT DER ARBEITERJUGEND IM WESTDEUTSCHEN MILITÄR

Am 7. Juli vor 18 Jahren, also 1956, verabschiedete der westdeutsche Bundestag das Wehrpflichtgesetz, wonach alle männlichen Bürger im Alter zwischen 18 und 45 Jahren verpflichtet sind, in der Armee der westdeutschen Bourgeoisie, der Bundeswehr, zu dienen. Nachdem sich die Restauration des Kapitalismus bis 1949 unter dem Schutz des US-Imperialismus vollzogen hatte und mit der Errichtung des bürgerlichen Staates in Westdeutschland abgeschlossen war, stellte sich die Frage nach dem wichtigsten Repressionsinstrument des bürgerlichen Staates, dem Militär.

Entgegen allen früheren Beteuerungen der US-Imperialisten und der westdeutschen Bourgeoisie trieben sie die Politik der Wiederaufrüstung systematisch voran, so daß Westdeutschlands Staat schon 1950 bereit war, in eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft einzutreten, deren Vertrag 1952 unterzeichnet wurde, 1953 vom Bundestag gebilligt, dann aber 1954 von der französischen Nationalversammlung nicht ratifiziert wird.

Diese vorübergehende Niederlage des westdeutschen Kapitalismus in Bezug auf die Wiederherstellung seines internationalen Ansehens wird aufgefangen mit dem Beitritt zur NATO im Jahre 1955. Am 10.10.1955 wurden die ersten freiwilligen Soldaten der Bundeswehr ernannt und am 7.7.1956 das Wehrpflichtgesetz verabschiedet. Schon am 6.3.1956 passierte das Soldatengesetz als Grundlage der Wehrverfassung der Bundeswehr den Bundestag.

Der antimilitaristische Kampf, den es zweifellos in den fünfziger Jahren gegeben hat, konnte diese Entwicklung nicht verhindern, weil er zu schwach, und in seiner Schwäche noch zersplittert war. Die KPD, durch revisionistische Abweichungen und antikommunistische Hetze seitens der Bourgeoisie stark geschwächt, konnte in den Kampf nicht führend eingreifen. Allerdings waren ihre Aktionen in diesem Kampf unmittelbarer Anlaß ihres Verbotes im Jahre 1956, das aber kaum noch Proteste auslöste. Die SPD-Führung, wohl aus taktischen, nie aber aus prinzipiellen Gründen gegen die Remilitarisierung, unterstützte den antimilitaristischen Kampf in keiner Phase, sondern verhalf — wie in den Jahren 1945-1948 — durch ihre antikommunistische Hetze der Bourgeoisie zum Sieg.

Die Ziele und Interessen, die die Bourgeoisie heute wie damals mit der Wehrpflicht verbindet, sind eindeutig. Einmal ist die Wehrpflichtsarmee mit ihrer äußerst geringen Besoldung wesentlich billiger als etwa eine Berufsarmee, ferner öffnet die Wehrpflicht ein großes Reservoir an Soldaten, und darüberhinaus kann die Bourgeoisie und ihre Militärs in der Armee einen konzentrierten Einfluß auf die Arbeiterjugend ausüben, um sie an die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu binden, d. h. die Armee kann die

Funktion einer "Schule der Nation" wahrnehmen. Mit welchen Mitteln dies im bürgerlichen Militär allgemein und in der Bundeswehr im speziellen geschieht, soll im Folgenden dargestellt werden.

Klassenwiderspruch und bürgerliche Armee

Der bürgerliche Staat, erwachsen aus dem grundlegenden Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft zwischen Kapital und Arbeit, hat die Aufgabe, als geschäftsführender Ausschuß der Bourgeoisie die Zuspitzung dieses Widerspruchs bis hin zur sozialistischen Revolution zu verhindern. Engels umschreibt diese Hauptaufgabe des bürgerlichen Staates folgendermaßen: "Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der 'Ordnung' halten soll, und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat." (zit. nach LW 25, S. 398)

Zur Erfüllung dieser Hauptaufgabe hat sich der bürgerliche Staat Organe geschaffen, die seinem Wesen als eine "besondere Repressionsgewalt" gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volke Ausdruck verleihen. Dieses sind im allgemeinen bewaffnete Formationen wie Polizei, Militär und andere paramilitärische Einrichtungen. In der gegenwärtigen historischen Phase der kapitalistischen Produktionsweise, dem Imperialismus, spitzen sich aber die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft allseitig zu, so daß es für den bürgerlichen Staat eine Existenznotwendigkeit wird, seinen Unterdrückungsapparat zu erweitern. "Sie (die öffentliche Gewalt) verstärkt sich aber in dem Maße, wie die Klassen-gegensätze innerhalb des Staates sich verschärfen ..." (Engels, zit. nach LW 25, S. 402).

Eine besondere, weil zentrale Rolle spielt das Militär als Repressionsorgan des imperialistischen Staates. Es hat eine zweifache politische Aufgabe. Einerseits soll die Einfluß- und Machtsphäre des einheimischen Kapitals im Kampf um die Aufteilung der Welt gegenüber den anderen imperialistischen Staaten erhalten bzw. erweitert werden. Andererseits dient es als Klassenkampfarmee zur Unterdrückung und Bekämpfung der revolutionären Arbeiterbewegung.

"Der Militarismus ist aber nicht nur Wehr und Waffe gegen den äußeren Feind, seiner hart eine zweite Aufgabe, die mit der schärferen Zuspitzung der Klassengegensätze und

mit dem Anwachsen des proletarischen Klassenbewußtseins immer näher in den Vordergrund rückt, die äußere Form des Militarismus und seinen inneren Charakter mehr und mehr bestimmend: die Aufgabe des Schutzes der herrschenden Gesellschaftsordnung, einer Stütze des Kapitalismus und aller Reaktion gegenüber dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse.“ (Liebknecht I, S. 276f)

Liebknecht bestimmt an anderer Stelle diese beiden Funktionen als inneren und äußeren Militarismus. Nun durchziehen die grundlegenden Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft auch das Militär: Die Bourgeoisie greift nicht selbst zu den Waffen, um ihre politische und ökonomische Macht zu verteidigen – dazu ist sie auch unfähig – sondern verpflichtet durch entsprechende Gesetze die Arbeiterklasse für sich, diese Aufgabe zu übernehmen. „Die Bourgeoisie kann ihre politische Herrschaft nicht erkämpfen, diese politische Herrschaft nicht in einer Verfassung und in Gesetzen ausdrücken, ohne gleichzeitig dem Proletariat Waffen in die Hand zu geben“ (MEW 16, S. 76). Die bewaffneten Formationen der Bourgeoisie haben also den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in sich eingeschlossen, indem Proletariat verpflichtet werden, für die politischen Ziele ihrer Klassenfeinde, der Kapitalisten, zu kämpfen. Für Wehrpflichtarmeen, gleich ob stehende Heere oder Milizen, ist dieser Widerspruch bestimmend, und: „Der kapitalistischen Entwicklungsstufe entspricht am besten das Heer der allgemeinen Wehrpflicht, das aber, obwohl ein Heer aus dem Volke, kein Heer des Volkes, sondern ein Heer gegen das Volk ist, oder mehr und mehr dazu umgearbeitet wird“ (Liebknecht I, S. 266). Um also überhaupt die bürgerliche Armee funktionstüchtig zu erhalten, muß dieser Widerspruch 'ausgesöhnt' werden, d. h. es muß seitens der Bourgeoisie versucht werden, den wehrpflichtigen Arbeiter gemäß den kapitalistischen Interessen zu erziehen. Hierzu stehen zwei grundsätzliche Mittel zur Verfügung: die ideologische Indoktrination und die Disziplinierung.

Das Militär setzt hiermit einen Prozeß fort, der im Kindergarten beginnt und sich in Schule, Betrieb und anderen gesellschaftlichen Institutionen fortsetzt, nämlich die Erziehung des Proletariats zu gefügigen Untertanen, die gegebenenfalls bereit sind, sich als Kanonenfutter für den Kapitalismus zu opfern. Die Erziehung und Disziplinierung der Arbeiterklasse durch das Militär ist eine wichtige Funktion des Militarismus, der insgesamt alle Herrschaftsverhältnisse umfaßt, die sich mittels des Militärs gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk in Form von Unterdrückung und Entrechtung durchsetzen.

„Der Militarismus ist das organisierte militärische System und die ihm dienenden geistigen Kräfte jedes Klassenstaates im Interesse der herrschenden Klasse“ (1. Bürositzung des EK der KJL, 1920, zit. nach Die Arbeit unter den Streitkräften der Bourgeoisie, ASG Braunschweig).

Militaristische Pädagogik in der Bundeswehr

Disziplinierung und ideologische Indoktrination – von Liebknecht unter dem Begriff 'Militärische Pädagogik' zusammengefaßt – machen auch heute noch die Mittel des westdeutschen Militarismus aus, um die westdeutsche Arbeiterklasse an die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihren Staat zu binden.

Bundeswehrgeneräle und bürgerliche Politiker reden allerdings von 'Innerer Führung' und meinen damit die ideologische Verbrämung der unterdrückenden Wehrverfassung der Bundeswehr. In diesem Zusammenhang wird von "un-

verzichtbaren Grundlagen" der inneren Führung gesprochen wie: Primat der Politik gegenüber der militärischen Führung, Integration der Streitkräfte in einen freiheitlichen Rechtsstaat, das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform, der rechtsstaatliche Schutz der Einzelpersonlichkeit auch im besonderen Abhängigkeitsverhältnis des Soldaten, die Achtung vor der Menschenwürde des Einzelnen auch unter dem notwendigen Prinzip von Befehl und Gehorsam, das Kriegsvölkerrecht als verbindlicher Bestandteil der militärischen Ordnung (vergl. ZDv 10/1: G. Schröder, Rede vom 5.5.1969 vor Angehörigen der Offizierschulen der Bundeswehr).

Tatsächlich ist die Innere Führung aber ein System gesetzlicher Bestimmungen, das zur Unterdrückung und Entrechtung der wehrpflichtigen Arbeiter dient, die Verhinderung von Klassenbewußtsein bewirken soll und auf diese Weise die 'innere Ordnung' der Bundeswehr und ihre ständige Funktionsfähigkeit gemäß ihres Auftrages als Klassenkampfarmee gewährleisten soll. Deutlicher als die Demagogie bürgerlicher Politiker in der Öffentlichkeit umschreibt die zentrale Dienstvorschrift 10/1 'Hilfen für die Innere Führung', die für den Gebrauch innerhalb der Bundeswehr vorgesehen ist, das Wesen der Inneren Führung: „Die Innere Führung dient der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr im Rahmen unserer rechtlichen Ordnung. Die Grundsätze der Inneren Führung sind daher im Grundgesetz, in den Wehrgesetzen, in Verordnungen, Erlassen und Dienstvorschriften verankert.“

Das Soldatengesetz – Gesetz zur Unterdrückung und Entrechtung

Der rechtliche Status des Soldaten ist im Soldatengesetz (SG) festgelegt und zeichnet sich dadurch aus, daß ihm wesentliche demokratische Rechte mit dem Hinweis auf die 'Erfordernisse des militärischen Dienstes' und seine 'gesetzlich begründeten Pflichten' vorenthalten werden. Der Pflichtenkatalog umfaßt im einzelnen die Pflicht

- zum treuen Dienen der BRD, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen (§ 7)
- zur Anerkennung der freiheitlich demokratischen Grundordnung, zum jederzeitigen Eintreten für sie durch das gesamte Verhalten (§ 8)
- zum Gehorsam (§ 11)
- zur Kameradschaft als wesentliche Grundlage des Zusammenhalts der Armee (§ 12)
- zur Verschwiegenheit über dienstlichen Angelegenheiten (§ 14)
- zur Wahrheit (§ 13)
- zur Zurückhaltung bei politischer Betätigung und der freien Meinungsäußerung; insbesondere darf der Soldat im Dienst nicht als Werber einer bestimmten politischen Richtung auftreten (§ 15)
- zur Disziplin, zu achtungswürdigem Verhalten außerhalb des Dienstes, zur Erhaltung seiner Gesundheit (§ 17)
- zur Kasernierung (§ 18)

Durch diese dem Soldaten auferlegten Pflichten ist der wehrpflichtige Arbeiter eingeschränkt in seinem Recht auf freie Meinungsäußerung und uneingeschränkter politischer Betätigung (§ 8, 12, 14, 15, 17), in seinem Recht auf Versammlungsfreiheit (§ 8, 15, 17, 7), in seinem Recht auf Freizügigkeit und Unverletzlichkeit der Wohnung (§ 11, 17, 18), seinem Recht auf körperliche Unversehrtheit (§ 17). Seinem Wesen nach ist das Soldatengesetz also ausgerichtet auf die Erfordernisse der bürgerlichen Armee, nämlich den Widerspruch zwischen den Interessen der

Die Wehrpflicht für die Revolution nutzen

wehrpflichtigen Arbeiter und dem Auftrag der Bundeswehr als Klassenkampfarmee mittels Unterdrückung und Entrechtung aufzulösen.

Politische Auseinandersetzungen über die westdeutsche Klassengesellschaft sollen aus ihrem wichtigsten Instrument herausgehalten werden. Dazu dienen nicht nur Pflichten, die explizit die politische Betätigung einschränken, sondern dazu dient insbesondere auch die Kasernierung und die damit untrennbar verbundene Dislozierung der Soldaten aus ihren Wohnheimaten. Relative Lösung sozialer Kontakte am Heimatort und Vereinzelung in der Kaserne sind typisch und machen die kontinuierliche politische Arbeit am Heimatort und am Standort fast unmöglich. Hinzu kommen Schwierigkeiten in der Organisation politischer Aktivitäten, sobald der Personenkreis den Kompanierahmen überschreitet. Ursachen sind Unterschiedlichkeiten in den Dienstplänen oder kurzfristige Dienstplanänderungen. Gerade unter diesen Gesichtspunkten zeigt das Verbot der politischen Betätigung im Dienst seinen entrechtenden und letztlich auch entpolitisierenden Charakter. Darüber hinaus bleibt die Verpflichtung der Soldaten auf die 'freiheitlich-demokratische Grundordnung' auch außerhalb des Dienstes bestehen, wodurch eine legale politische Betätigung allenfalls in bürgerlichen Parteien möglich ist.

Daß sich politische Entrechtung und die Verhinderung von politischen Aktivitäten nur gegen die Arbeiterklasse und die Vertreter ihrer Klasseninteressen richtet, ist eindeutig, denn wer – außer der Bourgeoisie und ihre Polit-Ideologen – müßte die Politisierung der Arbeiterklasse in der Armee fürchten? Niemand. Nur bürgerliche Parteien und ihre kapitalkräftigen Hintermänner profitieren aus der Vernebelung des Bewußtseins der Arbeiter und ihrer totalen Entpolitisierung. Doch nicht nur die Entrechtung dient dazu, die wehrpflichtigen Arbeiter zu willfährigen Untertanen zu machen, sondern darüber hinaus die Verpflichtung und Erziehung zu bestimmten Verhaltensweisen wie Gehorsam, Disziplin und Kameradschaft.

Militaristische Hierarchie

In der 'Verordnung über die Regelung des militärischen Vorgesetztenverhältnisses' ist die hierarchische Struktur der Bundeswehr festgelegt:

„In den Kompanien und in den entsprechenden Einheiten ... steht die Befugnis, im Dienst Befehle zu erteilen, zu 1. den Offizieren gegenüber allen Unteroffizieren und Mannschaften, 2. den Unteroffizieren vom Feldwebel an aufwärts gegenüber allen Stabsunteroffizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, 3. den Stabsunteroffizieren und den Unteroffizieren gegenüber allen Mannschaften.“

Um diese Hierarchie aufrechterhalten zu können, sind unbedingter Gehorsam und Disziplin unentbehrliche Verhaltensweisen im Dienstbetrieb der bürgerlichen Armee. „Gehorsam ist unerlässlich. Er bindet die Soldaten aller Dienstgrade und gewährleistet sowohl die Durchsetzung des Willens der politischen Führung als auch die Kampfkraft des Bundeswehr.“ (ZDv 10/1)

Eine weitergehende und umfassendere Verhaltensweise als der Gehorsam, ihn ergänzend in der Aufrechterhaltung der Militärhierarchie, ist die Disziplin: „Die gewissenhafte Erfüllung aller Pflichten und der militärischen Auftrag jeweils gestellten Forderungen heißt Disziplin. ... Disziplin festigt das Vertrauen der Gesellschaft in die Bundeswehr. Disziplin umfaßt Geist, Haltung und Form.“ (ZDv 10/1) Diese militärische Hierarchie ist die Organisationsform, die jenseits jeglicher Freiheit und Selbständigkeit eine optima-

le Kontrolle und vollständige Unterordnung der Untergebenen, d. h. der wehrpflichtigen Arbeiter, gewährleistet und die Funktionstüchtigkeit der Armee sichern soll. Über das Ziel und die Notwendigkeit der hierarchischen Organisation der Bundeswehr gibt es keine Diskussion. Diskutiert werden nur die Mittel, die die Einordnung der Wehrpflichtigen in dieses System bewirken sollen, d. h. diskutiert wird der Führungsstil. Der offizielle Führungsstil, umrissen in der ZDv 10/1, beinhaltet Diskussion und Kooperation zwischen Vorgesetzten und Untergebenen als Mittel, die Sinnhaftigkeit von Befehlen darzustellen, ohne natürlich die Hierarchie und das Vorgesetztenverhältnis auch nur im geringsten anzutasten. Gerade diese scheinbare Kooperation und damit verbunden die Delegation von Aufgaben und Verantwortung soll die Mannschaften über ihre Unterdrückung und Entrechtung hinwegtäuschen und sie an die Verhältnisse in der Bundeswehr gewöhnen. Gleichzeitig will man sich auf diesem Wege die Kenntnisse der Arbeiter aus ihren Zivilberufen für den Dienstbetrieb so weit wie möglich nutzbar machen. Doch die wehrpflichtigen Arbeiter sind sich ihrer Lage mehr oder weniger bewußt und reagieren mit Interesselosigkeit auf das Kriegshandwerk der Bourgeoisie, wodurch auch Kooperation und Diskussion als Führungsstil sich schnell als untauglich erweisen, die Arbeiterklasse für die Interessen der Bourgeoisie einzuspannen.

Erziehung zum Gehorsam

Bestimmte Dienste, wie Formalausbildung und der Innendienst, die nicht unmittelbar der Erlernung des Kriegshandwerks dienen, sondern im weitesten Sinne die Formen festlegen, in denen das Kriegshandwerk in der bürgerlichen Armee gelehrt wird, sind besonders geeignet, den Soldaten zu Disziplin und Gehorsam zu erziehen.

Die Formalausbildung, wie sie in der ZDv 3/2 festgelegt ist, anerzieht dem Soldaten bestimmte Verhaltensweisen, wie Marsch-, Antrete-, Sitz-, Steh-, Rede- und Grußformen, die insgesamt dazu dienen, selbst den Bereich der Körperbewegungen der militärischen Befehlsgewalt zu unterwerfen. Die Soldaten sind somit in ihrer Gänze der Kontrolle ausgesetzt. Ständige Kritik, Anschreierei und Bestrafungen läßt sie schnell das normengerechte Verhalten als das kleinere Übel empfinden und auf diese Weise Gehorsam lernen. Hiermit wird der letzte Funke Freizügigkeit aufgehoben und die persönliche Sphäre der Disziplinierung und Erziehung zum Gehorsam gewaltsam geöffnet. Entsprechend wird in 'Wehrausbildung in Wort und Bild 4/1969' festgestellt:

„Damit sind die der Formalausbildung innewohnenden – disziplin- und ordnungsfördernden Faktoren; – den moralischen Wert der Truppe stärkenden Elemente; – der Festigung (unumgänglicher) Amtsautorität dienenden Eigenheiten in ihrer Gesamtheit Erziehungshilfen, die Haltung und Verhalten gegenüber sich selbst und anderen mitgestalten und unübersehbar auch heute einen mittelbaren Gefechtszweck verfolgen.“

In dem gleichen Artikel dieser Zeitschrift wird hervorgehoben, daß Formalausbildung zwar keinerlei direkten Kampfwert mehr hat, daß sie ferner auch die Funktion eines Zuchtmittels verloren hat, sondern sie nur der Erziehung dient. In der Armee der Bourgeoisie, und das gilt auch für die Bundeswehr, läßt sich aber zwischen Zucht und Erziehung kein Unterschied feststellen.

In der gleichen Richtung wie Formalausbildung wirkt auch der Innendienst, der in der ZDv 10/5 festgelegt ist. Er um-

faßt Grundlagen, die "das Zusammenleben in militärischen Unterkünften" regeln. Wenngleich die ZDV 10/5 gegenwärtig im Bundesverteidigungsministerium überarbeitet werden soll, sind keine wesentlichen Änderungen zu erwarten. Der Innendienst wird bleiben, was er auch jetzt ist, ein System von Ordnungsvorschriften, das sich scheinbar zweckrational aus dem Zusammenleben, d. h. der Kasernierung der Soldaten, ergibt. Tatsächlich wird aber mittels des Innendienstes auch die Zeit außerhalb des regulären Dienstes dem militärischen Reglement unterworfen und somit eine feste und meistens erfolgreiche Stütze in der Erziehung zum Gehorsam. Erfolgreich deshalb, weil jeder Soldat sich bemüht, zumindest diese Zeit frei von militärischen Pflichten zu halten. Im einzelnen regelt der Innendienst die Ansetzung von Sonderdiensten (der Soldat kann jederzeit zum Dienst herangezogen werden. ZDV 10/5, Pkt. 33), die Einhaltung der festgesetzten Zeiten für Frühstück, Mittag- und Abendessen, den Zapfenstreich, die Ausgangsregelung mit Ab- und Anmeldung beim Verlassen bzw. Wiederbetreten des Kompaniegebäudes beim Unteroffizier vom Dienst, die Einteilung von Reinigungsdiensten der Stube und Reviere (morgens, mittags, abends), die Einteilung eines Stubenältesten, der für Ordnung, Sauberkeit und Pünktlichkeit auf der Stube zu sorgen hat und damit den verlängerten Arm der Vorgesetzten darstellt, die Ordnung im Spind des Soldaten. Für die Spindordnung gibt es besondere Befehle, die das Stapeln und Hängen der Kleidung genauestens regeln.

Für die Einhaltung dieser Regelungen sorgen zahlreiche Apelle (Stuben-, Spind-, Revier-, Schuh-, Kampfausrüstungs-, Haar- und Bekleidungsappell usw.). Und genügen die angesprochenen Gegenstände den Vorstellungen der Vorgesetzten nicht, dann sind Nachappelle in der Freizeit, also nach Dienstschluß oder am Wochenende, die Konsequenz. Die Vorstellungen der Vorgesetzten ändern sich aber nach Lust und Laune, was auf Seiten der Soldaten eine erhebliche Unsicherheit in Bezug auf die korrekte Ausführung des Dienstes zur Folge hat. Diese ständige Unsicherheit wiederum bewirkt immer ausgefallene Formen der Dienstauführung, um den Ansprüchen der Vorgesetzten zu entsprechen und sich seine Freizeit zu sichern. Eine wirksame Methode, den totalen Gehorsam zu produzieren. Gerade die Erhaltung seiner Freizeit ist ein berechtigtes Grundanliegen des Soldaten; deshalb fügt er sich weitgehend den Zwängen, wenn er sich im Grunde auch über den Sinn des Innendienstes als gehorsamerzwingendes Instrument des Militarismus im klaren ist.

Ideologische Indoktrination

Das Interesse an der Bundeswehr kann auch durch den gesetzlich zugesicherten staatsbürgerlichen Unterricht kaum gefördert werden (SG § 33). Für diesen Unterricht sind mindestens 60 Stunden während der 15 Monate Grundwehrdienst abzuziehen (ZDV 12/1: Politische Bildung in der Bundeswehr).

Er ist geprägt von antikommunistischer Hetze und der Hervorhebung der "Freiheiten" innerhalb der westdeutschen Klassengesellschaft. Entsprechend sind die Ziele formuliert: Der Unterricht soll u. a.:

- zur Bejahung der Grundwerte der freiheitlichen Demokratie führen
- das Wesen demokratischer Spielregeln bewußt machen
- die Schutz- und Verteidigungswürdigkeit der staatlichen Grundordnung verdeutlichen (ZDV 12/1)

Dieser Unterricht ist seinem Wesen nach politische Indoktrination, denn aufgrund des § 15 SG und der Ministerwei-

sung vom 28.9.1971, die die Diskussion des Gehorsams gegenüber dem Grundgesetz, allen Gesetzen und Befehlen, die auf dieser Grundlage gegeben wurden, verbietet, ist eine Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der BRD unmöglich. Darüberhinaus wird er nicht selten von völlig unqualifizierten Kräften gegeben, sodaß nicht einmal den Anforderungen der ZDV 12/1 entsprochen werden kann. Mittels dieses Unterrichtes soll der Dienst in der Armee der westdeutschen Bourgeoisie als politisch sinnvoll und notwendig erscheinen: "Politische Bildung orientiert sich an den Normen des Grundgesetzes und den Regeln des Völkerrechts. Sie vermittelt Kenntnisse von innen- und außenpolitischen Zusammenhängen und macht dem Soldaten Sinn und Notwendigkeit seines Dienstes verständlich." (ZDV 10/1, S. 24) Hiermit setzt die Bundeswehr die politische Erziehung anderer Erziehungsinstitutionen fort, und zwar unter den Bedingungen totaler Entrechtung. Erklärtes Ziel der politischen Bildung auch in der Bundeswehr bleibt die Verhinderung von Klassenbewußtsein, die Verhinderung von Einsichten in die Zusammenhänge der westdeutschen Klassengesellschaft durch bürgerliche Ideologie und Hetze.

Militärische Disziplinar- und Strafmaßnahmen

Erziehung zum Gehorsam mit den dargestellten Mitteln und politische Indoktrination reichen aber nicht aus bzw. sind untaugliche Mittel, die wehrpflichtige Arbeiterjugend für den Dienst in der Bundeswehr zu begeistern. Deshalb gewinnen Strafmaßnahmen oder ihre Androhung, die offiziell als Erziehungsmittel ausgegeben werden, wie nämlich erzieherische Maßnahmen, Disziplinarmaßnahmen oder Wehrstrafen in der Aufrechterhaltung des täglichen Dienstes an ausschlaggebender Bedeutung.

a. Der Erlaß Erzieherische Maßnahmen (EEM)

Dieser Erlaß aus dem Jahre 1970 gibt für erzieherische Maßnahmen folgende Zielsetzung an: "Erzieherische Maßnahmen sind wirksame Hilfen des Vorgesetzten in der täglichen Erziehung und Ausbildung: — Gutwillige sollen bestärkt, — Gleichgültige angeporrt, — Unwillige auf den rechten Weg geführt und dadurch Leistungen und Manneszucht gefördert werden" (VMBI 1970, S. 242).

Der Vorteil der erzieherischen Maßnahmen gegenüber disziplinarischen Maßnahmen, so hebt das Blatt hervor, liegt in der schnelleren und unkomplizierteren Anwendungsweise. Der 'rechte Weg', auf den die Soldaten gebracht werden sollen, ist eindeutig: Sie sollen gehorsame, sich unterordnende, ihre Funktion erfüllende Soldaten werden.

Hierzu gibt es innerhalb des Erlasses Abstufungen in der Schärfe der Maßnahmen, ohne daß Ausführungen über das Verhältnis von Schärfe der Maßnahmen und 'Schwere' des zu bestrafenden Vergehens des Soldaten gemacht werden, so daß hier der Willkür freier Raum gegeben ist. Die Maßnahmen sind unterschieden nach allgemeinen erzieherischen Maßnahmen, die von jedem Vorgesetzten gegenüber seinen Untergebenen verhängt werden können, zusätzliche erzieherische Maßnahmen, die vom Kompaniechef (Spieß) gegenüber allen Unteroffizieren und Mannschaften und von Zugführern gegenüber den Mannschaften verhängt werden können, und besondere erzieherische Maßnahmen, die nur vom Disziplinarvorgesetzten, d. h. vom Kompaniechef verhängt werden können.

Die Arten der Maßnahmen reichen von Ermahnungen, sofortiges Abstellen eines Mangels während des Dienstes, Meldung an den nächst höheren Vorgesetzten (allgemeine

erzieherische Maßnahme) über Bewegungsübungen, zusätzliche schriftliche Ausführungen, Wiederholungsdienste, die eine Dienstverlängerung von 1 Stunde einschließen können (zusätzliche erzieherische Maßnahmen) bis Zusatzdienste durch Abänderung des Dienstplanes oder Verlängerung des Dienstes, Versagen von Nacht- und Wochenendausgang und Ablösung von der bisherigen Verwendung (besondere erzieherische Maßnahmen). Neben den aufgeführten Maßnahmen, die 'Unwillige' auf den rechten Weg führen sollen, sieht der Erlaß auch Maßnahmen vor, die 'Gutwillige' bestätigen sollen, so u. a. Loben vor der Front, Dienstauftrag, Übertragung von Aufgaben mit erhöhter Verantwortung, vorzeitige Beendigung des Dienstes, Dienstbefreiung oder Förderung durch Sonderausbildung. Das Anliegen des Erlasses ist überaus deutlich und bestätigt sich in der täglichen Truppenpraxis: Durch die in ihm aufgeführten Maßnahmen zur Behebung von Mängeln soll die Disziplin, der Gehorsam in der Truppe gefördert, die Unwilligkeit der Soldaten gebrochen werden. Das Abstellen wirklicher Mängel in der Ausbildung spielt nur eine untergeordnete Rolle und ist durch die aufgeführten Maßnahmen auch kaum möglich. Tatsächlich reicht oft schon die Androhung, oder genauer die Erpressung durch Androhung erzieherischer Maßnahmen, um die Unwilligkeit der Soldaten vorübergehend zu brechen, aber mit dem Erfolg, daß sie an anderer Stelle und zur anderen Zeit wieder auftritt. Weitere Bedeutungen erlangen diese Maßnahmen, sofern sie als kollektive Strafen gehandhabt werden, was der Erlaß in einzelnen Fällen vorsieht (z. B. bei der Formalausbildung). In diesen Fällen sind sie geeignete Mittel, solidarisches Handeln unter den Mannschaften zu verhindern, indem sich der Befehl des Vorgesetzten umsetzt in Repressionen des Kollektivs gegenüber dem Einzelnen. Solidarität zu verhindern durch Herauslösung aus der Gemeinschaft ist auch wesentliches Anliegen der 'lobenden Maßnahmen', sofern sie überhaupt verhängt werden.

b. Die Wehrdisziplinarordnung

Reichen erzieherische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung nicht aus und liegen Dienstvergehen vor, d. h. Verstöße gegen die im Soldatengesetz aufgeführten Pflichten des Soldaten, dann wird zu disziplinarischen Maßnahmen gegriffen, wie sie die Wehrdisziplinarordnung (WDO) vorsieht (hier können nur die wichtigsten Punkte der WDO genannt werden, da es sich insgesamt um ein relativ umfassendes Gesetz handelt). Sie werden unterschieden nach einfachen Disziplinarmaßnahmen, die von Disziplinarvorgesetzten verhängt werden können (der unterste Disziplinarvorgesetzte ist der Kompaniechef, entsprechend der militaristischen Hierarchie folgen Bataillonskommandeur, Brigadekommandeur usw. bis hin zum Verteidigungsminister, § 24) und gerichtlichen Disziplinarmaßnahmen, die von Wehrdienstgerichten verhängt werden (§ 7).

Einfache Disziplinarmaßnahmen, die in erster Linie zur Disziplinierung der Mannschaften eingesetzt werden (deshalb stehen sie hier im Mittelpunkt), unterscheiden sich wiederum nach Verweis, strengem Verweis, Disziplinarbuße, Ausgangsbeschränkung, verschärfte Ausgangsbeschränkung und Disziplinararrest (§ 18-21).

Verweis und strenger Verweis in Form des Tadelns bzw. des Tadelns vor der Front sind Maßnahmen, mit denen man sich gar nicht abgibt, da sie erfahrungsgemäß keine Wirkung hinterlassen. Disziplinarbuße, verschärfte Ausgangsbeschränkung und Disziplinararrest sind deshalb die Maßnahmen, die vorrangig Anwendung finden, und sie treffen den Wehrpflich-

tigen am empfindlichsten.

Die Disziplinarbuße, eine Geldstrafe, die den monatlichen Wehrosold nicht übersteigen darf, ist insofern wirkungsvoll, als der Wehrosold ohnehin nicht ausreicht, auch nur die notwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen (unterster Dienstgrad 5,50 DM, Gefreiter 7,00 DM täglich) und somit die Wehrpflichtigen in ständiger finanzieller Abhängigkeit z. B. von seinen Eltern hält, oder er zum Schuldenmachen gezwungen ist.

Ausgangssperre und verschärfte Ausgangssperre bestehen im Verbot des Verlassens der dienstlichen Unterkunft und des Betretens von Gemeinschaftsräumen (Kantinen usw.) und des Empfangens von Besuch. Sie dauert mindestens 1 Tag und höchstens 3 Wochen. Ausgangssperre ist also eine feinere Art des Freiheitsentzuges und trifft den Soldaten in seinem Recht und Bedürfnis auf freie Verfügung über seine Freizeit. Die schärfere Form des Freiheitsentzuges — der Disziplinararrest — ist in seinem Wesen identisch mit dem zivilen Gefängnis. Wie die Ausgangssperre kann der Arrest höchstens 3 Wochen dauern.

Nach der Bundeswehrvollzugsordnung aus dem Jahre 1972 nimmt der Soldat am Dienst teil und hält sich außerhalb des Dienstes in seiner Zelle auf. Der Soldat kann nach Maßgabe der militärischen Sicherheit und Ordnung persönliche Sachen und Bücher mit in seine Zelle nehmen, die ständig durchsucht werden können. Oft sieht es so aus, daß er in den ersten drei Tagen nur die Bibel zu lesen bekommt. Sein Schriftverkehr wird nicht überwacht. Ferner hat er das Recht auf einen täglichen Aufenthalt im Freien von einer Stunde und einem sonntäglichen Kirchgang. In Bezug auf den Disziplinararrest ist die WDO in den letzten Jahren in entscheidenden Punkten geändert worden.

Seit 1972 kann der unmittelbare Disziplinarvorgesetzte (Kompaniechef) Arrest bis zu 7 Tagen verhängen (bis 1972 war nur der Bataillonskommandeur zur Verhängung von Arreststrafen befugt) und er ist zur sofortigen Vollstreckung befugt bei zur Entlassung anstehenden Soldaten und in Fällen, die die militärische Ordnung gefährden (in der Regel sollte mindestens eine Nacht zwischen Dienstvergehen und Strafvollstreckung liegen). Diese Gesetzesänderung ist eine Reaktion auf den zunehmenden Verfall der Disziplin in der Armee der Bourgeoisie. Dieser wird sowohl von den Weißbüchern des Verteidigungsministeriums als auch vom Wehrbeauftragten beklagt. 1971 wurden 99 520 Disziplinarmaßnahmen gegen 68 694 Soldaten, 1972 107 532 Maßnahmen gegen 72 463 Soldaten ausgesprochen. Das häufigste Dienstvergehen ist die eigenmächtige Abwesenheit. Es stieg von 2 705 im Jahre 1968 auf 7 767 im Jahre 1972 (Angaben nach Weißbuch 1973/74). In der Verhängung der einfachen Disziplinarstrafen ist der Disziplinarvorgesetzte völlig autonom und allein verantwortlich. Seine Entscheidungen können nur im Falle einer Unrechtmäßigkeit aufgehoben werden.

Gerichtliche Disziplinarmaßnahmen werden von sog. Truppendienstgerichten verhängt, und zwar in erster Linie gegen längerdienende Soldaten und Berufssoldaten. Dementsprechend sieht der Strafkatalog vor: Gehaltskürzung, Beförderungsverbot, Dienstgradherabsetzung, Entfernung aus dem Dienstverhältnis und Kürzung des Ruhegehalts. Auch quantitativ spielen sie keine große Rolle. 1971 wurden 580 verhängt und 1972 508 (Angaben nach Weißbuch 1973/74).

Das Truppendienstgericht ist insofern interessant, als es die oberste Beschwerdeinstanz für Soldaten ist, und Beschwerden über Disziplinararrest grundsätzlich an das Truppendienstgericht zu richten sind. Das Truppendienstgericht be-

steht aus zivilen Berufsrichtern und ehrenamtlichen Richtern. Die letzteren sind Soldaten und werden von den Kommandeuren derjenigen Truppenteile benannt, für die das Truppendienstgericht zuständig ist. Machen schon die geltenden volksfeindlichen Gesetze es schlechthin unmöglich, daß die wehrpflichtigen Arbeiter ihre legitimen Rechte bekommen, so wird es vollends unmöglich durch die Zusammensetzung dieser Gerichte, in die natürlich von den Kommandeuren nur äußerst zuverlässige, militaristische Interessen vertretende Soldaten gewählt werden. Daß eine solche Instanz auch noch als Beschwerdeinstanz für Soldaten ausgegeben wird, die den Wehrpflichtigen helfen soll, ihre Interessen durchzusetzen, ist pure Volksverdummung über den Charakter der Wehrgesetze und der personellen Zusammensetzung von ihr geschaffener Institutionen.

c. Das Wehrstrafgesetz (WStG)

Da die westdeutsche Armee über keine eigene Gerichtsbarkeit verfügt, werden Wehrstraftaten nach Wehrstrafgesetz von zivilen Gerichten verfolgt und abgeurteilt. Unter Wehrstraftaten sind Dienstvergehen zu verstehen, die eine Straftat nach dem Strafgesetzbuch oder Wehrstrafgesetz sind. Ferner werden Fälle von Dienstvergehen an die Staatsanwaltschaft abgegeben, wenn es die militärische Ordnung oder die Schwere des Unrechts oder der Schuld gebietet (§ 29 WDO).

Nach dem Erlaß 'Abgabe an die Staatsanwaltschaft' (Beilage zu VMBI 1962) sollen neben Straftaten nach dem StGB wie Mord, Totschlag, Körperverletzung usw. u. a. abgegeben werden: Eigenmächtige Abwesenheit im Wiederholungsfall (WStG § 15), Fahnenflucht (§ 16), Rädelführerschaft und Anstiftung zur Meuterei (§ 27), Ungehorsam, Gehorsamsverweigerung (§ 19, 20), Wachverfehlung mit schwerwiegenden Folgen (§ 44), Hochverrat (§§ 81-83 StGB), Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates (§ 84-90 b StGB), Nötigung eines Verfassungsorgans, des Bundespräsidenten oder von Mitgliedern eines Verfassungsorgans (§§ 105, 106 StGB).

Diese aufgeführten Straftaten sind – sofern sie vorkommen – Ausdruck des objektiven Widerspruchs zwischen den Interessen der Bourgeoisie und ihren Militärs auf Unterdrückung und Entrechtung der Wehrpflichtigen und die Wahrnehmung demokratischer Rechte durch die wehrpflichtigen Arbeiter. Das WStG ist der konsequenteste Ausdruck der gewaltsamen Verpflichtung der Wehrpflichtigen auf die im Soldatengesetz festgelegten und die bürgerliche Armee zusammenhaltenden Pflichten. In der eigenmächtigen Abwesenheit und der Fahnenflucht drückt sich nur der berechtigte Protest gegen Kasernierung und die Wahrnehmung des Rechts auf Freizügigkeit aus, Meuterei ist nichts anderes als der diskriminierende Ausdruck für die kollektive Wahrnehmung eigener Interessen, Ungehorsam und Gehorsamsverweigerung ist der berechtigte Versuch, sich der entwürdigenden Militärhierarchie zu entziehen.

Entsprechend der politischen Bedeutung der angesprochenen Taten fallen auch die Strafen aus. Sie liegen in der Regel zwischen 3 Wochen und 5 Jahren Freiheitsentzug oder werden in Form des Strafarrests verhängt. Strafarrst ist Freiheitsentzug, der von Bundeswehrbehörden vollzogen wird und 6 Monate nicht übersteigen darf.

Wehrbeschwerdeordnung und Vertrauensmann

Um den demokratischen Charakter der Wehrverfassung herauszustellen, wird häufig auf zwei Punkte hingewiesen, einmal auf die Wehrbeschwerdeordnung (WBO) und zum

anderen auf die gesetzliche Verankerung der Stellung des Vertrauensmannes der Mannschaften.

Die Wehrbeschwerdeordnung soll gewährleisten, daß sich der Soldat beschweren kann, "wenn er glaubt, von Vorgesetzten oder von Dienststellen der Bundeswehr unrichtig behandelt oder durch pflichtwidriges Verhalten von Kameraden verletzt zu sein" (WBO § 1). Beschwerden dürfen erst nach Ablauf einer Nacht, müssen aber binnen zweier Wochen beim Disziplinarvorgesetzten eingelegt werden (§ 6). Wird die Beschwerde abgelehnt, kann sie bis hin zum Truppendienstgericht weitergereicht werden (§ 17). Für Beschwerden über Maßnahmen des Verteidigungsministers sind besondere Senate des Bundesverwaltungsgerichts zuständig (§ 21). Beschwerden dürfen nur von einzelnen Soldaten abgegeben werden, niemals gemeinschaftlich (§ 1). Kollektive Beschwerden erfüllen bereits den Tatbestand der Meuterei. Der § 2 untersagt die Benachteiligung von Beschwerdeführern, deren Beschwerde abgewiesen worden ist. Alternativ zur Beschwerde sieht § 4 die Aussprache zwischen Beschwerdeführer und dem Betroffenen vor, um auf diesem Wege den Konflikt beizulegen.

Mittels der WBO soll verhindert werden, daß Vorgesetzte in ihren Unterdrückungsmethoden noch hinter die gesetzlich garantierten zurückfallen. Diese Aufgabe kann die WBO aber nur in krassen Ausnahmefällen erfüllen, denn nur sehr wenige Soldaten kennen sich in den komplizierten Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften derart aus, daß sie jeden Vorfall eindeutig als gesetzwidrige Repression oder ungesetzliche Repression einordnen könnten.

Wenngleich der § 1 der WBO ausdrücklich sagt, daß der Glaube an die Unrichtigkeit der Behandlung durch Vorgesetzte zur Beschwerde ausreicht, so verhindert gerade die aus der mangelnden Information resultierende Unsicherheit die Wahrnehmung des Beschwerderechts. Hinzu kommen aber weitere Momente, die das Beschwerderecht zur Sinnlosigkeit verurteilen und es dazu machen, was es faktisch ist, ein scheinbar demokratischer Deckmantel undemokratischer Verhältnisse. Ist die Benachteiligung von Beschwerdeführern verboten, so zielt dieses Verbot wieder auf Maßnahmen, die außerhalb der gesetzlichen Bestimmungen der Wehrverfassung liegen. Zur zusätzlichen Unterdrückung und damit Benachteiligung aufgrund geschriebener Beschwerden reicht aber die korrekte und penible Wahrnehmung der gesetzlich vorgesehenen Rechte der Vorgesetzten gegenüber den Mannschaften aus, z. B. durch Verhängung erzieherischer Maßnahmen beim Auftreten kleinster Mängel, wie z. B. Nachappelle in der Freizeit, Bewegungsbegrenzen bei der Kampfausbildung, Einteilung zu Sonderdiensten usw. Der Vorgesetzte hat jedenfalls genügend legale Möglichkeiten, sich für die gemachte Beschwerde zu rächen und weitere zu verhindern.

Darüberhinaus ist der Gehorsam gegenüber Vorgesetzten bis auf Situationen, wo die Befehlsausführung ein Verbrechen oder Vergehen nach dem StGB bedeutet, absolut bindend, so daß Beschwerden erst nach der Ausführung des Befehls eingelegt werden können. Ist der Befehl aber erst einmal ausgeführt, erscheint vielen Soldaten eine Beschwerde zu Recht als sinnlos.

Ferner ist die Auslegung der Situationen, die den Soldaten dazu bringen, eine Beschwerde zu schreiben, seitens des Disziplinarvorgesetzten nur selten die gleiche wie die des Beschwerdeführers, so daß viele Beschwerden in den Papierkorb wandern oder nur eine förmliche Belehrung zur Folge haben. Ausnahmen bilden hier vielleicht Fälle, die insgesamt das Ansehen der Bundeswehr schädigen, wie

z. B. körperliche Schikane. In diesem Zusammenhang wird von den Mannschaften vollkommen richtig die Kollegialität, Interessensgleichheit und der Zusammenhalt des Offiziers- und Unteroffizierskorps als Handlanger des Kapitals gegenüber den Mannschaften höher eingeschätzt als seine Einsicht in die Rechtmäßigkeit einer Beschwerde. Die Tatsache, daß kollektive Beschwerden verboten sind, zeigt noch einmal deutlich, daß man mit allen Mitteln eine solidarische Interessensvertretung der Mannschaften verhindern will. Insgesamt reiht sich die WBO bruchlos in die antidemokratische Wehrverfassung ein und hat vor allem die Funktion, ein Bewußtsein von der vor sich gehenden Unterdrückung zu verhindern.

Diese Aufgabe hat neben der WBO auch die Existenz des Vertrauensmannes, der einmal jährlich von den Mannschaften gewählt wird. Seine Aufgabe beschreibt das Soldatengesetz folgendermaßen: "Der Vertrauensmann soll zur verantwortungsvollen Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Untergebenen sowie zur Erhaltung des kameradschaftlichen Vertrauens innerhalb des Bereichs, für den er gewählt ist, beitragen. Er ist mit seinen Vorschlägen in Fragen des inneren Dienstbetriebs, der Fürsorge, der Berufsförderung und des außerdienstlichen Gemeinschaftslebens zu hören" (SG § 35.2).

Von Interessensvertretung durch den Vertrauensmann kann also keine Rede sein. Zu den Bereichen, zu denen er sich überhaupt äußern kann, hat er grundsätzlich nur Vorschlagsrecht. Über die Verwirklichung der Vorschläge entscheidet allein der Kompaniechef. Er soll vielmehr dafür sorgen, daß die Mannschaften für die Disziplin der Truppe und für die Erfüllung ihres täglichen Dienstes geeignete Verhaltensweisen an den Tag legen und die Reibereien mit den Vorgesetzten auf ein Minimum reduziert werden. Damit aber ist er der verlängerte Arm der Vorgesetzten in den Mannschaften. Durch die besondere Verpflichtung auf die Regeln der Wehrverfassung und die Eingrenzung seines Aufgabenbereiches ist eine umfassende Wahrnehmung demokratischer Rechte der Mannschaften unmöglich.

Die Stellung der Kommunisten zur allgemeinen Wehrpflicht

Durch die Tatsache, daß die Wehrpflicht in der bürgerlichen Gesellschaft Instrument zur Erziehung der Arbeiterklasse zu Untertanen ist, dürfen sich die Kommunisten nicht zum falschen Weg in der Auseinandersetzung mit dem Militarismus entschließen. Sie dürfen weder pazifistischen Illusionen huldigen und die Kriegsdienstverweigerung predigen, noch den Weg 'Weniger Geld für die Rüstung, mehr Geld für Bildung usw.' oder gar für eine Berufsarmee eintreten. Denn all diese Standpunkte gehen von falschen Einschätzungen des bürgerlichen Militarismus, seiner Funktion und Bedeutung gegenüber der Arbeiterklasse in Westdeutschland aus.

Die Kommunisten müssen unter allen Umständen für die allgemeine Wehrpflicht und ihre völlige Realisierung eintreten; denn sie gewährleistet es, daß die Arbeiterklasse im Umgang mit Waffen geschult wird und damit die notwendige Fähigkeit erhält, sich durch die sozialistische Revolution aus den Zwängen, der Unterdrückung und Entrechtung durch den Kapitalismus zu befreien.

"Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffenkenntnisse zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden." (Lenin Bd. 23, S. 75)

Daß die Arbeiterklasse gezwungen sein wird, zu ihrer Befreiung und zur Erringung der politischen Macht Waffengewalt gegenüber der Bourgeoisie und ihren Waffenknechten anzuwenden, ist eine gesicherte Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus und hat die Geschichte bereits mehrfach bestätigt.

"Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen." (Programm des KBW)

Und Lenin schreibt zu dieser Aussage: "Alle großen Revolutionen bestätigen das. Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen, hieße in äußersten Opportunismus verfallen und auf die sozialistische Revolution verzichten." (Lenin Bd. 23, S. 74)

Erst mit dem Sieg der sozialistischen Revolution, die den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat beseitigt, wird auch der Militarismus, Unterdrückung, Entrechtung und Mißhandlung in der Armee der Bourgeoisie aufhören und schließlich auch die Grundlage des Krieges mit seiner unmenschlichen Barbarei verschwinden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Bewaffnung der Arbeiterklasse unbedingt notwendig und der Weg der Erhaltung der Wehrpflicht der prinzipiell richtige. Noch aber ist die Arbeiter- und Schuljugend beherrscht vom pazifistischen Geistes einiger Ideologen und den falschen Abrüstungsparolen des modernen Revisionismus, die faktisch auch die Entwaffnung der Arbeiterklasse bedeuten.

Die unterschwelligen und offenen Rebellionen der Soldaten, ihre Abneigung und Haß gegen die Unterdrückung in der bürgerlichen Armee müssen auf den Weg des Kampfes um demokratische Rechte gebracht werden; denn die Verwirklichung umfassender demokratischer Rechte, die dem Wesen der bürgerlichen Klassenkampfarmee zutiefst widersprechen, macht sie zunehmend als Instrument der Bourgeoisie untauglich. Dieser Kampf muß geleitet werden von den Forderungen:

Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl der Offiziere; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe des bisherigen Lohnes erhalten.

Ab Abschaffung aller Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen, welche die Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung, die Meinungs- und Redefreiheit, die Presse-, Versammlungs-, Koalitions-, Streik-, Organisations- und Demonstrationsfreiheit sowie das Recht auf Freizügigkeit einschränken oder unterdrücken.

(Programm des KBW)

Doch demokratische Forderungen bleiben solange Forderungen und werden nicht zu wirklichen Rechten, wie sich die Arbeiterklasse nicht auf ihre durch die Wehrpflicht gewonnenen Fähigkeiten besinnt und sie mittels revolutionärer Gewalt gegen den bürgerlichen Staat durchsetzt. In diesem Sinne stellt Engels fest:

"Dagegen ist es ihr (der Arbeiterklasse, der Verf.) durchaus nicht gleichgültig, ob die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt wird oder nicht. Je mehr Arbeiter in den Waffen geübt werden, desto besser. Die allgemeine Wehrpflicht ist die notwendige und natürliche Ergänzung des allgemeinen Stimmrechts, sie setzt die Stimmenden in den Stand, ihre Beschlüsse gegen alle Staatsstreichversuche mit den Waffen in der Hand durchzusetzen." (MEW 16, S. 66)

Gefreiter B.

Die Stellung der Kommunisten zur Bauernfrage

Vorbemerkung

Im September kam es in allen Ländern der "Europäischen Gemeinschaft" wieder zu großen Bauerndemonstrationen. Die wirtschaftliche Misere, in die der Monopolkapitalismus die Bauern treibt, wird immer wieder zu solchen Aktionen und zu militanten Ausbrüchen der Bauern führen, da sich ihre Lage nicht grundsätzlich ändern kann, solange die kapitalistische Ausbeuterordnung besteht. Der Widerstand der Bauern gegen die monopolkapitalistische Landwirtschaftspolitik in den letzten Monaten und Jahren zeigt, daß die Bauern immer noch eine politische Kraft sind, deren Entscheidung für Revolution oder Konterrevolution für die Arbeiterklasse von höchster Bedeutung ist. Die Bauern sind als Produzenten von materiellem Reichtum der Gesellschaft der wichtigste Bündnispartner des Proletariats beim Aufbau des Sozialismus.

Die Fähigkeit der Kommunisten in diesen Fragen eine revolutionäre Politik zu entwickeln oder auch nur Stellung zu beziehen und Anhänger unter den Bauern zu gewinnen, ist noch wenig entwickelt. In einer Entschließung der 1. Delegiertenkonferenz des KBW heißt es dazu:

Die erste ordentliche Delegiertenkonferenz stellt fest, daß die Bauernfrage sowohl im Rechenschaftsbericht des ZK als auch in der Presse des Kommunistischen Bundes bisher vernachlässigt worden ist. Das ZK wird beauftragt, der Bauernfrage große Aufmerksamkeit zu widmen, Untersuchungen über die Lage der Bauern, über die Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft in der EWG und BRD, über die Zusammensetzung der Bauernschaft (Selbständige Landarbeiter, Großbauern, Kleinbauern, Halbbauern), über die Möglichkeiten einer Aufnahme der Arbeit unter der Landbevölkerung durch den KBW anzustellen und über diese Untersuchungen in unseren Publikationen zu berichten.

Im Folgenden veröffentlichen wir einen Diskussionsbeitrag zur Bauernfrage, der uns von einem Genossen der "Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe" Göttingen zugesandt wurde. Der Artikel schildert zunächst die Entwicklung der westdeutschen Landwirtschaft und stellt dann die Grundlagen der Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber den Bauern dar. Sicherlich hat der Artikel noch Mängel. Insbesondere die zur Anleitung der augenblicklichen Kämpfe der Bauern im Artikel aufgestellten Forde-

runge müssen im Einzelnen noch diskutiert und auf ihre Richtigkeit geprüft werden. Leser und Genossen, die mit der Sache befaßt sind, fordern wir auf, uns weitere Diskussionsbeiträge zu schicken.

(Red.)

"In Westdeutschland, wo der Kapitalismus schon lange zur herrschenden Produktionsweise geworden ist, sind alle wesentlichen Spuren vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse beseitigt. Die Bourgeoisie hat die politische Macht inne. Unmittelbare Aufgabe des westdeutschen Proletariats ist die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution."

Dieser Abschnitt unseres Programms legt unmißverständlich die proletarische Revolution als nächstes Etappenziel des westdeutschen Proletariats fest. Und das deshalb, weil Westdeutschland objektiv reif ist für den Sozialismus. Denn die kapitalistische Produktionsweise herrscht vor, die Entwicklung in Westdeutschland entspricht immer stärker dem allgemeinen Entwicklungstypus kapitalistischer Gesellschaften. Diese Durchsetzung und Verallgemeinerung des Kapitalismus in Westdeutschland drückt sich auch darin aus, daß die Klassenstrukturen für entwickelte kapitalistische Verhältnisse typisch sind. Es gibt keine vorkapitalistischen Produktionsverhältnisse und Klassen mehr, die so stark wären, daß ihre Existenz etwas ändern könnte am Wesen der nächsten strategischen Etappe: Die Enteignung der selbständigen Kleinproduzenten (Bauern, Handwerker etc.), die ihr Produkt nur durch eigene Arbeit ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft und mit ihren eigenen Produktionsmitteln erstellen, ist soweit fortgeschritten, "daß die weitere Etappe nur in der 'Expropriation der Expropriateure' bestehen kann. Es kann keine bürgerliche Etappe der Revolution in Westdeutschland mehr geben, in der es zur Aufgabe des Proletariats würde, der kapitalistischen Produktionsweise und der von ihr hervorgerufenen Polarisierung der Klassen gegenüber vorkapitalistischen Produktionsweisen erst einmal den Weg frei zu machen." (1)

(1) Willfried Maier, in: Neues Rotes Forum 1-2/73, S.19

Die Stellung der Kommunisten zur Bauernfrage

Nachdem das Programm so die proletarische Revolution als nächstes strategisches Ziel festgelegt hat, kann es danach auch die Frage angehen, wen das Proletariat als Bündnispartner für dieses Ziel gewinnen kann. Speziell in Bezug auf die Kleinbauern: "Für diesen Schritt wird das westdeutsche Proletariat große Teile der Kleinbauern... gewinnen." Hier wird deutlich, daß die Bauernfrage für uns Kommunisten eine von der Frage der Diktatur des Proletariats abgeleitete Frage ist. Es gibt also keine unabhängige, aus sich selbst heraus begründete sozialistische Bauernpolitik. Die Bündnisfrage vom Standpunkt der Bauern anzugehen statt vom Klasseninteresse des Proletariats — das muß notwendig dazu führen, den Standpunkt des Proletariats zu verraten und auf das Niveau kleinbürgerlicher, perspektivloser Bauernfängerei herabzusinken.

Viele Genossen mißverstehen nun aber die Aussage des Programms gründlich, wonach die Spuren vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse für die Etappenbestimmung unwesentlich geworden sind. Sie meinen, damit sei auch die Frage der Gewinnung der Kleinbauern zu Bündnispartnern des Proletariats als unwesentlich, sprich unwichtig, abgetan. Diese Meinung ist grundfalsch und sehr leichtsinnig. Denn "wer zur Machtübernahme schreitet und sich auf sie vorbereitet, der muß sich für die Frage interessieren, wer seine wirklichen Verbündeten sind. In diesem Sinne ist die Bauernfrage ein Teil der allgemeinen Frage der Diktatur des Proletariats und ist als solche eine der lebenswichtigsten Fragen des Leninismus." (2)

Warum lebenswichtig?

Lebenswichtig deshalb, weil die Bauern nach wie vor eine zahlenmäßig starke Gruppe der westdeutschen Bevölkerung stellen. Zwar nimmt ihre Zahl ab, aber 1973 waren immerhin noch knapp 2 Millionen Erwerbstätige in der Landwirtschaft beschäftigt.

Lebenswichtig deshalb, weil sich außer den Bauern noch viele andere Menschen mit der Landwirtschaft verbunden fühlen und auf landwirtschaftliche Probleme ansprechbar sind. So etwa ehemalige Bauern oder Verwandte von Bauern, obwohl sie längst in anderen Berufen arbeiten. Aber auch andere Dorfbewohner sind noch von landwirtschaftlichen Fragen berührt und mit ihnen vertraut; viele von ihnen erkennen zudem immer noch die traditionell führende Rolle vor allem der Großbauern im Dorfe an, übernehmen deren Meinungen und richten sich nach deren Handeln (allerdings läßt dies nach im Zuge des Wachstums von ländlichen und städtischen Regionen). Sie von diesen Einflüssen zu lösen, dazu kann die gründliche Kenntnis der Bauernfrage etwas beitragen, wenngleich natürlich der Haupthebel dabei der Klassenkampf an ihrem neuen Arbeitsplatz ist.

Lebenswichtig deshalb, weil die Bourgeoisie den Unwillen des Volkes über die steigenden Lebensmittelpreise auf die Bauern abzuwälzen sucht, während doch vor allem die Verarbeitungs- und Handelskapitalisten daran schuld sind. Lebenswichtig auch deshalb, weil viele Menschen in Berufen tätig sind, die mit der Landwirtschaft verbunden sind (Verarbeitung von Agrarprodukten, Herstellung von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln usw.). Die Kapitalisten versuchen oft diese Werktätigen gegen die Bauern aufzuhetzen und umgekehrt, um so Löhne zu drücken oder die Bauern zu schröpfen: Beispielsweise mit dem Argument, die hohen

Löhne der Arbeiter ließen keine Erhöhung der Agrarpreise zu oder machten die Betriebsmittel so teuer bzw. die hohen Agrargüterpreise machten eine Lohnerhöhung unmöglich.

Lebenswichtig aber vor allem deshalb, weil die westdeutsche Revolution in ernsthafte Schwierigkeiten geriete, wenn sie nur in den Städten siegte und das Land ein Hort der Konterrevolution bliebe: das sowohl aus militärischen Erwägungen wie auch aus Gründen der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung. Große Kräfte müßten auf die Kontrolle ländlicher Regionen und auf die Beschaffung von Nahrungsmitteln verwendet werden, falls die Bauern die Revolution boykottierten — durch Horten von Nahrungsmitteln, Spekulation auf dem Schwarzmarkt oder durch Vernachlässigung von Saat, Pflege und Erntel (3)

DIE ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER WESTDEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFT

1. Die Differenzierung innerhalb der Bauernschaft

Die Entfaltung der Produktivkräfte (und damit die Konzentration und Zentralisation des Kapitals) erfolgte in der Landwirtschaft später und zunächst langsamer als in der Industrie. Erst "nach und nach wurde die Herstellung der erforderlichen Arbeitsmittel, die traditionell im bäuerlichen Betrieb erfolgt war, zurückgedrängt. Einfache industriell erzeugte Maschinen wurden eingesetzt, die Düngemittelverwendung nahm zu. Aber wie weit die Mechanisierung der bäuerlichen Betriebe hinter dem Entwicklungsstand in der Industrie entfernt war, ist z.B. daran zu sehen, daß bis zum Zweiten Weltkrieg das Mähen des Getreides von Hand die Regel, der pferdegezogene Bindemäher die Ausnahme war. Als in weiten Bereichen der Industrie bereits mit der Automation begonnen wurde, war die Anwendung von mechanischer und elektrischer Kraft in der Landwirtschaft noch eine Seltenheit. Die bäuerliche Landwirtschaft war ausgesprochen arbeitsintensiv; die organische Zusammensetzung des Kapitals entsprechend niedrig." (4)

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen Mechanisierung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion rasch zu: Der Aufschwung der außerlandwirtschaftlichen Wirtschaftssektoren erhöhte deren Bedarf an Arbeitskräften. Die Einkommen in der Landwirtschaft blieben konstant um etwa ein Drittel hinter denen außerhalb der Landwirtschaft zurück (Einkommensdisparität). Das relativ schneller steigende Einkommen in diesen Sektoren führte zu einer raschen Abwanderung — zuerst der Landarbeiter, dann der mithelfenden Familienangehörigen und schließlich nach Verschuldung, Überarbeit und Unterkonsum der Bauernfamilien selbst. Von 1950 bis 1973 sank die Zahl der Höfe von 2 Millionen auf 1 Million, gleichzeitig die Zahl der vollbeschäftigten Arbeitskräfte von 3,9 auf 1,4 Millionen. Durchschnittlich verließen seit 1960 jährlich 100 000 Menschen die Landwirtschaft, mußten jährlich über 30 000 Betriebe die Landwirtschaft aufgeben.

(2) J.W.Stalin, Fragen des Leninismus, Reprint Westberlin 1970, S.51

(3) vgl. dazu den Beschluß der 1.Delegiertenkonferenz des KBW zur Bauernfrage, in: Beschlüsse der 1.o.DK des KBW, Mannheim 1974

(4) Onno Poppings, in: Bauer was nun?, Stuttgart 1973, S.4

Diese Arbeitskräfte mußten durch den Einsatz von Traktoren, Maschinen, Stallrichtungen, Gebäuden usw. ersetzt werden. Durch vermehrten Einsatz produktionssteigernder Betriebsmittel (wie Düngemittel, Pflanzenschutz- und Zukauf Futtermittel) versuchten die Bauern, über eine erhöhte Angebotsmenge ihr Einkommen zu steigern. Dieses wachsende Angebot fand aber bald keinen Absatz mehr, es bildeten sich "Überschüsse" — natürlich nur scheinbare Überschüsse (s.u.) — beispielsweise an Getreide, Butter, Zucker, wodurch die Preise gedrückt wurden.

Wenn aber die Menge der produzierbaren bzw. auf dem Markt absetzbaren Agrarerzeugnisse begrenzt ist (und damit das Gesamteinkommen des Sektors Landwirtschaft), dann muß sich nach marktwirtschaftlicher Logik eine immer mehr abnehmende Zahl von Landwirten in die Produktion dieser Güter und in dieses Gesamteinkommen teilen, wenn die einzelnen Bauern ein in etwa konstantes Einkommen halten wollen. Deshalb können bei begrenzter Nachfrage nur einige Betriebe wachsen, auf Kosten vieler anderer Betriebe, die aus der Produktion ausscheiden müssen. Nun hofft natürlich jeder, unter den Überlebenden zu sein und versucht unter dem Zwang der Konkurrenz, sein Privateigentum zu vergrößern und seine Produktion zu erhöhen. Indem aber jeder Einzelne durch Überarbeit, Unterkonsum, durch Steigerung der Produktion und Einsatz besserer Produktionsmittel die anderen Bauern zu übertreffen sucht, verschärft sich insgesamt der Konkurrenzkampf um Marktanteile, Flächen usw. — weil die Produktion steigt und die verbesserte Technik weitere Arbeitskräfte überflüssig macht. Folglich müssen noch mehr Bauern in noch kürzerer Zeit abwandern.

In diesem Konkurrenzkampf setzen sich die größeren Betriebe gegenüber den kleineren durch. Denn der Kleinbetrieb kann die Produktivkräfte schlechter nutzen als der Großbetrieb, denn ihm fehlen zu ihrer rationellen Anwendung Bodenfläche und Kapital. Auf zersplitterten Parzellen und in kleinen Betrieben können beispielsweise große Maschinen nicht angewendet oder voll ausgenutzt werden. Kleine Maschinen sind aber relativ teuer und schaffen weniger, außerdem fehlen hierfür oft die Geldmittel. So verschärft die Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus die Ruinierung der Kleinbauern. Um einen Begriff von den Größenordnungen zu bekommen: Die wirkliche Kostenersparnis beginnt bei Mähreschern erst ab 80 Hektar, bei Hackfrucht-Vollerntemaschinen ab 30 Hektar — die durchschnittliche Betriebsgröße in Westdeutschland liegt aber bei 13 Hektar! Ähnliche Mißverhältnisse gibt es in der Tierhaltung.

2. Die Preis-Kosten-Schere

Im Verlauf der oben geschilderten Entwicklung wandten die Bauern immer mehr industriell erzeugte Betriebsmittel an und produzierten und verkauften immer mehr Agrarerzeugnisse. Sowohl der zunehmende Bezug industrieller Vorleistungen als auch der zunehmende Verkauf von über den Eigenbedarf hinaus erzeugten Produkten gliederten die Landwirtschaft immer stärker in den Markt ein und machten sie von ihren kapitalistischen "Marktpartnern" abhängig: 85 % der westdeutschen Produktion können von den Bauern nicht direkt an die Konsumenten geliefert werden, sondern sie werden von Ernährungsindustrie und -handel weiterverarbeitet und verkauft. Diese Funktionen (ebenso wie die Erstellung von Betriebsmitteln) werden immer

mehr aus den landwirtschaftlichen Betrieben ausgelagert, weil den Bauern die nötigen Mittel und Voraussetzungen zur rentablen Beibehaltung von Verarbeitung, Handel und Herstellung von Produktionsmitteln fehlen, die immer größere Produktionseinheiten verlangen (beispielsweise Eierpackstellen, Mühlen, Reparaturen).

Nun ist aber sowohl in den der Landwirtschaft vorgelagerten Wirtschaftssektoren (Lieferung von Vorleistungen wie Betriebsmittel) als auch nachgelagerten Sektoren (Handel, Verarbeitung von Agrarprodukten) die Konzentration außerordentlich stark. Hier nur einige wenige Beispiele:

- Bei den Landmaschinenherstellern vereinigen die 4 multinationalen Konzerne Klöckner/Humboldt/Deutz, International Harvester, Massey-Ferguson und John Deere Lanz/Fiat schon 1970 59 % der Neuzulassungen an Traktoren auf sich.
- Bei Mähreschern hat die Firma Claas einen Marktanteil von 55 %.
- 7 Großmühlen konzentrieren einen Marktanteil von 75 % auf sich; die Zuckerfabrikanten schließen sich beim Absatz zu wenigen Verkaufskontoren zusammen.
- Unilever und Nestle teilen sich den Markt für Kondensmilch.
- Die Düngemittelproduktion teilen sich bei Stickstoff Hoechst, Ruhrstickstoff und BASF (ähnlich ist es bei Pflanzenschutzmitteln), die Kali- und Phosphordüngemittelhersteller bilden Verkaufssyndikate bzw. Verkaufskontore.
- Der Lebensmitteleinzelhandel wird beherrscht von Konzernen wie Edeka, coop, Vivo, Spar, Rewe, Karstadt usw. (5).

Hiermit sind aber noch längst nicht die vielen regionalen oder lokalen Monopole der Fleischerbanken, Genossenschaften, Reparaturwerkstätten usw. erfaßt.

Bei vielen Betriebsmitteln und Produkten beherrschen so Monopole den Markt und diktieren den zahlreichen, zersplitterten wirtschaftenden und anbietenden Bauern die Preise und die Absatzbedingungen. Es kommt zur Preis-Kosten-Schere: Die Kosten der angekauften Betriebsmittel werden von den liefernden Bank-, Handels- und Industriekapitalisten immer höher gesetzt, für die damit produzierten Agrarerzeugnisse hingegen bezahlen Verarbeitungs- und Handelsmonopole nur konstante oder geringfügig steigende Preise. Das hindert letztere Kapitalisten natürlich keineswegs daran, diese billig eingekauften landwirtschaftlichen Güter nach Verarbeitung, Transport usw. zu hohen Preisen an die Verbraucher weiterzuverkaufen. Das trifft vor allem die Arbeiter und andere Teile des Volkes, weil deren Ausgaben für Nahrungsmittel einen höheren Anteil an ihrem niedrigeren Einkommen ausmachen als bei den Reichen (1973 verbrauchte ein Vier-Personen-Arbeiterhaushalt durchschnittlich 366 DM monatlich für Nahrungsmittel). So werden die Profite der Nahrungsmittelkapitalisten außer aus der Arbeit der dort Beschäftigten auch aus der Arbeit der landwirtschaftlichen Produzenten wie aus den Ausgaben der Verbraucher herausgepreßt.

Von dieser Preis-Kosten-Schere sind zwar alle Bauern betroffen, jedoch nicht im gleichen Maße: Der Besitzer des Großbetriebes kann die Auswirkungen der Schere im Gegensatz zum Kleinbetrieb durch die rentable Ausnutzung

(5) Zahlen u.a. nach Poppinga op.cit.

der gekauften Produktionsmittel überkompensieren, d.h. die Steigerung der Produktivität durch die Zukauf-Betriebsmittel! ist stärker als die Wirkung der Monopolpreiserhöhung. Dem Besitzer des Großbetriebes ist es auch möglich, günstige Kauf- und Verkaufsbedingungen herauszuhandeln, weil er mit größeren Partien handelt (Rabatte etc.), über Beziehungen beispielsweise in der Genossenschaft verfügt, mehr Zeit und mehr Geschäftskennntnisse hat als der Kleinbetrieb, dessen Besitzer vor lauter Überarbeit kaum vom Hof abkömmlich ist.

Immerhin ist die Überlegenheit der außerlandwirtschaftlichen über die landwirtschaftlichen Kapitalisten ein wesentlicher Grund dafür, daß sich der Kapitalismus in der westdeutschen Landwirtschaft nicht vorrangig durch die Herausbildung von kapitalistischen Großbauern durchsetzt (die den Landarbeitern nur noch niedrigere Löhne als außerhalb der Landwirtschaft zahlen können). Zwar gibt es nach wie vor etliche kapitalistische Großbauern, aber ihre Betriebe wachsen nur bei abnehmender oder konstanter Zahl von Landarbeitern, der Aufstieg von Klein- oder Mittelbauern zu Großbauern ist selten. So ist die westdeutsche Landwirtschaft nach wie vor klein- oder mittelbäuerlich strukturiert, dem Wachstum der Betriebe entspricht kein Wachstum der Zahl der bäuerlichen Kapitalisten. Immerhin produzieren viele größere Betriebe selbst unter den Bedingungen der Preis-Kosten-Schere rentabel; für ihr Wachstum reichen diese Bedingungen hin, bei dem jedoch die Masse der kleineren Höfe aufgeben muß.

Wenn nun aber die Herausbildung von kapitalistischen Großbauern aus dem Heer der nichtkapitalistischen Bauern nicht die typische Form der Durchsetzung des Kapitalismus in der westdeutschen Landwirtschaft ist, welche ist es dann?

3. Die Unterwerfung der Landwirtschaft unter das Kapital

Trotz der geschilderten Differenzierung und Konzentration ist die landwirtschaftliche Produktionsstruktur in Westdeutschland immer noch stark zersplittert: Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg von 1949 bis 1973 nur von 7 auf 13 Hektar, im Durchschnitt hielt ein Bauer im Jahre 1973 19 Rinder, 8 Milchkühe, 23 Schweine, 18 Schafe und 95 Hühner (6). In diesen Durchschnittszahlen sind auch einige wenige Großbestände mit sehr hohem Produktionsumfang berücksichtigt — was um so deutlicher macht, daß der Großteil der Agrarproduktion noch in Kleinbetrieben erfolgt.

Verarbeitungsindustrie und Handel drängen aber auf große Agrargütermengen mit einheitlicher Qualität und kontinuierlicher, kalkulierbarer Lieferung, um so eine höhere Verwertung ihres Kapitals zu erreichen. Nur so können sie ihre Maschinen und sonstige Kapazitäten gleichmäßig auslasten und vorherplanen und ihren Absatz rationell gestalten und standardisieren. Diese Anforderungen können aber die vielen zersplittert und unkoordiniert wirtschaftenden Kleinbetriebe nicht erfüllen. Beispielsweise verarbeitet der größte westdeutsche Fleischwarenproduzent (Schweisfurth-Gruppe) die Schlachtschweinproduktion von mehreren zigtausend Bauern.

Diese Teile der westdeutschen Kapitalistenklasse wollen die Landwirtschaft ihren Interessen unterordnen und sind von daher an einer Aufhebung der Zersplitterung der Ag-

rarproduktion interessiert. Dies Interesse setzen sie momentan vor allem durch die Vertragslandwirtschaft (vertikale Integration) durch.

a. Vertragslandwirtschaft (vertikale Integration)

Hierbei gehen Unternehmen verschiedener Stufen der Produktion miteinander vertragsmäßige Beziehungen ein: So nehmen kapitalistische Firmen des vor- oder nachgelagerten Sektors (d.h. Produktionsmittellieferanten bzw. Handels- und Verarbeitungsunternehmen) über Verträge Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktion. "Im Extremfall stellt das kapitalistische Unternehmen das Kapital, der Bauer seine Arbeitskraft; der Bauer wird hier tendenziell zum Heimarbeiter." (7)

Manche Bauern gehen solche Verträge ein, weil sie so bessere und sicherere Preise zu erzielen glauben oder auch tatsächlich erzielen als auf dem Markt. Dieses Lockmittel wird aber zurückgezogen, sobald der Bauer durch langfristige Verträge und Ausrichtung seiner Wirtschaft darauf (Spezialisierung) in die Abhängigkeit der Kapitalisten geraten ist. Die meisten Vertragsbauern sind ohnehin zu solchen Abmachungen gezwungen, weil sie hoch verschuldet sind und anderweitig kein Geld für Produktionsmittel mehr erhalten oder weil ihnen nur dieser eine Absatzweg bleibt über den Verarbeitungs- und Handelskapitalisten.

Wie sieht diese Vertragslandwirtschaft nun praktisch aus? In der Schweinemast z.B. finanzieren kapitalistische Unternehmen dem Bauern über Kredite den Umbau eines Stalles, liefern ihm unternehmenseigene Futtermittel und lassen sich schließlich die erzeugten Schlachtschweine abliefern. Der Produktionsablauf wird vertraglich durch Haltungs-, Fütterungs- und Qualitätsbestimmungen reglementiert (Lohnmastverträge). Das Entgelt für die erzeugten Mastschweine nähert sich immer mehr einem Arbeitslohn für die Arbeit des Bauern an. Denn die Produktionsmittel, mit denen er arbeitet, gehören zum großen Teil nicht mehr ihm und auch seinen Anspruch auf die Verzinsung seines eigenen Kapitals und die Grundrente für seinen eingebrachten Boden kann er nicht mehr realisieren. Der Bauer wird in diesem Produktionszweig tendenziell zum Heimarbeiter: Im Produktionsprozeß weitgehend abhängig vom kapitalistischen Unternehmen, verkauft er nur noch scheinbar sein Produkt (und das ohnehin nicht über den Markt), sondern in Wirklichkeit seine Arbeitskraft.

Zur Illustration noch ein Beispiel aus der Bodenproduktion: "Im mechanisierten Feldgemüsebau wird die gesamte Ernte... von den Verarbeitungsunternehmen durchgeführt. Der Verarbeiter liefert das Saatgut und verpflichtet sich, die besäte Fläche zu vermessen und Bodenuntersuchungen als Voraussetzung des Ackerbaus durchzuführen. Während der gesamten Wachstumszeit steht der Gemüsebestand unter ständiger Kontrolle der Konservenfabrik. Chemische Unkrautbekämpfung und auf Wunsch des Erzeugers auch die Schädlingsbekämpfung werden zum Selbstkostenpreis von der Fabrik durchgeführt." (10) Der Bauer führt nur noch Ackerbestellung und Aussaat durch und stellt

(6) nach: agrimente 74, Hannover, S.32

(7) O.Poppinga, op.cit., S.9

(8) + (9) entfällt

(10) Oppen, zit.nach 'Probleme des Klassenkampfes' Nr.3, S.94

den Boden zur Verfügung. Geht die Firma bankrott (wie kürzlich etliche Gemüsekonservenfabriken), ist der spezialisierte Gemüseanbauer ohne Absatz und wird leicht arbeitslos wie die Arbeiter in der Fabrik.

Neben der Beseitigung der Zersplitterung des Angebots und der Ausschaltung der Marktschwankungen ist es vor allem die billige Bereitstellung von bäuerlichem Boden, Ställen usw., was den Kapitalisten die Vertragslandwirtschaft so attraktiv macht: Sie sparen so eigene Investitionskosten bzw. Ausgaben für Kauf oder Pacht von Boden, die sie bei Errichtung eigener Betriebe zahlen müßten. Außerdem bleibt das Produktionsrisiko beim Bauern. Er erhält zwar eine im voraus abgemachte Summe pro abgeliefertes Tier oder abgelieferte Mengeneinheit, aber falls Seuchen oder Mißernten auftreten, trägt er die Verluste: Er erhält für die verendeten Tiere oder die verdorbene Ernte keinen Pfennig und muß allein die vorher verausgabten Kosten für deren Produktion tragen. Zudem zwingt die Abhängigkeit den Bauern oft dazu, mehr für die gelieferten Produktionsmittel zu zahlen und eine geringere Vergütung für die abgelieferten Produkte hinzunehmen als unter Marktbedingungen.

Verstärkt wird diese Abhängigkeit der Bauern durch die Illusion vieler von ihnen, sie könnten "Selbständige" bleiben oder wieder werden — die Proletarisierung wird ihnen nicht bewußt. Denn die kapitalistische Produktionsweise in der Landwirtschaft stellt sich bei der Vertragslandwirtschaft her ohne formelle Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Die Herausbildung von Klassenbewußtsein und solidarisches Vorgehen wird dadurch erschwert, daß die von einem Unternehmen abhängigen Vertragslandwirte weiterhin isoliert voneinander produzieren und arbeiten. Zwar wird die Produktion durch die vertikale Integration zusammengefaßt und koordiniert, die Produzenten aber bleiben im Arbeitsprozeß räumlich isoliert.

In den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen ist die Vertragslandwirtschaft allerdings unterschiedlich stark verbreitet. Besonders stark ist die Tendenz bei jenen Produkten, bei denen eine industrielle Weiterverarbeitung vor dem Konsum nötig ist oder wo ein Direktabsatz zwischen Bauern und Verbrauchern unmöglich ist, wo nur wenige Abnehmer für Agrarprodukte existieren und wo ein hohes Marktrisiko herrscht. Deshalb existiert die Vertragslandwirtschaft in stärkerem Umfang bisher nur in Geflügelfleisch-, Gemüse- und Obstproduktion.

Obwohl die Vertragslandwirtschaft momentan die wichtigste Form der Unterwerfung der Agrarproduktion unter Kapital ist, sind bisher nur wenige Prozent der westdeutschen Agrarproduktion davon erfaßt. Es gibt zudem bisher nur wenige landwirtschaftliche Betriebe, die in allen Betriebszweigen durch Vertragslandwirtschaft gebunden sind, so daß sie als typische Heimarbeiter gelten müßten. Meist gehen die Bauern nur in einem Produktionszweig solche Bindungen ein, sind jedoch in den übrigen Betriebszweigen nicht direkt unter Kapital subsumiert (natürliche und ökonomische Gründe hindern die Landwirtschaft meist an der Spezialisierung auf ein Produkt). Außerdem muß bei der politischen Arbeit berücksichtigt werden, daß die vertikale Integration vor allem den Großbetrieben oft beachtliche Vorteile bringen kann und daß vertraglich gebundene Großbauern nach wie vor Lohnarbeiter ausbeuten.

Trotzdem schreitet die Vertragslandwirtschaft voran; sie ist im Ausland schon wesentlich stärker verbreitet. Der Staat fördert sie durch Subventionierung von bäuerlichen Erzeugergemeinschaften, die die Produktion bestimmter Produkte koordinieren und gemeinsam langfristige vertragliche Bindungen beim Absatz eingehen. Teilweise betätigen sich auch Agrargenossenschaften als "Integrator"; ihr Verhalten unterscheidet sich dabei keineswegs von dem nicht-genossenschaftlichen Unternehmen.

b. Gewerbliche Agrarfabriken

Manche außerlandwirtschaftlichen Kapitalisten errichten auch direkt eigene riesige Agrarfabriken, wenn die technische Entwicklung eine Massenerhaltung technisch, hygienisch und züchterisch ermöglicht. Das ist momentan in Eierprodukten, Geflügelmast und teilweise in der Schweinemast der Fall. In die Bodenproduktion steigen diese Kapitalisten bisher nicht ein, weil der Erwerb von Boden die Profite senkt und weil hier auch noch keine so großen Vorteile der industriemäßigen Produktion gegenüber der bäuerlichen Produktion wie in der "Veredelung" (Verwertung pflanzlicher Produkte über tierische Erzeugung) existieren. Ihre Zahl beträgt heute etwa 4 000.

Gegen diese Konkurrenz können die Kleinbetriebe nicht ankommen, sie werden aus diesen Produktionszweigen verdrängt, zu bloßen Zulieferern des gewerblichen Agrarbetriebes (z.B. Ferkellieferanten für die Mast) oder zu Lohnarbeitern in diesem Betrieb. Nur einige wenige Großbauern können Anteile an diesen Fabriken erwerben.

Gegen die Errichtung solcher Großbetriebe haben sich die Bauern bisher schon oft zur Wehr gesetzt. Auch andere Menschen wandten sich dagegen, weil solche Farmen ihre Abfälle auf Kosten der Allgemeinheit beseitigen oder eine unerträgliche Geruchsbelästigung für die Anwohner mit sich bringen. Bis vor kurzem hat der Staat solchen Betrieben sogar besondere Steuervorteile gewährt (abgesehen von der ohnehin zu geringen Gewerbesteuer).

4. Genossenschaften und Kooperationen

a. Genossenschaften

Die Bauern haben sich in Kredit-, Bezugs- und Absatzgenossenschaften zusammengeschlossen,

- um durch gemeinsame Haftung günstigere Kredite zu erhalten,
- um durch gemeinsamen Verkauf ihrer Produkte bzw. durch gemeinsamen Einkauf von Betriebsmitteln günstigere Preise und Handelsbedingungen zu erreichen,
- um bestimmte Einrichtungen (wie Molkereien, Zuckerfabriken, Verlade- und Transporteinrichtungen) und Maschinen gemeinsam zu nutzen.

Die Bedeutung der Genossenschaften kann man daran ermessen, daß knapp die Hälfte der Umsätze der westdeutschen Bauern über Genossenschaften getätigt werden.

Die Überlegenheit des Großbetriebes zeigt sich auch in Kredit-, Bezugs- und Absatzgenossenschaften. Dieser handelt mit größeren Mengen, profitiert also relativ mehr von den genossenschaftlichen Vergünstigungen. Er erhält zudem eher Rabatte etc., zumal er die Anforderungen der nachgelagerten Bereiche nach Lieferung einheitlicher und

Die Stellung der Kommunisten zur Bauernfrage

großer Mengen eher erfüllen kann und die Erfassung dieser Mengen wesentlich einfacher ist als bei vielen Kleinbetrieben. Die Anforderungen der Genossenschaft an Kapital für Investitionen und für den laufenden Geschäftsbetrieb erfüllt der Großbetrieb leichter als der Kleinbetrieb: Seine Geschäftsanteile sind sicherer (weil Notlagen und Ruin dieses Kapital nicht so leicht der Genossenschaft entziehen) und auch größer. Der Großbetrieb ermöglicht seinem Besitzer mehr Zeitaufwand für Ausbildung, geschäftliche Betätigung und Vorstandstätigkeit, während der Kleinbauer vor lauter Überarbeit kaum von seinem Hof abkömmlich ist: So setzen die größeren Betriebe ihre Interessen in der Genossenschaft um so leichter durch.

Wir sehen: Auch in den Genossenschaften werden sich die Großen auf Kosten der vielen Kleinen durchsetzen. Das liegt nicht am schlechten Charakter dieser Bauern, sondern an den Gesetzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung: Die Konkurrenz mit den privaten Landhändlern und anderen Genossenschaften zwingt jede Handelsgenossenschaft dazu, die gleichen Bedingungen an ihre Mitglieder zu stellen wie die Konkurrenten. Räumt sie den Kleinbetrieben zu günstige Bedingungen ein, wird sie früher oder später der Konkurrenz unterliegen und Bankrott machen (11); räumt sie den Großbetrieben keine Vergünstigungen ein, wandern diese zur Konkurrenz ab. Ein anderes Beispiel: Die Privatomolkereien geben sich nicht mehr mit den paar Milchkannen der Kleinbetriebe ab und holen die Milch nur noch aus großen Milchkühltanks ab — da bleibt der genossenschaftlichen Molkerei auch nichts anderes übrig! Viele Genossenschaften beschäftigen zudem selber Lohnarbeiter und verhalten sich wie typische Kapitalisten.

Das neue Genossenschaftsgesetz soll es den Genossenschaften ermöglichen, "sich den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten unserer Zeit (sprich: dem Kapitalismus) anzupassen". (12) Künftig gilt auf Generalversammlungen nicht mehr das Prinzip "Ein Mann — Eine Stimme", vielmehr können kapitalkräftige Bauern dreimal mehr Stimmen zugesprochen bekommen als die einfachen Mitglieder. Außerdem kann der Vorstand in wichtigen Fragen nicht mehr durch die Generalversammlung kontrolliert werden — wie in Aktiengesellschaften. Die Großbetriebe werden durch günstigere Bedingungen (geringere Haftung etc.) angeregt, mehr Geld als bisher in der Genossenschaft anzulegen. Sie werden außerdem nach Maßgabe ihrer Geschäftsanteile stärker am Gewinn der Genossenschaften beteiligt als die Kleinbetriebe.

Das neue Gesetz öffnet zudem dem Rausschmiß der Kleinbauern aus den Genossenschaften Tor und Tür: Im Rahmen der sogenannten "Mitgliederselektion" ist es künftig möglich, sie auszuschließen,

- wenn sie gewisse Qualitätsvorschriften nicht einhalten können (weil sie beispielsweise bei Milch die beschlossene Verpflichtung zum Einbau einer teuren Kühlanlage nicht bezahlen können),
- wenn sie gewisse Mindestmengen nicht liefern oder abnehmen können oder genossenschaftliche Einrichtungen nicht ausreichend beanspruchen (diese Selektion geschieht oft verdeckt dadurch, daß Rabatte nur ab bestimmter Mengen gewährt werden),
- wenn sie nicht genügend Geschäftsanteile einzahlen oder nicht genug Sicherheiten bieten können.

Diese Unterordnung der Kleinbetriebe unter die Interessen

der Großbetriebe hat die Raiffeisen-Genossenschaftsführung im Bundestag wie folgt begründet: "Ein moderner landwirtschaftlicher Großbetrieb hat kein Verständnis dafür, wenn er keinen größeren Einfluß auf die Geschicke der Genossenschaft hat als ein anderer, wesentlich kleinerer Betrieb, wo doch seine ökonomischen Belange viel stärker mit den Interessen der Genossenschaft verknüpft sind." Mögen die Kleinbetriebe auch wesentlich mehr auf die Genossenschaften angewiesen sein, in dieser Gesellschaft zählen die Interessen des Stärkeren!

Diese notwendige Differenzierung innerhalb der Genossenschaften macht das Bestreben (beispielsweise der DKP) noch illusionärer, durch Genossenschaften eine Gegenmacht "der" Bauern gegen die Monopole aufzubauen. Letztere nutzen teilweise selbst schon die Genossenschaften dazu aus, das zersplitterte landwirtschaftliche Angebot gemäß ihren Anforderungen zu vereinheitlichen und abzustimmen.

b. Produktionsgenossenschaften

Selbst wenn sich mehrere Kleinbetriebe bei der Anwendung von Produktionsmitteln zusammentun, so sind doch beispielsweise große Maschinen auf ihren Flächen nur schlechter zu nutzen als im Großbetrieb. Abgesehen davon, daß dessen Gesamtfläche und Kapitalkraft in der Regel ohnehin größer ist, kann etwa ein großer Mähdrescher auf den zerstückelten Parzellen nur unrentabel arbeiten: Sofern er sich auf dem kleinen Acker überhaupt bewegen kann, muß er alle paar Meter wenden; nach wenigen Runden ist das Feld abgemäht; erst nach langwieriger Reinigung, Umstellung auf Transport, der Fahrt selbst, Neueinstellen kann der nächste Schlag in Angriff genommen werden, usw. usf. Währenddessen hat der Mähdrescher auf dem Feld des Großbetriebes schon unvergleichlich viel mehr geschafft.

Das Problem der geringen Gesamtgröße und Zerstückelung stellt sich auch bei der kooperativen Flächennutzung. Außerdem stellt sich hier noch stärker als bei jeder Kooperation die Frage, was mit der durch die gesteigerte Produktivität freierwerdenden Arbeitskraft geschehen soll: Für die Flächenaufstockung oder die Errichtung neuer, flächenunabhängiger Betriebszweige fehlt meist das Kapital — summierte Armut gibt nun mal keinen Reichtum für alle. Sollte dennoch diese Aufstockung gelingen, so muß zwar kein Mitglied der Genossenschaft abwandern — stattdessen müssen dann eben andere Einzelbauern ihre Flächen oder Marktanteile zugunsten der Kooperierenden hergeben und abwandern.

Die Kooperation bietet also der Masse der Kleinbauern keine Überlebenschance: Entweder steigt der Druck zur Abwanderung von Kooperationsmitgliedern, wobei sich die Stärkeren (ob vom Umfang des Betriebes oder dem geleisteten Arbeitsaufwand her) gegenüber den Schwachen durchsetzen — was innerhalb der Kooperation die ohnehin

(11) "Der Konkurrenzkampf zwischen genossenschaftlichen und privatwirtschaftlichen Unternehmen hat zu einer außerordentlich umfassenden Konzentrationsbewegung geführt; von 1960 bis 1971 nahm die Zahl der ländlichen Genossenschaften von 22792 auf 13790 ab." Onno Poppinga, Politisches Verhalten und Bewußtsein der deutschen Bauern..., Dissertation, Hohenheim 1973

(12) Genossenschaftliche Mitteilungen, 1/74

häufigen Reibereien verstärkt (die ohnehin erst nach langer Überzeugungsarbeit aufzuheben sind). Oder die Kooperation verstärkt den Abwanderungsdruck auf andere Bauern. Nicht ohne Grund stehen fast alle Bauern solchen Kooperationen äußerst skeptisch gegenüber, die denn auch sehr selten anzutreffen sind.

5. Die staatliche Agrarpolitik

Der Staat ist eindeutig darauf aus, die Konzentration in der Landwirtschaft zu beschleunigen. Im Rahmen des "einzelbetrieblichen Förderungsprogramms" (Ertl-Plan) erhält nur eine Minderheit der Höfe Investitionsbeihilfen, und zwar die sogenannten "entwicklungsfähigen Betriebe". Das sind jene, die den staatlichen Gutachtergremien durch einen "Betriebsentwicklungsplan" nachweisen können, daß sie innerhalb einer bestimmten Zeit einen Gewinn erzielen können, der oberhalb einer sogenannten "Förderschwelle" (1974: 24 000 DM je Betrieb) liegt, und zwar wesentlich aus Eigenmitteln. Die Investitionen dieser Betriebe werden mit Zinsverbilligungen und Darlehen gefördert. Laut Agrarbericht 1974 der Bundesregierung sollen bis 1980 nur noch höchstens 250 000 Vollerwerbsbetriebe existieren (S. 96). Da momentan rund 1 Million Höfe existieren (davon 650 000 nebenberuflich bewirtschaftete, die ohnehin keine Investitionsförderung erhalten), heißt das, daß künftig nach dem Willen der Regierung nur noch die Hälfte der 450 000 Vollerwerbsbetriebe bzw. ein Viertel aller bestehenden Betriebe wachsen soll!

Die Inhaber der "nicht entwicklungsfähigen" Betriebe werden durch den Ertl-Plan zur Verkleinerung bzw. völligen Aufgabe ihrer Höfe gezwungen. Bei ihnen werden nur noch der Ausbau des Wohnhauses und gewisse arbeitserleichternde Investitionen in bescheidenem Umfang bezuschußt. Stattdessen sollen Betriebsaufgabe- und Landverpachtungprämien (nur einmalig 500 DM je Hektar!) sowie die Ansiedlung von Industriebetrieben in ländlichen Regionen die Abwanderung aus der Landwirtschaft beschleunigen.

Diese rigorose Strukturpolitik sucht die Regierung durch ihre Sozialpolitik zu bemänteln, um Unruhen unter den Bauern entgegenzuwirken: Bauernhepaare über 65 Jahre erhalten monatlich 264 DM (wofür sie monatlich 41 DM Beitrag zahlen mußten, der Staat zahlt nur einen Zuschuß in die Alterskasse); alternativ gibt es eine Landabgaberente von insgesamt monatlich 439 DM für jene alten Bauern, die ihr Land nicht an die Kinder, sondern an andere Bauern abgeben; seit 1972 sind die Landwirte in die allgemeine Krankenversicherung einbezogen (vom Staat nur bezuschußt); Umschulungsbeihilfen (bei der Mehrheit der Landwirte ohne Fachschulabschluß nach dem dürftigen Landarbeiterlohn bemessen) sollen die Abwanderung fördern. All das sind nur Trostpflaster, die das Elend und die Not der zum Ausscheiden gezwungenen Bauern allenfalls mildern können.

Flankiert wird diese Strukturpolitik durch die Markt- und Preispolitik, die seit einigen Jahren aus der Kompetenz der westdeutschen Regierung in die der Europäischen Gemeinschaft (EG) übergegangen ist. Die Landwirtschaftsminister legen jährlich in Brüssel die staatlich garantierten Mindestpreise für Agrarerzeugnisse fest. Ihre Höhe wird so bestimmt, daß der Abwanderungsdruck erhalten bleibt, aber andererseits den Großbetrieben noch eine rentable Produktion und damit ein weiteres Wachstum ermöglicht wird.

Der Staat verpflichtet sich bei gewissen Produkten (wie Getreide, Zuckerrüben, Fleisch, Butter), den Bauern ihre Produkte zu diesen Mindestpreisen abzukaufen.

Trotz dieser "Marktordnungen" bleibt aber die Anarchie der marktwirtschaftlichen Produktion erhalten, bleibt die Nachfrage des Volkes infolge Reallohnabbau, Arbeitslosigkeit, Steuerausplünderung usw. immer wieder hinter dem Angebot zurück. Die Märkte für bestimmte Produkte brechen angesichts der "Überproduktion" zusammen, es entstehen Weizen-, Fleisch- oder Butterberge. Diese versucht der Staat zu vermeiden durch verbilligten Verkauf der gelagerten Produkte, vor allem aber durch Vernichtung oder Verfütterung eines Teils der Produktion sowie durch Reglementierung des Anbaus (Zuteilung von Kontingenten bei Rüben). Milliardenbeträge aus den Steuerzahlungen des Volkes gehen für derartige "Marktordnungen" jährlich drauf, obwohl diese "Überschüsse" nur scheinbare sind: Es fehlt dem Volk nämlich nicht an Bedarf an Nahrungsmitteln, sondern an Geld zur Bezahlung der steigenden Preise, welche die Verarbeitungs- und Handelsmonopole trotz niedriger Erzeugerpreise fordern. In der kapitalistischen Gesellschaft wird aber nicht nach Bedarf, sondern um des Profits willen produziert.

Die Lage der westdeutschen Bauern wird weiter verschlechtert durch die dauernden Währungsungleichheiten in der EG; die EG setzt nämlich die Agrarpreise in Dollar-Rechnungseinheiten fest, die dann gemäß dem jeweiligen Wechselkurs in die Währungen der Mitgliedsländer (hier die DM) umgerechnet werden. Bei einer Aufwertung der DM (was eine Abwertung des Dollars gegenüber der DM bedeutet) bekommen die westdeutschen Bauern dann in DM weniger ausgezahlt.

Die EG dient denn auch vor allem den Interessen der westdeutschen Kapitalisten, die seit Aufhebung der Zollschränken innerhalb der EG sich einen größeren Markt geschaffen haben, wo sie ihre Waren absetzen und neue Fabriken errichten können. Dafür mußten sie den anderen kapitalistischen Regierungen, vor allem der französischen, Zugeständnisse machen. Die deutschen Mitgliedsbeiträge an die EG (aus den Steuern des Volkes) gehen zum großen Teil an die französischen Großbauern, außerdem wurde den französischen Agrarexporteurern die Ausfuhr von Agrarprodukten auf den westdeutschen Markt erleichtert. Da sich die westdeutschen Kapitalisten ihre Industrieexporte so zum Teil mit ausländischen Agrargütern bezahlen lassen, muß die westdeutsche Agrarproduktion eingeschränkt werden. Um so schärfer wird denn auch die Vertreibung der Kleinbauern aus der Landwirtschaft betrieben, die großen Höfe dagegen werden für die ihnen durch die EG entstehenden Nachteile durch Beihilfen usw. reichlich entschädigt. So ist es kein Wunder, daß die Großbauern in der Führung des Deutschen Bauernverbandes sich stets für die EG aussprechen.

Die Politik der Kommunisten gegenüber den verschiedenen Gruppen innerhalb der Bauernschaft

Das Proletariat wird nicht die gesamte Bauernschaft gewinnen können, weil diese in verschiedene Klassen und Gruppen zerfällt. Gegenüber jeder dieser sehr verschiedenen Gruppen muß die Politik der Kommunisten unterschiedlich ausfallen.

Nach Lenin bezeichnen wir als Klassen "große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Arbeit." (13)

Das entscheidende Kriterium für die Klassifizierung der Bauern kann also nur die Lohnarbeit sein, denn sie repräsentiert auch in der Landwirtschaft den Kapitalismus. Ob jemand Lohnarbeit leistet oder solche in Anspruch nimmt und in welchem Umfang — das ist das erste Kriterium! Darüberhinaus müssen weitere Aspekte berücksichtigt werden wie die Höhe des Einkommens und des Konsums, die Größe des Hofes (gemessen an Bodenfläche, Umfang des Betriebskapitals, Produktionsumfang usw.), die Rolle von Pacht-, Kredit- und Leihbeziehungen usw. Vor allem muß auch die Tendenz oder Entwicklungsrichtung in diesen Größen beachtet werden, denn es macht einen bedeutenden Unterschied, ob ein Bauer, der bislang weder Lohnarbeit leistet noch solche anwendet, auf dem absteigenden Ast und somit kurz vor dem Absturz ins Proletariat steht oder ob er akkumulieren und seinen Hof vergrößern kann und kurz vor dem Aufstieg zum Kapitalisten steht!

Selbstverständlich hängen alle diese Kriterien u.a. auch davon ab, ob der Hofeigner in der Lage ist, Lohnarbeiter zu beschäftigen oder selbst gezwungen ist, anderweitig Zuerwerb zu suchen. So ist es beispielsweise vielen "Feierabendbauern", die tagsüber in der Fabrik arbeiten, nicht möglich, arbeitsaufwendiges Milchvieh zu halten. Andererseits kann der Großbauer durch seine Lohnarbeiter eine große Fläche bewirtschaften oder große Viehbestände halten und dadurch ein hohes Einkommen haben. Diese Möglichkeit der Beschäftigung fremder Arbeitskraft ist wiederum dort besonders groß, wo auf fruchtbarem Boden hohe Überschüsse erzielbar sind oder große Betriebe vorherrschen.

So spielen neben der Bodenfruchtbarkeit auch Klima, Landschaftsform, Ausbildung des Bauern und Zufälle (Unfälle, Krankheiten, Erbschaften, familiäre Umstände...) eine große Rolle für die Lage der Höfe und der dort Arbeitenden sowie für deren Perspektive. Wir müssen all das unbedingt berücksichtigen bei unserer Analyse des jeweiligen Hofes, mit dem wir es zu tun haben — aber entscheidend muß bei der Klassenanalyse das Verhältnis zu den Produktionsmitteln sein.

Deshalb darf man auch klassenmäßige Begriffe wie Klein- und Großbauer nicht gleichsetzen oder verwechseln mit Klein- und Großbetrieb. Dazwischen bestehen sicherlich enge Wechselbeziehungen, aber ein flächenmäßig großer Hof mit Getreideanbau kann durchaus ohne Lohnarbeiter bewirtschaftet werden, während ein flächenmäßig kleiner Hof eine große Milch- und Fleischerzeugung auf Lohnarbeitsbasis haben kann.

Wir werden uns zunächst ausführlich mit den Kleinbauern

befassen, denn sie stellen nicht nur einen Großteil der Bauern dar, sie sind darüberhinaus die typischen Vertreter der alten Mittelklassen: "Sind wir uns über unsere Stellung zum Kleinbauern klar, so haben wir alle Anhaltspunkte zur Bestimmung unserer Haltung gegenüber den anderen Bestandteilen des Landvolks." (14)

1. Die Haltung der Kommunisten zu den Kleinbauern

Von der einen Million landwirtschaftlicher Betriebe in der BRD ist ungefähr ein Drittel kleinbäuerlich.

Der Kleinbauer ist noch im Besitz seiner Produktionsmittel und muß in der Regel seine Arbeitskraft noch nicht verkaufen, andererseits ist der Besitz von Produktionsmitteln für ihn auch nicht die Basis zur Ausbeutung fremder Arbeitskraft, sein Privateigentum beruht auf eigener Arbeit. Sein eigener oder gepachteter Hof reicht gerade, um die Bedürfnisse seiner Familie und seiner Wirtschaft zu decken, ein nennenswertes Wachstum des Hofes ist nicht möglich.

Die ökonomische und soziale Lage der Kleinbauernfamilien ist äußerst unsicher: Ihr niedriges Einkommen liegt oft weit unter dem von Arbeitern, und selbst dieser niedrige Lebensstandard ist mit Überarbeitung erkauft: 1972 betrug die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in der Landwirtschaft 64 Stunden (wobei die Werte für die Kleinbauern oft noch darüber liegen); Frauen- und Kinderarbeit sind hier die Regel. An Urlaub wagt kaum jemand zu denken, obwohl gerade in Kleinbetrieben eine starke Überalterung herrscht. Unfälle, Krankheit oder plötzliche Mißernten, Preiseneinbrüche usw. können schlagartig große Not oder den Ruin mit sich bringen. Viele Betriebe werden von einer großen Schuldenlast mit hohen Zinsen bedrückt.

Warum wollen trotz alledem die meisten Kleinbauern in der Landwirtschaft bleiben? Daraufhin befragt, nennen die Bauern als Grund immer wieder die Unsicherheit des außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplatzes. Von dieser Erscheinung des kapitalistischen Systems sind die ehemaligen Kleinbauern besonders stark betroffen: Wegen ihrer unzureichenden Ausbildung müssen die meisten von ihnen Hilfsarbeiter werden, die in Krisen am ehesten entlassen werden. Gerade Fabriken in ländlichen Regionen werden von den Kapitalisten in Krisen zuerst geschlossen. Viele ältere Bauern finden überhaupt keine Arbeit mehr, ganz abgesehen davon, daß sie sich nur schwer vollständig umstellen können, zumal in vielen Fällen sogar noch ein Ortswechsel von ihnen verlangt wird.

Ein ebenso wichtiger Grund ist die Entfremdung der Arbeit in der Fabrik. Mag die Lage der Kleinbauern auch noch so schlecht sein, mögen die Kapitalisten auch noch so viel Druck auf sie ausüben — in der Landwirtschaft werden die Bauern nicht dauernd herumkommandiert, hier können sie Produktion und Arbeitsprozeß in gewissem Maße noch selbst bestimmen. Der Unterschied zum Proletariat ist eben der, daß der Kleinbauer "noch im Besitz seiner Arbeitsmittel ist; also ein Überbleibsel einer vergangenen Produktionsweise" (14). Als solcher ist er "wie jeder Überrest einer vergange-

(13) Lenin, Die große Initiative, Lenin Werke (LW) 29, S.410

(14) Engels, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, Ausgewählte Schriften II, S.390, MEW 22, S.485

nen Produktionsweise unrettbar dem Untergang verfallen. Er ist ein zukünftiger Proletarier". Die Richtigkeit dieser Worte zeigt die Entwicklung der westdeutschen Landwirtschaft im Kapitalismus – täglich werden über 100 Höfe ruiniert.

2. Die Führung der Arbeiterklasse gegenüber den Kleinbauern ist unerlässlich.

Aber wenn die Kleinbauern auch zukünftige Proletarier sind, so schwanken sie doch von ihrer Klassenlage her zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Allein schon die räumlich isolierte Arbeit, ihre Produktionsweise isoliert sie voneinander: "Die zersplitterte, einzelnte Ausbeutung in kleinem Maßstab fesselt die Werk tätigen an den Ort, isoliert sie voneinander und hindert sie daran, sich ihrer Klassensolidarität bewußt zu werden, hindert sie daran, sich zu vereinigen, auch wenn sie erkannt haben, daß die Ursache der Unterdrückung nicht diese oder jene Person, sondern das ganze Wirtschaftssystem ist. Der Großkapitalismus dagegen sprengt unvermeidlich jede Bindung der Arbeiter an die alte Gesellschaft, an einen bestimmten Ort und einen bestimmten Ausbeuter; er vereinigt sie, zwingt sie zum Denken und versetzt sie in Verhältnisse, die ihnen die Möglichkeit geben, zum organisierten Kampf überzugehen." (15)

Man kann sich die Bedeutung dieses Umstandes leicht klar machen, wenn man sich überlegt, wie schwer es ist, an Bauern massenhaft Flugblätter zu verteilen oder sie zu Besprechungen zusammenzufassen.

Hinzu kommt, daß die Bauern als Privatproduzenten in Konkurrenz zueinander stehen, daß sie – solange sie sich als solche verhalten, danach trachten, ihr Privateigentum zu vergrößern (auf dieses Ziel hin untersuchen sie auch die Genossenschaft!). Viele Kleinbauern hoffen noch, zu Großbauern aufzusteigen oder zumindest auf Dauer Kleinbauer bleiben zu können. Aber "solange der Kapitalismus herrscht, gibt es für die Kleinbesitzer keinen anderen Ausweg: entweder selbst zu Kapitalisten zu werden (doch das ist im besten Falle einem von hundert Kleinbesitzern möglich) oder zum ruinierten Kleinbesitzer, zum Halbproletarier, und dann zum Proletarier werden" (16). Wenn der Aufstieg auch nur wenigen gelingt (auf Kosten vieler anderer) – es gelingt halt einigen, und an diesem Punkt und an diesen Beispielen setzt die Unternehmer- und Selbständigeneideologie der Bourgeoisie an.

Außerdem strebt der Kleinbauer als Produzent eine Preissteigerung an: "... unter dem Kapitalismus wird der kleine Landwirt – ob er es will oder nicht, ob er es merkt oder nicht – zum Warenproduzenten. In dieser Veränderung liegt der ganze Kern der Sache. Diese Veränderung allein macht aus dem kleinen Landwirt, selbst wenn er noch keine Lohnarbeiter ausbeutet, einen Antagonisten des Proletariats, einen kleinen Bourgeois. Er verkauft sein Produkt, der Proletarier verkauft seine Arbeitskraft. Als Klasse können die kleinen Landwirte nicht umhin, eine Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte anzustreben, und das ist gleichbedeutend damit, daß sie sich mit den Großgrundbesitzern in die Grundrente teilen und sich mit ihnen gegen die übrige Gesellschaft solidarisieren." (17) Die Bedeutung dieses Faktors zeigt sich besonders deutlich an der Spekulation vieler Bauern in Not- und Krisenzeiten.

Die Kleinbauern haben deshalb keine eigenständige Perspektive hin zum Sozialismus. Zwar richtet sich ihr spontaner Kampf gegen die Vertreibung von der Scholle gegen die Bourgeoisie, aber er bleibt perspektivlos als Versuch, die Existenz als Kleinbauer vor dem Untergang zu sichern. Vom Absinken ins Proletariat und von der Vernichtung durch die Bourgeoisie bedroht, scheut sich das Kleinbürgertum vor der Erkenntnis seiner Lage als Klasse und macht die Harmonisierung des Klassengegensatzes zu seinem ideologischen Hauptgeschäft: "Es glaubt ..., daß die besonderen Bedingungen seiner Befreiung die allgemeinen Bedingungen sind, innerhalb deren allein die moderne Gesellschaft gerettet und der Klassenkampf vermieden werden kann." (18) Die sozialistische Gesellschaft, die sie erstreben, besteht für sie in einer Gesellschaft mit vorherrschendem Kleinbetrieb, deren Früchte nicht mehr vom kapitalistischen Wucherer geraubt werden können, sondern dem Produzenten selbst zufallen.

All das macht die Führung der Arbeiterklasse auch gegenüber den Kleinbauern unerlässlich: "Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt. Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen." (19)

Deshalb dürfen die Kommunisten den Kleinbauern keinesfalls die Illusion lassen, sie könnten auf Dauer selbständige Kleinbauern bleiben. Ein solches Versprechen ist unhaltbar und wird täglich durch den Gang der Geschichte, durch die Entwicklung der Produktivkräfte in der kapitalistischen Gesellschaft widerlegt: "Es ist aber nicht unser Interesse, den Bauern von heute auf morgen zu gewinnen, damit er uns, wenn wir das Versprechen nicht halten können, von morgen auf übermorgen wieder abfällt. Wir können den Bauern, der uns zumutet, ihm sein Parzelleneigentum zu verewigen, nicht als Parteigenossen brauchen." (20) Der Versuch, "den Kleinbauern in seinem Eigentum zu schützen, schützt nicht seine Freiheit, sondern die besondere Form seiner Knechtschaft, sie verlängert eine Lage, worin er weder leben noch sterben kann" (21).

"Hiernach also können wir nicht nur der Partei, sondern auch den Kleinbauern selbst keinen schlimmeren Dienst

(15) Lenin, Was sind die "Volksfreunde" ..., LW 1, S.304

(16) Lenin, Die Lehren der Revolution, LW 25, S.243

(17) Lenin, Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus, LW 22, S.92

(18) Marx, Der achzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Ausgewählte Schriften I, S. 252

(19) Marx und Engels, Das Kommunistische Manifest, AS 1, S.35

(20) Engels, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, AS 11, S. 400

(21) Engels, op.cit. S.395

erweisen, als durch Zusagen, die auch nur den Schein erwecken, wir beabsichtigten die dauernde Erhaltung des Parzelleneigentums. Das hieß, den Bauern direkt den Weg zu ihrer Befreiung versperren und die Partei herabwürdigen auf das Niveau des Radau-Antisemitismus. Im Gegenteil. Es ist die Pflicht unserer Partei, den Bauern immer und immer wieder die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage, solange der Kapitalismus herrscht, klarzumachen, die absolute Unmöglichkeit, ihnen ihr Parzelleneigentum als solches zu erhalten, die absolute Gewißheit, daß die kapitalistische Großproduktion über ihren machtlosen veralteten Kleinbetrieb hinweggehen wird wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre. Tun wir das, so handeln wir im Sinne der unvermeidlichen ökonomischen Entwicklung, und diese wird den Kleinbauern schon offene Köpfe machen für unsere Worte." (22)

Die Kommunisten dürfen also nicht die klassentypischen Verhaltensweisen und Erwartungen der Kleinbauern unterstützen, die aus deren Stellung als Eigentümer, Produzent und Verkäufer von Produkten erwachsen. Sie müssen diese Illusionen und Verhaltensweisen zurückdrängen und die Kleinbauern auf die Ziele des proletarischen Klassenkampfes orientieren: "Zugleich zeigen die Kommunisten der gesamten übrigen werktätigen und ausgebeuteten Masse die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage in der kapitalistischen Gesellschaft und die Notwendigkeit der sozialen Revolution für ihre eigene Befreiung vom Joch des Kapitals" (Programm des KBW). Einen anderen Weg kann es für die Masse der Kleinbauern nicht geben, nur über diese Einsicht kann man sie gewinnen.

3. Unter welchen Forderungen müssen die Kleinbauern kämpfen?

Wenn es nun auch völlig aussichtslos ist, daß die Masse der Kleinbauern im Kapitalismus ihren Hof erhalten kann – so heißt das keineswegs, daß sie so schnell wie möglich ihre Landwirtschaft aufgeben und Arbeiter werden sollten. Denn das würde nur den Feinden der Kleinbauern etwas nützen, was sich schon daran zeigt, wie sehr sie und ihr Staat gerade diesen Prozeß beschleunigen wollen: Die landwirtschaftlichen Großbetriebe warten auf ihre Flächen und Marktanteile, alle Kapitalisten warten auf billige Arbeitskräfte, Verarbeitungs- und Handelsmonopole warten auf ihre Anpassung im Rahmen der vertikalen Integration, der Staat ist im Sinne von ihnen allen tätig und will zudem Kosten für die Klein- und Arbeiterbauern einsparen.

Die Klein- und Arbeiterbauern dagegen haben kein Interesse daran, als Hilfsarbeiter auf schlechtbezahlten und unsicheren Arbeitsplätzen ausgebeutet zu werden, dort herumkommandiert zu werden. Auch die Arbeiter haben kein Interesse daran, daß sich eine industrielle Reservearmee bildet, die die Löhne drückt. Kleinbauern, Arbeiter und das ganze Volk haben kein Interesse daran, daß Verelendung und Überarbeitung die Klein- und Arbeiterbauern vom gemeinsamen Kampf gegen die Ausbeuter und ihren Staat abhalten. Deshalb müssen sie sich gegen die Vertreibung aus der Landwirtschaft wehren, die nur Not und Elend mit sich bringt, bzw. für einen möglichst günstigen Übergang in die Industrie kämpfen.

Wenn sie sich aber gegen Elend und Not wehren, so dürfen sie dies keineswegs mit der Illusion tun, wieder zum selbständigen Bauern aufzusteigen, das Einzeleigentum auf Dauer vergrößern zu können und auf Dauer Bauer bleiben

zu können. Wer ihnen das verspricht, belügt sie und versucht, sie zu ködern. Die tatsächliche Entwicklung im Kapitalismus widerlegt ihn täglich neu, und auch im Sozialismus wird es auf Dauer keine Erhaltung des schwachen Einzeleigentums geben können. Allerdings wird im Sozialismus keiner durch Not und Elend gezwungen werden, aus der Landwirtschaft abzuwandern – insofern versprechen wir den Kleinbauern nichts, was wir nicht halten können!

Denn wenn wir auch die Hoffnungslosigkeit der Lage der Kleinbauern erkennen und ihren unvermeidlichen Untergang voraussehen, so dürfen wir ihn dennoch keinesfalls durch Eingriffe unsererseits beschleunigen: "Wir können nun und nimmermehr den Parzellenbauern die Erhaltung des Einzeleigentums und des Einzelbetriebes gegen die Übermacht der kapitalistischen Produktion versprechen. Wir können ihnen nur versprechen, daß wir nicht wider ihren Willen in ihre Eigentumsverhältnisse eingreifen werden. Wir können ferner dafür eintreten, daß der Kampf der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gewaltsam gegen die Kleinbauern schon heute mit möglichst wenig unrechtlichen Mitteln geführt und direkter Raub oder Prellerei, wie sie nur zu häufig vorkommen, möglichst verhindert wird. Das wird nur ausnahmsweise gelingen. In der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise weiß kein Mensch, wo die Ehrlichkeit aufhört und die Prellerei anfängt." (23)

"Wir dürfen die Bauern als Bauern in unserer praktischen Politik nicht vernachlässigen und dürfen ihnen nicht nur ihre Lage erklären und interpretieren, bis sie Arbeiter geworden sind: Je größer die Anzahl der Bauern ist, denen wir den wirklichen Absturz ins Proletariat ersparen, die wir schon als Bauern für uns gewinnen können, desto rascher und leichter vollzieht sich die gesellschaftliche Umgestaltung. Es kann uns nicht dienen, wenn wir mit dieser Umgestaltung warten müßten, bis die kapitalistische Produktion sich überall bis auf ihre letzten Konsequenzen entwickelt hat, bis auch der letzte Kleinhandwerker und der letzte Kleinbauer dem kapitalistischen Großbetrieb zum Opfer gefallen ist." (24)

Im Kampf gegen die gewaltsame Vertreibung aus der Landwirtschaft müssen die vom Absturz ins Proletariat bedrohten Kleinbauern **Kampfkomitees** bilden, die unter spezifischen Forderungen gegen die Verelendung kämpfen:

- Für Einkommensbeihilfen vom Staat in besonderen Notlagen wie Überschwemmungen, Dürreperioden usw.!
- Schluß mit der berufsständischen Versicherung, getrennt in Berufsgenossenschaft, Alterskasse, Landwirtschaftliche Krankenkasse! Für eine verbesserte Sozialversicherung, einheitlich für alle Lohnabhängigen und Kleinbauern:
 - vollständiger Schutz für alle Arten des Verlustes oder der Minderung der Arbeitsfähigkeit durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Mutterschaft und für den Fall der Arbeitslosigkeit. Unentgeltliche Bereitstellung von Betriebshebern für die Kleinbauern!
 - Herabsetzung des Rentenalters von auf 50 Jahre bei Frauen, 55 Jahre bei Männern.
 - Erhöhung der Renten auf mindestens 75 % eines

(22) Engels, op.cit. S.403

(23) Engels, op.cit. S.402

(24) Engels, ebd.

- Facharbeiterlohn; regelmäßige und gleichzeitige Erhöhung der Renten mit den Löhnen.
- Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit. Zahlung eines Facharbeiterlohns für den Fall einer Umschulung.
- Unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit allen Arzneimitteln. Übertragung des Gesundheitswesens an eine sich selbst verwaltende Krankenkasse, deren Leitung von den Versicherten gewählt wird.
- Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben oder Einrichtungen handelt oder um Kleinbauern, durch den Staat.
- Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen.
- Für staatlich finanzierte Versicherungen gegen Unwetter-, Seuchen-, Brand- und Unfallschäden im landwirtschaftlichen Betrieb für alle Kleinbauern unter ihrer Kontrolle.
- Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung der öffentlichen Ausgaben – soweit diese durch Steuern gedeckt werden – ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen (einschließlich Grundbesitz) und Erbschaft. Freibeträge für die Kleinbauern: 1 500 Mark steuerfrei! (Diese Forderungen sollen verhindern, daß die Kleinbauern und das Volk zusätzlich über die indirekten Steuern wie Mehrwertsteuer etc. ausgeplündert werden und daß diejenigen den Staat finanzieren, denen er nützt.)
- Weg mit dem Ertl-Plan als Mittel zur zusätzlichen Spaltung und Verdrängung der Kleinbauern!
- Weg mit dem Genossenschaftsgesetz:
 - Abstimmungen nach dem Prinzip: "Ein Mann – eine Stimme"
 - Jederzeitige Rechenschaftspflicht des Vorstandes in allen Fragen.
 - Keinerlei Selektionsbestimmungen.
- Austritt aus der EWG, die die Interessen der Kleinbauern den Interessen der westdeutschen Kapitalisten opfert.

Obige Forderungen werden die Fähigkeit der Kleinbauern und Arbeiterbauern erhöhen, den Kampf gegen das kapitalistische System und seine Auswirkungen zu führen. Die Klassenfronten werden dadurch deutlicher. Es wird allerdings nur begrenzt möglich sein, die Auswirkungen dieses Systems zu mildern, erst die Beseitigung des Ausbeutersystems kann eine endgültige und umfassende Besserstellung bringen!

4. Der demokratische Kampf als Hauptkettenglied auch zur Gewinnung der Kleinbauern.

Der demokratische Kampf ist das entscheidende Kettenglied, um die Kleinbauern an den Sturz der Bourgeoisie heranzuführen. Denn "der Druck des bürgerlichen Staates auf die ihm unterworfenen und mit seiner Hilfe ausgeplünderten Massen wächst" auch in Bezug auf die Kleinbauern. Das zeigt die Agrarpolitik des bürgerlichen Staates (Ertl-Plan, Genossenschaftsgesetz usw.) ebenso wie die Polizeieinsätze gegen demonstrierende Bauern,

die Steuergesetzgebung, Schulpolitik, EG-Politik usw.

Am Kampf gegen den bürgerlichen Staat und für Demokratie haben alle Teile des Volkes ein gemeinsames Interesse, in diesem Kampf stellt sich die Einheit des Volkes her. Die Kommunisten müssen künftig verstärkt darauf achten, auch die Kleinbauern in den umliegenden Dörfern in den Kampf um bestimmte demokratische Forderungen mit einzureihen. Sie dürfen die mühsame und aufwendige Arbeit nicht scheuen, zum Flugblattverteiler, bei Unterschriftensammlungen und Zeitungsverkäufen über die Dörfer und Höfe zu gehen, um auch die Kleinbauern zu gewinnen: ob es um den Kampf um Meinungs- und Versammlungsfreiheit geht, um die Kontrolle der Schulen und der Lehrer oder um die Steuerforderung.

Natürlich ist die Demokratie nur ein Mittel, um bestimmte Ziele zu erreichen: Alle Teile des Volkes wollen mit diesem Mittel die ökonomische und soziale Herrschaft der Ausbeuter beseitigen, wenn auch vielfach noch mit unterschiedlichen Bestrebungen: die Arbeiter um die sozialistische Planwirtschaft (das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln) herzustellen, viele Kleinbauern noch mit der Hoffnung, ihr Kleingut zum Dauer zu erhalten, unbehelligt von Steuer, Wucher und Bevormundung. D. h. alle Teile des Volkes können bei der Zerschlagung des bürgerlichen Staates und der Herstellung demokratischer Formen mit den Arbeitern zusammengehen, dennoch tauchen vorher und nachher Widersprüche zwischen ihnen auf. Aber diese Widersprüche sind nicht antagonistisch und unüberwindbar, gerade unter den Bedingungen der proletarischen Demokratie können sie umso besser gelöst werden!

5. Die Politik gegenüber den Bauern unter der Diktatur des Proletariats

Die Kommunisten müssen aber auch schon heute genau sagen, wozu die Arbeiterklasse die Staatsmacht benutzen wird: Sie wird sie benutzen, um den Sozialismus zu errichten, wozu auch die Zurückdrängung kleinbürgerlichen Eigentums und kleinbürgerlicher Gewohnheiten gehört. Denn auch unter der Diktatur des Proletariats sind bei den Kleinbauern "Schwankungen in der Richtung der unbeschränkten Freiheit des Handels und der freien Nutznießung der Privateigentumsrechte unvermeidlich" (25).

Aber wenn breiteste Demokratie herrscht, wenn die Feinde auch der Kleinbauern entmachtet sind und das Ausbeutersystem beseitigt ist, werden die Kleinbauern nicht mehr mit Gewalt von ihrem Hof vertrieben werden können. Auch dann werden etliche Bauern versuchen, durch Verdrängung anderer Kleinbauern und auf Kosten des Volkes zu Großbauern aufzusteigen, aber das Proletariat wird den Kleinbauern sagen, daß ohne ein Vorwärtsgen zum Sozialismus die alten Ausbeuterhältnisse und die bürokratische Unterdrückung neu entstehen müssen, und wird so die Kleinbauern zum Kampf gegen die neukeimende Bourgeoisie organisieren.

Wenn breiteste Demokratie herrscht werden die Kleinbauern nicht mehr mit Gewalt von ihrem Hof vertrieben werden können: "Es wird immer einen bedeutenden Un-

(25) Lenin, Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage, LW 31, S.142

terschied machen, ob die öffentliche Gewalt auf Seite des Prellers oder des Geprellten steht. Und wir stehen ja entschieden auf Seite des Kleinbauern; wir werden alles nur irgend Zulässige tun, um sein Los erträglicher zu machen, um ihm den Übergang zur Genossenschaft zu erleichtern, falls er sich dazu entschließt, ja sogar um ihm, falls er diesen Entschluß noch nicht fassen kann, eine verlängerte Bedenkzeit auf seiner Parzelle zu ermöglichen." (26)

Nach allen Erfahrungen in den sozialistischen Ländern wird es einer langwierigen und beharrlichen Überzeugungsarbeit bedürfen, um die Bauern auf den genossenschaftlichen Weg zu leiten: "Hier mit Gewalt vorgehen hieße die ganze Sache zugrunderichten. Hier bedarf es einer lang dauernden Erziehungsarbeit. Wir müssen dem Bauern, der... Praktiker und Realist ist, konkrete Beispiele als Beweis dafür liefern, daß die "Kommune" das Beste ist." (27) Durch konkrete Beispiele wird man Schritt für Schritt immer festere genossenschaftliche Zusammenschlüsse fördern – über Zusammenarbeit bei Maschinen, Feldarbeit allmählich bis zum Zusammenschluß ganzer Höfe und Dörfer.

"Schließlich kann und muß das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen der Bauernschaft (Absatz-, Einkaufs-, Kredit- und Produktionsgenossenschaften) – unter den Bedingungen einer entsprechenden Leitung, eines systematischen Kampfes gegen die kapitalistischen Elemente und der Sicherung des tätigen Anteils der dem Proletariat folgenden breiten Massen der Werktätigen – eine der grundlegenden Organisationsformen der Verbindung von Stadt und Land werden. Unter dem Kapitalismus verwandeln sich die genossenschaftlichen Vereinigungen der Bauernwirtschaften, soweit sie überhaupt lebensfähig sind, zumeist unvermeidlich in kapitalistische Unternehmungen, da sie von der kapitalistischen Industrie, von den kapitalistischen Banken und der kapitalistischen Umwelt überhaupt abhängen und von Reformisten, von der Dorfbourgeoisie und manchmal sogar den Gutsbesitzern geleitet werden. Unter der Diktatur des Proletariats entwickeln sie sich in einem System anders gearteter Beziehungen und sind von der proletarischen Industrie, den proletarischen Banken usw. abhängig. Auf diese Weise werden die landwirtschaftlichen Genossenschaften – die richtige Politik des Proletariats, d.h. den systematischen Klassenkampf gegen die kapitalistischen Elemente außerhalb wie innerhalb der Genossenschaftsorganisationen vorausgesetzt – unter Leitung der sozialistischen Industrie zu einem der wichtigsten Hebel der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes, zu seiner Kollektivierung." (28)

Der freiwillige Zusammenschluß der Bauern wird auch ihnen die Vorteile der großbetrieblichen Wirtschaftsweise zugute kommen lassen. Die verbesserten Arbeitsbedingungen, die sozialen Verhältnisse, die höheren Einkommen und die gesteigerte Produktion in den Genossenschaften, kurz: die Macht des Beispiels wird die Bauern von ihrem veralteten und schwachen Kleinbetrieb zum Eintritt in die Genossenschaft bewegen.

Natürlich werden auch im Sozialismus Menschen von der Landwirtschaft in die Industrie überwechseln. Dieser Übergang wird jedoch nicht mit Zwang geschehen, weil er jene Schrecken verliert, die er im Kapitalismus haben muß: Die Arbeit in der Fabrik wird nicht mit Arbeitshetze, Herumkommandiertwerden, Arbeitsplatzunsicherheit und schlechter Entlohnung verbunden sein – die Arbeiter sel-

ber sind Herren in der Fabrik, die Planwirtschaft macht Arbeitslosigkeit und Krisen undenkbar. Zudem wird im Sozialismus der Gegensatz zwischen Stadt und Land (z.B. durch Industrialisierung ländlicher Regionen) abgebaut werden, übernehmen auch landwirtschaftliche Genossenschaften Aufgaben, die hier die kapitalistische Industrie an sich reißt. Erst im Sozialismus wird es möglich sein, eine Landwirtschaft im Interesse der landwirtschaftlichen Produzenten und des ganzen Volkes aufzubauen!

Wir müssen in unserer Agitation und Propaganda stets auf die Perspektiven der sozialistischen Entwicklung der Landwirtschaft hinweisen, beispielsweise durch Berichte aus sozialistischen Ländern. Es wäre aber falsch, die Kollektivierung schon heute zum Hauptargument unserer Agitation und Propaganda gegenüber den Bauern zu machen. Denn wir "gewinnen sie als Bundesgenossen nicht auf Grund dieser Perspektive, sondern durch den Kampf um ihre unmittelbaren Lebensinteressen, durch den rücksichtslosen Kampf gegen ihre Ausbeuter: kapitalistischer Staat, Finanzkapital, Wucher, Großgrundbesitz usw. Das siegreiche Proletariat und nur es allein hat die Möglichkeit, die Not der kleinbäuerlichen Massen durch... Maßnahmen (Streichung der Hypothekenschulden und Pachtzinsen, ... Steuerbefreiung usw.) zu lindern." (29) Nach Lenin ist es erforderlich, "daß die Lage der am meisten ausgebeuteten werktätigen Massen auf dem Lande durch den Sieg der Arbeiter sofort auf Kosten der Ausbeuter fühlbar verbessert wird, denn sonst ist die Unterstützung des Industrieproletariats durch das flache Land nicht gesichert." (30)

Die Vorteile der Genossenschaften können die Bauern erst unter der Diktatur des Proletariats praktisch erfahren, hier sind sie ein Mittel zur Unterwerfung der Bauern unter Kapital und zur Verdrängung aus der Landwirtschaft. Diktatur des Proletariats bedeutet für die Kleinbauern zunächst Beseitigung der drückenden Lasten seitens des Kapitalismus und die Möglichkeit der Weiterexistenz im bäuerlichen Betrieb, "dann aber Ermöglichung des Übergangs auf eine sozial höhere Stufe, der Nutzbarmachung der Technik zur Hebung der sozialen und kulturellen Lage der Bauernschaft unter freiwilligem Übergang zum Kollektivbetrieb" (31).

Machen die Kommunisten eine richtige Politik, so wird der Kleinbauer trotz aller Schwankungen doch "im großen und ganzen auf der Seite der proletarischen Umwälzung stehen" (32).

Nachdem wir nun unsere Haltung zum Kleinbauern geklärt haben, können wir uns nun in kurzer Form der Frage unserer Haltung zu den anderen Schichten der Landbevölkerung zuwenden:

(26) Engels, op.cit. S.402

(27) Lenin, Bericht über die Arbeit auf dem Lande, VIII. Parteitag der KPR(B), LW 29, S. 197

(28) Programm der Kommunistischen Internationale, in: Unser Programm, Rote Presse Hamburg 1973, S. 141

(29) Der Marxist, Heft 2/3 S.23

(30) Lenin, Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage, LW 31, S. 151

(31) Rau, in: Internationale 1932, S.163

(32) Lenin, op.cit. S.143

6. Die Haltung der Kommunisten zu den anderen Schichten der Landbevölkerung

Die Landarbeiter

Die Landarbeiter besitzen wir ihre Klassenbrüder außerhalb der Landwirtschaft nichts als ihre Arbeitskraft und müssen sich deshalb ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit in kapitalistischen Landwirtschaftsbetrieben verdienen. Ihre Zahl ist seit dem Kriege stark gesunken und betrug 1972 nur noch 117 000 (das sind knapp 10 % der Vollarbeitskräfte in der Landwirtschaft). Das liegt daran, daß die Löhne in der Landwirtschaft noch niedriger sind als außerhalb der Landwirtschaft. Lediglich auf Höfen über 50 Hektar ist die Lohnarbeit noch weitverbreitet. Die Zunahme der gewerblichen Massentierhaltung auf Lohnarbeiterbasis kann diesen Rückgang der Zahl der Lohnarbeiter nicht aufhalten. Allerdings verrichten viele Dorfbewohner noch saisonal (in der Zuckerrübenpflege, Ernte usw.) Arbeit in der Landwirtschaft.

Es ist die grundlegende Aufgabe der Kommunisten auf dem Lande, die landwirtschaftlichen Proletariat eigenständig zu organisieren. Denn erst dadurch kann die Arbeiterklasse in der Landwirtschaft praktisch ihre Führungsrolle wahrnehmen, unterstützt durch Arbeiter in eng mit der Landwirtschaft verbundenen Betrieben (Molkereien, Genossenschaften, Maschinenlohnunternehmen) und auf dem Lande lebende Arbeiter.

Die Gewinnung der Landarbeiter ist allerdings sehr erschwert durch ihren stark zersplitterten Arbeitseinsatz. Es gibt nur wenige Höfe mit mehr als einem Landarbeiter; und zumeist arbeiten die Landarbeiter allein in Feld und Stall. Auch die starke persönliche Abhängigkeit vom Großbauern erschwert ihre Gewinnung, oft ist die Kontrolle durch den mitarbeitenden Großbauern sehr direkt. Viele Landarbeiter sind an ein bestimmtes Dorf dadurch gebunden, daß staatliche Maßnahmen oder Unterstützung des Großbauern sie zum Bau eines Eigenheimes anreizen, das sie über viele Jahre mühsam abbezahlen. Die Großbauern eines Dorfes oder einer Region machen sich aber selten Konkurrenz um ihre Arbeiter. Gewisse "Vergünstigungen" tun ein übriges, wie die Gewährung einer kleinen Parzelle zur eigenen Bewirtschaftung, die Bereitstellung einer Wohnung oder von Naturalien oder von Futter für das Kleinvieh des Arbeiters.

All das trägt dazu bei, daß das Lohnniveau der Landarbeiter seit Jahrzehnten nur zirka 70 % des Lohns der Industriearbeiter beträgt. Und das, obwohl die Arbeitszeit in der Landwirtschaft höher, die Alterssicherung schlechter und die Unfallquote höher ist als in vielen anderen Berufen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer arbeiten eng mit dem landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband zusammen, beispielsweise mit dem Argument, zu hohe Lohnforderungen könnten die Bauern ruinieren und so die Arbeitsplätze gefährden. Entsprechend gering ist denn auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad unter den Landarbeitern (weniger als ein Drittel). Die Kommunisten müssen in der "Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft, Forsten" gemäß den Leitsätzen zur Arbeit in den Gewerkschaften arbeiten. In den Gewerkschaften müssen sie für die Durchsetzung der Arbeiterschutzforderungen des Pro-

gramms kämpfen.

Der Kampf um die Lehrlinge in landwirtschaftlichen Betrieben (zumeist Bauernsöhne, die hinterher den elterlichen Hof übernehmen) muß entsprechend dem Kampf um Lehrlinge in anderen Kleinbetrieben geführt werden.

Die Arbeiterbauern (Halbproletariat, arme Bauern) (33)

Diese erwerben ihren Lebensunterhalt "teils durch Lohnarbeit in kapitalistischen Landwirtschafts- und Industriebetrieben, teils durch Arbeit auf ihrem eigenen oder einem gepachteten Stückchen Land, das ihnen nur einen Teil der von ihrer Familie benötigten Lebensmittel abwirft" (34). Das landwirtschaftliche Einkommen der Arbeiterbauern ist also schon so niedrig, daß sie als Lohnabhängige zuverdienenden müssen, das ist gegenwärtig schon bei ungefähr der Hälfte der 1 Million westdeutschen Höfe der Fall (wenn auch der Anteil des Lohns am Gesamteinkommen unterschiedlich ist).

Ihre Zahl und ihr Anteil wächst ständig, denn dieses Durchgangsstadium im Proletarisierungsprozeß kommt der Bourgeoisie sehr gelegen: Die Landmaschinenindustrie profitiert davon, daß viele Arbeiterbauern ihren Lohn wieder unrentabel in die Landwirtschaft investieren, weil sie hoffen, wieder Vollerwerbsbauern zu werden. Andere wiederum lassen ihre Flächen teilweise von anderen Bauern des Ortes bestellen oder bringen sie in eine Kooperation ein. So wird der Konzentrationsprozeß vorangetrieben, ohne daß sich an den formellen Eigentumsverhältnissen etwas ändert: Die Arbeiterbauern erhalten nur dann eine einzelbetriebliche Investitionsförderung, wenn sie in eine Kooperation eintreten, "die auf eine unmittelbare Flächenbewirtschaftung (z.B. in Form der Maschinenringe) gerichtet ist, und soweit sie Investitionen im Interesse einer solchen Kooperation vornehmen" (35). Da sich — wie wir oben gesehen haben — auch in den Kooperativen wenige Bauern auf Kosten der Masse der kleinen Bauern durchsetzen, ist diese "Förderung" praktisch eine vorweggenommene Förderung dieser Großbetriebe. Ohnehin dienen solche Kooperationen oft dazu, daß die Kleinbauern und Arbeiterbauern billige Arbeit leisten und die Großbetriebe ihre Maschinen besser auslasten können. Laut Prof. Weinschenk (Hohenheim) kann der Nebenerwerbler "auf Realisierung des vollen Lohnanspruchs verzichten und ... die Vorteile mechanischer Arbeitslösungen durch Benutzung von Maschinenringen" nutzen (36). Weiterhin ist die Tatsache, daß Veredlung bei Nebenerwerbsbetrieben nicht subventioniert wird, nur ein Ausdruck dafür, daß die größeren Betriebe auf ihre Marktanteile und Flächen spekulieren (Weinschenk).

Die Proletarisierung wird den Bauern durch die Einschaltung dieses Zwischenstadiums weniger bewußt; viele wehren sich gegen die Einsicht in die unabwendbare Proletarisierung und betrachten ihre Tätigkeit als Arbeiter als nur vorübergehend. Sie hoffen wieder Vollerwerbsbauer zu

(33) Die Begriffe "Nebenerwerbs- oder Zuerwerbslandwirte" abstrahieren davon, wie dieser Nebenerwerb außerhalb der Landwirtschaft aussieht. Darunter fallen auch Bauern, die neben der Landwirtschaft auch Pensionen, Mühlen usw. betreiben.

(34) Lenin, op.cit. S.141

(35) Agrarbericht 74, Materialband, S.238

(36) Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, 9/72

werden und bleiben mit dem Herzen Bauer, obwohl sie längst den Hauptteil ihres Einkommens aus der Lohnarbeit beziehen. Das drückt sich auch hierin aus, daß noch 58 % der Arbeiterbauern im Bauernverband sind, dagegen nur 12 % im DGB (37). Viele betrachten ihre Deklassierung als Folge der eigenen Unfähigkeit und haben gegenüber den Großbauern Minderwertigkeitsgefühle.

Die Arbeiterbauern unterliegen der Ausbeutung, Arbeits- und Unterdrückung im Betrieb meist noch stärker als ihre Kollegen. Ihre durch den Hof erzwungene Selbsttätigkeit kettet sie vor allem in ländlichen Regionen an einen Betrieb. Ihre fehlende Ausbildung läßt für die meisten nur eine Beschäftigung als Hilfsarbeiter zu, die in Krisen am ehesten auf die Straße fliegen. Das aber bestärkt viele von ihnen in ihrem Glauben, nur die Landwirtschaft könne ihnen Sicherheit bieten — weshalb sie den Kampf im Betrieb nur halbherzig führen, Lohnabbau oder Arbeitslosigkeit über ihren Hof abzufangen suchen. Die Unternehmer- und Selbständigsideologie verfängt bei ihnen noch leichter, und nach Feierabend fehlt der Kontakt zu Kollegen oder die Zeit für Versammlungen, weil die Arbeiterbauern nach Hause auf den Hof müssen.

Die Arbeiterbauern müssen sich stärker als bisher in den Gewerkschaften organisieren. Der Hof darf sie keinesfalls vom Kampf als Arbeiter abhalten. Denn durch ein Ausweichen vor den Angriffen der Kapitalisten können sie ihre Lage nicht bessern, gerade als zersplittert wirtschaftende Bauern nicht. Sie müssen den Lohnkampf ebenso konsequent führen wie den Kampf um die Arbeiterschutzforderungen. Ohnehin muß sich jeder Arbeiterbauer fragen, ob die Arbeit auf seinem Hof nicht schlechtbezahlte Überstundenarbeit ist und Raubbau an der Gesundheit der ganzen Familie: Vor allem die Frauen der Arbeiterbauern tragen nämlich meistens die ganze Last des Betriebes!

Damit soll nicht übersehen werden, daß die Arbeiterbauern nur zum Teil Arbeiter, zum anderen Teil aber noch Kleinbauern sind und als solche weitere Interessen haben: so z.B. die Nutzung schon getätigter Investitionen, laufender Pachtverträge, sowie flexible Urlaubszeit (Erntearbeiten) usw. Sie müssen ihre Interessen — soweit sie ihren Status als Kleinbauern betreffen — in den Organisationsformen und unter den Forderungen der Kleinbauern mitvertreten.

Leisten die Kommunisten eine richtige Arbeit, so werden die Arbeiterbauern bestimmt ihre Anhänger sein, "denn ihre Lage ist sehr schwer und der Gewinn, den sie von der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats haben, ist gewaltig und unverzüglich spürbar" (38).

Die Mittelbauern

Das sind Eigentümer oder Pächter solcher Höfe, die nicht nur die Erhaltung der Familie und der Wirtschaft gestatten, sondern darüber hinaus einen gewissen Überschuß, so daß ein Wachstum dieser Höfe möglich ist. Dieser Überschuß kann sich zumindest in günstigen Jahren in Kapital verwandeln, außerdem kann auf einigen dieser Höfe fremde Arbeitskraft in Anspruch genommen werden (39). Allerdings ist die Existenzquelle der Mittelbauern hauptsächlich ihre persönliche Arbeit, die Ausbeutung bildet also nicht die Hauptquelle ihrer Einnahmen (40). Ihre Zahl in der Bundesrepublik beläuft sich schätzungsweise auf 200 000 (zwei Zehntel der westdeutschen Höfe).

"Das revolutionäre Proletariat kann es sich — wenigstens für die nächste Zukunft und für den Beginn der Periode der Diktatur des Proletariats — nicht zur Aufgabe machen, diese Schicht auf seine Seite zu ziehen, sondern muß sich darauf beschränken, sie zu neutralisieren, d.h. sie dahin zu bringen, daß sie sich im Kampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie neutral verhält. Schwankungen dieser Schicht zwischen der einen oder anderen Kraft sind unvermeidlich, und zu Beginn der neuen Epoche wird sie in den entwickelten kapitalistischen Ländern vorwiegend zur Bourgeoisie tendieren. Denn in dieser Schicht überwiegen die Weltanschauung und die Stimmungen der Eigentümer; sie ist an der Spekulation, am "freien" Handel und Eigentum unmittelbar interessiert und steht zu den Lohnarbeitern in direktem Antagonismus. Durch Aufhebung des Pachtzinses und Streichung der Hypotheken wird das siegreiche Proletariat die Lage dieser Schicht unmittelbar verbessern." (41) Auch unsere Forderungen wie die Steuerforderung bringen vielen Mittelbauern Vorteile.

Allerdings stehen uns ihre Landarbeiter näher und wir werden uns stets auf deren Seite stellen. Sollte durch die Aufhebung der Lohnarbeit im Sozialismus die Wirtschaft der Mittelbauern gefährdet werden, so mögen sie die Hilfe der Genossenschaften annehmen. Die Kommunisten sind jedenfalls nicht bereit, ihnen auf Kosten von Lohnarbeitern das Privileg einer eigenständigen Wirtschaft zu gewähren.

Ansonsten gilt auch für die Mittelbauern, daß der Eintritt in die Genossenschaft nur durch Überzeugung und durch die Macht des Beispiels vollzogen wird, wobei man natürlich in der Genossenschaft darauf achten muß, daß die Mittelbauern aufgrund ihrer Kenntnisse oder ihres eingebrachten Eigentums nicht über die anderen Bauern dominieren. Das schließt nicht aus, daß man ihnen neben ihrem Anteil an den Überschüssen der Genossenschaft, den sie aufgrund ihrer Arbeitszeit wie alle anderen erhalten, zunächst einen weiteren gewissen Anteil nach Maßgabe ihres eingebrachten Eigentums bezahlt (gleiches gilt ebenso für die Kleinbauern). Denn es ist durchaus möglich, daß bestimmte Bauern dieses Eigentum durch Konsumeinschränkung und Überarbeit erworben haben, während andere Bauern dies nicht taten und deshalb weniger Eigentum einbrachten. Alle andere Gleichmacherei von Anfang an würde durch ungerechtfertigte Reibereien die Arbeit der Genossenschaft gefährden.

Die Großbauern

Großbauern sind jene kapitalistischen Landwirte, die in der Regel mit mehreren Lohnarbeitern wirtschaften und mit den übrigen Bauern nur noch durch "ihre niedrige Kulturstufe, ihre Lebensweise und die eigene körperliche Arbeit in ihrer Wirtschaft verbunden sind" (42). Die Ausbeutung trägt hier ständigen Charakter und macht den Hauptteil des Einkommens aus. Auch durch Ausleihen von Maschinen usw. eignen sie sich die Ergebnisse der Arbeit anderer

(37) O.Poppinga, op.cit. S.26

(38) Lenin, op.cit. S.142

(39) Lenin, op.cit. S.144

(40) Mao Tsetung, Wie man die Klassen im Dorf unterscheidet, Ausgewählte Werke I, S. 159

(41) Lenin, op.cit. S.144f

(42) Lenin, op.cit. S.145

an. Die Zahl der Großbauern beträgt ungefähr 30 000 (3 % der westdeutschen Höfe, deren Flächen- und Marktanteil allerdings wesentlich größer ist) und stagniert. (43) Denn wie wir gesehen haben, setzt sich in Westdeutschland der Kapitalismus in der Landwirtschaft nicht hauptsächlich durch die Herausbildung von kapitalistischen Großbauern aus der Schar der Klein- und Mittelbauern durch. Allerdings wachsen diese Betriebe (wenn auch ohne entsprechende Zunahme von Lohnarbeitern) auf Kosten der Kleinbauern, indem sie deren Flächen und Marktanteile an sich reißen.

Sicher haben die Großbauern Gegensätze zu den Bank-, Industrie- und Handelskapitalisten, aber diese Gegensätze innerhalb der Ausbeuterklasse ändern keinen Deut daran, daß die Großbauern "direkte und entschiedene Feinde des revolutionären Proletariats" sind. Das müssen wir entgegen allen DKP-Versuchen, sie in das antimonopolistische Bündnis einzureihen, festhalten. "Auf den Kampf gegen diese Schicht, auf die Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Mehrheit der Landbevölkerung vom geistigen und politischen Einfluß dieser Ausbeuter usw. müssen die kommunistischen Parteien in ihrer gesamten Arbeit auf dem Lande das Hauptaugenmerk richten" (44).

"Nach dem Sieg des Proletariats in den Städten sind seitens dieser Schicht alle möglichen Äußerungen von Widerstand, Sabotage und direkte bewaffnete Aktionen konterrevolutionären Charakters absolut unausbleiblich. Daher muß das revolutionäre Proletariat sofort mit der ideologischen und organisatorischen Vorbereitung der notwendigen Kräfte beginnen, um diese Schicht bis auf den letzten Mann zu entwerfen und ihr — neben dem Sturz der Kapitalisten in der Industrie — beim ersten Anzeichen von Widerstand einen entscheidenden, schonungslosen, vernichtenden Schlag zu versetzen; zu diesem Zweck muß man das Landproletariat bewaffnen und auf dem Lande Sowjets organisieren, in denen für Ausbeuter kein Platz sein darf und den Proletariern und Halbproletariern das Übergewicht gesichert sein muß" (45). Auch in die Genossenschaften darf man sie nur nach längerer Zeit und nach genauer Prüfung lassen.

Je nach den gegebenen technischen und sozialen Voraussetzungen sollte man ihre Wirtschaften vergesellschaften, d.h. konkret vor allem: je nach den Fähigkeiten des Proletariats die Leitung dieser Höfe zu übernehmen. Sonst sollte man den Großbauern ihr Land lassen und es nur bei Widerstand gegen die Staatsgewalt konfiszieren. In Ausnahmefällen sollte man Teile ihres Landes an Kleinpächter verteilen und einen Teil der Maschinen ihnen zur unentgeltlichen Benutzung überlassen. All dies können natürlich nur zeitweilige, erzwungene Übergangsmaßnahmen sein.

Nur nach dem vollständigen Sieg über die Großbauern sind die Massen der Landproletariat, Halbproletariat und Kleinbauern imstande, die proletarische Macht als völlig stabil anzuerkennen (46).

Vor allem über den Deutschen Bauernverband (DBV) setzen die Großbauern heute ihre Interessen durch und benutzen die übrigen Bauern dazu als Fußvolk. Momentan sind etwa 80 % aller Bauern im DBV organisiert — neben der Mehrheit der Klein- und Mittelbauern auch Arbeiterbauern und sogar etliche Landarbeiter, gemeinsam mit kapitalistischen Großbauern! Diese haben auch alle entscheidenden

Führungsgremien in ihrer Hand, der Einfluß der Mitglieder wird durch einen streng hierarchischen Aufbau verhindert. Wie in der Genossenschaft setzen sich auch hier die Stärkeren durch.

Wir müssen den Kleinbauern zeigen, daß sie den Kampf gegen das ganze kapitalistische System führen müssen und daß deshalb eine gemeinsame Organisation mit Kapitalisten nicht möglich ist, denn die Großbauern haben wie alle Teile der Kapitalistenklasse ein Interesse an der Erhaltung dieser Ausbeuterordnung, an der Erhaltung des bürgerlichen Staates.

Das heißt nicht, daß nicht auch weiterhin die kapitalistischen Großbauern den Monopolen unterlegen bleiben und daß die Großbauern nicht auch weiterhin hinsichtlich der Einflußnahme auf die Agrarpolitik mit den Monopolen konkurrieren. Aber diese Konkurrenz ist eine im Kapitalismus ganz und gar übliche Rangelerei zwischen verschiedenen Kapitalistenfraktionen, wie ja auch auf dem Markt die Kapitalisten miteinander konkurrieren. Trotzdem haben sie als Angehörige einer Klasse die gleichen Interessen an der Erhaltung des kapitalistischen Eigentums und der Ausbeutungsverhältnisse sowie an dem Instrument, welches diese Erhaltung sichern soll — der bürgerliche Staat.

Insbesondere über die CDU versuchen die DBV-Führer die Bauern an den bürgerlichen Staat zu binden. Bezeichnenderweise hat der DBV gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie vor zwei Jahren die folgende Erklärung abgegeben: "Die verfassungsrechtliche Garantie des Eigentums und des Erbrechts bildet eines der wesentlichen Fundamente unserer freiheitlich-rechtsstaatlichen Gesellschaftsordnung. Diese Gesellschaftsordnung hat sich durch ihre Leistungen gegenüber allen anderen Systemen als überlegen erwiesen. Unternehmerische Initiative, Selbstverantwortung, wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand hängen entscheidend davon ab, ob diese Gesellschafts- und Eigentumsordnung erhalten bleibt." — Dieselbe Ordnung, die die Kleinbauern von ihren Höfen verjagt und die auf der Ausbeutung von Arbeitern und Arbeiterbauern beruht!

Wir müssen den Arbeiter- und Kleinbauern **genau und konkret** aufzeigen, daß die Politik des Bauernverbandes ihnen schadet. Der DBV redet immer nur von "der" Landwirtschaft und stellt nur generelle Forderungen für "alle Bauern" auf. Solche Forderungen nützen aber großen Bauern viel, bringen dagegen den kleinen Bauern kaum etwas: Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf landwirtschaftliche Produkte nützte denen viel mehr, die große Mengen verkaufen. Auch von der flächenbezogenen Verteilung von Beihilfen, von der Abschaffung der je Hektar berechneten Steuern usw. profitieren die flächengroßen Betriebe mehr. Diese kaufen auch mehr Betriebsmittel und erhalten aufgrund höherer Sicherheiten mehr Kredite — die Beihilfen und Zinsverbilligungen kommen also vor allem den Großbauern zugute!

(43) Andere Untersuchungen kommen auf einen Anteil von 6 % bzw. 7 %, wenn nur das Kriterium "ständige Beschäftigung von einer Fremdkraft und mehr" angelegt wird.

(44) Lenin, ebd.

(45) Lenin, ebd.

(46) Lenin, op.cit. S.500

Momentan können die Großbauern noch viele andere Bauern hinter der Forderung nach höheren Erzeugerpreisen sammeln. Aber beispielsweise eine Getreidepreiserhöhung um 2 DM je Doppelzentner nützt doch dem viel mehr, der tausend Doppelzentner abliefern, als dem Kleinbauern, der nur wenige Doppelzentner verkauft oder sogar Futtergetreide zukaufen muß. Die Forderung nach höheren Agrarpreisen schafft so den größeren Betrieben einen Vorsprung vor den anderen im Konkurrenzkampf — der Abwanderungsdruck wird verschärft! Gerade Preisforderungen verhindern zudem ein solidarisches Vorgehen der Kleinbauern, weil diese den Privatproduzenten, Eigentümern und Spekulanten in ihnen ansprechen; sie verstärken die Hoffnung, doch als Kleinproduzent überleben zu können! Jeder Bauer versucht für sich allein, durch gesteigerte Produktion möglichst viel von den höheren Preisen zu profitieren, was ihn in Konkurrenz zu den anderen Kleinbauern setzt, weil bei gegebener Nachfrage nach Agrarprodukten und gesteigerter Produktion der Abwanderungsdruck steigt.

Lenin hat dazu in ähnlichem Zusammenhang ausgeführt: "Alle Eigentümer, die ganze Bourgeoisie ist bemüht, die Mittelbauern dadurch auf ihre Seite herüberzuziehen, daß sie ihnen alle möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaft (billige Pflüge, Bauernbanken. . .) verspricht und die Bauern zu Teilnehmern an verschiedenen landwirtschaftlichen Vereinen. . . an Vereinigungen der **unterschiedlichen** Landwirte macht. . . die Verbesserung der Wirtschaft ist eine gute Sache. Es ist nichts Schlimmes dabei, wenn man billig Pflüge kauft. . . Wenn man aber den armen und mittleren Bauern sagt, die Verbesserung der Wirtschaft und die Verbilligung der Pflüge werde ihnen allen helfen, der Not zu entinnen und sich auf eigene Füße zu stellen, ohne daß die reichen Leute auch nur angetastet werden, so ist das **Betrug**. Aus all diesen Verbesserungen, Verbilligungen und Genossenschaften. . . ziehen die Reichen den **weitaus größten Nutzen**. . . Solange die Reichen reich bleiben, solange sie den größten Teil des Bodens, des Viehs, der Geräte, des Geldes in ihren Händen halten — so lange werden nicht nur die armen, sondern auch die mittleren Bauern ihre Not nie überwinden. Der eine oder andere Mittelbauer wird mit Hilfe der Genossenschaften zu den Reichen aufsteigen, aber das Volk und die Masse der Mittelbauern werden noch tiefer in Not versinken." (47)

Alle Forderungen für alle Bauern bedeuten für die Bauern etwas verschiedenes: Die einen können so ihre Wirtschaft weiter auf Kosten der anderen Bauern ausbauen, die Masse der Bauern hat davon nur wenig (48). Durch die Forderungen für alle Bauern sollen die Fronten verwischt werden zwischen Groß- und Kleinbauern. Gerade diese müssen die Kommunisten aber aufbrechen! Deshalb werden wir nur in bestimmten Situationen und keineswegs generell Forderungen nach höheren Preisen unterstützen.

Die Großgrundbesitzer, Gutsherren

Das sind jene Personen, die unmittelbar oder über Pächter Lohnarbeiter und umwohnende Kleinbauern ausbeuten, selbst kaum körperliche Arbeit verrichten und größtenteils Nachkommen der Feudalherren oder reich gewordene Finanzmagnaten oder aber eine Mischung dieser beiden Kategorien von Ausbeutern und Müßiggängern ist (49). Ihre Zahl ist in der Bundesrepublik nur noch gering, nachdem sie früher in Ostelbien noch eine große Bedeutung hatten (50). Allerdings ist ihr politischer Einfluß beispielsweise im

Bauernverband nach wie vor vorhanden; sie sind auch eng mit industriellem Kapital und Staatsapparat verbunden.

Ihre Betriebe muß man sofort nach der Machtergreifung enteignen und zu sozialistischen Großbetrieben umwandeln. Beruhte die Ausbeutung weitgehend auf Pachtbasis, sollte man Teile des Landes an die umwohnenden Kleinbauern aufteilen; um den Erfolg der Revolution zu sichern, muß man dabei selbst eine zeitweilige Senkung der Produktion hinnehmen. Das Inventar geht in Staatseigentum über, darf aber teilweise unentgeltlich von den Kleinbauern genutzt werden. Erst allmählich wird man die Erfahrungen, Kenntnisse der Großbauern und Gutsbesitzer unter scharfer Kontrolle sich zunutzen machen (51).

ZUSAMMENFASSUNG (52)

Die politischen Aufgaben des revolutionären Proletariats gegenüber den verschiedenen Gruppen in der Landwirtschaft sind also folgende:

- Es ist die grundlegende Arbeit der Kommunistischen Partei auf dem Lande, die **Landarbeiter** eigenständig zu organisieren.
- Die **Halbproletarier** müssen bei richtiger Arbeit sichere Anhänger der Partei sein.
- Die **Kleinbauern** können und müssen in großen Ganzen auf der Seite der proletarischen Revolution stehen.
- Die **Mittelbauern** sind infolge ihrer widerspruchsvollen Lage vor der Revolution nicht als Verbündete zu gewinnen. Sie können und müssen durch den unversöhnlichen Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, gegen den Großgrundbesitz und den Staat neutralisiert, d.h. an der aktiven Unterstützung der Konterrevolution gehindert werden.
- Die **Großbauern** werden vor und nach der Machtergreifung mit offenen und versteckten Waffen gegen das Proletariat kämpfen und eine ihrem Verhalten entsprechende Behandlung finden. Grundsätzlich aber wird das siegreiche Proletariat diese Schicht doch anders behandeln als den Großgrundbesitz, indem es z. B. ihren Bodenbesitz nicht sofort und allgemein enteignet. Die Liquidierung des Großbauerntums als Klasse wird erst im Zuge der späteren Kollektivierung der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe erfolgen.

Aber dieses Schema ist nur ein **Anhaltspunkt** für die politische Arbeit, die in der Praxis lebendig gemacht werden muß. So hat ein Mittelbauer in vorwiegend großbäuerlicher Umgebung andere Erfahrungen und politische Verhaltensweisen als in einer kleinbäuerlichen Gegend: ". . . muß ihm doch die eigene Erfahrung sagen, wie viele seinesgleichen

(47) Lenin, An die Dorfarmut, LW 6, S.387f

(48) So ist die Schuldensumme der westdeutschen Landwirtschaft mit 31,7 Mrd. DM in etwa so hoch wie die Höhe der Verkaufserlöse eines Jahres, — aber die Großbauern wenden Kredite rentabel zum Ausbau ihrer Wirtschaften an, während die Kleinbauern sich damit nur eine Zeitlang länger über Wasser halten.

(49) Lenin, Ursprünglicher Entwurf der Thesen über die Agrarfrage, LW 31, S. 147

(50) Die größten und bekanntesten Gutsbesitzer sind: Thurn und Taxis 21 500 ha, Hohenzollern-Siegmaringen 15 000 ha, Sayn-Wittgenstein-Hohenstein 14 000 ha, Oldenburg 114 000 ha; nach Poppinga op.cit.

(51) Lenin, op.cit. S.149

(52) nach Marxist, Heft 2/ 3-4, S.17

schon zu Kleinbauern herabgesunken sind" (53). Etwaigen Schematikern seien folgende Worte Lenins ins Stammbuch geschrieben: "In der Praxis kommen Fälle vor, wie ein Genosse in der Kommission erzählte. Es umringten ihn Bauern, und jeder fragte: 'Stelle fest, ob ich ein Mittelbauer bin oder nicht. Ich habe zwei Pferde und eine Kuh. Ich habe zwei Kühe und ein Pferd' usw. Ein solcher Agitator, der das flache Land bereist, müßte nun ein unfehlbares Thermometer zur Verfügung haben, um es dem Bauern unter die Achsel zu stecken und ihm sagen zu können, ob er ein Mittelbauer ist oder nicht. Dazu muß man die ganze Geschichte der Wirtschaft dieses Bauern kennen, seine Stellung zu den unteren und oberen Gruppen — und das können wir so genau nicht kennen. Dazu braucht man viel praktisches Geschick, Kenntnis der örtlichen Verhältnisse." (54)

Ein Kleinbauer kann durchaus fortschrittlicher sein als ein Halbproletarier. Zwar ist die Klassenlage letztendlich das entscheidende Kriterium für das politische Verhalten, aber dabei ist beispielsweise wichtig, wie und wann jemand in Konflikt mit der Bourgeoisie und dem Staat geraten ist (beispielsweise bei antimilitaristischen Aktionen gegen Fluglärm oder Manöverschäden, beim früheren Dienst in

der Bundeswehr, beim Kampf um ein Jugendzentrum usw.). Und es geht uns ja darum, möglichst viele Menschen für den Kommunismus zu gewinnen, und nicht um die Erstellung und Verwirklichung eines abstrakten Schemas. Die Untersuchung der Klassenlage ist uns dabei ein entscheidendes Hilfsmittel, nicht mehr und nicht weniger!

Wir haben gesehen, daß die Arbeit unter den Bauern schwierig und langwierig ist — um so eher müssen die Kommunisten damit intensiv beginnen! Dann werden wir gewiß große Teile der Kleinbauern gewinnen.

E.N., GUV Göttingen
Sektion Landwirtschaft

(53) Engels, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, AS II, S. 404

(54) Lenin, Bericht über die Arbeit auf dem Lande, VIII, Parteitag der KPR(B), LW 29, S. 193f

VERLAGSANZEIGE

Verlag Jürgen Sandler
6900 Heidelberg
Uferstr. 56

Bestellungen an:

Buchvertrieb Offenbach
6050 Offenbach
Biebererstraße 82
Telefon 0611/888 928

MIT DEN ÜBERLIEFERTEN VORSTELLUNGEN RADIKAL BRECHEN

— Dokumente aus China über die Fortführung der Revolution im Erziehungswesen —

Übersetzt, herausgegeben und mit weiteren Dokumenten versehen von Marie Luise Beppler, Johnny Erling, Helmut Forster, Wolfgang Michel.

Eine verzerrende und verwirrende Spekulation in der bürgerlichen Presse hat sich der gegenwärtig in China durchgeführten Massenkampagne "Kritisiert Lin Biao! Kritisiert Konfuzius!" bemächtigt. Das vorliegende Buch bringt authentische Dokumente dieser Diskussion und zeigt Verlauf und Ziel dieser Auseinandersetzung um den weiteren Weg des sozialistischen Aufbaus vor allem im Erziehungswesen. Es enthält Stellungnahmen von Schülern, Studenten und Lehrern, Arbeitern und Bauern und redaktionelle Kommentare chinesischer Zeitungen, die sich alle mit den Problemen des Erziehungswesens nach der Kulturrevolution beschäftigen. Wie kann man die Erfolge der Kulturrevolution sichern und verhindern, daß die bürgerliche Linie erneut zur Geltung kommt? Das sind die Fragen, die die Briefe der Jugendlichen und die Artikel aus chinesischen Zeitschriften stellen und revolutionär beantworten. Wie können Millionen von revolutionären Nachfolgern als Garant des beschrittenen Weges herangezogen werden? Die in dem Buch enthaltenen Briefe sind alle in der Pekinger "Volkszeitung" erschienen und haben eine breite Diskussion im ganzen Land ausgelöst. Sie betreffen das Aufnahmesystem für die Hochschulen ebenso wie die Verbindung der Jugendlichen mit Schulbildung mit den armen Bauern. Zusätzlich sind Artikel und Briefe zu den "7.-Mai-Kaderschulen" aufgenommen worden. Zum Schluß wird eine chinesische Bildergeschichte abgedruckt, die direkt aus dem Chinesischen übersetzt wurde, und die Probleme und Aufgaben schildert, die für die Jugendlichen mit Schulbildung, die aufs Land gehen, entstehen. Das Buch ist eine zweite weitgehend überarbeitete und erweiterte Auflage der im Frühjahr im Selbstverlag der Herausgeber erschienenen Broschüre "China 74".

Ökonomische Massnahmen zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der BRD Ende der sechziger Jahre

"Kolonialpolitik und Imperialismus sind keineswegs krankhafte und heilbare Auswüchse des Kapitalismus (wie die Philister, unter ihnen auch Kautsky, meinen), sondern die unvermeidliche Konsequenz der Grundlagen des Kapitalismus. Die Konkurrenz zwischen den einzelnen Unternehmungen stellt die Frage nur so: selbst ruiniert werden oder andere ruinieren; die Konkurrenz zwischen den einzelnen Ländern stellt die Frage nur so: an letzter Stelle bleiben und ewig Gefahr laufen, das Los Belgiens zu teilen, oder andere Länder ruinieren und unterwerfen, um sich ein Plätzchen unter den "Groß"-Mächten zu sichern."

"Jedes Land, das mehr Kolonien, Kapitalien und Truppen hat als "wir", nimmt "uns" gewisse Privilegien, einen gewissen Profit oder Extraprofit weg. Wie unter den einzelnen Kapitalisten derjenige einen Extraprofit einsteckt, der Maschinen von überdurchschnittlicher Leistung besitzt oder über bestimmte Monopole verfügt, so erhält auch unter den Ländern dasjenige den Extraprofit, das ökonomisch besser gestellt ist als die anderen. Sache der Bourgeoisie ist es, für Privilegien und Vorrechte ihres nationalen Kapitals zu kämpfen und das Volk oder das gemeine Volk (mit Hilfe Labriolas oder Plechanows) irre zu führen, indem sie den imperialistischen Kampf um das "Recht", andere auszuplündern, für einen nationalen Befreiungskrieg ausgiebt." (1)

I. Warenexport und Warenimport der BRD

1. Der Warenexport

Der Warenexport der BRD ist seit 1950 ständig gestiegen. 1950 betrug er 8,4 Milliarden DM, 1973 schon 178,5 Milliarden DM, das 21-fache von 1950. Gerade in den letzten Jahren hat sich der Warenexport der BRD ungeheuer ausgedehnt: 1973 betrug er das Doppelte von 1967. 1967/68 stieg der Export gegenüber den Vorjahren sprunghaft an.

Lag die jährliche Zunahme des Warenexports bis 1972 bei durchschnittlich 12,3 Milliarden DM, so bedeutet die neuerliche Steigerung des Warenexports im Jahre 1973 um 29,5 Milliarden DM gegenüber dem Vorjahr einen weiteren Sprung in der Warenexportoffensive der BRD.

Seit 1959 steht die BRD in der Weltausfuhr an zweiter Stelle nach den USA und vor Japan (bis 1970 wurde der dritte Platz in der Weltrangliste von Großbritannien eingenommen).

Obleich die BRD 1972 doppelt so viel exportierte wie 1965, ist der Weltmarktanteil der BRD in dieser Zeit von 10,9 % auf 12,6 % gestiegen. Dies macht schlagartig deutlich, wie ungeheuer der Weltexport insgesamt in den letzten Jahren von allen Ländern ausgedehnt worden ist und wie die Konkurrenten der BRD ihre Warenexportoffensive ebenfalls auf höchste Höhen getrieben haben.

Die BRD exportiert beinahe ausschließlich Waren der "gewerblichen Wirtschaft" (95,4 % des Gesamtexport von 1972). An erster Stelle stehen Maschinen (etwa 22 %), gefolgt von Fahrzeugen (etwa 16 %), chemische Waren (einschließlich Rohstoffe, etwa 13 %), Eisen und Eisenwaren (etwa 10 %), elektrotechnische Erzeugnisse und Maschinen (etwa 10 %), Textilien und Bekleidung (etwa 6 %).

1972 ging der Warenexport in folgende Staaten- und Ländergruppen: 40,4 % in die EG, 23 % in die EFTA, 9,6 % nach Kanada und USA, 13,6 % in die Entwicklungsländer. Der hohe Exportanteil in die EG-Länder kommt dadurch zustande, daß dieser Markt für die BRD nicht durch Zölle abgeschirmt und parzelliert ist, im Unterschied etwa zum US-Markt.

Einige Autoren bezeichnen "die westdeutsche Wirtschaft infolge der Überdimensionierung des stark exportintensi-

(1) Lenin, Imperialismus und Sozialismus in Italien, Lenin-Werke Band 21, 3. Auflage, Berlin 1970, S. 362, 363; Hervorhebungen vom Verf.

ven Investitionsgütersektors gegenüber dem Konsumgüterbereich" als "extrem exportabhängig". (2)

Tatsache ist, daß die Wirtschaftsstruktur der BRD (betrachtet man das Verhältnis einzelner Sektoren der Wirtschaft, das Verhältnis ihrer Entwickeltheit und ihres Umfangs) stark ungleichmäßig entwickelt ist. Besonders der Investitionsgütersektor ist stark ausgedehnt und stellt eine ungeheure Produktionspotenz dar. Nicht nur für den inneren Markt der BRD wird produziert, sondern systematisch auch für "äußere" Märkte. Der Investitionsgütersektor ist, wie B. Heinrich schreibt, "exportintensiv". Die zusammenfassende Kennzeichnung dieser unbestreitbaren Tatsachen wird aber falsch und nicht treffend vorgenommen. Erstens ist es falsch, die gesamte Wirtschaft schon deswegen als "exportabhängig" darzustellen. Zweitens ist es falsch, von einer Exportabhängigkeit zu sprechen. Die angeführten Sektoren und Branchen sind nicht vom Export abhängig, sondern betreiben den Export, d.h. sie produzieren nicht nur für den inneren Markt, sondern systematisch darüber hinaus für ausländische Märkte. Sie sind also auf Warenexporte orientiert. Jede andere Betrachtung läuft darauf hinaus, den Warenexport als "Ausweg" aus einer vermeintlichen "Notlage" eines Kapitalisten oder sogar der Mehrzahl der Kapitalisten aufzufassen. (3)

Erwähnt werden muß hier noch der Hinweis einiger Autoren, daß trotz der periodischen Überproduktionskrisen eine stetige Zunahme des Warenexports der BRD zu verzeichnen ist. Die Ursache dafür ist, daß die Überproduktionskrisen in der BRD bisher jeweils gerade durch umfangreiche Exportoffensiven "überwunden" werden konnten, was die Überproduktionskrisen in ihrer Gesamterscheinung für die Kapitalisten jeweils abschwächte. Das "Versilbern" herumliegenden, überschüssigen, in Waren enthaltenen Kapitals durch Warenexporte gelingt aber nur so lange, wie nicht gleichzeitig Überproduktionskrisen in den anderen Ländern auftreten. Der Warenexport zur "Überwindung" einer Überproduktionskrise im "eigenen" Land hat defensiven Charakter. Es ist Warenexport, um etwas zu vermeiden, Warenexport aus einer "Zwangslage" heraus. Richtig ist es, diesen Gesichtspunkt zu nennen; er entspricht den Vorkommnissen; aber unter dieser Betrachtung wird man der tatsächlichen Bedeutung des Warenexports in der BRD nicht gerecht: er ist offensiv.

Den Gesichtspunkt des Warenexports aus der "Zwangslage" einer Überproduktionskrise heraus führte z.B. auch der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1969 auf, er stellt jedoch die Verbindung zum offensiven Charakter des Warenexports her: "In keinem Jahr (...) hat die westdeutsche Warenausfuhr so stark zugenommen wie 1969 ... Dies mag (u.a.) eine Nachwirkung der Rezession von 1966/67 sein. Viele deutsche Unternehmen mußten damals angesichts des Nachfragemangels im Inland auf die Auslandsmärkte ausweichen; möglicherweise neigen sie dazu, diese Märkte auch jetzt nicht zu vernachlässigen, obwohl es ihnen die Binnenkonjunktur gestattet, sich stärker auf den Inlandmarkt zu konzentrieren." (4)

Die Rezession 1966/67 hat zusätzliche BRD-Kapitalisten (neben denen, die schon seit Anbeginn "Außenhandel" betreiben) darauf gestoßen, daß der Außenhandel sehr gewinnbringend ist, "obwohl" sie ihre Waren auf dem Inlandmarkt loswerden könnten. Auf das Loswerden allein kommt es den Kapitalisten gerade nicht an. Die Waren verkaufen, um den Profit zu realisieren, ist wichtig. Wo die Waren verkauft werden, entscheidet sich danach, wo über den Profit hinaus ein zusätzlicher Profit, ein Extraprofit erzielt werden kann. Wie der Sachverständigenrat in

demselben Bericht ausführt, "bestanden auf den Exportmärkten erhebliche Preiserhöhungsspielräume". (5) Das erklärt, weshalb der Warenexport der BRD seit 1967 wahrhaft den Charakter einer Offensive angenommen hat.

2. Die Export-"Stärke" der BRD auf dem Weltmarkt ist begleitet von einer ebenso starken Abhängigkeit vom Warenimport aus dem Ausland

1973 importierte die BRD Waren im Wert von 145,4 Milliarden DM, das ist das dreizehnfache von 1950. Die enorme Ausdehnung des Warenimports erfolgte hauptsächlich in den letzten Jahren. Von 1966 auf 1973 hat sich der Warenimport verdoppelt.

Die BRD steht in der Welteinfuhr von Waren an zweiter Stelle hinter den USA.

79,4 % des Gesamtimports 1972 waren Einfuhren der "gewerblichen Wirtschaft", wobei 25,1 % auf Rohstoffe und Halbwaren entfallen, 16,1 % auf Vorzeugnisse und nur 38,2 % auf Fertigwaren.

Die "wichtigsten Waren der Einfuhr" für 1972 geben ein bezeichnendes Bild über den enormen Anteil der Rohstoffe, Halbwaren und Hilfsstoffe am Gesamtimport. An erster Stelle standen Textilien und Bekleidung, gefolgt von Erdöl, Teer und Erzeugnissen daraus, Maschinen (ohne elektrische Maschinen), chemische Waren (einschließlich Rohstoffe), Eisen und Eisenwaren, Nicht-Eisen-Metalle und Waren daraus.

Hauptsächlich werden die Rohstoffe, Halbwaren und Hilfsstoffe aus den Entwicklungsländern eingeführt. Werden sie nicht direkt aus diesen Ländern importiert, sondern aus der EG oder der EFTA, so handelt es sich um Rohstoffe usw. aus Entwicklungsländern, die in den Ländern der EG und EFTA schon weiterverarbeitet wurden zu Halbwaren, Hilfsstoffen für die Produktion und Vorzeugnissen und dann aus diesen Ländern in die BRD importiert werden. So stammten 1972 — die Fertigwaren eingeschlossen — 48,5 % aus den Ländern der EG, 13,7 % aus den Ländern der EFTA, 9,5 % aus Kanada und USA und 15,2 % aus den Entwicklungsländern.

Das Bild von den wirklichen Ausmaßen des Warenimports der BRD ist unvollständig, ohne den Import der Ware "Arbeitskraft" zu berücksichtigen.

Im Kapitalismus ist die Arbeitskraft ebenfalls eine Ware, die auf dem Markt gekauft und verkauft wird. "Kapitalismus ist Warenproduktion auf höchster Stufe, auf der auch die Arbeitskraft zur Ware wird." (6)

(2) Heinrich, B., Die Bundesrepublik im System des Imperialismus, In: Kursbuch 21, Berlin 1970, S. 184; Vergl. auch Gündel und Brandes

(3) Warum der "äußere Markt für den Kapitalismus" notwendig ist, vergl. Lenin-Werke, Bd. 2, S. 155ff: "Der äußere Markt als "Ausweg aus der Schwierigkeit" bei der Realisierung des Mehrwerts", und: Lenin-Werke, Bd. 3, S. 53ff: "Warum braucht eine kapitalistische Nation den äußeren Markt?"

(4) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, hrsg.: Jahresgutachten 1969/70, Stuttgart 1969, S. 32, Ziffer 92

(5) Sachverständigenrat: Jahresgutachten 1969/70 a.a.O., S. 19, Ziffer 61

(6) Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Lenin-Werke, Bd. 22, 2. Auflage, Berlin 1971, S. 244

"Die Anwerbung von Ausländern, die 1957 in Italien begonnen hatte, schlug 1961 erstmals deutlich zu Buch: zu dieser Zeit waren es 475 000" ausländische Arbeiter, die neben den westdeutschen Werktätigen in der BRD eine Lohnarbeiterexistenz fristeten. (7) Die "Hereinnahme billiger Arbeitskräfte" (8) wurde weiter vorangetrieben und kontinuierlich ausgedehnt. Der ungeheure Bedarf billiger Arbeitskräfte läßt sich daran ersehen, daß der Anteil ausländischer Arbeiter an den in der BRD überhaupt "abhängig Beschäftigten" 1972 bereits 10,8 % betrug.

Bis 1972 sind über 2,35 Millionen ausländische ungelernte Arbeiter aus rückständigen Ländern in die BRD importiert worden. 1973 waren es bereits etwa 2,6 Millionen importierte Arbeitskräfte. (9) Nach Angaben des Weser-Kurier waren es Ende September 1973 sogar rund 4 Millionen ausländische Arbeiter. (10) Seitdem 1957 in Italien mit den Anwerbungen ausländischer Arbeiter begonnen wurde, waren es in den ersten Jahren hauptsächlich italienische Arbeiter, die zur Verwendung ihrer Arbeitskraft in den Produktionsanlagen der BRD importiert wurden. Noch 1969 stellten sie den größten Anteil ausländischer Arbeiter in der BRD. Der Import ungelernter billiger Arbeitskräfte aus Italien wurde weiter gesteigert; aber bereits 1970 wurde er durch den steigenden Import jugoslawischer Arbeitskräfte überflügelt. Während italienische und jugoslawische Arbeiter in wachsender Masse "hereingenommen" wurden, stieg die Anzahl der importierten türkischen Arbeiter noch rascher und sprunghafter an.

1973 waren 23 % aller ausländischen Arbeiter, die in die BRD importiert wurden, türkische Arbeiter, 20 % jugoslawische Arbeiter, 18 % italienische Arbeiter, 11 % griechische Arbeiter, 8 % spanische Arbeiter; 20 % wurden aus übrigen Ländern in die Bundesrepublik importiert. (11)

Das Ausmaß des Imports ausländischer Arbeiter wird an der Tatsache ersichtlich, daß die Ausländerquote im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart 1973 23 % betrug. Stuttgart liegt an der Spitze aller Arbeitsamtsbezirke. (12) Grob gesehen war von je fünf Werktätigen einer ausländischer Arbeiter. Da die ungelernten ausländischen Arbeiter meistens in der industriellen Produktion arbeiten, dürfte der Anteil der ausländischen Arbeiter am westdeutschen Industrie proletariat nahe an 20 % heranreichen.

Ungeheurer Import billiger, ungelernter ausländischer Arbeitskräfte aus den Randbezirken Westeuropas in die Bundesrepublik, ungeheure "Hereinnahme" von Muskel, Hirn und Nerv, ohne die "wir ... ökonomisch gar nicht auskämen" (13), das ist eine Tatsache, die hinzugenommen werden muß, um ein einigermaßen vollständiges Bild von den Dimensionen des Warenimports in der BRD zu erhalten.

3. Das "Exportwunder"

Zusammenfassend ergibt sich folgendes Bild: Steigender Warenimport, aber der Warenexport steigt noch mehr. 1955 übersteigt der Export erstmals den Warenimport. 1967 liegt der Exportüberschuß bei 16,9 Milliarden DM, 1972 bei 20,3 Milliarden DM, 1973 schließt der Außenhandel "mit einem Rekordüberschuß von 33 Milliarden DM" ab. (14)

"Glänzende Exportzahlen", "Außenhandelsrekord", "neue Spitzenresultate", "aus der Sicht des Auslandes ärgerlich hoher Exportüberschuß der BRD", "atemberaubender Ex-

portboom" (15) — das sind die heute gängigen Kommentare.

Nach dem "deutschen Wirtschaftswunder" gibt es jetzt das "Exportwunder" BRD. (16) Die ungeheure Warenexportoffensive der BRD seit 1967 und die Tatsache, daß die BRD "nur" noch von den USA überflügelt wird, geben den Stoff für die abenteuerlichsten und chauvinistischsten Betrachtungen. So "konnte ein Bundeskanzler prahlerisch sagen, wir seien wieder wer, und ein anderer Politiker hatte an dem "wirtschaftlichen Riesen" Bundesrepublik nur auszusetzen, daß er zugleich ein politischer Zwerg sei." (17)

II. Strategische Abhängigkeit und taktisches Geschick des BRD-Imperialismus

1. Strategische Abhängigkeit

A. Der "wirtschaftliche Riese" steht auf tönernen Füßen Der westdeutsche Außenhandel hat Riesen-Ausmaße; daran ist überhaupt nicht zu rütteln. Alle Betrachtungen, die die ökonomische Stärke der BRD für sich nehmen und isoliert z.B. der politischen Zwergengestalt der BRD gegenüberstellen, sind indes falsch. Die ökonomische Stärke der BRD ist in sich selbst keinesfalls widerspruchsfrei. Der vermeintliche ökonomische Riese ist in Wirklichkeit ein Koloss auf tönernen Füßen.

Die Rangstellung der Bundesrepublik als zweitstärkste "Industrienation" der Welt ist begleitet von einer totalen Abhängigkeit: Die BRD muß bestimmte Waren importieren, will sie ihre Stellung als zweitstärkste Industrienation der Welt erfolgreich verteidigen und ausbauen. Die Waren, auf deren Import die BRD angewiesen ist, sind hauptsächlich Rohstoffe, Hilfsstoffe, Halbwaren und Arbeitskräfte. Die Tatsache, daß die BRD auch hinsichtlich des Warenimports an zweiter Stelle in der Welt steht, ist ein drastischer Ausdruck dieser Abhängigkeit.

"Heute wissen wir, daß ein Land, das ... über keine Rohstoffvorkommen von Bedeutung verfügt, ... nicht einmal ein wirtschaftlicher Riese, sondern ein höchst krisenanfälliges Gebilde ist." (18)

Auf den Umstand der Importabhängigkeit eingehend, schreibt z.B. der Weser-Kurier vom 4.1.1974: "Ihre Stärke steht auf einer schmalen Basis: die Bundesrepublik gehört zwar zu den reichsten Industrienationen der Welt und hat einen hochentwickelten Produktionsapparat; sie besitzt je-

(7) Kein Vergleich mit der Rezession; Weser-Kurier, 7.1.1974

(8) Bundeswirtschaftsminister Friderichs, Referat Presse und Information des Bundesministeriums für Wirtschaft, hrsg.: Reden zur Wirtschaftspolitik 2, Bonn 1974, S. 104

(9) Anwerbung von Gastarbeitern gestoppt; Süddeutsche Zeitung (SZ), 25.11.1973

(10) Ausländerzahl um 13 % gestiegen; Weser-Kurier, 10.4.1974

(11) Anwerbung von Gastarbeitern gestoppt; SZ, 25.11.1973

(12) Bundeswirtschaftsminister Friderichs, Bundeswirtschaftsministerium: Reden zur Wirtschaftspolitik 2, a.a.O., S. 51

(13) Bundeswirtschaftsminister Friderichs, ebenda, S. 104

(14) Die besten Kunden und Lieferanten der Bundesrepublik; SZ, 28.2.1974

(15) Noch glänzen die Exportzahlen; SZ, 6.3.1974, Außenhandelsrekord: 4,7 Mrd. DM Überschuß; Weser-Kurier, 26.3.1974, Außenwirtschaft kränkt; SZ, 4.1.1974

(16) Slotoch, Ölkrise: Bluff oder Blackout; SZ, 22.12.1973

(17) Riedmiller, Die Ölkrise — Bumerang und Menetekel; SZ, 25.11.1973

(18) Riedmiller, Die Ölkrise — Bumerang und Menetekel; SZ, 25.11.1973

doch kaum eigene Bodenschätze, um diesen Apparat ausreichend füttern zu können." (19)

B. Die Abhängigkeit der BRD vom Warenimport ist Abhängigkeit von den imperialistischen Konkurrenten

Wie in der bürgerlichen Presse und der bürgerlichen Wissenschaft üblich, werden Tatsachen wie die Rohstoffabhängigkeit so dargestellt, daß das Wesentliche an diesen Tatsachen verdeckt wird.

Die BRD "besitzt kaum eigene Bodenschätze . . ." — folglich müssen sie importiert werden. Noch deutlicher tritt diese Logik in folgendem Zitat hervor: "Eine fast hundertprozentige Importabhängigkeit (in Bezug auf Rohöl, d. Verf.) ist nicht mehr allzu fern. Das ist, wenn auch volkswirtschaftlich mißlich, eine Tatsache. Die Natur hat es nun einmal so eingerichtet, daß sich die meisten Rohstoffe nicht dort befinden, wo sie am dringendsten benötigt werden." (20)

"Rohstoffabhängigkeit", mit diesem Ausdruck ist die "Natur"-Logik in einem Wort zusammengefaßt.

Eine "ehrlichere" Darlegung des tatsächlichen Sachverhalts gab bereits 1969 die militärwissenschaftliche Zeitschrift "Wehrkunde": "Läßt man das laufend steigende Inlandsaufkommen an Altmateriale (Schrott usw.) außer Betracht, so erweist sich die BRD bei einer Reihe wichtiger Rohstoffe als vollständig oder nahezu vollständig auf Zufuhren vom Ausland angewiesen. Das gilt unter anderem für die Textilrohstoffe Wolle, Baumwolle und Jute; für die metallischen Rohstoffe Kupfer, Zinn, Quecksilber, Uran und Aluminium (bzw. für dessen "Erz" Bauxit); für die Stahlveredler Mangan, Chrom, Nickel, Molybdän, Wolfram, Vanadium, Kobalt usw. . . . Hoch ist die **Auslandsabhängigkeit** der BRD mit zur Zeit etwa 90 % auch bei Erdöl und Eisenerz, während sie bei Kautschuk, Blei, Zink und Schwefelkies . . . mit zur Zeit etwa 50 % bis 60 % etwas niedriger liegt." (21) (Vergl. Anhang, Schaubild über "Rohstoffabhängigkeit")

Ehrlicher ist der wirkliche Sachverhalt hier dargelegt, weil nicht mehr von "Rohstoffabhängigkeit" die Rede ist, sondern von **Auslandsabhängigkeit**. Helmut Lorenz-Meyer, Vorsitzender der "Arbeitsgemeinschaft der deutschen Exporteurevereine in Bonn" — also ein Experte — faßte 1971 die wichtigsten Überlegungen zum Verhältnis Warenimport/Warenexport treffend zusammen: Der Warenverkehr zwischen "uns" und den "überseeischen Entwicklungsländern" "bedarf einer stärkeren und auf weite Sicht angelegten Förderung. (. . .) Bekanntlich haben sich gerade die deutschen Handelshäuser des risikoreichen Überseegegeschäfts schon seit Mitte des vorigen Jahrhunderts erfolgreich und intensiv angenommen. Allerdings brachte der Zweite Weltkrieg für sie einen besonders schweren Rückschlag, weil sie ihre überseeischen Stützpunkte restlos verloren, ohne daß ihnen später der Staat, wie die heimische Industrie bei der erforderlichen Neubildung des Kapitals irgendwie geholfen hätte. . . . Ein sehr ins Gewicht fallendes Handicap war es, daß die Position der konkurrierenden Industrieländer kaum beeinträchtigt worden war und diese somit Gelegenheit gehabt hatten, das durch den Ausfall der deutschen Wirtschaft entstandene Vakuum weitgehend auszufüllen." (. . .)

"Leider hat die meist noch unzureichende Kapitalausstattung der deutschen Handelshäuser dazu geführt, daß sie sich nicht mehr so intensiv des unmittelbaren Einkaufs von Rohstoffen aus den Entwicklungsländern annehmen konnten, wie bis zum Zweiten Weltkrieg. Auch der Besitz eigen-

er Pflanzungen konnte nicht auf den alten Bestand gebracht werden. **Es muß nachdenklich stimmen**, daß im Jahr 1969 von der gesamten Einfuhr der Bundesrepublik in Höhe von 98 Milliarden DM 18,4 % = 18 Milliarden DM Transitimporte waren, also in **Drittländern eingekauft** wurden. Beschränkt man die Analyse auf die Bezüge aus Entwicklungsländern, so steigert sich der Einkauf in Drittländern sogar auf 60 %. Wenn auch die Hälfte davon auf Erdöl und Kraftstoffe entfällt, so verbleibt doch der Tatbestand, daß Kakao zu etwa 90 % und u.a. Kupfer, Kautschuk, Pelzfelle und Rohbaumwolle zu mehr als 50 % nicht direkt aus den Produktionsländern bezogen, sondern in Drittländern eingekauft wurden. Mit beträchtlichen Anteilen folgen Ölfürche, Ölkuchen, Aluminium, Gold und Kaffee. Dabei zeigt sich die eingangs erwähnte starke Position des Außenhandels Großbritanniens, Frankreichs, der Schweiz und der Niederlande bei der Vermarktung von Gütern aus den Entwicklungsländern und die Notwendigkeit unseres Aufholens, denn erfahrungsgemäß werden solche Bezüge handelspolitisch dem Abnehmerland zugerechnet, selbst wenn sie in Transit in ein anderes Verbraucherland weitergehen." (22)

Zwar nimmt Lorenz-Meyer keine umfassende Untersuchung des Warenexports und des Warenimports der BRD vor und begnügt sich damit, alle wichtigen Tatsachen unter dem Gesichtspunkt des Export-Handels zu sehen; aber er nennt das Entscheidende.

1. Der Zweite Weltkrieg brachte einen besonders schweren Rückschlag, weil die überseeischen Stützpunkte verloren gingen.

Mußte Deutschland schon nach dem Ersten Weltkrieg sämtliche Kolonien aufgeben infolge seiner ökonomischen, politischen und militärischen Schwächung, so gingen nach der Niederschlagung Hitlerdeutschlands auch die noch verbliebenen bzw. die nach dem Ersten Weltkrieg neu gewonnenen Einflußsphären, Kapitalanlagesphären, Absatzmärkte und Importmärkte verloren. Wie Lorenz-Meyer richtig sagt, wurde "die Position der konkurrierenden Industrieländer kaum beeinträchtigt". Sie hatten sogar Gelegenheit, "das durch den Ausfall der deutschen Wirtschaft entstandene Vakuum weitgehend auszufüllen."

2. Der Bezug von Rohstoffen usw. muß deshalb über Drittländer erfolgen; über jene Länder, die "das durch den Ausfall der deutschen Wirtschaft entstandene Vakuum" weitgehend ausgefüllt haben. Daß Lorenz-Meyer "nur" Länder wie Großbritannien anführt, die Schweiz, Frankreich und die Niederlande, mag damit zusammenhängen, daß er nur den Exporthandel im Auge hat, nur den Gesichtspunkt der "Vermarktung von Gütern" aufführt. Besonders die USA, dominierende imperialistische Siegermacht des Zweiten Weltkriegs, hat das "durch den Ausfall der deutschen Wirtschaft entstandene Vakuum" sehr intensiv "ausgefüllt".

(19) Unterschrift zu Schaubild "Rohstoffabhängigkeit"; Weser-Kurier, 4.1.1974

(20) Reinert (Vorstandsvorsitzender der VEBA-CHEMIE AG): Zur Situation der Mineralölindustrie in der BRD, in: "Öffentliche Wirtschaft und Gemeinschaft", 22. Jahrgang, Heft 2, 1973, S. 67

(21) Schilling/Unger, Die Bundesrepublik und das südliche Afrika, a.a.O., S. 133

(22) Lorenz-Meyer, H., Außenhandel als wirksamer Entwicklungshelfer, in: Zukunft der Wirtschaft; Frankfurt a. Main, 1971, S. 60ff; Hervorhebung vom Verf.

Die Welt ist unter die mächtigsten imperialistischen Staaten aufgeteilt, in Einflußsphären, Kapitalanlagesphären, Absatzmärkte und Rohstoffbezugsquellen.

Die Neuaufteilung der Welt in diese Sphären ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs abgeschlossen. Der Zweite Weltkrieg war nichts anderes als ein Kampf der imperialistischen Mächte um eine Neuaufteilung der Welt. Die ökonomische Abhängigkeit des BRD-Imperialismus in puncto Import von Rohstoffen, Hilfsstoffen und Halbwerten ist folglich nicht bloß Abhängigkeit von Rohstoffen, sondern ist Abhängigkeit von jenen Staaten und Bourgeoisien, die die Welt unter sich aufgeteilt haben, die die Rohstoffquellen in ihren Besitz gebracht haben, die die Ausplünderung der Rohstoffquellen und Bodenvorkommen organisiert haben unter Beteiligung der "nationalen" Bourgeoisien der betroffenen Länder, die das Monopol an bestimmten Rohstoffen und Bodenschätzen an sich gerissen haben und aus dem Verkauf dieser Stoffe Riesenprofite an Land ziehen oder die das Monopol bestimmter Halbwerten haben, indem sie nicht nur die Rohstoffvorkommen dieser Länder ausplündern, sondern auch die Arbeitskräfte dieser Länder für ein Butterbrot in der Aufbereitung und Vorverarbeitung dieser Rohstoffe "beschäftigen".

Die BRD ist auf den Import von Waren, von Rohstoffen, Hilfsstoffen, Halbwerten usw. angewiesen. Ihre ökonomische Stärkeposition auf dem Weltmarkt ist begleitet von der Notwendigkeit, bestimmte Waren **durch den Import vom Weltmarkt** beziehen zu müssen. Die ökonomische Angewiesenheit auf Warenimporte ist deshalb nichts anderes als Abhängigkeit der BRD von anderen imperialistischen Ländern, die die Rohstoffquellen usw. in ihrem Besitz bzw. unter ihrer maßgeblichen Kontrolle haben und damit über die Faustpfänder des Konkurrenzkampfes verfügen. "Wir (die BRD) treten gegenüber unseren Konkurrenten mit gefesselten Händen an." (23)

C. Die "gefährliche" Abhängigkeit

Diese Tatsachen stimmen die westdeutsche Bourgeoisie nicht nur **nachdenklich**, diese Tatsachen sind auch "gefährlich". "Die gefährliche Abhängigkeit der Bundesrepublik von Rohstofflieferungen aus anderen Ländern ist allerdings nicht erst seit heute bekannt. Bereits vor 10 Jahren (also 1963, der Verf.) warnte Professor Hans-Joachim Martini, damals Präsident der Bundesanstalt für Bodenforschung in Hannover, vor "einer katastrophalen Versorgungslücke". Es sei höchst fraglich, ob es der Bundesrepublik auch weiterhin gelingen würde, die wichtigsten Metalle je nach Bedarf kurzfristig auf dem Weltmarkt einzukaufen." (24) Gefährlich ist diese Abhängigkeit der Bundesrepublik vom Import bestimmter Waren deshalb, weil die imperialistischen Konkurrenten diese Rohstoffquellen maßgeblich unter ihrer Kontrolle haben und die ökonomische Stärke der Bundesrepublik bei einer ersten Verschärfung des Konkurrenzkampfes wie ein Kartenhaus zusammenstürzen droht. Darin besteht die "Gefahr", die von Seiten der imperialistischen Konkurrenten droht.

"Gefahr" droht dem BRD-Imperialismus aber auch von Seiten der Völker Afrikas, Asiens, Süd- und Mittelamerikas. Der Befreiungskampf dieser Völker hat seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen ständigen Aufschwung erfahren. Angespornt und ermutigt durch das Beispiel des vietnamesischen Volkes kämpfen sie erfolgreich für ihre nationale Befreiung und Unabhängigkeit, werfen sie ausländische Eindringlinge, Söldnerheere und ausländische Kapitalisten außer Landes, verstaatlichen sie ausländisches Ka-

pital und Besitz und übernehmen sie die eigene Kontrolle über die Reichtümer ihres Landes und bauen sie eine nationale unabhängige Wirtschaft auf. Der Kampf dieser Völker um nationale Unabhängigkeit und ihre staatliche Souveränität ist ein berechtigter Kampf. Wie die inneren Angelegenheiten dieser Länder geregelt werden, ist ausschließlich Angelegenheit dieser Völker selbst. Kein Staat hat das Recht, unter welcher Flagge auch immer, sei es die der Verteidigung der Weltseinheit oder die des "Austretens einzelner Funken, um einen Weltbrand zu verhindern", sich in die Angelegenheiten dieser Länder einzumischen. So ist es ein berechtigtes Interesse der Völker Asiens, Afrikas, Mittel- und Südamerikas, wenn sie ihre Bodenschätze und natürlichen Vorkommen nicht länger durch imperialistische Staaten ausplündern lassen, sondern selbst in die Hand nehmen und mit ihren Reichtümern in eigener Regie auch Handel treiben. Mit der voranschreitenden siegreichen Entwicklung der Befreiungskämpfe der Völker verschärft sich notgedrungen die Auseinandersetzung der imperialistischen Konkurrenten untereinander um die Plätze an der "Futterkrippe", und sie gehen schärfer gegen die Befreiungsbewegungen vor. "Gefährlich" ist dieser Kampf der Völker für ihre nationale und staatliche Souveränität für den BRD-Imperialismus deshalb, weil er nicht daran interessiert ist, Handel auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils usw. zu treiben. Sein Interesse ist es, direkten Zugang zu den Rohstoffquellen zu bekommen.

Am Warenimport der Bundesrepublik ist gezeigt worden, daß die Stärkeposition der Bundesrepublik auf dem Weltmarkt auf tönernen Füßen steht. Wie kommt es, daß die BRD trotzdem einen so großen Weltmarktanteil erobern konnte?

2. Taktisches Geschick

Trotz ihrer strategischen Abhängigkeit von den imperialistischen Konkurrenten hat die Bundesrepublik den zweitgrößten Weltmarktanteil erobert. Gestützt hat sich der BRD-Imperialismus dabei auf eine ungeheure Ausbeutung des westdeutschen Proletariats und speziell dafür importierter ausländischer Arbeitskräfte. Die ungeheure Ausbeutung des westdeutschen Proletariats ist das einzige strategische "Faustpfand", das der BRD-Imperialismus im Konkurrenzkampf mit den anderen imperialistischen Ländern in seinen Händen hielt. Darauf wird später noch ausführlich eingegangen.

Daneben verdankt die Bundesrepublik ihre Exportstärke einer geschickten Ausnutzung der ökonomischen und politischen Krisen der imperialistischen Konkurrenten und ihrer Widersprüche untereinander. Weiter vorn ist schon darauf eingegangen worden, daß die BRD oder zumindest große Teile der BRD-Wirtschaft sehr oft als exportabhängig gekennzeichnet werden. Das sind falsche Betrachtungen. Nicht die Bundesrepublik oder bedeutsame Teile der Industrie sind abhängig vom Export, sondern sie sind exportorientiert. Die Abhängigkeit in puncto Export trifft in einer ganz anderen Weise zu. Die Bundesrepublik ist in ihrem Exporterfolg abhängig vom "Mißgeschick" der impe-

(23) Prior (Dipl.Volkswirt der "Nordeutsche Affinerie"), Diskussionsbeitrag, dokumentiert in: Handelskammer Hamburg, hrsg.: Deutsche Direktinvestitionen im Ausland, Hamburg 1969, S. 33

(24) Wegener, J., . . . dann Gnade uns Gott; in: "Stern" 27/74, Heft 13, 21.3.1974, S. 72; Hervorhebung vom Verf.

rialistischen Konkurrenten; sie ist abhängig von deren ökonomischen und Krisen, in die die Konkurrenten geraten.

A. Einige Beispiele

„Die westdeutschen Monopole profitierten zeitweilig aus der für sie günstigen Lage, die infolge der Schürung des kalten Krieges geschaffen wurde und ganz besonders im Verlauf des Korea-Booms entstand, als sich der Reproduktionsprozeß im kapitalistischen Wirtschaftssystem sprunghaft erweiterte und die wichtigsten imperialistischen Länder durch die verstärkte Aufrüstung weniger als Verkäufer, sondern als Käufer auftraten.“ (25) „Die Produktionsmittelindustrien der meisten Industrienationen produzierten vorzugsweise Rüstungsgüter für die USA (Korea-Krieg!); in die dadurch entstandene Lücke im Angebot an Produktionsmitteln stieß das westdeutsche Kapital mit seiner Produktion.“ (26)

Die „boomartige Nachfrage“ des kriegführenden US-Imperialismus nach kriegswichtigen Ausrüstungsgütern ermöglichte der Bundesrepublik erstmalig eine ungeheure Expansion des Warenexports. Richtig betrachtet ist die durch den Korea-Krieg „entstandene Lücke“ ein unmittelbares Produkt einer Krise des Imperialismus. Was anderes als eine Krise des (US-)Imperialismus ist es, wenn seine Machtpositionen und die seiner Statthalter vom koreanischen Volk, das um seine Befreiung kämpft, über den Haufen gerannt werden?!

Ein weiteres Beispiel. Die Krise des französischen Kapitals 1968 nutzte die BRD u.a. zu einer weiteren Warenexport-offensive. Wenn die Krise des französischen Kapitals auch hauptsächlich eine wirtschaftliche Überproduktionskrise war, ist überall noch frisch im Gedächtnis, daß diese gleichzeitig mit den Anstoß bildete für die politische Krise des französischen Imperialismus, die in den sogenannten „Mai-Unruhen“ deutlich zum Ausdruck kam.

Ein letztes Beispiel für die Fähigkeit und Angewiesenheit des BRD-Imperialismus, die ökonomischen und politischen Krisen der imperialistischen Konkurrenten schonungslos auszunutzen:

„Besonders begünstigt wird die bundesrepublikanische Wirtschaft durch die aktuelle politische Situation“, schrieb B. Heinrich 1970, „in der ihrem stärksten Konkurrenten, den USA, infolge des Indochina-Krieges und der daraus resultierenden augenblicklichen Instabilität der amerikanischen Produktion (weitgehende militärische Auslastung der Kapazitäten) praktisch die Hände gebunden sind. Da die USA zur Zeit nicht in der Lage sind, die im Verlauf des Krieges allgemein anwachsende internationale Nachfrage zu befriedigen, gelang es der BRD, sogar in traditionelle Interessensphären der USA und in die durch die internationale Marktlage entstandenen Marktlücken einzudringen.“ (27)

Daß der Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes und der Völker Indochinas die Krise des (US-)Imperialismus zum Ausdruck bringt, wie die Krise des Imperialismus überhaupt durch diese Kämpfe beschleunigt und vertieft worden ist, ist jedermann bekannt.

B. Eine weltweite Abstauberrolle

Die genannten Beispiele machen insgesamt deutlich, wie sehr der ungeheure Warenexport der Bundesrepublik abhängig ist vom „Mißgeschick“ der imperialistischen Konkurrenten der Bundesrepublik, wie sehr der Exporterfolg der Bundesrepublik auf einer taktisch geschickten Ausnut-

zung der politischen und ökonomischen Krisen der Konkurrenten beruht, wie sehr der BRD-Imperialismus aus dem „Mißgeschick“ seiner Konkurrenten Vorteile für sich selbst zu ziehen verstand, wie er also im wahrsten Sinne des Wortes eine weltweite „Abstauberrolle“ gespielt hat. Diese Rolle ist von der BRD nicht passiv ausgefüllt worden. Es ist so, daß der BRD-Imperialismus aufs höchste aktiv war im Aufspüren dieser Krisen, in der Beurteilung dieser Krisen und daraus sich ergebender Spielräume, es ist so, daß er sich auf die Ausnutzung dieser Krisen sofort und mit allen Mitteln ausgerichtet hat.

Die aufs höchste angespannte taktische Aktivität in der Ausnutzung der Krisen der imperialistischen Konkurrenten ändert nichts an der Tatsache, daß der westdeutsche Imperialismus die ökonomischen und politischen Krisen der imperialistischen Konkurrenten bislang nicht produzieren konnte, sondern sozusagen auf die „Launen“ der Geschichte angewiesen war, wie sie sich unabhängig vom Willen der Bundesrepublik, als Resultat der geschichtlichen Entwicklung und der Entwicklung der Widersprüche im Weltmaßstab ergeben. Der BRD-Imperialismus war (bislang jedenfalls) nicht in der Lage, von sich aus das „Mißgeschick“ der Konkurrenten herbeizuführen.

C. „Wir stehen vor einem großen Experiment unserer Geschichte“

Die strategische Schwächesituation der Bundesrepublik (die bereits auf der Ebene des Warenimports nachgewiesen wurde) tritt auf der Ebene des Warenexports so in Erscheinung, daß der westdeutsche Imperialismus das „Mißgeschick“ und die Krisen der imperialistischen Konkurrenten selbst nicht herbeiführen kann. Die Warenexport-Stärke der Bundesrepublik ist über die ungeheure Ausbeutung des westdeutschen Proletariats und der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik hinaus allenfalls taktisch abgesichert.

Der BRD-Imperialismus kann, wie jede imperialistische Bourgeoisie, nicht darauf verzichten, das politische und ökonomische Mißgeschick der Konkurrenten sofort und ohne Zögern auszunutzen.

Bei einer ersten Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt (wie sie längst eingesetzt hat) kann die BRD ihre Stärkeposition nicht mehr allein durch eine taktisch geschickte Warenexportstrategie absichern oder ausbauen. Die Bundesrepublik ist unter den Daumenschrauben der Konkurrenz gezwungen, ihre Angewiesenheit auf das politische und ökonomische Mißgeschick der Konkurrenten, oder – was dasselbe ist – ihre Abhängigkeit von den imperialistischen Konkurrenten im Import bestimmter Waren systematisch zu beseitigen, um „unabhängig“ zu werden.

Nichts anderes als dieser „Zwang“ verbirgt sich hinter solchen auf den ersten Blick monströs erscheinenden Ausrufen wie dem von Wirtschaftsminister Friderichs anlässlich der „Bremer Schaffermahlzeit 1974“ oder anderer Vertreter der Bourgeoisie bei ähnlichen Anlässen: „Ich gehe so weit, zu sagen, daß wir vor einem großen Experiment unserer Geschichte stehen.“ (28)

(25) Gündel, R., Zum Wachstumstempo . . . , a.a.O., S. 299; Hervorhebung vom Verf.

(26) Kommunistischer Bund (KB/ML) Westberlin, hrsg.: Einschätzung des westdeutschen Imperialismus und Aufgaben der Kommunisten, in: Kommunist Nr. 4/5, 1971, S. 42

(27) Heinrich, B., Die Bundesrepublik . . . , a.a.O., S. 192

(28) Vor großem Experiment der Geschichte; Bremer Nachrichten, 9.2.1974

3. Zusammenfassung

Die Exportstärke der Bundesrepublik ist begrenzt bzw. untergraben von der Seite des Warenimports der Bundesrepublik; nicht deshalb, weil die Bundesrepublik darauf angewiesen ist, überhaupt Rohstoffe, Hilfsstoffe der Produktion und Halbwaren zu importieren, sondern weil sie als Waren auf dem Weltmarkt einkaufen muß und selbst (im Gegensatz zu den Konkurrenten) keinen „eigenen“ direkten Zugang zu den Rohstoffquellen usw. „besitzt“. Die Exportstärke der Bundesrepublik gegenüber ihren Konkurrenten ist strategisch gesehen unterhöhlt, denn von diesen Konkurrenten ist die Bundesrepublik in puncto Warenimport abhängig. Diese Situation des BRD-Imperialismus ist machtpolitisch Ergebnis des Zweiten Weltkrieges.

Unter diesen gegebenen Bedingungen haben „sie“, d.h. die „Unternehmer“ in Westdeutschland, „die Chancen der Nachkriegsentwicklung genutzt“. (29) Unter ungeheurer Ausbeutung des westdeutschen Proletariats und ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik hat die Bundesrepublik ökonomische und politische Krisen der imperialistischen Konkurrenten ausgenutzt für Warenexporte, die alles Bisherige in der Geschichte der Bundesrepublik in den Schatten stellen. Die Bundesrepublik hat mit vollendetem taktischem Geschick ihre „Abstauberrolle“ ausgefüllt. Die Exportstärke Westdeutschlands ist allenfalls taktisch abgesichert, da sie das ökonomische und politische Mißgeschick der Konkurrenten (bislang) nicht von sich aus und systematisch herbeiführen konnte. Möglich ist die Durchstoßung dieser Schranke, die sich dem westdeutschen Imperialismus stellt, nur, indem er sich systematisch diejenigen politischen, diplomatischen und militärischen Instrumente beschaffen, mit denen sie den Konkurrenten direkt oder indirekt (durch die Eroberung strategisch wichtiger Faustpfänder der Konkurrenz) diktieren kann bzw. mit denen sie umfassend und wirksam „Weltgeschichte machen“ kann.

Die dargelegten Widersprüche in der Ökonomie Westdeutschlands sind eine Besonderheit des BRD-Imperialismus und nicht kennzeichnend für den Imperialismus schlechthin. Die „Korrektur“ dieser Besonderheit läuft auf die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges hinaus.

Hinzuzufügen ist, daß die „Korrektur“ dieser Besonderheit der BRD Aufgabe des Staates ist. Der Staatsapparat nimmt sich dieser „Situation der Nation“ insgesamt an. Er handelt in diesem Sinn als Nationalstaat. Er handelt nicht nur im Interesse einiger Monopol- und Kapitalistenvereinigungen, sondern im Interesse der gesamten westdeutschen Bourgeoisie. Friderichs drückte es vor „Unternehmern“ so aus: „In unserem Ordnungssystem müssen Sie Ihre Aufgaben selbst lösen. Wir werden uns bemühen, die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und fortzuentwickeln.“ (30)

III. Die Verschärfung des Konkurrenzkampfes

1. Seit dem Ende der 60er-Jahre verschärft sich die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zusehends

Seit dem Ende der 60-er Jahre (genauer seit Mitte der 60-er Jahre bis Ende der 60-er Jahre) hat sich der Konkurrenz-

kampf der imperialistischen Länder Westeuropas, Japans, der USA und der Sowjetunion auf dem Weltmarkt verschärft.

Die Verschärfung ihres Konkurrenzkampfes ist unter anderem zurückzuführen auf die Erfolge, die besonders die Bundesrepublik und Japan, abgeschwächt auch Frankreich, auf dem Weltmarkt erzielen konnten; auf die Schwächung der USA durch den Vietnam-Krieg (auf Kriegsrüstungsgüter ausgerichtete Wirtschaft) und die Tatsache, daß die Sowjetunion mit ihrer Verwandlung in einen imperialistischen Staat zunehmend als Konkurrent der imperialistischen Länder auf die Weltmärkte tritt.

Eine weitere Ursache für die enorme Verschärfung der Konkurrenz der imperialistischen Länder auf dem Weltmarkt sind die erfolgreich voranschreitenden Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas, Mittel- und Südamerikas für ihre nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität. Durch die Befreiungskämpfe wird der „freie“ und ungehinderte Zugang der imperialistischen Länder zu den Rohstoffquellen und Bodenschätzen weiter eingengt: die imperialistischen Länder verlieren zunehmend ihre „imperialistische Freiheit“ in der Ausplünderung der natürlichen Reichtümer dieser Länder; ihr Handlungs- und Bewegungsspielraum wird zunehmend kleiner, was ihren Konkurrenzkampf untereinander in Hinsicht auf Rohstoffquellen in eine verschärfte Gangart versetzt.

Die Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt „verlangte“ und „verlangt“ von den Bourgeoisien sämtlicher auf dem Weltmarkt auftretender imperialistischer Länder die verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung „ihres“ heimischen Proletariats. Durch die verschärfte Ausbeutung zum Widerstand gegen den Reallohnabbau gezwungen, angespornt durch die erfolgreichen Befreiungskämpfe und angezogen vom erfolgreich beschrittenen Weg des Aufbaus des Sozialismus in der Volksrepublik China und Albanien haben die Kämpfe des Proletariats in den imperialistischen Metropolen seit Mitte der 60-er Jahre einen erneuten Aufschwung erfahren. Ein weiterer Handlungs- und Bewegungsspielraum, den die imperialistischen Bourgeoisien in ihrer Konkurrenz auf dem Weltmarkt gegenseitig ins Feld führen konnten, verengt sich damit für sie zusehends.

2. Bis gegen Ende der 60-er Jahre gründete die Bundesrepublik ihre Stellung auf dem Weltmarkt auf dem Fundament einer ungeheuren Ausbeutung des westdeutschen Proletariats und ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik

„Als der westdeutsche Imperialismus zu Beginn der Aufschwungphase im Jahre 1950 im wesentlichen wiedererrichtet war und das Produktionsniveau des Jahres 1936 wieder erreicht und schon etwas überschritten wurde, waren – unter Berücksichtigung der wachsenden Märkte – die Bedingungen für einen schnellen Produktionsanstieg in dreifacher Weise günstig: erstens durch das beträchtliche Maß an Kapazitätsreserven; zweitens durch den hohen Konzentrationsgrad der Wirtschaft und drittens durch die

(29) Friderichs, Bundeswirtschaftsministerium, hrsg.: Reden . . . , a.a.O., S. 147; Hervorhebung vom Verf.

(30) Friderichs, Bundeswirtschaftsministerium, hrsg.: Reden . . . , a.a.O., S. 147; Hervorhebung vom Verf.

niedrigen Löhne und das vorhandene große Arbeitslosenheer." (31)

Vom Jahr 1959 aus gesehen schreibt z.B. Chmelnizkaja: "Neben (der starken Nachfrage auf dem Weltmarkt nach Maschinen, Ausrüstungen und anderen Waren, die im westdeutschen Export überwiegen) wirkten sich auch die Entwicklungsbedingungen in Westdeutschland selbst günstig auf die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Waren aus. Den Ausschlag gab dabei die Tatsache, daß die Löhne der Arbeiter in Westdeutschland während der gesamten Nachkriegsperiode niedriger waren als in den meisten anderen kapitalistischen Industriestaaten." (32)

"Mit der weitgehenden Ausschöpfung des Arbeitskräftereservoirs um 1960 bestand in der Bundesrepublik eine Tendenz zur Steigerung des relativen Lohnanteils." (33) Auf diese Tendenz antworten die Kapitalisten in der Bundesrepublik jedoch nicht nur mit einem intensiveren Kapitaleinsatz und mit raffinierteren Ausbeutungsmethoden. Um den Konkurrenzvorteil gegenüber den imperialistischen Konkurrenten, nämlich das niedrige Lohnniveau in der Bundesrepublik, aufrechtzuerhalten, wirkte der BRD-Imperialismus der Tendenz zur Steigerung des relativen Lohnanteils durch eine Importoffensive billiger, ungelerner Arbeitskräfte entgegen. Der Import billiger, ungelerner ausländischer Arbeitskräfte aus den Randbezirken Europas beginnt bezeichnenderweise 1957, zu einem Zeitpunkt, an dem das vorhandene überschüssige Arbeitskräftereservoir in der Bundesrepublik in die Produktion aufgesogen ist. Dieser ungeheure Import billiger Arbeitskräfte ist mit einer der Gründe, weshalb die Durchschnittslöhne in der Bundesrepublik auch in den 60-er Jahren im internationalen Vergleich extrem niedrig lagen.

Im Vergleich zu den imperialistischen Konkurrenten verfügte das westdeutsche Kapital über günstige inländische Produktionsbedingungen. Diese bestanden in einer ungeheuer vorangeschrittenen Ausbeutung des westdeutschen Proletariats und ausländischer importierter Arbeitskräfte bei gleichzeitig extrem niedrigem Lohn (extrem niedrig – verglichen mit den Löhnen, die sich die Werktätigen in den Ländern der Konkurrenten erkämpften). Aufgrund dieses Konkurrenzvorteils konnte die Bundesrepublik ihre imperialistischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt (in puncto Warenpreise) ständig unterbieten, ohne daß dadurch die Profite des westdeutschen Kapitals geschmälert wurden.

3. "Abrupter Wandel" – "Kostenexplosion im Inland, Verteuerung der Rohstoffimporte"

"Es ist unzweifelhaft, daß wir uns in einem abrupten Wandel befinden, der, jedenfalls was die jüngste Geschichte angeht, nur mit der Währungsreform zu vergleichen ist. Wir haben uns den Luxus erlaubt, uns in den vergangenen Jahren in uns selbst zu versenken, und eine Nabelschau veranstaltet. Dabei haben wir nicht bemerkt, was um uns herum passiert." (34)

Was ist um "uns", den Herren "von Menges" herum passiert? "... die Wettbewerbsposition gegenüber bestimmten Ländern (hat sich) abrupt verschlechtert." (35) Die abrupte Verschlechterung der "Wettbewerbsposition" der Bundesrepublik, die mit dem Ende der 60-er Jahre beginnt, hat zwei Ursachen. Erstens, die Preise in der Bundesrepublik steigen; die Werktätigen erkämpfen Lohnsteigerungen; trotzdem bleiben die Löhne noch hinter dem Wert ihrer Arbeitskraft zurück (Reallohnabbau). Zweitens, die Weltmarktpreise für Rohstoffe beginnen ab 1969 zu

steigen; 1972 schnellen die Preise in die Höhe und verteuern sich seitdem ständig mehr.

"Kostenexplosion" – so faßt W. Slotoch den Sachverhalt des "abrupten Wandels" seit dem Ende der 60-er Jahre.

"Die Produktionskosten haben in der Bundesrepublik in den letzten Jahren (nämlich) eine geradezu beängstigende Entwicklung genommen. Um die Mitte des zu Ende gehenden Jahres (1973) hat in der Bundesrepublik eine Lohnstunde einschließlich Sozialkosten mehr gekostet als in den Vereinigten Staaten von Amerika: das sind bereits strukturelle Veränderungen des deutschen Kalkulationsgefüges, die man nicht einfach mit konjunkturpolitischer Lockerung ausmanövrieren kann." Und: "Die Importpreise für Rohstoffe waren im Oktober um 18 % und für Halbwaren um 38 % (!) höher als vor Jahresfrist. (...) Die Weltrohstoffpreise haben sich im Schnitt also verdoppelt (innen eines Jahres)." (36)

Die "strukturelle Veränderung des deutschen Kalkulationsgefüges" besteht erstens darin, daß das einzige Faustpfand, das die Bundesrepublik im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt ins Feld führen konnte, sich heute zwar noch in der Hand des BRD-Imperialismus befindet, daß sich das Proletariat aber zunehmend aus diesem Griff befreit. Die ungeheure Ausbeutung des westdeutschen Proletariats allein genügt nicht mehr, um die Weltposition der Bundesrepublik als zweitstärkste "Industriemacht" erfolgreich zu verteidigen, geschweige denn, diese Position bei gleichzeitiger Erhaltung der Profite auszubauen.

Eine "strukturelle Veränderung des deutschen Kalkulationsgefüges" ist zweitens insofern vorhanden, als die strategische Abhängigkeit der Bundesrepublik von Warenimporten durch die Verteuerung der Rohstoffe wirksam wird und sich für die Bundesrepublik als Konkurrenznachteil gegenüber den Konkurrenten erweist. Die Struktur der besonderen Widersprüche in der Ökonomik der Bundesrepublik tritt deutlich zutage.

4. "Die Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft"

Die Wirtschaftsredakteure wie Slotoch lamentieren über die "strukturellen Veränderungen im deutschen Kalkulationsgefüge" – den Herren "von Menges" stellt sich die Situation der Verengung des Spielraums ihrer Konkurrenzfähigkeit praktisch: "Wir sind als hochindustrialisierte Volkswirtschaft darauf angewiesen, angesichts der veränderten Daten – Rohstoffpreise, Ölknappheit und weltweite Inflation (an anderer Stelle nennt er: Energie, Nahrungsmittel- und Lohnsteigerungen) – die westdeutsche Wirtschaft neu zu strukturieren." (37)

(31) Gündel, R., Zum Wachstumstempo der westdeutschen Industrieproduktion, in: Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 3, Berlin 1960, S. 272

(32) Chmelnizkaja, J., Der westdeutsche Monopolkapitalismus, 1. Auflage (Reprint), Hamburg 1972, S. 195; Hervorhebung vom Verf.

(33) Brandes, die Krise des Imperialismus, a.a.O., S. 31

(34) Wilh. v. Menges, "Von lieben Gewohnheiten Abschied nehmen" (Spiegel-Gespräch), in: "Spiegel" 28. Jahrgang Nr. 7, 11.2.1974, S. 44

(35) Sachverständigenrat, hrsg.: Jahresgutachten 1971, Bonn - Bad Godesberg 1971, S. 115, Ziffer 351

(36) Slotoch, W., Ölkrise: Bluff oder Blackout; SZ, 22.12.1973

(37) Von Menges, "Von lieben Gewohnheiten Abschied nehmen", a.a.O., S. 48

Auch Otto Wolff, Präsident des deutschen Industrie- und Handelstages, betonte die "Änderungsbedürftigkeit" der deutschen Wirtschaftsstruktur". (38)

Worin besteht, systematisch gesehen, die Aufgabe der "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft", die sich den Herren "von Menges" stellt?

Die "Kostenexplosion im Inland" und die "Verteuerung der Rohstoffimporte" wirken sich bei gegebener kapitalistischer Produktionsweise so aus, daß die "Produktionskosten" steigen: Erstens, die Verteuerung von Rohstoffen, Halbwaren usw., die unablässige Vorbedingung der Produktion sind, bedeutet eine Heraufsetzung des konstanten Kapitalanteils. Die Heraufsetzung des konstanten Kapitalanteils schlägt sich in einem größeren Wert der Produkte nieder. Jedes Produkt wird insgesamt verteuert. Da die Waren durchschnittlich zu ihrem Wert verkauft werden, werden sie auf dem (Welt-)Markt teurer. "Durch die Verteuerung des Erdöls und den dadurch bedingten Anstieg der deutschen Wirtschaft werden sich nicht nur die inländischen Erzeugerpreise, sondern tendenziell auch die Ausführpreise erhöhen. Insofern wird die Verteuerung zumindest teilweise weitergegeben, und insofern ist die Belastung der Handelsbilanz geringer." (39)

Zweitens, die Kostenexplosion im Inland, insbesondere die Löhne, die die Kapitalisten und ihr Anhang bejammern, bedeutet eine **Heraufsetzung des variablen Kapitalanteils** (der in Löhnen verausgabt wird). Mit der Heraufsetzung des variablen Kapitalanteils ist keine Vergrößerung des Wertes der produzierten Ware gegeben. Vergrößerung des variablen Kapitalanteils bedeutet lediglich, daß sich das Verhältnis ändert, worin sich Arbeiter und Kapitalist den gesamten von den Arbeitern neu geschaffenen Wert teilen. (40) Verändert sich das Verhältnis von bezahlter und von unbezahlt angelegter Arbeit zugunsten der Arbeiter, so verringert sich der Teil, den sich der Kapitalist als unbezahlte Arbeit aneignet. Die Erhöhung des variablen Kapitalanteils (hier Löhne) macht die Ware auf dem Markt nicht teurer, schmälert aber den Profit der Kapitalisten. Die Folge ist: Das Ziel, mit dem der Kapitalist die Produktion organisiert, wird für ihn nicht optimal erreicht.

Die Rohstoffverteuerung verteuert die Waren, so daß die Konkurrenten auf dem Weltmarkt schwerer zu unterbieten sind, und die Lohn-"Kostenexplosion im Inland" schmälert die Profite der Kapitalisten; damit verschlechtert sich für ihn die Ausgangssituation für die nächste "Runde" des Konkurrenzkampfes.

Die "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" besteht in nichts anderem als in der Senkung der von den Kapitalisten aus gesehenen "exorbitanten" Produktionskosten, um bei gleichzeitiger Erhaltung (möglichst noch Ausweitung) der Profite die imperialistischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt unterbieten zu können. Die Produktionskosten der Kapitalisten in der Bundesrepublik müssen unter das Niveau der Produktionskosten der Konkurrenten gebracht werden. Wie ist dies "angesichts der geänderten Daten" möglich?

Die Senkung der Produktionskosten (bei Erhaltung und Ausweitung der Profite) ist systematisch gesehen nur möglich durch:

A. **Verschärfte Ausbeutung des westdeutschen Proletariats**
Die Arbeit wird durch alle zur Verfügung stehenden Mittel innerhalb der Fabrik intensiviert, d.h. der durch Mehrarbeit über den Wert der Arbeitskraft hinausgehende Wert wird vergrößert; gleichzeitig und zusätzlich wird die Bezahlung der Arbeitskraft unter ihren Wert gedrückt; dies mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des Klassenkampfes.

B. **"Standortverlagerung" der Produktion in andere Länder**
Für die sogenannte Standortverlagerung der Produktion gibt es mehrere Gründe, die sich zum Teil überschneiden.

a. Der wichtigste Grund ist die Einsparung von Lohnkosten; "arbeitsintensive Produktionen" werden in "Niedriglohnländer" verlegt, d.h. in rückständige kapitalistische Länder und unterentwickelte Länder, in denen die Arbeitslöhne niedriger sind als in der Bundesrepublik, weil das kulturelle gesellschaftliche Niveau entsprechend dem Entwicklungsstand dieses Landes niedrig ist und weil es große Mengen Arbeitskräfte gibt, die sich gegenseitig auf dem Arbeitsmarkt unterbieten.

b. Den zweiten Grund für "Standortverlagerungen" der Produktion bilden die Energiequellen und die Rohstoffe dieser Länder. Statt die Rohstoffe in die Bundesrepublik zu transportieren, werden sie an "Ort und Stelle ausgenutzt" und vorbereitend aufgearbeitet. Billigste Arbeitskräfte stehen "zur Verfügung". Diese Produktionsverlagerung an die Energie- und Rohstoffquellen ist systematisch gesehen ein Aspekt der "Weiterentwicklung der Rohstoffpolitik". Sie wird darunter behandelt.

c. Der dritte Grund ist die Erschließung neuer Absatzmärkte bzw. das Eindringen in die ausländischen Absatzmärkte der Konkurrenten. Die Produktionsverlagerung direkt in die Länder der Konkurrenten ist ebenfalls typisch für die "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft". Die "Standortverlagerung der Produktion" in die Länder der Konkurrenten geschieht mit dem Ziel, die Importbeschränkungen dieser Länder zu unterlaufen und Konkurrenzvorteile, die die Bourgeoisie dieser Länder "ihrer" Wirtschaft auf vielfältige Weise verschafft haben, ebenfalls auszunutzen und damit gegen die Konkurrenten zu wenden. Diese "Standortverlagerung" ist typisch für den Imperialismus; sie dient hauptsächlich der **Schwächung der Konkurrenten** und dazu, sie in ihrem "Inland niederzukonkurrieren"; sie dient **indirekt** der Schaffung des eigenen Konkurrenzvorteils. Die Standortverlagerung der Produktion in die Länder der Konkurrenten vermag die Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik im Sinne der **Erkämpfung optimaler Kapitalverwertungsbedingungen nicht unmittelbar** heraufzusetzen. Dies wäre nur dann der Fall, wenn der westdeutsche Imperialismus antreten würde, das Monopol, das die Bourgeoisie eines Landes in Bezug auf die Ausbeutung "ihres" Proletariats besitzt, ihr streitig zu machen, indem er die politische und militärische Macht dieser Bourgeoisie "zerbricht" und dieses Industriegebiet annektiert, um das Proletariat, die Werktätigen, die Rohstoffvorkom-

(38) Ölpreise erzwingen Änderung der Wirtschaftsstruktur; SZ, 15.1.1974

(39) Friderichs, Die Grundaussichten der Energiepolitik brauchen nicht revidiert zu werden; SZ, 18.1.1974

(40) "Wenn der Arbeitslohn sich ändert, wird sich der Profit in der entgegengesetzten Richtung ändern." Marx, Lohn, Preis und Profit; 11. Auflage, Berlin 1968, S. 53

men usw. für sich auszubeuten. Der Übergang von der Schwächung des Konkurrenten hin zur militärischen Niederschlagung des imperialistischen Konkurrenten oder eines Industrielandes ist abhängig von der Verschärfung der Konkurrenz und der Entwicklung der ökonomischen, politischen und militärischen Stärke der Kontrahenten.

C. "Weiterentwicklung der Rohstoffpolitik"

Erlangung eines direkten Zugangs zu den Rohstoffquellen um von den imperialistischen Konkurrenten "unabhängig" zu sein, die den Rohstoff- und Halbwarenimport in die Bundesrepublik vermitteln und dabei eine gehörige Profitspanne haben.

5. Die Grundlinien der "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft"

Verschärfte Ausbeutung des westdeutschen Proletariats, Standortverlagerung der Produktion hauptsächlich in Niedriglohnländer und "Weiterentwicklung der Rohstoffpolitik" — dies sind die drei hauptsächlich Grundlinien, auf denen die "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" systematisch möglich ist (vergl. Anhang), und auf diesen Grundlinien verläuft die "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" seit dem Ende der 60-er Jahre tatsächlich.

Systematisch gesehen besteht die "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" in nichts anderem, als daß neben die verschärfte Ausbeutung des westdeutschen Proletariats zusätzlich die Ausbeutung des Proletariats und der Werktätigen in unterentwickelten, rückständigen kapitalistischen Ländern tritt. Neben die Ausplünderung des Proletariats und der Volksmassen in der BRD tritt die Ausplünderung der Rohstoffvorkommen und der Völker in großem Maßstab. Auf einen Satz gebracht, handelt es sich bei der Sicherung und Eroberung eines noch größeren Weltmarktanteiles durch die BRD darum, die imperialistischen Konkurrenten in der Ausbeutung und Ausplünderung der Volksmassen noch zu überbieten und einen neuen "Weltrekord" in Ausbeutung und Ausplünderung aufzustellen.

Die "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" seit dem Ende der 60-er Jahre ist die Folge der verschärften Konkurrenz, gleichzeitig kommt in dieser Entwicklung entlang der Grundlinien zur Heraufsetzung der Konkurrenzfähigkeit die verschärfte Konkurrenz zum Ausdruck und zum Austrag. Diese Entwicklung ist Weiterentwicklung und nicht Umschwung, sie ist Fortentwicklung auf "erweiterter Stufenleiter". In zweifacher Weise handelt es sich bei den "Zusätzen", um die Konkurrenzfähigkeit in der Bundesrepublik zu verbessern, nicht nur um bloße Additionen von Konkurrenzvorteilen zu den alten oder um eine folgenlose Hinzufügung, die alle "bisherigen" Konkurrenzvorteile der BRD gegenüber den Konkurrenten — und das heißt auf der Kehrseite, alle Ausbeutungs- und Ausplünderungsverhältnisse, denen das Proletariat und die Werktätigen unterworfen sind, unberührt läßt.

Erstens findet die Heraufsetzung der Konkurrenzfähigkeit der BRD auf den gezeigten Grundlinien nicht im luftleeren Raum statt, sondern im scharfen Kampf gegen die imperialistischen Konkurrenten, die unter sich die Welt in Einflußsphären, Kapitalanlagesphären, Absatzmärkte und die Rohstoffquellen und Arbeitskräftereservoirs aufgeteilt haben. Und: Die Bundesrepublik tritt zunehmend offen — allein oder im Bündnis mit imperialistischen Konkurrenten — den Kämpfen der Völker für ihre nationale Unabhängigkeit und

staatliche Souveränität gegenüber. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt verläuft nicht nur angestrengter und stellt die imperialistischen Konkurrenten nicht nur schroffer gegenüber, sondern der Konkurrenzkampf entbrennt auch in voller Schärfe auf ganzer Linie, d.h. überall, wo es "Schweiß auszupressen" und "Bodenschätze auszuplündern" gibt, geraten die imperialistischen Konkurrenten unausweichlich aneinander. Die Konkurrenz auf den Warenmärkten ist ein wichtiges, aber nicht das alleinige Feld des verschärften Konkurrenzkampfes. Im Zusammenhang damit steht, daß mit der Ausweitung der Konkurrenz auf alle Ebenen und der Intensivierung des Konkurrenzkampfes auch die Mittel des Konkurrenzkampfes notgedrungen "mörderischer" werden.

Zweitens läßt die Heraufsetzung der Konkurrenzfähigkeit der BRD auf den angezeigten Grundlinien die Ausbeutungs- und Ausplünderungsverhältnisse, denen die Arbeiterklasse und die Werktätigen in der BRD unterworfen sind, nicht unberührt. Dies nicht nur deshalb, weil das westdeutsche Kapital die Ausbeutung und Ausplünderung mit allen Mitteln in verschärftem Maße vorantreibt. Die "Standortverlagerung der Produktion" und die "Weiterentwicklung der Rohstoffpolitik" ist kein gedanklicher Akt des westdeutschen Imperialismus, vielmehr ein Weg, der real beschritten wird, der materielle und politische Bedingungen hat, damit das westdeutsche Kapital ihn erfolgreich beschreiten kann. Die "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" bzw. das "große Experiment der Geschichte" stößt alle gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Entwicklung voran und verschärft sie, so daß die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Gesellschaftsordnung der BRD insgesamt voranschreitet — ihrem Untergang entgegen. Während von Menges darauf hinwies, daß die "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft", "jedenfalls, was die jüngere Geschichte angeht, nur mit der Währungsreform zu vergleichen ist", um das ganze Ausmaß des "Wandels" klarzumachen, drückte der bürgerliche Politiker Brandt dieselbe Tatsache, an die Arbeiterklasse und die Volksmassen gerichtet, so aus: "Wir haben eine Anstrengung vor uns, die vergleichbar ist mit den Anstrengungen, die unser Volk nach dem Krieg auf sich nehmen mußte." (41)

IV. Die "Weiterentwicklung der Rohstoffpolitik" der BRD — ein Programm imperialistischer "Unabhängigkeit" von den Konkurrenten und imperialistischer "Freiheit", die Völker auszuplündern und zu unterjochen

Die BRD ist Koloß geworden, ein Koloß auf tönernen Füßen, da sich die Rohstoffquellen usw. als Faustpfänder der Konkurrenz fest in den Händen der Konkurrenten befinden oder in den Händen der Völker.

"Weiterentwicklung der Rohstoffpolitik", so faßte Staatssekretär Rohwedder (42) die Aufgabe, vor die sich das westdeutsche Kapital durch die Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt gestellt sieht. Diese Formel bedeutet nichts anderes als den Warenimport von Rohstoffen vom Weltmarkt zu ersetzen durch den direkten Zugang zu

(41) Willy Brandt; SZ, 29.11.1973

(42) Rohstoffkrise erzwingt verstärkte Partnerschaft; SZ, 30.11.1973

Rohstoffquellen, Bodenvorkommen und natürlichen Reichtümern anderer Länder, bedeutet nichts anderes als "unabhängig" zu werden vom Import der Rohstoffe usw. als Waren. Fridrichs zur Abhängigkeit vom Warenimport: "Unsere Außenwirtschaftspolitik muß nahezu komplett verändert werden, weil wir die Rohstoffbeschaffung nicht momentanen Situationen überlassen dürfen. Das künftige Wachstum werde dauerhaft beeinflusst sein von der Rohstoffverfügbarkeit." (43)

"Es kommt wegen des scharfen internationalen Wettbewerbs vielmehr darauf an, Energie nicht nur sicher, sondern auch möglichst preiswert zu beziehen." (44)

1. Unabhängigkeit von den imperialistischen Konkurrenten

Das "Unabhängigkeits"-Streben der Bundesrepublik in puncto Rohstoffe ist nicht darauf ausgerichtet, überhaupt auf den Bezug von Rohstoffen aus anderen Ländern und auf die Verarbeitung von Rohstoffen in der Bundesrepublik zu verzichten, sich also auf die "einheimischen Ressourcen" zu beschränken. Das Unabhängigkeitsstreben der Bundesrepublik ist keine Rückentwicklung, sondern "Weiterentwicklung der Rohstoffpolitik". Die angestrebte Unabhängigkeit bezieht sich auf direkten Zugang zu Rohstoffen und auf die unkontrollierte Verfügung der Bundesrepublik über Rohstoffe, gleichgültig, ob die Rohstoffe durch die Völker oder durch die imperialistischen Konkurrenten kontrolliert werden.

Reinert, Vorsitzender des Vorstandes der VEBA-Chemie AG, hat diesen Sachverhalt, um den es dem westdeutschen Imperialismus geht, am Erdöl so ausgedrückt: "Erdöl wird zukünftig teuer werden. Das verbessert naturgemäß die Situation der Verkäufer und verschlechtert die der Käufer. Es entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis, das schon aus wirtschaftlicher Sicht gefährlich ist, beim Erdöl aber durch politische Aspekte noch weitaus gefährlicher wird. Gemeint ist hier nicht nur die bekannte politische Instabilität in einigen der wichtigsten Förderländer, ... sondern auch der sich für das kommende Jahrzehnt abzeichnende scharfe Wettbewerb der Wirtschaftsböcke Westeuropas, Nordamerika und Japan untereinander." (45) "Weiterentwicklung der Rohstoffpolitik" bedeutet gegenwärtig noch: Die Bundesrepublik will einen Platz an den Rohstoff-Futterkrippen der Welt, aber die Futterkrippen sind besetzt. Reinert: "Als die deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH 1970 ihre Tätigkeit aufnahm, waren die aussichtsreichsten Gebiete der Welt bereits vergeben." (46)

Die Bundesrepublik will einen Platz an der Futterkrippe; sie will nicht alles haben. Sie ist bescheiden: Sie will eine Neuverteilung der Rohstoffgebiete und Einflußsphären, sie will ihre "eigene sichere Rohstoffbasis".

Dies "bescheidene" Ziel der Bundesrepublik widerspricht den ökonomischen Zielsetzungen der imperialistischen Konkurrenten, die ebenfalls "ihre" eigene Rohstoffbasis ergattern, absichern oder ausweiten wollen, um durch uneingeschränktem Zugang zu Rohstoffen die Produktion "ihrer" Waren zu verbilligen.

Die Rohstoffe und Bodenschätze sind nicht nur Gegenstand der Konkurrenz; sie sind auch Mittel zur Herrschaft, a. um die ökonomische Vormachtstellung der Konkurrenten untergraben zu halten, b. sind Rohstoffe kriegswichtige "Güter". Das "bescheidene" Ziel der "eigenen sicheren Rohstoffbasis" ist also nicht nur ein "Gebot der wirtschaftlichen Vernunft", es ist zugleich Herrschaftsanspruch. Es ist nicht so, daß die imperialistischen Politiker

dieser Tatsache gegenüber blind sind und nur die "ökonomische Seite" sehen. Wirtschaftsminister Fridrichs legte dem "Deutschen Bundestag" am 17.1.1974 diese Tatsachen auseinander: "Die Schwierigkeiten der vergangenen Monate haben für jedermann deutlich gemacht, welche Priorität die Energieversorgung für unsere Volkswirtschaft besitzt. Und sie haben weiterhin gezeigt, daß die Energieversorgung nicht nur ein wirtschaftspolitisches Problem ist, sondern auch unsere politische Handlungsfreiheit nach innen und außen bestimmt." (47)

Eine deutliche Sprache spricht auch Staatssekretär Rohwedder vom Bundeswirtschaftsministerium, der das Neue an der "Weiterentwicklung der Rohstoffpolitik" auf den Begriff bringt. "Von nun an habe man sich auf andere Kategorien und Dimensionen rohstoffpolitischen Denkens einzustellen. Auf absehbare Zeit müßten Staat und Wirtschaft bei der großen Importabhängigkeit der Bundesrepublik (die bei den meisten mineralischen Rohstoffen über 90 % beträgt) eine zunehmende Politisierung der Rohstoffe durch die einzelnen Erzeugerländer zur Kenntnis nehmen oder permanent ins Kalkül einbeziehen." (48)

Die offenen Worte Rohwedders tragen noch deutlich den Stempel der aktuellen Situation, insofern Rohwedder von den "Erzeugerländern" spricht. Daß "man sich von nun an auf andere Kategorien und Dimensionen rohstoffpolitischen Denkens einzustellen habe", ist jedoch nicht nur gegen die Regierungen der Entwicklungsländer und die Völker gerichtet, sondern prompt auch an die imperialistischen Konkurrenten.

2. Ausplünderung der natürlichen Reichtümer der Völker

Die Durchtrennung der Ketten, mit denen die Bundesrepublik an den Warenimport von Rohstoffen vom Weltmarkt gefesselt ist (info des Zweiten Weltkrieges), bedeutet für die Völker direkte Ausbeutung der natürlichen Reichtümer und ihre Unterjochung. Reinert: "Die Problematik unserer Importabhängigkeit liegt in der langfristigen Sicherung unserer Versorgung, d.h. dem ungehinderten und ausreichenden Zugang zu den Rohölquellen im Ausland." (49)

Was bedeuten die Worte Rohwedders, daß "Staat und Wirtschaft ... die zunehmende Politisierung der Rohstoffe durch die Erzeugerländer permanent ins Kalkül einbeziehen (müssen)"? Sie bedeuten: Gebt ihr uns den "Schutt" nicht freiwillig, gebrauchen wir andere Mittel! Nehmt ihr euch das Recht auf die Verfügung über eure nationalen und natürlichen Reichtümer, besitzen wir die imperialistische "Freiheit", dagegen vorzugehen (solange die Arbeiterklasse und die Volksmassen bei "uns" mitmachen).

J. Riedmiller verdreht die Tatsache, daß sich die Bundesrepublik im Zuge ihrer "Sicherung eigener Rohstoffba-

(43) Abschied vom Konsumrausch; SZ, 1.2.1974; Hervorhebung vom Verf.

(44) DIHT-Präsident Wolff, Ölpreise erzwingen Änderung der Wirtschaftsstruktur; SZ, 15.1.1974; Hervorhebung vom Verf.

(45) Reinert, Zur Situation der Mineralölindustrie in der BRD, a.a.O., S. 67

(46) Reinert, Zur Situation ..., a.a.O., S. 68

(47) Die Grundaussichtungen unserer Energiepolitik brauchen nicht revidiert zu werden; SZ, 18.1.1974

(48) Rohstoffkrise erzwingt verstärkte Partnerschaft; SZ, 30.11.1973; Hervorhebung vom Verf.

(49) Reinert, Zur Situation ..., a.a.O., S. 67; Hervorhebung vom Verf.

sis" notgedrungen gegen die Interessen der Völker wenden muß, in folgender Weise:

"Die politischen Zukunftsforscher werden seit Jahren nicht müde, auf die Gefährlichkeit einer Situation hinzuweisen, in der eine Minorität zuviel, die Majorität zuwenig hat. Der Haß, der dabei erzeugt wird, führt zur Aggression, zum Krieg.

Die überlegene Kriegstechnik der Besitzenden vermochte bisher die offene Konfrontation zwischen dem armen Süden und dem reichen Norden, die für die nächsten Jahrzehnte prophezeit ist, zu unterdrücken. Aber das Öl embargo ist bereits ein Vorläufer dieser Konfrontation und daher erster zu nehmen als eine vorübergehende Mangelsituation." (50)

In der Tat ist die sogenannte Ölkrise keine "Mangel"-Krise, sie ist Ausdruck der Tatsache, daß die erdölproduzierenden Länder und die über Rohstoffvorkommen verfügenden Entwicklungsländer den Kampf für ihre nationalen und souveränen Rechte weitergeführt und auf noch breiterer Front aufgenommen haben. Was jedenfalls lächerlich ist, sind die psychologischen Erklärungen, der Haß auf den Norden führe zur Aggression und zum Krieg. Sind die Entwicklungsländer etwa "arm"? Sie werden "arm" gemacht durch die Ausplünderung der natürlichen Vorkommen durch die imperialistischen Länder — das sind die Tatsachen. Der "Haß" gegen den reichen Norden kommt nicht daher, daß er "reich" ist, sondern daher, daß er die Völker und ihre natürlichen Vorkommen ausplündert. Gegen die Ausplünderung und Verschacherung der natürlichen Vorkommen und Reichtümer der Länder Asiens, Afrikas, Mittel- und Südamerikas wendet sich der Haß. Er wendet sich gegen die Aggressoren und ausländischen Eindringlinge — und dieser Haß ist berechtigt. Die Verletzung der nationalen und staatlichen Souveränität der Völker und die Verletzung des Verfügungsrechts der Völker über ihre Rohstoffvorkommen, das ist die wirkliche Quelle jenes Hasses, von dem Riedmiller spricht. Die Quelle ist der Imperialismus, ist das Streben nach ungehinderter Ausplünderung und Ausbeutung, das auch der Weiterentwicklung der Rohstoffpolitik der Bundesrepublik zugrunde liegt. Riedmiller setzt der Scheinheiligkeit noch eine Krone auf, indem er erklärt: "Die überlegene Kriegstechnik der Besitzenden vermochte bisher eine offene Konfrontation ... zu unterdrücken."

3. Das "Dreistufenkonzept zur Rohstoffpolitik"

Das Programm der Bundesregierung zur Rohstoffsicherung legte der Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, K.H. Sohn, dar. (51)

"Innerhalb der Bundesregierung wurde Einigung darüber erzielt, entsprechende Pläne (die Sicherung von Rohstofflieferungen aus Entwicklungsländern ... durch besondere pauschale Kredithilfen zu erkaufen) nicht weiterzuverfolgen. Entgegen pauschaler "Kredithilfen" soll "über die Beteiligung an Explorations-, Erschließungs- und Verarbeitungsprojekten je nach Sachlage einzeln" entschieden werden. Der u.a. eigens dafür eingerichtete "Staatssekretärsausschuß für Rohstofffragen, der in Bonn schon vor Beginn der Ölkrise tätig war", erarbeitete ein sogenanntes "Dreistufenkonzept zur Rohstoffpolitik", das sämtlichen anderen Programmen (z.B. des BDI) entspricht.

Erste Stufe: Erforschung von Bodenschätzen. Unterstützung durch die "im Rahmen der Entwicklungspolitik gewährte technische Hilfe" und durch das Bundesamt für Bodenforschung. "Ziel umfassender Explorationen soll es

sein, bisherige Schätzungen über Bodenvorkommen in den Entwicklungsländern zu präzisieren."

Zweite Stufe: "Rohstofferschließung"; keine Entwicklungshilfe in Form von Darlehen oder technischer Hilfe. "Privatwirtschaftliche Unternehmen, in erster Linie Bergbau- und Mineralölgesellschaften, sollen — falls im Rohstoffland entsprechendes Interesse besteht — Vereinbarungen über die Erschließung von Rohstoffvorkommen treffen. Über einen finanziell gut ausgestatteten nationalen Rohstofffonds könnten solche Vorhaben teilweise finanziert werden."

Dritte Stufe: Rohstoffverarbeitung. "Den Entwicklungsländern soll durch großzügige Kapitalhilfe die Möglichkeit gegeben werden, Veredelungsbetriebe anzusiedeln", auch "Verarbeitungsbetriebe", sogar "Hütten- und kleinere Walzwerke".

Man darf sich dieses "Dreistufenkonzept" nicht so vorstellen, als werde eine Stufe nach der anderen beschritten. Vielmehr ist die Bundesrepublik erstens auf allen Stufen gleichzeitig aufs Angespannteste aktiv und zweitens nicht erst heute oder morgen, sondern schon seit geraumer Zeit, seit etwa Mitte bis Ende der 60-er Jahre. Das "Dreistufenkonzept" ist keine Erfindung eines Staatssekretärsausschusses, sondern es stellt nichts anderes dar, als eine Systematisierung der Rohstoffaktivitäten der Bundesrepublik als Staat wie auch der "Privatwirtschaft".

Einige Beispiele für die Rohstoffaktivitäten (fast ausschließlich seit Herbst 1973):

Erforschung und Erschließung von Bodenschätzen:

Die DEMINEX bohrt, meist zusammen mit anderen Ölkonzernen, in Nigeria, Senegal, Kanada, Guyana, Trinidad, Peru und Indonesien. Das Hauptinteresse ist auf die "Räume" Nordsee, Westafrika und Mittelost gerichtet. Neben einem schon laufenden Aufschlußprojekt in Jordanien wurden im Frühjahr 1974 Explorationsarbeiten in der algerischen Sahara vereinbart, ein deutsch-ägyptischer Bohrtrakt unterzeichnet und eine Konzessionsfläche im Iran erworben. Thyssen kündigte im Frühjahr 1974 an, er werde seinen Kokskohlebedarf über eigene Kohlengruben in den USA und Kanada decken.

Rohstoffverarbeitung:

Kontakte und Vereinbarungen zur Verarbeitung von Rohstoffen wurden seit Herbst 1973 u.a. mit Venezuela, Algerien und dem Iran getroffen. Im Iran soll bei Bushir am Persischen Golf eine "Exportraffinerie" aufgebaut werden, deren Erzeugnisse zum großen Teil in die Bundesrepublik gehen. Ebenso soll eine "petrochemische Großanlage" gebaut werden. Zusätzlich sind eine Anzahl "kleinerer Projekte" geplant (Eisenerz-Direktreduktionsanlagen, Zementwerke). Der Gute-Hoffnungshütte-Konzern ist in Brasilien, "einem der bedeutendsten Erzlieferanten", aktiv. Mehrere westdeutsche Konzerne investieren in Afrika, um "deutsche Produktionsstätten" zu errichten, die "Rohstoffe weiterverarbeiten".

Hauptschwerpunkte der Rohstoffaktivitäten sollen vor allem Afrika, Südamerika und Indonesien sein. Wie Friderichs ankündigte, "werde er demnächst in mehrere dieser Länder

(50) Riedmiller, Die Ölkrise — Bumerang und Menetekel; SZ, 25.11.1973; Hervorhebung vom Verf.

(51) Keine Finanzhilfen für Rohstoffländer; SZ, 31.12.1973; alle folgenden Zitate ebenda bis zu neuem Quellenvermerk

reisen, um den politischen Boden für neue Formen der Zusammenarbeit vorzubereiten". (52)

A. "Ohne den Staat geht es nicht" (53)

Daß es ohne den kapitalistischen Staatsapparat nicht geht, macht der Plan der Staatssekretäre selbst schon deutlich. Schon vorn ist dargelegt, daß sich der Staat der "Situation der Nation" annimmt, und daß die "Politisierung der Rohstoffe ... ins Kalkül einbezogen werden müsse". Zusätzlich muß nach den Worten Rohwedders genannt werden, daß die "Entwicklungsländer bevorzugt mit Regierungen anstatt mit einzelnen Unternehmen verhandeln". (54) Der Staatsapparat ebnet mit allen Mitteln die Wege des Kapitals.

B. Ohne einen "nationalen Ölkonzern" geht es nicht

Durch die Vereinigung von VEB-Chemie und Gelsenberg soll ein "nationaler Ölkonzern" geschaffen werden, der "im internationalen Konzert eine Rolle spielt". (55) "Die Bundesregierung betrachtet den Zusammenschluß als ersten Schritt zu einer neuen Gruppierung der deutschen Mineralölinteressen". (56) Das "überragende Interesse der Allgemeinheit" an der Schaffung der "German Oil Company" (GOC) fegte natürlich auch den Einspruch der Bundeskartellamt hinweg, daß "im Blick auf die Beteiligung des Bundes vor allem an der VEB AG und deren Beteiligungen an der Preußischen Elektrizitäts AG, der VEB Kraftwerke Ruhr AG, der VEB-Chemie AG, der Hugo Stinnes AG und der Ruhrkohle AG zwangsläufig (zu der) Schlußfolgerung (kam), daß durch den Zusammenschluß mit der Gelsenberg AG marktbeherrschende Stellungen in den Bereichen Elektrizität, Mineralöl (vorwiegend leichtes Heizöl), Vorprodukte der Petrochemie und Binnenschifffahrt entstehen oder verstärkt würden". Genau das ist aber der Zweck des Zusammenschlusses.

Die Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft (DEMINEX; Gesellschafter: Gelsenberg, VEB, Wintershall, UK Wesseling, Deutsche Schachtbau, Saarbergwerke, Preussag), mit der deutschen Ölfirmen der Zugang zu eigenen Ölquellen verschafft werden sollte, soll später in den "von Bonn gewünschten großen deutschen Ölkonzern aufgehen". Die Mittel der DEMINEX (Bundeshilfe von 557 Millionen DM) sind jetzt annähernd aufgezehrt, so daß "bald neue Gelder zur Verfügung" gestellt werden müssen. (57)

C. Die Finanzierung des "nationalen Ölkonzerns", der DEMINEX, und des "nationalen Rohstofffonds"

Jedermann dürfte "begriffen haben, daß der Wohlstand (der Kapitalisten, Anm. d. Verf.) in unserem Lande wie in den anderen Industriestaaten unmittelbar an die Notwendigkeit geknüpft ist, durch eine Konzentration der Kräfte in den nächsten Jahren neue energiewirtschaftliche Fundamente zu schaffen. Das bedeutet aber vor allem auch, daß der Akzent der Wirtschaftspolitik auf die dafür erforderlichen Investitionen gelegt wird. In den Vereinigten Staaten hat man viel rascher geschaltet und für die Energiesicherung Mittel bereitgestellt, die bereits einige 100 Milliarden Dollar übersteigen. In der Bundesrepublik ist man offenbar noch nicht richtig wach geworden und sich über die wirtschaftliche Kraftanstrengung noch keineswegs klar, die hier von uns erbracht werden muß. Die Zeit der Konsumorgien ist zunächst einmal vorbei." (58)

Das "große Experiment der Geschichte", die "Weiterentwicklung der Rohstoffpolitik", die imperialistische Rohstoff-"Unabhängigkeit" von den Konkurrenten und die imperialistische "Freiheit", die Völker der Welt auszubeuten

und ihre nationalen Reichtümer auszuplündern, dieser Versuch, die Schallmauer in Unterdrückung und Ausplünderung zu durchbrechen, soll von der Arbeiterklasse und den Werktätigen "finanziell" unterstützt werden, indem sie sich bereitwillig der Ausplünderung durch den kapitalistischen Staatsapparat mittels Lohnsteuer und indirekter Steuern hingeben sollen. Als wäre es die Arbeiterklasse und als wären es die Volksmassen in der Bundesrepublik, die "Konsumorgien" gefeiert hätten und nicht eben Leute wie Slotoch, dekretiert er: "Die Zeit der Konsumorgien ist zunächst einmal vorbei". Für Slotoch sieht die Welt so aus: Das nationale Interesse (d.h. das Interesse der Bourgeoisie) erfordert, daß sich die Werktätigen in die gesteigerte Ausbeutung und in die gesteigerte Ausplünderung, in die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lebenslage auf ganzer Linie mit Haut und Haar fügen. Wie die gesteigerte Ausbeutung und die gesteigerte Ausplünderung das unabdingbare Interesse der westdeutschen Bourgeoisie ist, so ist auch der zunehmende Widerstand gegen die Ursache der Verschlechterung der Wirtschaft- und Lebenslage der Arbeiterklasse und der Volksmassen unvermeidlich. Wie Slotoch will auch Friderichs (auf Diäten und Gehältern thronend) die "gewaltigen Finanzierungsprobleme" lösen. "Wer heute die Zukunft sichern will, der muß notfalls auch unter Verzicht auf weiter wachsenden Privatverbrauch Zukunftsinvestitionen den Vorrang geben." (59) Mit "Zukunft" hat Friderichs allerdings die Zukunft der westdeutschen Bourgeoisie im Auge. Und die ist, wie er selbst sagt, nur "gesichert", solange sich die Arbeiterklasse und die Volksmassen in die Verschlechterung ihrer Wirtschafts- und Lebenslage fügen.

D. Angestammte Interessensgebiete Europas

Zum Abschluß muß noch auf einen Aspekt der Rohstoffpolitik in der Bundesrepublik zumindest hingewiesen werden, den das "Konzept der Staatssekretäre" nicht nennt. Es handelt sich um die "Europäische Gemeinschaft". Staatssekretär Sohn vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit erklärte: "Die Position der Europäischen Gemeinschaft sei wegen der ausgeprägten Beziehungen zu den Mittelmeerländern und den afrikanischen Staaten nicht als schlecht zu bezeichnen. In den angestammten Interessensgebieten Europas habe die Gemeinschaft deshalb auch die neuen entwicklungspolitischen Aktivitäten Japans (und anderer imperialistischer Konkurrenten, Anm. d. Verf.) nicht zu fürchten." (60)

"Die Bundesregierung legt nach Brandts Worten ... großen Wert darauf, daß die Europäische Gemeinschaft eine gemeinsame Rohstoffpolitik entwickelt, die sie für die Zukunft vor Versorgungsengpässen nach dem Erdölbeispiel sichert ... Was ist darunter zu verstehen? "Auf deut-

(52) Abschied vom Konsumrausch; SZ, 1.2.1974

(53) Die Industrie will die Energieversorgung ordnen; SZ, 17.12.1973

(54) Rohstoffkrise erzwingt verstärkte Partnerschaft; SZ, 30.11.1973

(55) Abschied vom Konsumrausch; SZ, 1.2.1974

(56) Zusammenschluß VEB-Gelsenberg nicht gefährdet; SZ, 9.1.1974; alle nachfolgenden Zitate ebenda

(57) nach: Aktuelles Lexikon, DEMINEX; SZ, 5.2.1974

(58) Nicht das Öl ist das Problem; SZ, 3.1.1974; Hervorhebung vom Verf.

(59) Abschied vom Konsumrausch; SZ, 1.2.1974. Auch dort: "Als denkbare Finanzierungsinstrument nannte Friderichs eine Milliardenanleihe aus den Mitteln des Vermögensbildungsfonds."

(60) Keine Finanzhilfen für Rohstoffländer; SZ, 31.12.1973

scher Seite ist dabei nicht so sehr an eine gemeinsame Politik gegenüber den rohstoffzeugenden Ländern gedacht, die von diesen Ländern als Blockbildung empfunden werden könnte. Eher wird daran gedacht, daß diejenigen EG-Länder, die aufgrund historischer Gegebenheiten besonderen Zugang zu einzelnen Rohstoffquellen haben, ihren Partnern ihrerseits die Wege öffnen." (61)

Der Kampf zwischen den westeuropäischen imperialistischen Ländern um die Vormachtstellung in der EG wird unter anderem eben aus diesem Interesse heraus geführt. Zweitens ist der aufgrund historischer Gegebenheiten "besondere Zugang" einzelner EG-Länder zu "einzelnen Rohstoffquellen" einer der Gründe für die "Produktionsverlagerung" in die Länder der westeuropäischen Konkurrenten, um diese Konkurrenzvorteile der "Partner" auszunutzen.

V. Die Standortverlagerung der Produktion in "Niedriglohnländer"

Neben der "Erschließung sicherer und direkt zugänglicher Energie- und Rohstoffquellen" ist die "Standortverlagerung der Produktion" eine der Hauptlinien der "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft".

Die Standortverlagerung der Produktion in Niedriglohnländer setzt etwa seit Mitte bis Ende der 60-er Jahre ein. "Dieser Prozeß ist seit langem im Gange: Einfache Radio- und Tonbandgeräte werden seit Jahren fast ausschließlich importiert." (62)

Auch schon vor dem Ende der 60-er Jahre hat es den Aufbau von westdeutschen Fabriken in "Niedriglohnländern" gegeben, um die einheimischen Arbeitskräfte auszubeuten. Seit Mitte und Ende der 60-er Jahre ist die Standortverlagerung der Produktion aber nicht mehr nur eine vereinzelte Erscheinung. Sie ist Teil jenes "strukturellen" Wandels der westdeutschen Wirtschaft, um einen "Kostenvorteil" vor den imperialistischen Konkurrenten zu erlangen. Dieser "Prozeß" soll noch intensiviert werden. Obgleich die "deutsche Industrie in den vergangenen Jahren in nicht unbedeutendem Maße Beteiligungen im Ausland gekauft oder eigene Produktionsstätten errichtet hat", ist dies nach von Menges bündiger Meinung "nicht genug!". (63)

1. Der Anwerbestop ausländischer billiger Arbeitskräfte

Der Anwerbestop ausländischer billiger Arbeitskräfte ist eine Maßnahme der Bundesrepublik, die eng mit der "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" in Zusammenhang steht und sie grell unterstreicht.

"Das deutsche Wirtschaftswunder ist auf dem Elend ungezählter Frauen ohne Männer und Kinder ohne Väter aufgebaut worden, die irgendwo in den vergessenen Armenhäusern Europas zurückgeblieben sind." (64) Der hohe UN-Beamte aus Genf vergaß, das Wichtigste zu nennen. Das "deutsche Wirtschaftswunder" ist auf dem Elend ungezählter Männer ohne Frauen und Frauen ohne Kinder aufgebaut worden, die in den Arbeitsanstalten der Bundesrepublik aufs schamloseste ausgebeutet und ausgepreßt werden und noch rechtloser gehalten werden als das westdeutsche Proletariat. Und: Das "deutsche Wirtschaftswunder" ist auf dem Elend der Werktätigen und des westdeutschen

Proletariats aufgebaut worden, die wie die ausländischen Arbeiter kein "Vaterland" haben, sondern in einem "Militärzuchthaus" leben, das für die "Bankiers und Kapitalisten aber ein Paradies" ist. (65)

Bis Ende der 60-er Jahre ist für die Bundesrepublik kennzeichnend, daß sie ihre Weltmarktstellung im wesentlichen allein auf der ungeheuren Ausbeutung des westdeutschen Proletariats und ausländischer importierter Arbeitskräfte begründet, eroberte. Strukturell gesehen "verdankt" sie ihre ökonomische Stärkeposition dem Import von Waren. Die "Umstrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" besteht strukturell darin, daß sich der westdeutsche Imperialismus vom Import von Waren unabhängig macht. Wie auf Rohstoffe, Hilfsstoffe und Halbwaren trifft das auch auf die importierten Arbeitskräfte zu, die nichts anderes als Waren darstellen, die vom Kapitalisten auf dem Markt gekauft werden.

Christian Schütze beschreibt diese Tatsache so: "Nicht die Abhängigkeit vom Ölstrom machte noch vor wenigen Monaten den nördlichen Industriestaaten die größte Sorge, sondern die Abhängigkeit vom Zustrom fleißiger und williger Arbeiter." (66) Obgleich sie "für die Unternehmen (...) wegen ihrer guten Arbeitsmoral und physischen Gesundheit besonders ergiebig (sind)" (67), "sprach Bundeskanzler Brandt davon, daß ein "Sättigungspunkt" gekommen oder sichtbar geworden sei". (68)

So hätte "das große Thema für 1973 eigentlich die Gastarbeiterfrage werden sollen". (69) Jedoch ist "mit elementarer Gewalt" das Ölembargo dazwischengekommen "und hat wohl auf absehbare Zeit den größten Raum in der öffentlichen Debatte eingenommen". Wenn auch die öffentliche Debatte, auf die sich auch der höhere UN-Beamte aus Genf schon vorbereitet hatte, (noch) nicht stattfand, wurde zumindest die Maßnahme ergriffen: Auf Weisung des Bundesarbeitsministers (unter Zustimmung des Bundeskabinetts) stoppte die Bundesanstalt für Arbeit im November 1973 die "Anwerbung" von Gastarbeitern, die Ende der 50-er Jahre zuerst in Italien in großem Umfang in Gang gesetzt worden war.

Daß der Anwerbestop ausländischer Arbeiter bzw. der Stop des Warenimports von Arbeitskräften keine Maßnahme ist, die wegen der sogenannten "Ölkrise" ergriffen wurde, ist von der Bundesregierung und dem "Bundesarbeitsminister" selbst betont worden. "In Bonner Regierungskreisen verweist man darauf, daß die Einstellung der Vermittlungstätigkeit auf der bereits seit Monaten verfolgten Linie liegt, die die Beschäftigung von Ausländern mehr als früher in Übereinstimmung mit dem Nötigen und dem Möglichen zu bringen. Auch in der offiziellen Mitteilung

(61) Forderung nach staatlicher Rohstoffpolitik wird lauter; SZ, 17.12.1973

(62) Noch glänzen die Exportzahlen; SZ, 6.3.1974

(63) Von Menges, Von lieben Gewohnheiten Abschied nehmen; a.a.O., S. 46

(64) Gastarbeiter, Kraft oder Ballast; SZ, 4.12.1973; Hervorhebung vom Verf.

(65) Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll

(66) Schütze, Gastarbeiter, Kraft oder Ballast; SZ, 4.12.1973; Hervorhebung vom Verf.

(67) ebenda

(68) ebenda

(69) ebenda

erinnert der Bundesarbeitsminister an das am 6. Juni 1973 vom Bundeskabinett beschlossene Aktionsprogramm, das Arend jetzt als Programm zur Eindämmung der Ausländerbeschäftigung bezeichnet, während es ursprünglich lediglich "Aktionsprogramm zur Ausländerbeschäftigung" genannt wurde. Die darin enthaltenen Leitlinien dienten allerdings dem Zweck, die Beschäftigung von Ausländern einschränkend zu kanalisieren und letztlich "eine Entwicklung zu begünstigen, welche die Produktionsmittel zu den Arbeitskräften bringt." (70)

Diesen "Leitlinien" folgend war bereits im September, zwei Monate vor dem "Gastarbeiterstop", die "Anwerbepauschale" erhöht worden, eine Vermittlungsgebühr, die die ausländischen Arbeiter dafür bezahlen müssen, daß sie das "Glück" haben, in den Arbeitsanstalten der Bundesrepublik ausgepreßt zu werden. Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, erklärte, daß "durch die Erhöhung der Anwerbepauschale von 300 auf 1 000 DM die Vermittlung ohnehin schon stark zurückgegangen sei." (71)

Vom Anwerbestop, der Ende November erlassen wurde, "sind die Länder der Europäischen Gemeinschaft, vornehmlich also Italien, ausgeschlossen". (72) Die Einstellung der Vermittlungstätigkeit betraf zu dem Zeitpunkt etwa "60 000 bereits angeworbene Türken, Jugoslawen, Griechen, Spanier oder Portugiesen, (deren) Einreise "vorläufig" unterbunden (wurde)". (73)

A. Abbau ausländischer Arbeitskräfte

Ist der Anwerbestop lediglich eine Maßnahme gegen den zusätzlichen Import billiger, ungelerner ausländischer Arbeitskräfte, so geht die Begünstigung der Entwicklung, "welche die Produktionsmittel zu den Arbeitskräften bringt", natürlich nicht an den schon in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Arbeitern vorbei. "Die deutsche Wirtschaft brauche, so der Bankier, im Augenblick vor allem einen Abbau der ausländischen Arbeitskräfte. "Rund 2,5 Millionen Ausländer, die hier arbeiten, sind zuviel." Poullain plädierte in diesem Zusammenhang dafür, die Gastarbeiter ohne Nachteile in ihre Heimat zurückzuschicken." (74) Entweder dadurch, daß die "Arbeitslaubnis", die auf zwei Jahre befristet ist, nicht verlängert wird, oder, da viele ausländische Arbeiter diese "Polizeivorschriften" ablehnen und "illegal" in der Bundesrepublik (weiter-)arbeiten, dadurch, daß das Bundesarbeitsministerium "die Einführung besonderer Heimkehrer-Prämien für Gastarbeiter" erwägt, "die mindestens zwei Jahre in der Bundesrepublik tätig waren". "Dem Vernehmen nach wird dabei an 1 000 DM gedacht." (75) Allerdings sei auch die Heimkehrerprämie "nicht der Weisheit letzter Schluß". (76) Die Durchsetzung der Polizeivorschriften ist wesentlich billiger.

Warum soll die "Ausländerbeschäftigung" verringert werden? Stingl gab darauf eine "zufriedenstellende" Antwort. "Zwei Drittel aller ausländischen männlichen Arbeitnehmer hatten im Frühjahr 1972 einen Bruttostundenlohn von 6 DM und mehr." Das ist beachtlich wenig. Es kommt noch besser: "80 % der ausländischen Arbeitnehmerinnen (hatten) Stundenlöhne von 4 DM aufwärts" (Bruttostundenlöhne). "Die durchschnittlichen monatlichen Bruttolöhne und -gehälter der ausländischen Arbeitnehmer lagen mit 1 280 DM nur knapp unter den Durchschnittslöhnen der deutschen Arbeitnehmer von 1 346 DM." (77) Der Kern der Erklärung ist: Erstens, die ausländischen Arbeit-

nehmer verdienen weniger als die westdeutschen "Arbeitnehmer". Zweitens, ihre Löhne liegen aber nur "knapp unter den Durchschnittslöhnen der deutschen Arbeitnehmer". Daß die Lohnunterschiede nicht noch größer sind, ist das Ergebnis der Tatsache, daß es die westdeutschen und ausländischen Arbeiter in den letzten Jahren zunehmend verstanden haben, den Lohnkampf gemeinsam zu führen. Aber die Löhne der ausländischen Arbeiter reichen für die westdeutsche Bourgeoisie schon zu weit an die Löhne der westdeutschen Arbeiter heran. Grund genug, sie außer Landes zu expedieren in ihre "Herkunftsländer", um sie dort für nur ein "Butterbrot" genauso intensiv auszubeuten.

"Verringerung der Ausländerbeschäftigung" heißt nicht, gänzlich auf die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik zu verzichten. "In Zukunft dürften lediglich diejenigen Arbeitskräfte Beschäftigung in Deutschland finden, die über eine beruflich-fachliche Vorausbildung und über Sprachkenntnisse verfügen." (78)

B. Das innenpolitische Problem

"Nicht nur ein Gebot der ökonomischen Vernunft, sondern auch ein politisches Problem" — diese abgedroschene Formel bürgerlicher Zeitungsredakteure (die nicht begreifen, daß ökonomische Probleme nicht anders als durch Politik "behandelt" werden) trifft auch auf die "Gastarbeiterfrage" zu: "Die Beschäftigung von Ausländern ist längst zu einem innenpolitischen Problem geworden." (79) Erstens haben sich die ausländischen Arbeiter zum Teil als die konsequentesten Verfechter der Lohnforderungen gegenüber den Kapitalisten erwiesen. Zweitens setzen sich die ausländischen Arbeiter aufgrund ihrer politischen Rechtlosigkeit tendenziell (Sprachschwierigkeiten etc.) besonders konsequent für die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes ein. Drittens stellen die ausländischen Arbeiter bei der heraufziehenden "Arbeitslosigkeit" eine "innenpolitische" Gefahr für die Bourgeoisie dar.

Eine "öffentliche" Wendung des "innenpolitischen Problems" war auch bereits gefunden; nur wurde eben die "Gastarbeiterfrage" 1973 (noch) nicht "das große Thema". Kernstück sollte grob folgendes Argument sein: Statt deutsche Arbeiter zu entlassen, sind wir dafür, daß "unsere" Regierung und "unsere" Kapitalisten erst einmal die ausländischen Arbeiter "nach Hause" schicken. Die ausländischen Arbeiter nehmen uns die Arbeitsplätze weg — sie sind schuld an unserer Arbeitslosigkeit. Aus den recht spärlichen und an den Rand gedrängten Kommentaren zum Gastarbeiterstop in der bürgerlichen Presse sind sämtliche dieser "Argumente" schon angelegt.

Der "Anwerbestop" ausländischer billiger Arbeitskräfte, die Verringerung der vorhandenen "Ausländerbeschäftigung"

(70) Anwerbung von Gastarbeitern gestoppt; SZ, 25.11.1973

(71) ebenda

(72) ebenda

(73) Gastarbeiter, Kraft oder Ballast; SZ, 4.12.1973

(74) 2 1/2 Mio. Gastarbeiter sind zuviel; SZ, 16.1.1974

(75) Bald Prämien für heimkehrwillige Gastarbeiter?; SZ, 10.1.1974

(76) Prämien für Heimkehrwillige sind umstritten; SZ, 11.1.1974

(77) ebenda

(78) Bald Prämien für heimkehrwillige Gastarbeiter?; SZ, 10.1.1974

(79) Anwerbung von Gastarbeitern gestoppt; SZ, 25.11.1973

tigung" usw. sind ein drastischer Ausdruck dafür, daß die "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" im wesentlichen bedeutet: Ersetzung des Warenimports durch direkten Zugang der Bundesrepublik zu den Rohstoffquellen und Arbeitskräftereservoirs. (80)

2. Die Tendenz "Ingenieurbüro Bundesrepublik" und die Gegentendenz

"Wir müssen im Ausland investieren, weil sich bei uns wegen der Lohnkosten manche arbeitsintensiven Produktionen nicht mehr lohnen." (81)

Die "Standortverlagerung der Produktion in Niedriglohnländer" ist nicht Standortverlagerung der Produktion überhaupt. "Wir werden nur einen Teil der Fertigung ins Ausland verlagern." Die Standortverlagerung betrifft vor allem die "arbeitsintensive" oder sogenannte "lohnintensive" Produktion, d. h. solche Produktion, die hauptsächlich einen hohen Anteil Lohnkosten gegenüber den anderen Produktionskosten aufweist (z. B. Bekleidungsindustrie, Schuh- und Lederindustrie, Kunststoffverarbeitung, elektrotechnische Branchen sowie Massenproduktionszweige der elektronischen Industrie). (82)

Nach der Auffassung Otto Wolffs, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, bedeutet das für die Bundesrepublik: "Spezialisierung auf hochqualifizierte, technisch perfekte Produktion, Verlagerung weniger qualifizierter Produktionen in Länder mit niedrigerem Lohnniveau." (83) Wie ein Ei dem anderen gleichen sich die Stellungnahmen der Kapitalisten. Von Menges: "Wir können auf Dauer in der Bundesrepublik nur high sophisticated technology behalten, also Fertigung von technisch hochwertigen Produkten. Simpler Massenfertigung wird bei uns unrentabel, weil die Lohnkosten einfach zu hoch werden. Alles, was unter dieser Stelle liegt, werden wir ins Ausland verlegen müssen." (84)

Die Tendenz geht in Richtung "Ingenieurbüro Bundesrepublik". (85) Die Gegentendenz: "Bei uns müssen wir so viel produzieren und exportieren, daß wir unseren Standard und unseren Vorsprung halten können." (86) Die Verlagerung lohnintensiver Produktion aus der BRD in "Niedriglohnländer" wird mit Schlagworten wie "internationale Arbeitsteilung" (Wolff) oder sogar "Gemeinschaftsproduktion" (von Menges) oder "Kooperation" (Süddeutsche Zeitung) bezeichnet, um die simple Tatsache zu verdecken, daß es sich darum handelt, die rückständigen kapitalistischen Länder und Entwicklungsländer industriell und landwirtschaftlich einseitig entwickelt und abhängig zu halten.

3. Das "Auslands-Engagement" der westdeutschen Industrie in den "Niedriglohnländern"

Anstelle einer umfassenden Aufzählung des "Auslands-Engagements" westdeutscher Maschinenbau-, Elektro-, Bekleidungs- und Fahrzeugkonzerne in "Niedriglohnländern", sei seine zusammenfassende "Beobachtung" der "Mietfinanz" zitiert:

"Von Monat zu Monat wächst das Interesse deutscher Hersteller an eigenen Produktionsanlagen im Ausland deutlich, wobei Niedriglohnländer, in denen außerdem eine rechte Law-and-order-Einstellung herrscht, wie Spanien, Portugal, Südafrika und Brasilien bevorzugt werden." (87)

VI. Der Kapitalexport der westdeutschen Kapitalisten (private Direktinvestitionen)

1. Drittgrößter Kapitalexporteur der Welt

Ein Bild über den gesamten Umfang und das Ausmaß der "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" ergeben die privaten Direktinvestitionen der bundesrepublikanischen Kapitalisten im Ausland; denn "Standortverlagerung der Produktion in Niedriglohnländer" oder "Verarbeitung von Rohstoffen an der Quelle" bedeutet nichts anderes, als daß die Kapitalisten Teile ihres Kapitals nicht "im Inland" investieren, sondern es exportieren, um innerhalb der staatlichen Grenzen anderer Länder Produktionsanlagen usw. aufzubauen, deren private Besitzer sie sind oder über deren Schicksal sie zumindest ein "gehöriges Wörtchen" mitzureden haben. Direktinvestitionen bestehen nicht nur aus dem direkten Transfer von Kapitalressourcen, sondern auch aus reinvestierten Gewinnen. Die Angaben über Direktinvestitionen sind teilweise sehr unvollständig, da die Firmen aus steuerlichen oder anderen Gründen mit Informationen zurückhalten.

(80) "Für den alten Kapitalismus, mit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz, war der Export von Waren kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von Kapital kennzeichnend (Lenin-Werke, Bd. 22, S. 244). Formal gesehen, ohne Verständnis für die Tatsachen, ließe sich folgendes konstruieren: Statt Arbeitskräfte als Waren zu importieren, wird Kapital zu den Arbeitskräften exportiert — Schlussfolgerung: Mit Kapitalexport in Niedriglohnländer, der durch den Anwerbungstop ausländischer Arbeiter vorbereitet und gefördert wird — Imperialismus; vorher kein Imperialismus oder "Halb-Imperialismus oder ähnlichen Unsinn.

Verwendung der "Arbeit ungelernter, aus rückständigen Ländern importierter ausländischer Arbeiter"; "das ist eine wertvolle und notwendige Ergänzung", schrieb Lenin in "Revisionen zum Parteiprogramm". "Gerade für den Imperialismus ist eine solche Ausbeutung der Arbeit schlechter bezahlter Arbeiter aus rückständigen Ländern besonders charakteristisch." Was beim formellen Verständnis verlorengeht, ist das Wesen des Imperialismus, hier der Grund, weshalb z. B. Kapital in Niedriglohnländer exportiert wird. Dieses Ziel steht auch bei der Ausbeutung ausländischer importierter billiger Arbeitskräfte im Zentrum: "Gerade darauf basiert in einem gewissen Grade der Parasitismus der reichen imperialistischen Länder, die auch einen Teil ihrer eigenen Arbeiter durch eine höhere Bezahlung bestechen, während sie gleichzeitig die Arbeit der "billigen" ausländischen Arbeiter maßlos und schamlos ausbeuten." (Lenin, Werke Bd. 26, S. 155)

(81) Von Menges, Von lieben Gewohnheiten Abschied nehmen, a.a.O., S. 46

(82) Angaben aus: Tunesien plant keine Verstaatlichungen; SZ, 14.2.1974.

J. Forster nennt in dem Artikel: "Fußkranken" Branchen ins Ausland?"; SZ, 29.12.1973, folgende Branchen der "höheren Technologie":

"Datenverarbeitung, elektronische und elektrotechnische Industrie, einzelne Chemiebereiche, die feinmechanische und optische Industrie und die Metallverarbeitung." "Gefährdete Branchen" sind: "Straßenfahrzeugbau, Mineralölverarbeitung, Kunststoffindustrie, einzelne Chemiebereiche, (und einzelne Bereiche) der Kautschuk- und Asbestindustrie", die "Eisen- und Glasindustrie", sowie die "Textil- und Bekleidungsindustrie".

(83) Ölpreise erzwingen Änderung der Wirtschaftsstruktur; SZ, 15.1.1974

(84) Von Menges, Von lieben Gewohnheiten ..., a.a.O., S. 48

(85) Der Spiegel-Interviewer: Von lieben Gewohnheiten ..., a.a.O., S. 48

(86) Von Menges, Von lieben Gewohnheiten ..., a.a.O., S. 48

(87) Deutsche Firmen zieht es ins Ausland; SZ, 3.4.1974

Die ausländischen Direktinvestitionen der BRD-Kapitalisten sind von einer Gesamtsumme von 3.161,8 Millionen DM im Jahre 1960 auf eine Gesamtsumme von 32 200 Millionen DM im Jahr 1973 gestiegen; in 13 Jahren also eine Verzehnfachung.

1967 stieg der Jahresbetrag zusätzlicher Direktinvestitionen sprunghaft an. 1973 ging der BRD-Imperialismus mit etwa 5 500 Millionen DM Direktinvestitionen im Ausland in voller Breite — neben dem Warenexport, der 1973 eine "Rekordhöhe" erreichte — auch in eine Kapitalexportoffensive über. Die Kapitalexportoffensive begann schon 1967/68; 1973 nimmt der Kapitalexport vollends den Charakter einer Offensive an.

Nach den USA (300 Mrd. DM) und Großbritannien (80 Mrd. DM) ist die Bundesrepublik mit rund 30 Mrd. DM der drittgrößte Kapitalexporteur der Welt.

Den ersten Platz in der Rangliste der Direktinvestitionen im Ausland nahm 1972 die chemische Industrie (einschließlich der Herstellung von Chemiefasern) ein. Danach folgten die Wirtschaftszweige Elektrotechnik und Elektronik, der Straßenfahrzeugbau, der Maschinenbau, die Eisen- und Stahlerzeugung (einschließlich Ziehereien und Kaltwalzwerke), die Kreditinstitute, Erdölindustrie usw.

Die Direktinvestitionen erstreckten sich bis Mitte 1973 zu 35,8 % auf die EG, zu 25,3 % auf die übrigen Länder Europas, zu 24,2 % auf die Länder der Dritten Welt und 15,1 % auf die USA und Kanada.

Daß über 35 % der bisherigen Direktinvestitionen der Bundesrepublik in den EG-Ländern getätigt worden sind, spiegelt drastisch die Tatsache wieder, daß der Kampf gegen die imperialistischen Konkurrenten in Westeuropa nicht ausschließlich in den Ländern der Dritten Welt stattfindet, sondern auch in den Ländern der Konkurrenten selbst; einmal, um in die Binnenmärkte dieser Länder einzudringen (dies trifft besonders z.B. auch auf die USA zu) und um von den Vorteilen, die der jeweilige Staat "seinen" Kapitalisten verschafft, zu profitieren. In schärfster Konkurrenz beteiligt sich die Bundesrepublik an der Ausbeutung des "Proletariats der Konkurrenten". (88)

Die hohen Anteile der Schweiz, Kanadas und Belgien/Luxemburgs erklären sich u. a. aus der bekannten Tatsache, daß diese Länder "vor allem aus steuerlichen Erwägungen von westdeutschen Konzernen für die Errichtung von Holding-Gesellschaften bevorzugt werden". (89) Das Kapital wird von diesen Ländern aus meistens in die Entwicklungsländer exportiert. Von da aus gesehen dürfte auch der Anteil der Entwicklungsländer höher liegen als statistisch angegeben ist.

Die Kapitalexportoffensive, obgleich die Bundesrepublik bereits drittgrößter Kapitalexporteur der Welt ist, steht erst noch am Anfang. "In den 70-er Jahren werden und müssen rasch ansteigende Auslandsinvestitionen unseren außenwirtschaftlichen Aktivitäten den Stempel aufdrücken." (90) — um die imperialistischen Konkurrenten weltweit an die Wand zu drücken und sich die größte Beute in der Ausplünderung fremder Völker zu sichern.

Neben den größten Konzernen rüsten nicht nur auch "kleinere Unternehmen" für die Kapitalexportoffensive, sondern verstärkt auch die Banken. So "veräußerte" die Deutsche Bank sogenannte "Schachtelbeteiligungen" und "versicherte, die Deutsche Bank werde sich auch künftig von Beteiligungen trennen, allerdings nur bis zu einer bestimmten, nicht näher umrissenen Grenze. Die damit verflüssigten Mittel sollen auch intensiv im Ausland angelegt werden." (91)

Nach einer Umfrage des IFO-Instituts werden die Direktinvestitionen in den Ländern Osteuropas, Asiens, sowie Mittel- und Südamerikas, verglichen mit denen in Westeuropa, in Zukunft relativ an Bedeutung gewinnen. (92)

2. Der offensive Charakter des Kapitalexports der Bundesrepublik

Die privaten Direktinvestitionen im Ausland sind nur der formelle Ausdruck der "Umstrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" bzw. der Beseitigung der Abhängigkeiten von den imperialistischen Konkurrenten, der Bereinigung der besonderen Widersprüche, die der Ökonomik der Bundesrepublik als Verlierer des Zweiten Weltkrieges zu eigen sind. Ziel und Zweck des Kapitalexports (Direktinvestitionen) ist die Ausbeutung des Proletariats relativ rückständiger kapitalistischer Länder und die Ausplünderung der natürlichen Reichtümer der Völker der Welt, wie auch die Untergrabung der Konkurrenzfähigkeit der imperialistischen Konkurrenten mittels Kapitalexport direkt in die Länder der Konkurrenten selbst.

"In den Ländern, wo eine relativ niedrige Profitrate das Kapital besonders stark außer Landes treibt, sind geringe Produktivitätszuwachsrate und ein Rückgang der internationalen Konkurrenzfähigkeit des betreffenden Landes die Folge." (93) Das sind falsche Betrachtungen. Von einem Rückgang der Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik als Folge des Kapitalexports kann gar keine Rede sein. Ökonomisch gesehen führt die Bundesrepublik gerade vermittle des Kapitalexports den Kampf um die Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit, darum, selbst dominierende imperialistische Macht zu werden. Richtig ist allein, daß die Kapitalisten der Bundesrepublik den Kapitalexport nicht aus Laune betreiben, sondern daß die kapitalistische Produktionsweise sie dazu zwingt, deren personifizierter Ausdruck und Agenten die Kapitalisten sind. Die Kapitalisten sind nicht blind für die Zusammenhänge der kapitalistischen Produktionsweise; der springende Punkt ist vielmehr, daß die Kapitalisten überhaupt nichts daran ändern können, daß die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise sich verschärfen und offen hervorbrechen, je mehr sie die kapitalistische Produktionsweise vorantreiben, d. h. Ausbeutung und Unterdrückung intensivieren und ausweiten.

Der Zweck der kapitalistischen Produktionsweise besteht in der Verwertung des vorgeschossenen Kapitals, so daß durch die Ausbeutung der Arbeitskraft in der Produktion

(88) "Wenn wir in den letzten Jahren in acht westlichen Ländern Auslandsinvestitionen gemacht haben, spielten dafür viele Dinge eine Rolle, insbesondere immer wieder die Frage der Fortsetzung und Intensivierung des Geschäfts, die Frage des besseren Eindringens in den Markt, die Möglichkeiten der Ausnutzung von Vorteilen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Rohstoffbeschaffung. Die Frage der Kursrealisation war dagegen von ganz untergeordneter Bedeutung." (Krusse, Vorstandsmitglied der Beiersdorf AG, Diskussionsbeitrag, dok. in: Handelskammer Hamburg, hrsg.: Deutsche Direktinvestitionen im Ausland, a.a.O., S. 15)

(89) Nehls, K., Kapitalexport und Kapitalverflechtung: 1. Auflage, Frankfurt a. Main 1970, S. 73

(90) Prof. Matthias Schmitt, Entwicklungspolitik und Außenwirtschaft; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.8.1973

(91) Die Deutsche Bank hat seit Jahresmitte weniger verdient; SZ, Nr. 287, 1973

(92) Verstärktes Auslandsengagement der Industrie; in: IFO-Schnelldienst Nr. 36, 1973, S. 3f

(93) Brandes, Die Krise des Imperialismus, a.a.O., S. 47

aus dem vorgeschossenen Kapital mehr Kapital wird. Die **sem** Zweck der kapitalistischen Produktion dient auch der Kapitalexport. Das Kapital wird exportiert, um günstigere Verwertungsbedingungen für das Kapital zu finden, genauso günstig oder günstiger wie die Verwertungsbedingungen, die die imperialistischen Konkurrenten ihrem Kapital verschaffen.

Kapalexport und Steigerung des Kapalexports ist nicht nur eine Folge "wachsender Verwertungsschwierigkeiten im Inland". Der Kapalexport ist ein direktes Erfordernis aus Gründen der Stellung der Bundesrepublik als imperialistische Macht gegenüber den Konkurrenten.

Autoren wie z. B. Brandes kommen nur auf die "Idee", den Kapalexport der Bundesrepublik als Ausdruck des tendenziellen Falls der Profiteure in der Bundesrepublik zu begreifen, in dem einen Sinn, daß "überflüssiges" Kapital aus den Knochen des Proletariats gesaugt worden ist und das nicht mehr profitabel genug in der Bundesrepublik "beschäftigt" werden kann. Dieses Kapital ist relativ überflüssig, insofern es in anderen Ländern mit größerem Profit beschäftigt werden kann als in der Bundesrepublik.

Dieser Gesichtspunkt alleine genügt nicht für die Beurteilung des Charakters des Kapalexports der Bundesrepublik (Direktinvestitionen im Ausland); der tatsächlich vorhandene, offensive Charakter des Kapalexports der Bundesrepublik wird dabei unterschlagen.

Die Widersprüchlichkeit des Kapalexports der Bundesrepublik besteht gerade darin, daß es in der Bundesrepublik tendenziell nicht nur relativ "überschüssiges Kapital" gibt, das im Inland nicht mehr profitabel genug beschäftigt werden kann, sondern "überschüssiges" Kapital hat da zu sein, auch wenn es nicht vorhanden ist. Das exportierte Kapital ist in einem zweiten Sinn nur relativ überschüssig. Der Konkurrenzkampf läßt es für die Kapitalisten zu einem Gebot werden, "überschüssiges" Kapital zu haben.

Für die Kapitalisten besteht das "Gebot", die "Anforderung", überschüssiges Kapital zu haben für Direktinvestitionen im Ausland. Denn der Kapalexport erfolgt darauf berechnet, den imperialistischen Konkurrenten kontra zu bieten, ihnen Konkurrenzvorteile streitig zu machen und das Feld nicht allein zu überlassen. Der Kapalexport erfolgt auch auf die Zukunft berechnet, darauf, heute schon die Bedingungen des zukünftigen Konkurrenzkampfes zu sichern und zu verbessern, sich gegenüber den Konkurrenten die besten und günstigsten Ausgangspositionen für diesen Kampf zu schaffen.

VII. Die Verschärfung der Widersprüche in der Bundesrepublik und die Verschärfung des Konkurrenzkampfes der imperialistischen Staaten

1. Die "Bereinigung" der besonderen Widersprüche in der Wirtschaft der Bundesrepublik bedeutet die allseitige Verschärfung der dem Imperialismus grundlegend eigenen Widersprüche

Das Monopol der westdeutschen Bourgeoisie an der Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen in der Bundesrepublik war der strategische Stützpunkt des westdeutschen Imperialismus und bleibt ein strategischer Stützpunkt auch der "neustrukturierten westdeutschen Wirtschaft". Der Staatsapparat ist der Garant dieser Monopolstellung sowohl gegenüber den imperialistischen Konkurrenten wie auch gegenüber dem Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen in der Bundesrepublik.

Die Warenexportoffensive der Bundesrepublik wird auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der Volksmassen vorangetrieben: Die Arbeitshetze in den Fabriken wird verschärft, die Ausbeutung wird intensiviert.

Der Lohn wird unter zunehmend erbittertem Widerstand der Werktätigen von den Kapitalisten unter den Wert gesenkt (realer Lohnabbau).

Auf dem Warenmarkt treiben die Kapitalisten die Preise in die Höhe (Mieten, Warenpreise) und plündern so die Volksmassen noch weitgehender aus.

Direkte Steuern (wie Lohnsteuer) und indirekte Steuern (Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs) werden immer drückender.

Neben diese Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterklasse und der Volksmassen in der Bundesrepublik tritt mit dem Ende der 60-er Jahre in immer steigenderem Maß die Last der "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft". Die "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" ist kein gedanklicher Akt der Kapitalisten, der auf ihre Vorstellung beschränkt bleibt. Der Weg der Neustrukturierung wird tatsächlich beschränkt; er hat materielle Voraussetzungen und politische Bedingungen.

A. Kapalexport auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der Volksmassen

Die "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" drückt sich formell im Kapalexport (Direktinvestitionen) aus. Der Kapalexport wird auf dem Rücken der Arbeiterklasse und des Volkes betrieben.

a. Teilweise Stilllegungen und Entlassungen

Der Kapalexport trifft die Arbeiterklasse und die Werktätigen in Gestalt teilweiser Stilllegungen einzelner Fabriken und Einschränkung der Produktion in einzelnen Wirtschaftszweigen. Besonders die "arbeitsintensive Produktion" wird ins Ausland verlagert, da in der Bundesrepublik nicht mehr profitabel genug produziert werden kann im Vergleich zu den Verwertungsbedingungen, die sich die imperialistischen Konkurrenten erobern. Zunehmend werden Arbeiter auf die Straße geworfen. Das Heer der Arbeitslosen wächst an. Ältere Arbeiter finden keine neue Ausbeutungsstätte; jüngere Arbeiter, die als "Hilfsarbeiter" eingestuft sind, finden nur schwer eine neue Arbeitsstelle im "Ingenieurbüro Bundesrepublik"; die Zahl der offenen Lehrstellen schrumpft, nur relativ wenige Lehrlinge mit besonders guten technischen Kenntnissen und Fähigkeiten finden eine Lehrstelle, wo sie gedrillt und ausgebeutet werden.

Bürgerliche Ökonomen haben die "Beschäftigungswirkungen der Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft" untersucht und für die Jahre 1970 bis 1980 eine Schätzung angestellt. (94)

"Da die komparativen (vergleichswesen) Vorteile der Entwicklungsländer sich auf rohstoff- oder arbeitsintensive Produktionen konzentrieren, dürfte die weitere Integration

(94) G. Fels und E.-J. Horn, Der Wandel der Industriestruktur im Zuge der weltwirtschaftlichen Integration der Entwicklungsländer; in: Giersch, H., Hrg.: Die Weltwirtschaft; Halbjahreszeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; Tübingen, Heft 1 1971, S. 107-128.

Alle nachfolgenden Zitate ebenda; S. 123, 124, 125. Hervorhebung vom Verf.

dieser Länder zu einer Freisetzung von Arbeitskräften in den wenigen betroffenen Branchen in der Bundesrepublik führen."

Die "wenigen betroffenen Branchen" sind:

A. Rohstoffintensive Industrie — eisenschaffende Industrie ("Freisetzung" von Arbeitskräften zu 10,9 % der Beschäftigten dieser Branche), Nicht-Eisen-Metallindustrie (47,6 %), Säge- und Holzbearbeitungswerke (11,1 %), Ledererzeugung (36,6 %), Nahrungs- und Genußmittelindustrie (7,3 %).

B. Arbeitsintensive Industrien — elektrotechnische Industrie (9,4 %), Feinmechanik und Optik (2,0 %), EBM-Warenindustrie (0,3 %), Holzverarbeitung (0,8 %), Musikinstrumente, Spiel- und Sportwaren (54,6 %), Kunststoffverarbeitung (2,1 %), Lederverarbeitung (55,9 %), Schuhindustrie (48,7 %), Textilindustrie (10,9 %), Bekleidungsindustrie (24,7 %).

"Die Arbeitskräfte, deren Arbeitsplatz durch die Konkurrenz aus den Entwicklungsländern bedroht ist, sind dagegen gezwungen, die Branche zu wechseln oder, und dies betrifft vor allem die weiblichen Arbeitskräfte, Arbeitsplätze außerhalb des industriellen Bereichs zu finden."

Die Konkurrenz aus den Entwicklungsländern bedroht die Arbeitsplätze — ein schäbiger Versuch, das westdeutsche Proletariat gegen die unterdrückten Völker auszuspielen. "Bedrohung der Arbeitsplätze", weil die Entwicklungsländer wettbewerbsfähiger werden und der vorgeblich passiven Bundesrepublik auf dem heimischen Markt scharfe Konkurrenz machen — auch eine Erklärung, bloß trifft sie nicht zu.

Tatsächlich werden einzelne Branchen in Westdeutschland nicht "niederkonkurriert" durch "zunehmende Importe aus den Entwicklungsländern", sondern das Kapital kann in diesen Branchen in der Bundesrepublik nicht mehr rentabel genug beschäftigt werden, die Produktion wird mittels Kapalexport (Direktinvestitionen im Ausland) in unterentwickelte kapitalistische Länder und Entwicklungsländer verlagert. Die dort extrem billig produzierten Waren werden zu Weltmarktpreisen "in alle Welt" verkauft, unter anderem innerhalb der Bundesrepublik. Bei gleichzeitiger Unterbietung der imperialistischen Konkurrenten werden Extraprofite erzielt. Die kapitalistische Produktionsweise, die sich am Ziel der Profitproduktion orientiert, ist die Ursache für die Arbeitslosigkeit.

"Wie können Härten für die betroffenen Arbeitskräfte vermieden werden?" fragen die Autoren der Untersuchung. In Übereinstimmung mit der Bundesregierung der BRD antworten sie: Überhaupt nicht! "Strukturveränderungen, die durch die verstärkte Integration der Entwicklungsländer in die internationale Arbeitsteilung ausgelöst werden, dürfen nicht aufgehalten werden; sie müssen vielmehr, wenn erforderlich, durch angemessene strukturelle Maßnahmen unterstützt werden. Insbesondere darf die Abwanderung von Arbeitskräften und Kapital aus Wirtschaftszweigen (...) nicht durch Erhaltungssubventionen verhindert werden."

Daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen in der Bundesrepublik nicht von der Warte der ewigen Existenz des Kapitals an diese Frage herangehen, haben die Autoren begriffen: Die Maßnahmen "in die Tat umzusetzen, wird nicht einfach sein, denn die Betroffenen werden sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Änderungen wenden, die sie als nachteilig empfinden. Die Widerstände werden jedoch um so geringer sein, je transparenter die

künftige Entwicklung ist, weil sich die Unternehmen dann vorgehend daran anpassen können".

Neben den bedingungslosen Befürwortern des Kapitalismus hat auch eine völlig verspießerte politische Partei zu dieser Frage Stellung bezogen. "Auf einer Pressekonferenz" unterbreitete die DKP "der Öffentlichkeit Vorschläge, um die Arbeitsplätze im Land und die sozialen Belange der arbeitenden Bevölkerung zu sichern". (95) Sie schlägt "gemeinsame Aktionen aller Werktätigen ... vor, mit dem Ziel: (...) Verbot aller Massenentlassungen und der Produktionsverlagerung ins Ausland (...) Verpflichtung der Monopole und anderer Unternehmen, vor allem in Rheinland-Pfalz (es handelt sich um den Bezirksvorstand der DKP von Rheinland-Pfalz — Anm. d. Verf.) zu investieren. Die im Land von den Arbeitern erwirtschafteten Gewinne müssen auch im Land angelegt werden."

Durch ein "Verbot" soll der Kapitalismus daran gehindert werden, Kapitalismus zu sein! Produktionsverlagerung ins Ausland und Kapital export (sowie daraus entstehende Massenentlassungen) sind ein zwangsläufiges Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise. Solange nicht die ökonomische Basis der kapitalistischen Produktionsweise zerstört wird, solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln existiert, solange sind auch alle Folgeerscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise unvermeidlich — erst recht nicht kann man sie "verbieten".

Wer soll ein Verbot von Massenentlassungen und Produktionsverlagerung aussprechen und durchsetzen? Wer soll die Monopole und andere Unternehmer verpflichten, in "Rheinland-Pfalz" zu investieren? Wer soll sie zur Einhaltung der "Pflicht" zwingen? Etwa der bürgerliche Staat, dessen Regierung oben zitiert worden ist?

b. Mörderische Arbeitshetze, damit die Kapitalisten dem "Gebot" des Kapalexports nachkommen können. Der Kapalexport (private Direktinvestitionen im Ausland) ist nicht durchgängig mit Stilllegungen verbunden oder Fertigungsverlagerungen ins Ausland. Kapital muß her, um zusätzliche Produktionsstätten und Rohstoffverarbeitungsanlagen im Ausland aufzubauen, neben denen in der Bundesrepublik.

Der Konkurrenzkampf mit den imperialistischen Ländern läßt es für die Kapitalisten der Bundesrepublik zu einem Gebot werden, "überschüssiges" Kapital zu haben: die Arbeitshetze wird mörderisch gesteigert. Während ein Teil der westdeutschen Arbeiterklasse auf der Straße landet, wird dem anderen Teil das Mark aus den Knochen gesaugt. Steigende Preise, Mieterhöhungen usw. bilden den vorläufigen Schlußpunkt im Finanzierungsplan der Kapitalisten für die Umstrukturierung der westdeutschen Wirtschaft.

c. Die Steuerlasten werden drückender. Die "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" erfordert Riesensummen in den Händen des kapitalistischen Staatsapparates, wie anhand der Schaffung des "nationalen Ölkonzerns" schon dargelegt wurde. Ebenso wie auf den "nationalen Ölkonzern" trifft das auf sämtliche diplomatischen und militärischen Instrumente, z.B. zur "Weiterentwicklung der Rohstoffpolitik" zu. Die Umstrukturierung der westdeutschen Wirtschaft wird auf die Arbeiterklasse und die Volksmassen abgewälzt. Direkte und indirekte Steuern werden immer drückender; aber sie reichen bei

(95) DKP Rheinland-Pfalz fordert Durchsetzung des Rechts auf Arbeit; Unsere Zeit, 30.1.1974, S. 2; nachfolgende Zitate ebenda.

weitem noch nicht aus, um den Bedarf des westdeutschen Imperialismus auch nur annähernd zufriedenzustellen.

B. Die Krise des BRD-Imperialismus ist keine vorübergehende Erscheinung

Die "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" hat für die Arbeiterklasse und die Volksmassen in der Bundesrepublik vergleichbare Auswirkungen wie eine – für den Kapitalismus "normale" – Überproduktionskrise.

Im Unterschied zu den Überproduktionskrisen, die gesetzmäßig in gewissen Zeitabständen immer wiederkehren, aber nur zeitweilige Erscheinungen sind, ist die Bereinigung der Krise, in die die Bundesrepublik hinsichtlich ihrer Konkurrenzfähigkeit geraten ist, keine zeitweilige, sondern eine dauernde Erscheinung. Sie ist ein zwangsläufiges Ergebnis der "Bereinigung" der Krise des westdeutschen Imperialismus. Während die Überproduktionskrisen vorübergehenden Gewitterstürmen gleichen, entspricht die "Bereinigung" der Krise des BRD-Imperialismus einem lang anhaltenden Unwetter, das sich mit aller Macht austobt und nicht abziehen will; es wird von den Überproduktionskrisen überlagert und noch weiter verschärft. Während die westdeutsche Bourgeoisie ihre Krise (hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit gegenüber den imperialistischen Mächten) auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der Volksmassen "bereinigen" muß, verstrickt sie sich immer tiefer in ihre politische und historische Krise als herrschende Klasse.

Die Politik des westdeutschen Imperialismus, die darauf abzielt, die materiellen Bedingungen für die "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" zu schaffen, das heißt, die Krise des BRD-Imperialismus zu "bereinigen", ist treffend mit "Krisen- und Notstandsmaßnahmen" charakterisiert. So wenig die Krise des westdeutschen Imperialismus eine vorübergehende Erscheinung ist, so wenig ist die Politik der "Krisen- und Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie" eine vorübergehende Erscheinung oder nur Ausdruck einer "normalen" zyklischen Überproduktion. Diesen Unterschied zur normalen zyklischen Überproduktionskrise festzuhalten und gesondert aufzuführen ist wichtig, damit man vor der Wirklichkeit nicht entwarfne da steht; denn während die Überproduktionskrise "abzieht", bleibt die Krise dennoch bestehen.

Die Politik der "Krisen- und Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie" wird begleitet von ihren Versuchen, eine "Notgemeinschaft" zu schmieden. Die diesbezüglichen Appelle der bürgerlichen Politiker, der Kapitalistenvereinigungen und der Regierung gehen weit über die aus Tarifrunden bekannte "Wir sitzen doch alle in einem Boot"-Ideologie hinaus und sind nicht nur auf das "Erdulden" von Überproduktionskrisen ausgerichtet. Einige Beispiele:

"Was wir brauchen, ist der Konsens aller Beteiligten, der Regierung, der Gewerkschaften und der Unternehmer über den volkswirtschaftlichen Nutzen von Auslandseingängen der Unternehmer." (96) "Ich gebe zu, das Ganze ist sehr ärgerlich, weil es sich gegen den deutschen Lebensstandard, vor allem gegen den Lebensstandard der Arbeiter richtet." "Wir sollten uns darauf besinnen, daß wir in einem Boot sitzen und gemeinsam den Angriff auf den Lebensstandard der Industrienationen bestehen müssen." "Die heutige Situation verlangt, daß wir in wenigen Jahren mit Problemen fertig werden müssen, für die wir eigentlich Jahrzehnte vorgehen hatten."

Friderichs: "Die Bundesregierung ist der Überzeugung, daß die Herausforderung der letzten Monate von allen Kräften

in diesem Lande, von Arbeitnehmern, von Unternehmern, von Wissenschaftlern – letztlich von jedem einzelnen angenommen und bewältigt wird." (97)

Brandt: "Damit das Ganze nicht leidet, muß der Einzelne sich in seiner privaten Bequemlichkeit etwas einschränken. Größere Opfer werden nicht verlangt, jedenfalls im Moment nicht." (98)

Schmidt: Anlaßlich des Ölembargos rief er das Volk zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung auf, "um mit viel Schweiß, viel Sparsamkeit und mit Solidarität diese Probleme auch tatsächlich zu meistern". (99)

Die Appelle der bürgerlichen Politiker sind darauf gerichtet, "in der Phase der Notwendigkeiten, in der man sich nun befindet, (...) die Auseinandersetzung über die Marktwirtschaft zu entideologisieren", wie Wehner betonte. (100) Das bedeutet, "man" müsse versuchen, von den Ursachen der Krise und dem Weg ihrer Beseitigung abzulenken, jede Debatte und jede Regung im Keim zu ersticken. "Je länger die gegenwärtigen Probleme unausdiskutiert bleiben, umso größer wird die Gefahr, daß der Zorn der Menschen über Mängel, von denen sie gedacht hatten, sie würden an ihnen vorbeigehen, sich ausdrückt in unsachlichem Begehren." (101)

Die Notgemeinschaft selbst wird dadurch und in dem Maß geschmiedet, wie es der Bourgeoisie gelingt, einzelne Krisen- und Notstandsmaßnahmen durchzusetzen und wie sie verhindern kann, daß "die Menschen" ihr "Begehren" gegen die "Sachen" der Bourgeoisie tatsächlich "ausdrücken".

2. Die Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen den imperialistischen Staaten

Der Hintergrund, vor dem die Bundesrepublik "Maßnahmen zur Heraufsetzung ihrer Konkurrenzfähigkeit" ergreift und in den diese Maßnahmen eingebettet sind, besteht in der Auflösung der Machtkonstellationen, wie sie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges relativ unverändert bestanden.

Der Auflösung dieser Machtkonstellationen entspricht eine Verschärfung der Konkurrenz zwischen den einzelnen imperialistischen Ländern Westeuropas, Japan, den USA und der Sowjetunion. Die Auflösung der Konstellationen zwischen diesen Ländern bedeutet nicht ein Verflüchtigen ihrer Konfrontation, sondern bedeutet den Übergang von einer Machtkonstellations zu einer anderen. Der Übergang ergibt sich aus einem veränderten Kräfteverhältnis dieser Länder zueinander. Das gilt es besonders festzuhalten gegenüber Auffassungen, die die Auflösung der Machtkonstellationen nach 1945 nur aus dem Gesichtswinkel der Vergangenheit betrachten und die Sache so darstellen, als löse sich die imperialistische Kräftegruppierung überhaupt auf in eine Vielzahl blockfreier, einzelner, friedlicher neben dem "Nachbarn" existierender imperialistischer Länder, denen nur noch der Geist "friedlicher Nachbarschaft" feh-

(96) Von Menges, Von lieben Gewohnheiten ..., a.a.O., S. 46f

(97) Die Grundaussagen der Energiepolitik brauchen nicht revidiert zu werden; SZ, 18.1.1974

(98) Brandt, Arbeitsplätze müssen gesichert werden; SZ, 26.11.1973 (Fernsehsprache)

(99) ebenda

(100) Wachsende Kritik an der Bundesregierung in der Diskussion über die Energiekrise; SZ, 3.12.1973

(101) ebenda; Hervorhebung vom Verf.

le und ihnen deshalb eingehaucht werden müsse. Je mehr "gehaucht" werde, umso eher beginne das "Zeitalter des Friedens".

Das Gegenteil ist richtig: Erstens, die Veränderung der Kräfteverhältnisse ist das Ergebnis des Konkurrenzkampfes der imperialistischen Länder untereinander im Rahmen der gegebenen Machtkonstellationen. Die ökonomische, politische und militärische Macht, die von den imperialistischen Ländern ins Feld geführt wird, hat sich seit 1945 in den einzelnen Ländern unterschiedlich entwickelt. Zweitens, die Tatsache, daß sich gegenwärtig noch keine neuen Fronten und Gruppierungen eindeutig herausgebildet haben, entspricht gerade einer Situation der verschärften Konkurrenz der imperialistischen Länder untereinander, denn für die einzelnen imperialistischen Mächte steht die Frage so, daß sie sich zur Erlangung ihres jeweiligen Vorteils in die "Neuformierung der internationalen Staatenwelt" (102) einmischen müssen.

Zeitweilige Abkommen, Bündnisse oder Gemeinschaften zwischen den imperialistischen Konkurrenten ändern an der Verschärfung der Konkurrenz nichts. Sie sind darauf berechnet, die Ausgangspositionen für die Fortführung des Konkurrenzkampfes zu verbessern; sie sind ein Mittel zum Zweck der Heraufsetzung der Konkurrenzfähigkeit und damit ein Mittel zum Zweck der Verschärfung der Konkurrenz.

A. Die wichtigsten Veränderungen, die zu einer Auflösung der Machtkonstellationen nach 1945 geführt haben und in denen sich die Verschärfung der Konkurrenz ausdrückt.

– Die ehemaligen Kolonien und die vom Imperialismus kontrollierten und unterdrückten Völker der Kontinente Asien, Afrika und Amerika stehen nicht mehr unter dem relativ stabilen Einfluß der imperialistischen Staaten wie vor 1945 und zum Teil noch in den ersten nachfolgenden Jahren seit Kriegsende. Der Aufschwung der Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika verkleinert das Vorland der ehemaligen Kolonialmächte und der imperialistischen Mächte von Tag zu Tag. Das weithin bekannteste Beispiel ist der Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes gegen den US-Imperialismus.

– Das nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete Weltvormachtssystem der USA bricht mit der Niederlage im Vietnamkrieg endgültig auseinander. Die Weltvormachtstellung der USA ist seitdem geschwächt. Die Weltvormachtstellung war hauptsächlich auf die militärische Präsenz der USA überall in der Welt begründet (Weltgendarm), was einen entsprechend bedeutenden Einfluß auf die Militärproduktion in den USA selbst hatte. Vermittels der Militärproduktion konnte die US-Wirtschaft zwar eine Zeitlang "florieren", sie geriet aber in eine Krise, als einsichtig wurde, daß auch die modernsten Waffensysteme den Befreiungskampf der Völker nicht aufhalten oder ungeschehen machen können und andererseits die auf Militärproduktion ausgerichtete US-Wirtschaft den Anforderungen des einsetzenden Handelskrieges (vor allem von Seiten der Bundesrepublik und Japans) nicht "gewachsen" war.

Das Eingeständnis des Verlusts der relativen Weltvormachtstellung der USA ist die "Nixon-Doktrin".

"Die damals (mit der Wiederwahl Nixons) formulierte Nixon-Doktrin brachte ganz klar den amerikanischen Wunsch zum Ausdruck, andere Machtzentren zu einer stärkeren Rolle bei der Bewahrung von Sicherheit in der Welt zu ermutigen, wobei auch die USA nach wie vor an der Aufrechterhaltung internationaler Stabilität und Ordnung mit-

wirken würde, allerdings in verringertem Ausmaß." (103)

– Mit der Verwandlung der Sowjetunion aus einem sozialistischen Land in einen sozialimperialistischen Staat betritt ein weiterer Konkurrent das Feld der Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen westeuropäischen Ländern, Japan und den USA um die Vorherrschaftsrolle. Die Sowjetunion intensivierte und organisierte die wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung zunächst in ihren Satellitenstaaten, was zum Aufbrechen massiver Widersprüche führte (Einnärsch von Sowjettruppen in die CSSR und Niederschlagung von Arbeiteraufständen z. B. in Polen).

Gleichzeitig unternahm die Sowjetunion den Versuch, sich mit den USA im Weltmaßstab zu arrangieren. "Die amerikanisch-sowjetischen Abkommen, die während Präsident Nixons Besuch in Moskau im Mai 1972 geschlossen wurden, bringen die gemeinsame Verantwortung für die Eindämmung von Konflikten und für die fortschreitende Zusammenarbeit bei der Rüstungskontrolle und bei einer Reihe von anderen, für beide Länder lebenswichtigen Gebieten zum Ausdruck." (104)

Die Sowjetunion wurde zu einem der Hauptkonkurrenten des geschwächten US-Imperialismus, was die Aufteilung der Welt in Einflußsphären und Hegemoniesphären etc. betrifft. Andererseits versucht die Sowjetunion ihren Einfluß auf Westeuropa auszudehnen und trifft Abmachungen vor allem mit der Bundesrepublik und auch mit Frankreich.

– Die EWG, zunächst ein Konkurrenzbündnis der westeuropäischen imperialistischen Staaten, das hauptsächlich auf wirtschaftlicher Ebene gegen die USA gerichtet war, hat mit dem Beitritt Großbritanniens (und anderer Staaten) "ein neues Stadium erreicht". (105) "Eine der größten und wirtschaftlich stärksten Einheiten der Welt ist im Entstehen." Der Beitritt Großbritanniens ist ein weiterer Schritt über die Wirtschaftsgemeinschaft hinaus zu einer "politischen Gemeinschaft", die aber noch keinen gesamtstaatlichen Charakter angenommen hat.

Der Zusammenschluß in Richtung auf eine politische Gemeinschaft wurde für die westeuropäischen imperialistischen Staaten in dem Maße möglich und notwendig, wie der US-Imperialismus seine bis dahin relativ stabile Weltvormachtstellung verlor und die sozialimperialistische Sowjetunion den Konkurrenzkampf um die Weltvormachtstellung intensivierte, beide aber auch kollaborieren.

Die "Koordination der Politik der Mitglieder der Gemeinschaft" (106) ist der Versuch der westeuropäischen imperialistischen Länder, die Kollaboration der beiden Supermächte, soweit sie auf Kosten der Interessen der westeuropäischen imperialistischen Staaten geht, entgegenzutreten und die Rivalität der beiden Supermächte, ihre Widersprüche zueinander, die Widersprüche zwischen den Supermächten einerseits und den Völkern andererseits für die Interessen der westeuropäischen imperialistischen Staaten auszunutzen.

Zwischen den westeuropäischen imperialistischen Ländern,

(102) Aus einem Kommentar der ZDF-"Heute"-Sendung vom 12.3.1974

(103) Kaiser, K., Die europäische Herausforderung und die USA; 1. Auflage, München 1973, S. 23; Hervorhebung vom Verf.

(104) ebenda, S. 21

(105) ebenda, S. 24

(106) Kaiser, Die europäische Herausforderung ..., a.a.O., S. 24

so sehr ihre Interessen eine gegen die Kollaboration der Supermächte und auf die Ausnutzung ihrer Widersprüche gerichtete Gemeinsamkeit finden, gibt es einen scharfen Konkurrenzkampf um die Frage, wer die Vormachtstellung in der EG besitzt. "Brandt bedauerte, daß Europa trotz der Einsicht in die Notwendigkeit einer gemeinsamen Politik noch immer zögernd an der Schwelle des Übergangs zur gemeinsamen Souveränität auf den dafür wichtigen Gebieten stehe." (107) So sehr also die westeuropäischen imperialistischen Länder der Notwendigkeit der "Koordinierung ihrer Politik" gegenüber den Supermächten schon folgen, ist die Frage, an wessen Interessen sich die "neue" Politik ausrichtet, noch nicht endgültig entschieden.

Im Kampf um die Vormachtstellung unter den westeuropäischen imperialistischen Staaten bricht die EG zeitweilig immer wieder auseinander. Um die Vormachtstellung zu erobern, treffen die einzelnen westeuropäischen imperialistischen Länder auch Abmachungen mit der einen oder anderen Supermacht auf Kosten ihrer westeuropäischen imperialistischen Konkurrenten (und auf Kosten der anderen Supermacht). Geht es um das Verhältnis der EG gegenüber den USA, übernimmt z. B. die Bundesrepublik die Rolle des Juniorpartners der USA in Westeuropa. Die Zusammenarbeit mit dem sozialimperialistischen Staat ist besonders von der Bundesrepublik (sogenannte "Ostpolitik") und zum Teil auch von Frankreich intensiviert worden. Darüberhinaus treffen die einzelnen imperialistischen Länder **Einzelabkommen** mit den Ländern der Dritten Welt gemäß den ökonomischen und politischen Interessen ihrer Bourgeoisie.

Ob und wie sich die Europäische Gemeinschaft künftig weiterentwickeln wird, ist anhängig vom Verlauf der Auseinandersetzungen im Weltmaßstab.

B. Die Bundesrepublik kämpft um die Vormachtstellung in Westeuropa

Die Bundesrepublik macht alle Anstrengungen, eine Vormachtstellung in Westeuropa zu erlangen. Ihr ernstester Konkurrent ist der französische Imperialismus. Die Bundesrepublik hat die Herausbildung der EG unter ihrer Vorherrschaft intensiviert, um sich das **politische Instrumentarium** zu verschaffen, mit dem sie ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den USA und der Sowjetunion heraufsetzen und absichern, d. h. ihre Interessen im Kampf um Kapitalanlagensphären, Rohstoffquellen, Arbeitskräfte und Absatzmärkte über den ganzen Erdball durchsetzen kann. So rief Brandt "vor dem Hintergrund des Nahostkonfliktes" dazu auf, "eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik zu formen und Europa dadurch **weltpolitisches Gewicht** zu geben (. . .) Europa hat (aber) einen Auftrag zu erfüllen." (108)

Wie Brandt betonte, ist "die Vereinigung Europas eine Frage des Überlebens zwischen den Giganten." (109)

Das Format dieser Erklärung sticht ins Auge.

Erstens, Brandt sagt die Wahrheit: Für die imperialistische Bourgeoisie ist die Vereinigung Europas eine Frage ihres Überlebens zwischen den Giganten. Entweder selbst gigantisch werden oder den Giganten unterliegen.

Zweitens, die Erklärung ist ein Musterstück des sozialen Chauvinismus: Das "Überleben" der Arbeiterklasse und der Volksmassen soll **abhängig** sein vom **Wohlergehen** der sie unterdrückenden und ausbeutenden Bourgeoisie, davon nämlich, ob es der Bourgeoisie gelingt, selbst ein **Gigant** zu werden.

Drittens, die Erklärung Brandts ist ein Versuch der westdeutschen Bourgeoisie, sich auf die Seite der Befreiungsbe-

wegungen "hinüberzuretten" und sich als ihr Bündnispartner und als Verfechter ihrer Interessen aufzuspielen (110), gleichzeitig die Arbeiterklasse und die Volksmassen in der Bundesrepublik über die Rolle Westdeutschlands gegenüber den Befreiungskämpfen irreführen: Während die Völker Asiens, Afrikas, Mittel- und Südamerikas gegen die Hegemonialbestrebungen der beiden Supermächte und für ihre nationale und staatliche Souveränität kämpfen, gaukelt Brandt vor, daß es auch für die Arbeiterklasse und die Volksmassen in der Bundesrepublik um die Erlangung ihrer nationalen und staatlichen Souveränität von den Supermächten gehe, deshalb seien die Bestrebungen in der westdeutschen Bourgeoisie gerecht und von jederman zu unterstützen.

In Wirklichkeit ist das Streben der Bundesrepublik nach "europäischer Unabhängigkeit" ein Streben nach Unabhängigkeit der Bundesrepublik von den imperialistischen Konkurrenten, ein Streben nach Vorherrschaft der Bundesrepublik über die Völker der Dritten Welt und der Festigung ihrer Klassenherrschaft in der Bundesrepublik, ein Streben danach, den Weltrekord in Unterdrückung und Ausbeutung zu überbieten.

P.B., April 1974

(107) Brandt ruft nach europäischer Politik; SZ, 13.11.1973

(108) Brandt ruft nach europäischer Politik; SZ, 13.11.1973; Hervorhebung vom Verf.

(109) Brandt legt ein Sofortprogramm für die europäische Einigung vor; SZ, 14.11.1973

(110) Vergleiche dazu auch das Auftreten der BRD vor der UNO: "Ein Themenbereich, der die Bonner UNO-Delegierten häufig zu Enthaltungen bei Abstimmungen veranlaßte, betraf das Verhältnis zur Dritten Welt. In Bonner Regierungskreisen wurde betont, man habe sich strikt an den Grundsatz gehalten, daß der Kolonialismus zwar verurteilt, zugleich aber der Anwendung von Gewalt eine Absage erteilt werde. Da eine Reihe von Resolutionen — etwa über die portugiesischen Kolonien in Afrika — auch die Anwendung von Gewalt gegen den Kolonialismus enthalten habe, sei die Bundesregierung zur Stimmenthaltung gezwungen gewesen, obgleich sie der Grundtendenz der Resolution zustimme." (Bonn: Konstruktive Rolle vor der UNO; SZ, 22./23.12.1973; Hervorhebung vom Verf.)

Kommunismus und Klassenkampf

Jahrg. 2 Nr.
Oktober 197